



HESSISCHER LANDTAG

29. 03. 2006

98. Sitzung

Wiesbaden, den 29. März 2006

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	6705	<i>Antwort besprochen</i>	6738
<i>Entgegengenommen</i>	6705	Heinrich Heidel	6732
Präsident Norbert Kartmann	6705	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	6733
Vizepräsidentin Ruth Wagner	6775	Ursula Hammann	6735
54. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich – Solida- rität ist keine Einbahnstraße – Drucks. 16/5418 –	6705	Gernot Grumbach	6736
<i>Angenommen</i>	6719	Minister Wilhelm Dietzel	6737
Gottfried Milde (Griesheim)	6705	Vizepräsident Lothar Quanz	6738
Reinhard Kahl	6707	7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN betreffend endlich fördern statt nur fordern – Sicherstellung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose in Hessen – Drucks. 16/4643 –	6738
Roland von Hunnius	6710	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6744
Sigrid Erfurth	6711	13. Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Fördermöglichkei- ten für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose nutzen – Drucks. 16/4877 –	6738
Minister Karlheinz Weimar	6714	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6744
Norbert Schmitt	6718	Marcus Bocklet	6738
Präsident Norbert Kartmann	6719	Petra Fuhrmann	6739
43. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN betreffend Kleinkind- und Hortbetreuung verbessern statt Mittel streichen – Drucks. 16/5385 –	6719	Christoph René Holler	6740
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6732	Florian Rentsch	6742
30. Antrag der Fraktion der FDP betreffend verbess- erte Betreuung von Kindern als zentrale gesell- schaftspolitische Aufgabe – Elternwille berücksich- tigen – Drucks. 16/5296 –	6719	Ministerin Silke Lautenschläger	6743
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6732	Vizepräsident Lothar Quanz	6744
78. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betref- fend mit den richtigen familienpolitischen Rah- menbedingungen das „Ja“ zu Kindern erleichtern – Drucks. 16/5439 –	6719	11. Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Zer- schlagung der Sparkassenlandschaft in Hessen – Drucks. 16/4870 –	6744
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	6732	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie- sen</i>	6759
Kordula Schulz-Asche	6719, 6725, 6731	79. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betref- fend zurück zur Sachlichkeit bei der Zukunftssiche- rung der hessischen Sparkassenfamilie! Wahlkampf vorbei: SPD-Stimmenfang gescheitert – Drucks. 16/5440 –	6744
Florian Rentsch	6721	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie- sen</i>	6759
Rafael Reißer	6723	84. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend unverzügliche Vorlage der Novelle zum Sparkassengesetz – Drucks. 16/5450 –	6744
Hannelore Eckhardt	6726	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie- sen</i>	6759
Claudia Ravensburg	6728	Jürgen Walter	6753
Ministerin Silke Lautenschläger	6728, 6730		
Petra Fuhrmann	6730		
Vizepräsident Lothar Quanz	6731		
6. Große Anfrage des Abg. Heidel (FDP) und Frak- tion betreffend Mülltrennung vereinfachen – Haus- halte entlasten, gelbe Tonne ade? – Drucks. 16/4662 neu zu Drucks. 16/4333 –	6732		

	Seite		Seite
Roland Koch	6746	Minister Stefan Grüttner	6767
Clemens Reif	6747, 6756	Tarek Al-Wazir	6770
Margaretha Hölldobler-Heumüller	6750, 6753, 6759	Vizepräsident Frank Lortz	6770
Frank Lortz	6752		
Michael Denzin	6754	9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bodenschutzgesetz für Hessen überfällig	
Minister Dr. Alois Rhiel	6757, 6759	– Drucks. 16/4693 –	6771
Vizepräsident Frank Lortz	6759	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i>	6775
8. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Förderung der deutschen Sprache		12. Antrag der Abg. Hoffmann, Becker, Bender, Grumbach, Hofmann, Pfaff (SPD) und Fraktion betreffend Bodenschutz in Hessen – Hessische Landesregierung bricht Wahlversprechen	
– Drucks. 16/4654 –	6759	– Drucks. 16/4873 –	6771
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	6770	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i>	6775
16. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend deutsche Sprache als Trägerin von Kultur und Kommunikation		Ursula Hammann	6771
– Drucks. 16/5130 –	6760	Elisabeth Apel	6772
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	6770	Heinrich Heidel	6773
33. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Bedeutung und Förderung der deutschen Sprache		Christel Hoffmann	6773
– Drucks. 16/5321 –	6760	Minister Wilhelm Dietzel	6774
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	6770	Vizepräsidentin Ruth Wagner	6775
Aloys Lenz	6760	70. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
Frank-Peter Kaufmann	6762	– Drucks. 16/5378 –	6775
Ruth Wagner (Darmstadt)	6764, 6769	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	6775
Hartmut Holzapfel	6766	Vizepräsidentin Ruth Wagner	6775

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund Volker Hoff
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Jürgen Banzer
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Karl-Winfried Seif
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Dr. Judith Pauly-Bender
Thorsten Schäfer-Gümbel

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

– Das müssen wir noch üben. Den Verhaltenskodex lege ich Ihnen demnächst vor, die Schulordnung. Das wird ein Konsensmodell werden. Das ist klar.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wollen wir aber auch die Glocke bekommen! Einen richtigen Einzug!)

– Es gibt einen richtig großen Gong. Ich glaube, dann ist die Frage, ob das Aufstehen der Schüler eine autoritäre Maßnahme oder eine Frage der Konzentrationsfindung ist, sehr schnell beantwortet.

(Christel Hoffmann (SPD): Darüber können wir lange streiten!)

– Aber, bitte schön, nicht jetzt. Ich darf hier oben doch nicht.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass der Hessische Landtag beschlussfähig ist. – Ich höre keinen Widerspruch.

Wir haben die Punkte 1 bis 5, 42, 49, 57, 59, 61, 74 und 82 erledigt. Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden.

Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 54, Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich – Solidarität ist keine Einbahnstraße, Drucks. 16/5418. Dann folgt Tagesordnungspunkt 43, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kleinkind- und Hortbetreuung. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 11, der zusammen mit Tagesordnungspunkt 79 aufgerufen wird; das ist die Sparkassendebatte.

Meine Damen und Herren, eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hochschulbau in Hessen, Drucks. 16/5446. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 83, und wir rufen ihn gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 22 und 34 auf. Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir gratulieren heute einem Kollegen zu einem jungen Geburtstag mit 32 Jahren: Lieber Herr Wagner, Gratulation des ganzen Hauses und alles Gute für das kommende Lebensjahr.

(Allgemeiner Beifall – Schriftführerin Abg. Ilona Dörr (Bergstraße) überreicht Abg. Mathias Wagner (Taunus) einen Blumenstrauß.)

– Odenwald grüßt Taunus. – Jetzt könnten wir eigentlich schon schließen.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber nein, es geht ums Geld. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 54** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich – Solidarität ist keine Einbahnstraße – Drucks. 16/5418 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Zur Eröffnung der Debatte hat Abg. Milde für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei so viel Harmonie am frühen Morgen kann ich nur sagen: Diese Harmonie sollten wir auch haben, wenn es darum geht, dass wir uns als Land Hessen im Länderfinanzausgleich positionieren. Denn da ist Hessen Spitze, und darauf sollten wir zunächst einmal alle gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das war schon der erste Fehler!)

Herr Kahl, daraus sehen Sie auch schon, dass wir diese Solidarität nach außen tragen. Wir tun das, was wir tun müssen, auch gerne. Aber es muss einmal festgehalten werden,

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

dass Hessen unter allen Bundesländern pro Kopf den höchsten Beitrag in den Länderfinanzausgleich leistet. Für jeden Hessen zahlen wir 261 € in den Länderfinanzausgleich ein. Der nächste Zahler ist Hamburg mit 217 € pro Bürger, dann Baden-Württemberg mit 206 € pro Kopf der Bevölkerung. Bayern zahlt nur 178 € pro Bürger, und dann kommt nur noch ein einziges Land, nämlich Nordrhein-Westfalen, das pro Kopf 27 € in den Länderfinanzausgleich einzahlt.

Daran kann man erkennen, wie schwierig es ist, mit diesem Geld elf andere Bundesländer zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Was ist daran so neu?)

Meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit muss man sich einmal die Gesamtzahlen anschauen. Insgesamt fließen in den Länderfinanzausgleich fast 33 Milliarden €. Ein durchaus hoher Anteil davon fließt auch aus Zahlungen des Bundes, aber ebenfalls ein sehr hoher Anteil – rund 10 Milliarden € – fließt aus dem Umsatzsteuervorgewegabzug. Das ist ein weiterer Betrag, der in den Zahlungen unseres Länderfinanzausgleichs gar nicht enthalten ist. Auch das ist Geld, das den Hessen verloren geht, wenn es darum geht, einen Landeshaushalt aufzustellen. Diesen Betrag müsste man noch obendrauf rechnen.

Man muss sich auch einmal anschauen, welche Beträge für die Schulden aufgebracht werden müssen. Das Land Hessen – von Ihnen immer so kritisiert – hat im Jahr 2005 die zweitniedrigste Nettoneuverschuldung in Deutschland erreicht.

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist nicht selbstverständlich. Vor uns lag nur Sachsen. Unter den westlichen Flächenländern Deutschlands haben wir also mit Abstand – noch vor Bayern – die niedrigste Nettoneuverschuldung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Ja, da kann man einmal klatschen. Wenn nur noch ein Land vor uns liegt, nämlich Sachsen, dann gehört zur ganzen Wahrheit – wir kritisieren das nicht –, dass Sachsen aus dem Topf des Länderfinanzausgleichs etwa 1 Milliarde € erhält, während wir in den Länderfinanzausgleich über 1,5 Milliarden € einzahlen. Meine Damen und Her-

ren, diesen Vergleich müssen wir mit allen anderen Ländern anstellen.

Deshalb sollte man sich insgesamt schon einmal anschauen, wie sich die Zahlungen der anderen Länder und die Nettoneuverschuldung darstellen. Wenn Hessens Bürger 261 € in den Länderfinanzausgleich einzahlen, dann nehmen wir pro Bürger 127 € neue Schulden auf – traurig, aber notwendig. Das Land Hamburg, das für jeden Bürger 217 € in den Länderfinanzausgleich zahlt, nimmt aber schon 374 € neue Schulden pro Bürger auf. Baden-Württemberg zahlt für jeden Bürger 206 € in den Länderfinanzausgleich ein, und für jeden werden 157 € neue Nettoschulden aufgenommen. Bayern zahlt für jeden Bürger 178 € in den Länderfinanzausgleich, und für jeden werden 148 € neue Schulden aufgenommen. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen, das 27 € pro Bürger in den Länderfinanzausgleich einzahlt, nimmt netto pro Bürger 369 € neue Schulden auf. Das ist die ganze Wahrheit, wenn es um die Finanzkraft der Hessen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist nicht richtig, wenn das immer kritisiert wird. Deswegen ist es für uns entscheidend, zu sagen: Jawohl, wir sind solidarisch, und wir sind auch gerne Spitzenzahler. Wer zahlt nicht gerne hohe Steuern, wenn er ein hohes Einkommen hat?

Meine Damen und Herren, aber Solidarität ist keine Einbahnstraße. – Gut, was die Steuern angeht, gibt es Ausnahmen.

Wenn jetzt einige Länder, insbesondere die eben genannten – auch finanzschwache – Länder diesen Solidarpakt in Frage stellen und sagen, sie brauchten noch mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich, dann muss ich sagen, irgendwo ist die Grenze der Solidarität auch der Hessen gegenüber anderen Ländern erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Viele haben gesagt: Das, was bei der Neugliederung des Länderfinanzausgleichs erreicht wurde, ist kaum wahrnehmbar.

Natürlich ist es nicht wahrnehmbar, denn es gibt kein Etikett, auf dem steht: So viel hat Hessen eingespart, weil Karlheinz Weimar und Roland Koch einen guten Kompromiss beim Länderfinanzausgleich erreicht haben. Die Fakten aber sind, dass wir – der Finanzminister wird dazu nachher eine Zahl nennen – nach dem Kompromiss, den Karlheinz Weimar vereinbart hat, einen deutlich dreistelligen Millionenbetrag weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen als vor diesem Kompromiss.

(Reinhard Kahl (SPD): Was? Das will ich aber sehen!)

Das ist sehr viel Geld, wenn ich sehe, wie oft wir uns hier über ein paar Hunderttausend Euro oder ein paar Millionen Euro im Haushalt streiten müssen. Meine Damen und Herren, insgesamt darf das föderale System nicht dazu führen, dass aus reichen Ländern arme Länder und aus armen Ländern reiche Länder werden. Natürlich muss es so sein: Ein Land wie Hessen, das vor dem Länderfinanzausgleich auf Platz eins der Finanzkraft in Deutschland steht, muss logischerweise auch nach dem Länderfinanzausgleich auf Platz eins stehen. Alles andere wäre Unfug.

Wir brauchen ein Anreizsystem in Deutschland. Das ist schon ein gutes Stück in dem Kompromiss, den Karlheinz Weimar erreicht hat, enthalten; aber es führt natürlich immer noch nicht dazu, dass finanzschwache Länder einen

hohen Anreiz haben, ihre Steuerkraft zu verbessern. Denn nicht Investitionen werden beim Länderfinanzausgleich als Anreiz gefördert, da es im Länderfinanzausgleich keine Mittelbindung für das Geld gibt, das jemand bekommt. Das ist nicht richtig. Ich möchte keine Überwachungsbehörde, die kontrolliert, was in den anderen Länderhaushalten ausgegeben wird. Aber es kann doch nicht richtig sein, dass wir klaglos hinnehmen, dass in anderen Bundesländern, die finanzschwach sind, die Mittel, die wir mit hohem Aufwand dort einspeisen, einfach konsumtiv im Haushalt ausgegeben werden.

(Michael Denzin (FDP): Das geht nicht!)

Das geht nicht, meine Damen und Herren. Es kann nicht sein, dass sich andere Bundesländer Dinge leisten können, die wir uns in Hessen nicht leisten können, weil wir einen hohen Solidarbeitrag in den Länderfinanzausgleich zahlen.

Deswegen ist es richtig, dass sich die Bemessung des Länderfinanzausgleichs in Zukunft daran orientiert, was mit dem Geld geschieht, das dort ausgegeben wird. Sind das investive Ausgaben, die dazu führen, die Wirtschaftskraft in diesen Ländern zu stärken? Das müsste ja das Ziel sein. Übrigens gibt es mit Ausnahme Bayerns kein Beispiel in ganz Deutschland dafür, dass aus einem Nehmerland ein Zahlerland nach dem Krieg geworden ist. Das kann ja auch nicht sein. Das Ziel muss doch sein, dass mit den Mitteln, die z. B. die Hessen aufbringen, finanzschwache Länder eine Wirtschaft aufbauen, damit sie sich im Vergleich mit den anderen Ländern selbstständig behaupten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Richtig ist auch, dass wir uns als Hessen nicht immer mit anderen Ländern in Deutschland vergleichen dürfen. Wir müssen sehen, dass sich Regionen wie Rhein-Main nicht mit Leipzig oder mit Hamburg vergleichen, sondern sie müssen sich vergleichen mit Paris, mit Barcelona oder mit London. Deswegen ist es wichtig, dass ein Bundesland wie Hessen auch nach dem Länderfinanzausgleich noch so viel Geld in die eigene Infrastruktur stecken kann, dass es den globalen Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen kann.

Deswegen ist es richtig, dass ein Anreizsystem geschaffen wird. Wer höhere Steuereinnahmen hat, der muss mehr davon behalten können. Das gilt für die Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich; das gilt aber auch für die finanzschwachen Länder. Das ist wahrscheinlich die einzige Chance. Man muss logischerweise sehen, dass wir, wenn von 16 Bundesländern nur fünf Länder einzahlen und davon ein Land eigentlich noch auf der Kippe steht, was im Prinzip ein Verhältnis 12 : 4 bedeutet, im Bundesrat keine Mehrheit dafür finden, dass wir mehr aus dem Länderfinanzausgleich herausbekommen. Das ist natürlich am Anfang eine schwierige Sache.

Wenn wir es allerdings schaffen, dass bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs eine Form des Übergangs gefunden wird, bei der kein Land zunächst einmal in absoluten Zahlen weniger hat, sondern nur die Zuwächse anders verteilt werden, dann glaube ich, dass es durchaus eine Chance gibt, weil das auch den schwachen Ländern einen Anreiz bietet, mehr für ihre Wirtschaft zu tun und das Geld nicht in den Konsum, sondern in Investitionen zu stecken, damit die Wirtschaft wächst.

Da ist es schon beachtlich, einmal zu sehen, wie sich Hessen bei den Investitionen entwickelt hat. Wir haben unser

Geld auf einem sehr hohen Niveau in Investitionen gesteckt. Wir haben zuletzt 1,4 Milliarden € über alle Haushaltstitel hinweg in das Land Hessen investiert. Wir müssen auch von anderen Ländern verlangen, dass sie, wenn sie von uns Geld bekommen, damit Projekte finanzieren, die dazu beitragen, dass diese Länder von allein wieder aus ihrer Finanzierungskrise herauskommen.

Wir müssen einfach konstatieren: Wir werden das System des Länderfinanzausgleichs nie so gestalten können, dass wir gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland schaffen. Diese Wunschvorstellung von gleichen Lebensverhältnissen kann nur sehr relativ sein.

(Reinhard Kahl (SPD): Das steht doch im Grundgesetz!)

Es muss so sein, wie ich eben gesagt habe, dass wir uns mit anderen Spitzenregionen in Europa vergleichen können und nicht als allererstes Ziel haben, in Deutschland absolut gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Ein gerechtes Finanzausgleichssystem investiert in die Zukunft und nicht in den Konsum.

Deswegen, finde ich, sollten wir wirklich stolz darauf sein, dass wir als Hessen die größten Zahler in den Länderfinanzausgleich sind. Das bleiben wir gerne auch in Zukunft. Wir wollen aber erreichen – dies sage ich zusammenfassend –, dass wir auch nach dem Länderfinanzausgleich noch Spitze in Deutschland sind. Das bringt dann auch etwas weniger Hämme auf der Seite der Opposition, wenn wir hier Haushalte aufstellen. Wir werden diesen Weg, weniger Schulden aufzunehmen, in Hessen konsequent weitergehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal dem hessischen Finanzminister Karlheinz Weimar ganz herzlich dafür danken, dass er mit der Reform des Finanzausgleichssystems den Hessen einen deutlich dreistelligen Betrag eingespart hat

(Reinhard Kahl (SPD): Ist der Haushalt 2006 zurückgezogen?)

und dass er mit seiner konsequenten Sparpolitik in Hessen dafür gesorgt hat, dass Hessen unter den westlichen Flächenländern die niedrigste Neuverschuldung hat. Wir können auf dieses Land wirklich stolz sein. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Kollege Kahl für die Fraktion der SPD.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, habe ich Sie eben richtig verstanden – das muss ich als Vorbemerkung fragen –, dass Sie den Haushalt 2006, der verabschiedet worden ist, jetzt zurückgezogen haben? Denn das wäre die Konsequenz. Gegenüber dem Jahr 2005 steigt die Nettoneuverschuldung im Haushalt 2006. Eben haben Sie etwas ganz anderes erzählt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir debattieren heute über den Länderfinanzausgleich aufgrund eines Antrags der

Fraktion der CDU. – Das ist doch schlicht so. Da amüsiert er sich noch darüber, dass er in diesem Jahr wieder mehr Schulden macht und gleichzeitig erklärt wird, es seien weniger.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist die „Trendwende“!)

Das ist schon hervorragend.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind ein sehr komplexes System. Ich habe hier die neueste Zusammenfassung mitgebracht. Herr Kollege Milde, es wäre vielleicht ganz gut gewesen, wenn Sie, bevor Sie Ihren Antrag geschrieben hätten, einmal in dieses Papier geschaut hätten. Dann wäre der Antrag garantiert etwas besser geworden – um es ganz vorsichtig zu sagen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Jahr 2001 eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs gehabt. Wir haben damals in diesem Parlament gemeinsam für diese Neuordnung gestritten, da es nicht sein kann, dass sowohl Geber- als auch Nehmerländer bestraft werden, wenn sie bessere Steuereinnahmen haben. Das war die Situation vor dem Jahr 2001. Das war – um es klar zu sagen – sicherlich eine falsche Weichenstellung. Wir haben dann im Jahr 2001 eine Änderung gehabt.

Es geht in diesem Zusammenhang eigentlich immer wieder um die gleiche Frage, nämlich darum, dass wir beim Länderfinanzausgleich ein klares Spannungsfeld haben: Die eine Seite ist die Solidarität mit den finanzschwachen Ländern im Hinblick auf die Forderung des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik zu schaffen. Die andere Seite ist selbstverständlich die Anreizfunktion zur Verbesserung der eigenen Steuereinnahmen. Dieses Spannungsfeld muss immer gesehen werden. Deswegen sage ich ganz klar: Auch die SPD ist immer dabei, wenn es darauf ankommt, genau dieses Spannungsfeld für die Zukunft in dem Sinne auszubauen, dass auch die Anreizfunktion zur Verbesserung der eigenen Steuereinnahmen ein wichtiger Punkt des Länderfinanzausgleichs ist.

Nur sehe ich da schon etwas eigenartige Formulierungen des Finanzministers. Heute Morgen lesen wir: „Reformbedarf des Länderfinanzausgleichs“. Im März hat der Finanzminister noch gesagt – wie hieß das so schön? –: „Der Länderfinanzausgleich muss aufgekündigt werden.“ Er wollte sogar aus dem Länderfinanzausgleich austreten. Meine Damen und Herren, so kann man mit diesem Thema nicht umgehen. Denn, Herr Milde, Sie haben mit einem vollkommenen Recht: Wir brauchen zur Veränderung des Länderfinanzausgleichs eine klare Mehrheit im Bundesrat. Mit solchen markigen und großen Worten, wie sie der Finanzminister hier zum Ausdruck bringt, kann man garantiert für Hessen nichts erreichen.

Sie müssen sich in diesem Zusammenhang einmal überlegen: Wie war das denn im Jahr 2001? Meine Damen und Herren, ich kann mich noch daran erinnern, wie dieser Kompromiss vom Ministerpräsidenten hier in diesem Parlament gefeiert wurde. Das war die Realität. Zu diesem Kompromiss müssten Sie mindestens einmal stehen und nicht solche markigen und großen Worte machen, wie Sie das in den letzten Wochen getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir führen die Debatte auf der Grundlage eines Antrages betreffend – wie der Kollege Milde so schön sagte – Hes-

sen Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich. Meine Damen und Herren, zum Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich nur einige wenige Bemerkungen, um das einmal ein ganzes Stück zu relativieren. Wir haben im Jahre 2005 1,3 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Jetzt schauen wir uns einmal die Zahlen an.

(Minister Karlheinz Weimar: Wir haben 1,6 Milliarden € bezahlt!)

– 1,3 Milliarden haben Sie in Ihrer Bilanz.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Dazu kann ich gleich etwas sagen. Sie haben 1,3 Milliarden € in Ihre Bilanz des Haushaltes 2005 hineingeschrieben. Es ist eindeutig, dass nachgezahlt werden muss. Herr Minister, aber bei dem Nachzahlen und dem Vorauszahlen sind Sie nicht immer derjenige, der das am besten übersehen kann. Dazu will ich gleich noch etwas sagen.

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Also 1,3 Milliarden € – das heißt, wir haben den niedrigsten Wert seit dem Jahre 1995. Ich will Ihnen einige Zahlen einmal verdeutlichen. Wir müssen feststellen, beispielsweise haben wir 1998 – das letzte Jahr der Regierung Eichel – in den Länderfinanzausgleich 1,6 Milliarden € eingezahlt. Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich gehen von Jahr zu Jahr zurück. Sie können uns nicht etwas vom Spitzenplatz erzählen, wenn von Jahr zu Jahr die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich eindeutig zurückgehen. Das sind die Realitäten, um das klar und deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat schlicht den Grund, dass die Finanzkraft Hessens im Gegensatz zu anderen Bundesländern zurückgegangen ist. Ich kann Ihnen die offiziellen Zahlen nennen. Wir haben im Jahre 2005 einen Prozentsatz von 116,5 %. Wir hatten im Jahre 2000 125 %, im Jahre 2001 125 %, im Jahre 2002 119 % – um einmal zu verdeutlichen, was mit der Finanzkraft des Landes Hessen geschehen ist. Heute davon zu sprechen, dass wir einen Spitzenplatz hätten, geht eindeutig an der Realität vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu dem Antrag.

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Wir stellen fest, am 15.03.2006 hat der Finanzminister eine Presseerklärung abgegeben: „Hessen größter LFA-Zahler unter den Bundesländern“. – Wenige Tage später kommt ein Antrag der CDU-Fraktion unter dem Titel „Hessen Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich“. Das heißt also, aufgrund einer Pressemitteilung ist sehr schnell – was „sehr schnell“ bedeutet, werde ich Ihnen gleich sagen – ein Antrag der CDU-Fraktion entstanden, auf einem Niveau, das relativ gering ist, um es ganz vorsichtig auszudrücken.

Meine Damen und Herren, über die beiden ersten Punkte des Antrages können wir sehr schnell Einigkeit erzielen. Kein Problem, dass andere Bundesländer klagen wollen – das können wir nur negativ zur Kenntnis nehmen. Deswegen muss es darauf ankommen, dass wir im System des Länderfinanzausgleichs in diesem Spannungsverhältnis bleiben, wie ich das eben aufgezeigt habe.

Wenn Sie sich aber die nächsten Punkte anschauen, dann werden Sie feststellen, dass anscheinend der Antrag der CDU-Fraktion in einen Berichtsantrag übergeht. Dage-

gen ist erst einmal nichts zu sagen. Das kann man so machen. Das haben wir auch so gemacht. Jetzt soll Folgendes gefragt werden – meine Damen und Herren, hören Sie es sich bitte genau an –: „welche Zahlungen Hessen seit 1999 in den Länderfinanzausgleich geleistet hat“.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das interessiert doch jeden!)

Meine Damen und Herren, die Frage wird gestellt, und in der zuvor herausgegebenen Pressemitteilung des Finanzministers steht schon genau die Antwort. Es steht darin: In dieser Zeit sind 14,8 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt worden. – Was ist das denn für ein Antrag, Herr Kollege Milde? Es steht alles in der Pressemitteilung, und drei Tage später fragen Sie den Finanzminister. Dazu kann ich nur sagen: Entweder lesen Sie die Pressemitteilung Ihres eigenen Finanzministers nicht, oder Sie machen hier einen reinen Schauantrag, der mit Informationsbedürfnis überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das geht so weiter. Jetzt kann ich – das will ich aufgrund der Zeit nicht im Detail machen – die Zahlen aus den Neunzigerjahren nennen. Die waren in dem Zusammenhang schon in der Zeit genauso hoch. Das ist gar kein neues Thema, was Sie hier aufgreifen. Hessen ist seit Jahrzehnten der größte Nettoeinzahler im Länderfinanzausgleich, und das hat mit dieser Regierung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Von wegen Jammerlappen!)

Das Nächste ist in dem Zusammenhang, dass Sie fragen – wie heißt das so schön? –, „in welcher Höhe das Land im Zeitraum von 1999 bis 2005 neue Schulden aufgenommen hat“. Das fragen Sie diese Regierung wirklich. Ich schaue wieder in diese Pressemitteilung des Finanzministers. „So habe Hessen in dieser Zeit 8,6 Milliarden € Kreditmittel aufgenommen“. So weit zu dem Informationsbedürfnis der CDU-Fraktion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Lächerlicher geht es im Grunde genommen nicht mehr.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Dann stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

Sie wollen doch von der Landesregierung Auskunft haben. Herr Milde, lesen Sie nicht die Mitteilungen des Finanzministers, in denen die Zahlen schon stehen? Sie wollen es noch einmal nachfragen. Meine Damen und Herren, was das mit seriöser Politik zu tun hat, das fällt mir in dem Zusammenhang nicht ein.

(Ministerpräsident Roland Koch: Wenn das in Zukunft genügt!)

Ich kann Ihnen diese Zahlen selbstverständlich auch im Vergleich nennen und will dazu nur Folgendes sagen, damit der Unterschied zwischen Länderfinanzausgleich und Nettokreditaufnahme klar wird. Ich will Ihnen die Zahl für das Jahr 1998 nennen. Das ist die letzte Zahl aus der Regierungszeit Eichel.

(Michael Boddenberg (CDU): Nehmen Sie doch einmal den Zeitraum von 1980 bis 1998!)

Wir haben in dem Zusammenhang im Jahre 1998 1,7 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt – Nettoneuverschuldung 730 Millionen €, also 1 Milliar-

de € mehr in den Länderfinanzausgleich als Nettoneuverschuldung. Auch das ist nichts Neues, was Sie in dem Zusammenhang sagen.

(Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie doch einmal einen Zeitvergleich von 1990 bis 1999! – Gegenruf des Abg. Lothar Klemm (SPD): Wie sehen die denn aus? 1,6 Milliarden € haben wir damals schon bezahlt!)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt als Nächstes die bedeutende Frage – Herr Kollege Milde, die hat mich schon mächtig interessiert –, die hier steht, „wie sich die LFA-Abrechnung für das Jahr 2005 darstellt“. Meine Damen und Herren, ein kleiner Blick auf die Homepage des Bundesfinanzministeriums kann es Ihnen zeigen. Hier ist die Abrechnung für das Jahr 2005.

(Der Redner hält ein Papier hoch.)

Das können auch Sie nachlesen. Das steht schon seit längerem auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums, und das fragen Sie diese Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, die Frage würde in dem Zusammenhang richtig gestellt sein, wenn wir einmal an das Jahr 2001 denken, ob der Finanzminister diese Zahlen schon kennt, denn im Jahre 2001 – daran können wir erinnern – gab es 1,2 Milliarden € Rückzahlung, und der Finanzminister kannte diese Zahlen nicht.

(Heiterkeit bei der SPD – Michael Siebel (SPD): Da muss sogar der Weimar lachen!)

Deswegen ist das eine wunderbare Erinnerung, um das in dem Zusammenhang auch einmal klar zu sagen.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Finanzminister, wenn eine Frage zur Abrechnung des Länderfinanzausgleichs gestellt wird, wozu jeder die Antwort nachlesen kann: Vielleicht muss man es nur richtig lesen können. Das scheint bei dem einen oder anderen nicht der Fall zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen noch zwei interessante Fragen, wo ich zugeben muss, dass sie nicht einfach zu beantworten sind. Das kann man an der Stelle ruhig einmal sagen. Es gibt noch die Frage: Wie hat sich das mit dem Umsatzsteuervorwegausgleich und dem Fonds Deutsche Einheit entwickelt? – Herr Kollege Milde, auch das hätte man nachlesen können, wenn man ein bisschen in das Grundsatzwerk Finanzausgleichssystem eingestiegen wäre. Jetzt wird es technisch. Nach dem entsprechenden Grundgesetzartikel werden die Umsatzsteueranteile der Länder zu 25 % nach Steuerkraftgesichtspunkten verteilt.

Das liegt alles auf dem Tisch. Es ist alles nachzulesen. Man kann sogar eine Tabelle finden. Dann wird man feststellen, dass im Lande Hessen im Jahre 2004 die Umsatzsteuereinnahmen 4,9 Milliarden € betragen haben. Dann wird ein Teil auf die schwächeren Bundesländer verteilt. Dem Land Hessen bleiben 4,422 Milliarden €. Das bedeutet im Klartext: Rund 600 Millionen € aus dem örtlichen Aufkommen der Umsatzsteuer gehen in die anderen Bundesländer. Meine Damen und Herren, das ist auch nichts Neues.

Ich nenne die Zahlen von 1998. Aufkommen in Hessen rund 4,4 Milliarden € – nach dem an die anderen Länder bezahlten Vorwegabzug verbleiben 3,7 Milliarden €. Das

sind keine neuen Entwicklungen, um das klar und deutlich zu sagen. Wenn man solche Fragen stellen will, sollte man sich vorher selbst informieren. Dann brauchte man diese Fragen eigentlich gar nicht zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Punkt, der zu nennen ist: Was hat sich denn durch das neue System im Jahre 2001 geändert? Herr Minister, darin ist eine Anreizfunktion vorgesehen. Dazu haben wir gesagt: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. – Nur, die Anreizfunktion bezieht sich auf überdurchschnittliches Aufkommen aus den Steuern des letzten Jahres. Diese Regelung nützt dem Land Hessen gar nichts, weil Sie von Jahr zu Jahr im Steueraufkommen gegenüber den anderen Bundesländern zurückgefallen sind.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen nützt Ihnen diese Formulierung relativ wenig, um das klar und deutlich zu sagen. Herr Kollege Milde, ich hätte mir gewünscht –

(Zurufe des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU), des Ministers Karlheinz Weimar und des Ministerpräsidenten Roland Koch – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist so versenkt, dazu würde ich jetzt gar nichts mehr sagen! – Norbert Schmitt (SPD): Keine Ahnung!)

– Herr Ministerpräsident, das können wir gerne einmal in einem persönlichen Gespräch vertiefen.

(Lachen bei der CDU)

Sie bezahlen dadurch weniger in den Länderfinanzausgleich, dass die Finanzkraft Hessens im Gegensatz zu den anderen Bundesländern gefallen ist. Das ist die Konsequenz und sonst gar nichts.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das hat mit dem neuen System überhaupt nichts zu tun, um es klar und deutlich zu sagen. Meine Damen und Herren, so ist es.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Aber Herr Kahl, dann müssten doch die anderen weniger zahlen!)

Sie können die Finanzkraftzahlen in dem Zusammenhang gerne nachlesen. Ich kann sie alle nennen. Die Finanzkraftzahl ist in Hessen gegenüber den anderen Bundesländern gefallen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Aber selbstverständlich ist das ein Maßstab. Was denn sonst?

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Meine Damen und Herren, ich hätte gerne mit der CDU-Fraktion über diese Frage eine – hoffentlich können wir das im Ausschuss einmal machen – intensive und sachliche Diskussion auf dieser Basis geführt, aber nicht auf der Basis eines Antrages, der weiter nichts als ein Jubelantrag ist, in dem Fragen gestellt worden sind, die längst beantwortet worden sind.

Warum führt man diese Debatte auf der Basis eines solchen Antrags? Deswegen sagen wir klar und deutlich: Wir sind immer für eine Reform des Länderfinanzausgleichs, die die Anreizfunktion sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer stärkt. Der entscheidende Punkt ist

nämlich, die eigene Steuerkraft auszuschöpfen. Das gilt für alle Länder.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen selbstverständlich zur Solidargemeinschaft aller Bundesländer. Aus dieser Solidargemeinschaft können wir nicht austreten. Das ist Aufgabe und Zielsetzung des Grundgesetzes. Das muss klar werden.

Herr Kollege Milde, insgesamt kann ich zu diesem Antrag jedoch nur sagen: Dieser Antrag ist peinlich – wenn ich bedenke, was Sie hier für Fragen gestellt haben –, und er sollte von der katastrophalen Finanzpolitik dieser Landesregierung ablenken. Dies ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abg. von Hunnius das Wort.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, nachdem man Ihren Ausführungen gelauscht hat, könnte man es so zusammenfassen: Die Welt wäre so schön ohne den Länderfinanzausgleich. Alles wäre in Ordnung. Wir hätten ein gutes Leben, keine Schulden, und die Straßen könnten repariert werden.

(Heiterkeit – Minister Karlheinz Weimar: Zustimmung des ganzen Hauses!)

Nur, das kann nicht die Antwort sein. Wir leben in einem bundesstaatlichen System, das einen Solidarausgleich beinhaltet. Einen solchen Solidarausgleich gibt es sogar in der freiheitlichen Schweiz, in der Eidgenossenschaft. Dort ist es ein kantonaler Ausgleich, kein Finanzausgleich der Länder. Das kann also nicht die Antwort sein.

Da wir diesen Solidarausgleich haben, muss auch eine Frage erlaubt sein. Wir können heute sozusagen ein Jubiläum feiern. Vor fünf Jahren wurde die Einigung erzielt, die man damals für einen Durchbruch gehalten hat. Auch wir waren weitgehend davon überzeugt. Es war wohl kein Durchbruch, wie sich heute zeigt; denn die Probleme sind, mit ganz kleinen Abstrichen, so geblieben, wie sie waren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir das BVG-Urteil umgesetzt hätten, wären wir heute besser dran, als wir es sind.

(Beifall bei der FDP)

Damals waren wir alle noch auf Herrn Kirchhofs Seite. Inzwischen ist er bei bestimmten Damen und Herren in Veruruf geraten. Herr Kirchhof hat damals an einem Urteil mitgewirkt, das bahnbrechend war. Nur, es gelang nicht, das, was in diesem Urteil stand, in die Tat umzusetzen. Dabei sind wir letztlich stecken geblieben.

(Norbert Schmitt (SPD): Kirchhof! Ausgerechnet!)

– Es war Kirchhof, natürlich war er es. – Herr Kollege Milde, ich will es einmal vorsichtig formulieren: Es gab schon stärkere Anträge der CDU-Fraktion – wenn auch nicht viele.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert

Schmitt (SPD): Das ist die zurückhaltende Art des Kollegen!)

In Punkt 1 des Antrags raten Sie dazu, die Tendenzen zur Aufweichung der festgelegten Neuordnung mit Sorge zu betrachten. Die Sorge teilen wir; das ist überhaupt keine Frage. Es kann nicht sein, dass zwei Bundesländer, zudem völlig überschuldete Stadtstaaten – nein, eines davon ist das Saarland, aber das ist auch fast ein Stadtstaat –, versuchen, sich zulasten des Restes zu sanieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dreist!)

Darin sind wir uns völlig einig. Nur, das kollektive Schimpfen hilft uns auch nicht. Was bringt dieser Antrag? Was bringt es, wenn wir alle hier erklären, es müsse einmal gesagt werden, wie schlimm das ist? Wir sind der gleichen Meinung. Das ändert aber nichts.

(Beifall bei der FDP)

In Punkt 2 des Antrags heißt es: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diesen Tendenzen entgegenzutreten ...“ Das machen wir nachdrücklich, auch ohne diese Aufforderung. Was macht die Landesregierung denn? Wie tritt sie diesen Tendenzen entgegen? Das wäre eine interessante Frage. Vielleicht wird uns der Herr Minister noch etwas darüber aufklären.

(Beifall bei der FDP)

Ob wir den Antrag stellen oder in China ein Reissack umfällt – dazwischen besteht im Grunde genommen kein großer Unterschied. Wir werden den Antrag akzeptieren. Man kann überhaupt nicht dagegen sein. Aber er bewirkt natürlich nichts.

Zu Punkt 3 des Antrags hat Herr Kollege Kahl schon ausdrücklich Stellung genommen. Hier werden Fragen gestellt, die längst beantwortet sind. Man kann einen Berichts-antrag stellen. Wenn einem das zu viel Mühe macht oder es zu lang dauert, auf die Ergebnisse von Berichts-anträgen zu warten, kann man auch in das Internet schauen. Aber das ist ebenfalls völlig wirkungslos.

(Zuruf von der SPD: So viel Zeit muss sein!)

Man kann den Antrag akzeptieren. Er wird nichts verändern.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn mithilfe dieses Antrags aber ein Fanal von Wiesbaden ausgehen soll, nach dem Motto: „Der Hessische Landtag verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen Tendenzen, den Länderfinanzausgleich aufzuweichen, und dagegen, die Umsetzung eines Urteils, die gerade eben dem Wortlaut des Urteils entspricht, zu verwässern“, dann ist natürlich das alles in Ordnung.

Gehen wir auf die einzelnen Punkte ein, die hier genannt worden sind. Noch einmal: Wir sind wie Sie der Meinung, dass das Saarland und Berlin völlig zu Unrecht eine Veränderung zu ihren Gunsten beanspruchen. Dafür gibt es keine Grundlage, keine Frage. Weiterhin sind wir uns sicherlich darin einig, dass der Länderfinanzausgleich grundlegend neu geregelt werden muss.

Das wird eine Aufgabe sein, die man sich bei der famosen Föderalismusreform pikanterweise überhaupt nicht mehr vorgenommen hatte, weil man sie nicht schaffen wollte. Wir sind der Meinung, eine Föderalismusreform ergibt nur dann einen Sinn, wenn parallel dazu eine Neuordnung

der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einerseits sowie zwischen den Ländern andererseits herbeigeführt wird. Alles andere würde heißen, dass wir das entscheidende Problem überhaupt nicht anpacken.

(Beifall bei der FDP)

Wir unterstützen die Landesregierung darin, dass sie alles unternimmt. Aber wir hätten gern gewusst, was sie zu unternehmen gedenkt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie eine Auflistung der Zahlungen brauchen, können Sie kurz bei der FDP-Fraktion anrufen. Wir haben sie auch erst kurz zuvor herausgesucht. Das heben wir Ihnen gern auf.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Erschreckend ist nicht nur die Tatsache, dass 2001 keine bessere Einigung herbeigeführt wurde, die dem Urteilsteiner mehr entsprochen hätte. Das eigentlich Erschreckende ist, dass die Nehmerländer diese Einigung blockiert haben, weil sie den Gedanken im Hinterkopf hatten: Wir werden immer Nehmerländer bleiben. – Sie wollen keine Anreizfunktion haben, die sie für den Fall, dass die Steuereinnahmen höher ausfallen, in die Lage versetzen würde, mehr von dem Geld zu behalten.

Länder wie Thüringen, die durchaus in einer etwas besseren Position sind, haben es sich im Länderfinanzausgleich sehr bequem eingerichtet und gehen davon aus, immer zu kassieren – und auch immer kassieren zu wollen. Das macht das Strukturproblem des Länderfinanzausgleichs deutlich. Wir sehen, er ist offenbar so angelegt, dass keiner Spaß daran findet, etwas besser zu werden, als er im Augenblick ist.

Nur warne ich davor, zu sagen – Herr Kollege Milde, mit Verlaub, das klang in Ihren Ausführungen ein bisschen so an –: In Hessen sind wir paletti. Das einzige Problem ist der Länderfinanzausgleich. – Wir sind sehr dafür, über den Länderfinanzausgleich zu sprechen. Das ist gar keine Frage. Darin sind wir uns zum allergrößten Teil einig. Nur, das darf keine Alibidiskussion werden und nicht dazu dienen, die Haushaltssanierung wegzuschieben. Die Aufgabe, den Haushalt zu sanieren, ist nicht gelöst. Um sie zu lösen, müssen wir tiefer gehen.

(Beifall bei der FDP)

Wer immer sich vorgaukelt, ein neuer Finanzausgleich könne unsere Probleme in Hessen strukturell lösen, liegt sicherlich verkehrt. Wir müssen tiefer gehen, und dabei müssen wir auch über Ziele diskutieren.

Es wird sicherlich noch ein wichtiger Punkt sein, dass wir über Ziele diskutieren und nicht über einzelne Elemente dessen, was wir ausgeben oder einnehmen. Wir brauchen also beides: Erstens brauchen wir eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Ländern und Ländern. Zweitens brauchen wir – das ist ganz entscheidend – eine Sanierung des hessischen Landeshaushalts.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Im letzten Jahr haben wir, offenbar sehr zur Überraschung des Finanzministers, ein Vierteljahr später festgestellt, dass viel mehr Geld eingegangen ist, als wir vermutet hatten. Wenn wir das für einen großen Erfolg halten, ist das okay. Es ist aber keine Sanierung. Von einer Sanierung

können wir erst dann sprechen, wenn wir keine steigenden Schulden einplanen, wie sie jetzt im Haushalt stehen, Herr Kollege Kahl. Von einer Sanierung kann erst dann die Rede sein, wenn wir gar keine Neuverschuldung mehr einplanen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das muss das Ziel sein. Das wird aber in der mittelfristigen Finanzplanung bedauerlicherweise nicht einmal angerissen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Der Job der Haushaltssanierung ist leider nicht so einfach, dass man sagen könnte: Wir versuchen, ein bundesstaatliches System anders auszutarieren, und dann ist der Job gelöst. – Vielmehr müssen wir an die Strukturen herangehen und eine Aufgabenkritik machen. Davor hat sich diese Landesregierung bisher bedauerlicherweise gedrückt.

Es hilft nicht, mit dem Zeigefinger auf Berlin oder auf Saarbrücken zu zeigen. Beides ist berechtigt. Beides ist nachvollziehbar. Beides ist sympathisch. Gleichzeitig muss aber auch der Haushalt in Ordnung gebracht werden. Dabei ist für meinen Geschmack ein bisschen zu viel vom Länderfinanzausgleich die Rede und ein bisschen zu wenig von der Haushaltssanierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abg. Erfurth das Wort.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Milde, ich habe Ihnen heute Morgen sehr aufmerksam zugehört, weil ich herausfinden wollte, wo die verborgenen Tiefen dieses Antrags stecken. Ich habe immer gedacht, es muss irgendetwas dahinter sein, wenn uns die Regierungsfraktion zu dieser frühen Stunde einen solchen Antrag vorlegt und uns auffordert, uns mit den Zahlen des Landes zu beschäftigen.

Ich muss feststellen, dass ich nichts übersehen habe, als ich den Antrag zum ersten Mal gelesen habe. Wie die Kollegen Kahl und von Hunnius schon heute Morgen ausgeführt haben, steckt nichts anderes dahinter, als dem Finanzminister noch einmal die Gelegenheit zu geben, seinen Haushalt zu bejubeln und möglicherweise –

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Wenn das der Antrieb für Ihr Handeln ist, meiner ist es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es der Grundgedanke Ihrer Anträge ist, der Regierung die Möglichkeit zu geben, sich darzustellen, mag das für Sie ausreichen. Wir würden gern ein bisschen tiefer gehen.

Ich möchte für meine Fraktion erst einmal Folgendes feststellen: Wir haben in diesem Haus Anträge und Berichts-

anträge gestellt, die den Minister und das Finanzministerium sicherlich mehr ins Schwitzen gebracht haben.

Sie fragen in Ihrem Antrag, „welche Zahlungen Hessen seit 1999 in den Länderfinanzausgleich geleistet hat“. Ich vermute, dass das eine List ist. Sie wollten der Landesregierung mit dieser Frage die Möglichkeit geben, auf die CD-ROM hinzuweisen, die wir alle bekommen haben. Auf ihr ist der Landeshaushalt des Jahres 2006 aufgelistet. Auf dieser CD-ROM befindet sich auch eine wunderbare Auflistung aller Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich vom Jahr 1985 bis zum Jahr 2006. Das ist dort alles verzeichnet. Ich denke, Sie wollten der Landesregierung die Möglichkeit geben, uns alle darauf hinzuweisen, dass wir uns damit beschäftigen sollen. Wir sollen diese Aufstellung aufrufen und ansehen. Meine Damen und Herren der CDU, ich hoffe aber, dass Sie die Datenfülle dieser Aufstellung nicht erschlägt. Denn das sind sehr viel mehr Daten, als Sie haben wollten.

Aus einem Diagramm lässt sich die Entwicklung des Länderfinanzausgleichs sehr gut ablesen. Es lässt sich auch sehr gut ablesen, was dahinter steckt. Ich meine die historische Entwicklung in der Bundesrepublik. Man kann feststellen, dass das Volumen des Länderfinanzausgleichs insgesamt angewachsen ist. Das ist so. Das hat aber seinen Grund.

1995 kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Mittel des Länderfinanzausgleichs. Das rührte daher, dass das Land Berlin und die fünf neuen Bundesländer erstmals in das System des Länderfinanzausgleichs einbezogen wurden. Damit war klar, dass das Volumen wachsen musste.

Bis zum Jahr 1995 umfasste das Volumen des Länderfinanzausgleichs immer einen Betrag unter 2 Milliarden €. Bis zum Jahr 2000 stieg das Volumen des Länderfinanzausgleichs dann auf ungefähr 8 Milliarden € an. Dieser enorme Anstieg hat dann dazu geführt, dass im Jahr 2001 erneut Verhandlungen geführt wurden. Das wurde hier eben schon einmal thematisiert. Das hat dazu geführt, dass das Volumen etwas zurückgegangen ist. In den letzten drei Jahren wies der Länderfinanzausgleich ein Volumen von 6,6 bis 6,8 Milliarden € auf. Auf diesem Niveau hat er sich jetzt eingependelt.

Das ist ein ganz beachtliches Volumen. Ich sagte es schon: Das ist der Tatsache geschuldet, dass die Bundesrepublik um die neuen Länder angewachsen ist; und die neuen Länder haben eben Defizite bei der finanziellen Ausstattung. Das muss man einfach berücksichtigen. Das darf man nicht vergessen.

Es ist mir nicht ganz klar, welchen Hintergrund Ihr Antrag hat. Wollen Sie diese Strukturen und Defizite, die es in den neuen Ländern gibt, außer Acht lassen? Wollen Sie die Vereinbarung, die es zum Länderfinanzausgleich gibt, aufkündigen? Wollen Sie den Auftrag des Grundgesetzes nicht mehr erfüllen? Art. 107 Abs. 2 Grundgesetz sieht vor, „dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird“. So lautet die Formulierung im Grundgesetz. Ich nehme nicht an, dass es Intention Ihres Antrags ist, diese im Grundgesetz verankerte Forderung aufzuweichen. Ich glaube nicht, dass Sie versuchen wollen, Änderungen herbeizuführen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Aber Ausgleich bedeutet doch nicht, dass man als Land von Platz eins auf Platz acht zurückfällt oder umgekehrt etwas geschieht!)

– Auszugleichen bedeutet auch nicht, dass man überall den gleichen Level erreicht. Vielmehr muss man sich darüber verständigen, was es bedeutet, angemessen auszugleichen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): So ist es! Darum geht es!)

– Dann schreiben Sie das doch auch in Ihren Antrag.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das mit der Angemessenheit habe ich vorhin genau erläutert!)

– In Ihrem Antrag habe ich dazu kein Wort gefunden. Meine Damen und Herren der CDU, wenn Sie über die Struktur des Länderfinanzausgleichs diskutieren wollen, dann stellen Sie einen entsprechenden Antrag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann und Sabine Waschke (SPD))

Wir werden das dann im Haushaltsausschuss fachlich beraten. Wir beraten heute Morgen aber einen Jubelantrag. Sie werfen das alles in einen Topf.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was ärgert Sie eigentlich so daran, dass wir uns auf Platz eins befinden?)

Meine Damen und Herren der CDU, ich finde die Frage Ihres Antrags seltsam, bei der es darum geht, „in welcher Höhe das Land im Zeitraum von 1999 bis 2005 neue Schulden aufgenommen hat“.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja!)

Ich bin erst seit September Mitglied dieses Landtags. Aber ich habe gehört, dass die CDU-Fraktion seit 1999

(Zuruf von der CDU: regiert!)

die Haushalte beschlossen hat. In der letzten Runde der Beratung des Haushalts konnte ich verfolgen, dass Sie unsere Änderungsanträge abgelehnt haben, die dazu geführt hätten, dass die Schuldenaufnahme des Landes minimiert worden wäre. Sie waren mit dabei, als diese Haushalte beschlossen wurden. Ich hätte deshalb vermutet, dass Sie wissen, wie viele Schulden aufgenommen wurden und welchen Schuldenstand das Land hat. Ich hätte vermutet, dass Ihnen das präsent ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ich werde eine Vermutung nicht los. Das haben Sie zum Teil auch bestätigt. Sie wollten mit Ihrem Antrag erreichen, dass sich alle Abgeordneten und nicht nur die, die dem Haushaltsausschuss angehören, einmal intensiver mit dem Länderfinanzausgleich beschäftigen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist eine lohnende Sache, das stimmt!)

Sie wollten, dass wir lernen, wie man das Wort „Umsatzsteuervorwegausgleich“ schreibt. Sie wollten erreichen, dass wir wissen, dass es so etwas gibt. Möglicherweise stand dieser pädagogische Ansatz dahinter. Sie wollten uns allen also einmal vor Augen führen, wie schwierig die Materie ist, die dahinter steckt.

Herr Irmer, wenn man in diesen Lernprozess tiefer einsteigt, kann man die Erkenntnis gewinnen, dass der Länderfinanzausgleich eine ziemlich verzwickte Sache ist. Inzwischen ist er so gestrickt – vielleicht sollte ich besser „verstrickt“ sagen –, dass nur noch ganz wenige Menschen nachvollziehen können, was da aufgrund der gesetzlichen

Vorschriften geschieht. Es können auch nur noch ganz wenige Menschen die Geldflüsse nachvollziehen, zu denen es da kommt. Möglicherweise ist das gewollt.

Ich habe die Vermutung, dass das vielleicht nur noch 16 oder 17 Menschen in den einzelnen Stabsabteilungen der Länder wissen. Alle anderen haben es längst aufgegeben, zu versuchen, zu ergründen, was da passiert.

(Minister Karlheinz Weimar: So viele sind das nicht!)

– So viele gibt es nicht, die das wissen.

(Minister Karlheinz Weimar: Aber wir haben Herrn Weiß, der ist gut!)

– Das ist gut. Vielleicht steht der Name „Weiß“ auch dafür, dass er hinsichtlich dieser Materie weise ist.

Trotz des Spaßes, den wir eben hatten, muss man doch sagen: Das kann doch nicht der Sinn eines solchen Gesetzes sein. Möglicherweise gibt es nur wenige Menschen in der gesamten Bundesrepublik, die verstehen, was sich hinter diesem Aufteilungsmechanismus verbirgt.

Ich will Ihnen jetzt nicht vorlesen, wie der § 1 Finanzausgleichsgesetz lautet. Er beschäftigt sich über fast eine DIN-A4-Seite allein mit der Aufteilung der Umsatzsteuer. Da geht es vor und zurück und um Kommastellen. Ich denke, es ist doch nicht sinnvoll, ein Gesetz so anzulegen bzw. zu stricken. Das ist der Versuch, Ausgleichsmechanismen und Korrektive für jeden Eventualfall des Lebens zu schaffen. Dadurch wird das intransparent. Das ist auch nicht nachvollziehbar. Ich denke, Sie hätten eine große Mehrheit hinter sich, wenn Sie daran etwas ändern wollten, wenn Sie versuchen wollten, das so zu gestalten, dass die Finanzströme transparent werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das bereits angesprochen. Das hat auch Herr Kahl angesprochen. Bisher ist jeder Versuch einer Reform des Länderfinanzausgleichs daran gescheitert, dass die Länder immer nur dann zustimmen, wenn zumindest der Status quo gewährleistet bleibt. Sie wollen also nicht einen müden Euro verlieren. Deswegen müssen immer Ausgleichsmechanismen gesucht werden, die gewährleisten, dass kein Land Mittel verliert. Im Grunde genommen geht es also nur um die Verteilung der Zuwächse.

Ich denke, damit wird man nicht weiterkommen. Damit schafft man nur zusätzliche Regulierungsmechanismen.

Ich möchte Sie jetzt ein bisschen provokant fragen: Warum leisten wir uns eigentlich den Luxus, Steuern, deren Aufkommen stark schwankt, den Ländern zuzuweisen, was dazu führt, dass wir ganz komplizierte Ausgleichsmechanismen haben, damit wir über diese Ausgleichsmechanismen den Auftrag erfüllen können, den das Grundgesetz vorschreibt? Warum machen wir das eigentlich so?

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Als Beispiel nehme ich die Erbschaftsteuer. Die Erbschaftsteuer ist eine klassische Ländersteuer. Ihr Aufkommen steht in voller Höhe den Ländern zu. Aber gerade das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer schwankt unheimlich. Es schwankt von Bundesland zu Bundesland. Möglicherweise können Sie sich vorstellen, dass in Hamburg die größten Vermögen vererbt werden. Das führt dazu, dass in Hamburg das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer am höchsten ist. Möglicherweise können Sie sich auch vorstellen, dass das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer in

Thüringen am niedrigsten ist. Hessen liegt ungefähr im Durchschnitt des Bundes.

Die Schwankungen, die es dort gibt und die ich Ihnen eben aufgezeigt habe, müssen dann über diese komplizierten Mechanismen des Länderfinanzausgleichs ausgeglichen werden. Ein ähnliches System finden wir bei der Kraftfahrzeugsteuer vor.

Ich frage: Wäre es nicht sinnvoller, das Aufkommen derart schwankender Steuern dem Bund zuzuweisen und den Ausfall der Einnahmen bei den Ländern durch die Zuweisung zusätzlicher Umsatzsteuerpunkte auszugleichen? Dann könnte man auf einen Teil der komplizierten Mechanik des Länderfinanzausgleichs verzichten. Das würde zu weit mehr Transparenz führen.

Man könnte in diesem Zusammenhang auch über die progressive Einkommensteuer nachdenken. Diese Art der Einkommensteuer führt zu der vom Bundesgesetzgeber durchaus gewollten stärkeren Belastung der höheren Einkommen. Sie führt aber auch dazu, dass die wirtschaftlich stärkeren Bundesländer überproportional an dem Steuerertrag beteiligt sind. Deswegen benötigen wir dann wieder die Ausgleichsmechanismen, die ich eben schon vorgestellt hatte.

Warum kommen wir nicht zu einem System, das dazu führt, dass den Ländern ein verlässlicher Sockelbetrag zusteht? Die Schwankungen in der Spitze könnten dann dem Bund zugewiesen werden. Schließlich ist es auch der Bund, der viel besser auf konjunkturelle Einflüsse reagieren kann und muss. Er kann das viel besser als die Länder.

Wenn wir darüber nachdenken wollen, den Länderfinanzausgleich wirklich neu zu gestalten, dann werden wir ein hartes Stück Arbeit haben. Dann kann man nicht einfach nur an dem System ein bisschen herumdoktern und neue Mechanismen oder eine neue Anreizschleife schaffen. Vielmehr muss das dann grundsätzlich angegangen werden.

Herr Milde, ich hätte es mir in der Tat gewünscht, dass der Antrag der CDU-Fraktion ein Stück weit über den Status quo hinausweist. Sie haben aber nur Messer und Gabel ausgepackt und dem Finanzminister in die Hand gedrückt, damit er dazu beitragen kann, dass der Kuchen in Berlin ordentlich verteilt wird. Das, was wir haben, sollen wir also behalten und ordentlich verteilen.

Ich glaube, so geht das nicht. Wir müssen schon ein bisschen weiterdenken und dürfen nicht nur gucken, dass wir ja unseren Anteil behalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Ihre Klage, Hessen werde durch den Länderfinanzausgleich stark gebeutelt, haben wir alle im Ohr. Ihre Presseerklärungen dazu haben die Kollegen vorgestellt. Ich kann Ihnen dazu nur Folgendes sagen: Ich habe einen Bekannten, den ich nur bei Familientreffen immer wieder einmal sporadisch treffe. Jedes Mal, wenn ich ihn treffe, ruft er: Da kommt Sigrid, die Finanzbeamtin. Bleib mir bloß vom Hals. Meine Abschlusszahlung zur Einkommensteuer war sehr hoch.

Ich sage dann zu ihm: Gerd, weißt du, so viele Steuern wie du möchte ich auch einmal zahlen. – Alle in der Runde wissen: Der Gerd, das ist derjenige, der von uns am meisten verdient. Deswegen ist er auch derjenige, der von uns allen am meisten in die Solidarkasse einzahlen muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Weimar und Herr Milde, in diesem Sinne möchte ich Ihnen sagen: Wir brauchen sicher Ausgleichsmechanismen. Aber wir brauchen Ausgleichsmechanismen, die nicht dieses Karussell in Gang setzen und jedes Mal diese komplizierte Gestaltung bedeuten. Das bisherige Klagegeld soll nur von den eigenen Versäumnissen ablenken.

Ich habe vorhin schon gesagt: Wozu soll dieser Antrag eigentlich dienen? Der Beweihräucherung der Haushaltsergebnisse und dessen, was wir aus den Presseerklärungen schon einmal vorgetragen bekommen haben.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist ein guter Grund!)

Mein Anspruch an Debatten im Landtag ist ein anderer, als nur die Erfolge der Regierung abfeiern zu wollen. Herr Milde, wenn Sie das wollen, dann muss ich Ihnen sagen: Sie haben zum Eingang Ihres Vortrags eine Tabelle vorgelegt, wonach die Pro-Kopf-Einzahlung in den Länderfinanzausgleich 261 € beträgt. Ich konnte nicht ganz abgleichen, wo Sie diese Zahl herhaben. Denn wenn ich sie umrechne und mit den Zahlungen vergleiche, die Hessen in den Länderfinanzausgleich geleistet hat, komme ich auf andere Zahlen. Sie haben einfach die Zahlen umgedruckt, die, ich glaube, in einer Presseerklärung der SPD auf Bundesebene herausgegeben worden sind, und dann nicht mit den eigenen Zahlen abgeglichen, die wir in Hessen haben. Denn hätten Sie es auf die eigenen Zahlen bezogen, die wir der schönen Tabelle entnehmen konnten, die der CD-ROM beigelegt ist, wären Sie auf deutlich weniger gekommen, nämlich 213 € pro Einwohner.

Nur noch so viel dazu, wie die Anträge aufbereitet werden. Wenn wir uns über eine solche Form von Anträgen unterhalten sollen, werden wir das nicht mitmachen. Wir haben andere Ansprüche als nur Jubelanträge.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Herr Finanzminister.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt bekommen wir alles erklärt!)

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist dringend notwendig, dass wir dieses Thema im Hessischen Landtag intensiv diskutieren.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber auf einer vernünftigen Grundlage!)

Denn aus meiner Sicht drohen Gefahren, die das Land Hessen zusätzlich stark belasten würden.

Ich will zuerst eine Vorbemerkung zu der derzeitigen Situation machen. Wir, der Ministerpräsident und ich, haben 2001 in sehr langwierigen und extrem schwierigen Verhandlungen eine neue Verteilung im Länderfinanzausgleich vereinbart. Auslöser war damals das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das Problem war, dass viele erkannten, was das Verfassungsgericht wollte, dass es aber nicht so explizit im Urteil stand, dass man daraus un-

mittelbare Handlungsanleitungen hernehmen konnte. Die Schwierigkeit war, dass elf oder zwölf Länder Nehmer und vier oder fünf Länder Geber sind – ich sage das bewusst, weil Nordrhein-Westfalen immer um die Nulllinie herum schwankt – und von daher die Frage der Mehrheiten ausgesprochen schwierig ist, um es an der Stelle vorsichtig auszudrücken.

Was im Moment passiert, ist ein sehr ärgerlicher Vorgang, auch unter der Betrachtung: Was ist mit den Stadtstaaten, was ist mit dem Saarland, was ist überhaupt mit den finanzschwachen Ländern? Denn wir haben seit 2005 einen neuen Länderfinanzausgleich, und kaum dass er in Kraft getreten ist, wollen das Land Berlin und jetzt auch noch die Länder Bremen und Saarland diesen ausgehandelten Kompromiss nicht mehr akzeptieren. Das ist etwas, wogegen wir uns wehren müssen. Lesen Sie einmal die Begründung, was der Finanzsenator des Landes Berlin, Sarrazin, anführt, wie er meint, dass das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden habe, bei dem die mündliche Verhandlung am 26. April dieses Jahres angesetzt ist. Er sagt, die Schulden- und/oder Zinsbelastungen im Verhältnis zu den Einnahmen sollten in Zukunft Maßstab für die Zahlungen sein, die die betreffenden Länder erhalten. – Meine Damen und Herren, das wäre doch die Öffnung aller Türen. Je schlechter man wirtschaftet, desto mehr Geld bekommt man, und bezahlen müssten es die Länder, die sparsam antreten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich muss sagen, das ist nicht akzeptabel. Wir stehen zum bündischen Prinzip. Wir stehen auch dazu, dass wir Vereinbarungen getroffen haben. Aber wir können es auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Hessen nicht zumuten, dass versucht wird, solche Mechanismen in den Länderfinanzausgleich hineinzubekommen. In dieser Frage hätte ich gern auch die Unterstützung des Hessischen Landtags – das sage ich ganz deutlich –, um klarzumachen, dass wir uns wehren würden, wenn diese Prinzipien Platz greifen würden. Denn der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Oettinger, Finanzminister Stratthaus wie auch die Bayern haben immer wieder erklärt, und ich will es an der Stelle auch tun: Wir stehen zu dem ausgehandelten Kompromiss. Aber für den Fall, dass daran nachdrücklich gerührt wird, müssten wir uns wehren. – Herr Kahl, dieses Wehren bedeutet nicht irgendwie ein einseitiges Aufkündigen oder was auch immer.

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben Sie doch gesagt!)

– Das habe ich nie gesagt, Herr Kahl, sondern ich habe gesagt, dann steht z. B. auch der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen.

(Michael Boddenberg (CDU): So ist das! – Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! – Reinhard Kahl (SPD): Aber Sie haben es anders gesagt!)

Meine Damen und Herren, es kann doch gar nicht anders sein. Worin ist denn der Vorwurf zu sehen, wenn ich das für das Land Hessen in einer solchen Phase erkläre, wenn die Länder Berlin, Bremen und Saarland vor dem Bundesverfassungsgericht unter anderen Prinzipien antreten, um eine Aufkündigung dieses Kompromisses zu erreichen? Ich weise auch einmal darauf hin: An der Stelle wird gesagt, die Klage richte sich gegen den Bund, der Bund möge bezahlen. – Der Bund hat schon eindeutig erklärt, dass er für den Fall, dass mehr zu bezahlen wäre, die

Länder heranziehen wird. Da geht es möglicherweise um den Umsatzsteuervorwegausgleich oder was auch immer.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber das ist doch auch nur einvernehmlich zu beschließen!)

Jedenfalls ist die Bedrohung in dieser Frage doch maximal. Herr Kahl, ich kann nicht verstehen, dass Sie daraus nun einen Streitpunkt machen, sondern der Hessische Landtag müsste das Forum sein, in dem wir uns gemeinsam dagegen wehren.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das habe ich doch gesagt!)

Meine Damen und Herren, ich habe in jeder öffentlichen Erklärung in der Vergangenheit gesagt, wir stehen zu dem im Jahr 2001 vereinbarten Kompromiss. Wir haben ihn nicht mit Begeisterung gefeiert, weil die Mehrheitsverhältnisse so sind, wie sie sind. Wir haben eine Verbesserung erwartet, die auch eingetreten ist. Dazu sage ich gleich noch etwas. Aber das System ist suboptimal. Es ist doch bitte schön immer noch möglich, dass man das an der Stelle sagt. Ich habe immer gesagt, wir stehen zu dem Kompromiss. Aber ich ärgere mich darüber – und ich finde auch, wir haben die Interessen des Landes Hessen zu vertreten –, dass es Länder gibt, die diesen Kompromiss mitgetragen haben, wie z. B. Berlin, Bremen und das Saarland, und gleichzeitig sagen: Wir werden vor dem Bundesverfassungsgericht andere Leistungen für uns erstreiten. – Über den Umweg Bund kommt es bei uns an, und wir werden noch mehr zur Kasse gebeten.

(Reinhard Kahl (SPD): „Aufkündigen“ haben Sie wörtlich gesagt!)

Meine Damen und Herren, 14,8 Milliarden € haben wir von 1999 bis 2005 in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Es ist doch zulässig, einmal darauf hinzuweisen, dass wir in der Zwischenzeit mit 8,6 Milliarden € Schulden dramatisch unter den Zahlungen liegen, die wir in den Länderfinanzausgleich geleistet haben. Herr Kollege Kahl, jetzt will ich Ihnen Folgendes dazu sagen, weil Sie behaupten, das sei alles gleich geblieben. Ich habe das einmal hochgerechnet. Von 1970, als der Länderfinanzausgleich anfang, bis 2005 haben wir ungefähr 31 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Ich habe es von 2003 ganz schnell extrapoliert.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie müssen die Kanther-Zeit herausnehmen!)

– Hören Sie doch auf, Herr Schmitt. Schauen Sie sich die Wahlergebnisse an. Das ist doch besser.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ungefähr 31 Milliarden € haben wir bis 2005 in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Sie können auch die Zahlen bis 2003 nehmen, dann sind sie in der Relation für die Leistungen dieser Landesregierung noch besser. Da haben wir 27,7 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt und praktisch 27 Milliarden € Schulden gemacht.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie schön ist die Welt ohne Länderfinanzausgleich!)

Das heißt, wenn wir in den Jahren von 1999 bis 2005 fast doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben, als wir Schulden gemacht haben, muss es in den Jahren vorher so gewesen sein – das können Sie sich ausrechnen –, dass Sie deutlich mehr Schulden gemacht ha-

ben, als Sie in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben. Das ist die Realität, das ist auch zu belegen.

(Beifall bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Genau das ist der Punkt! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem Sie angemahnt haben, dass jeder selbst rechnen möge, rechnen Sie es aus. Sie werden sehen, das Ergebnis stimmt, sowohl von der Logik als auch von den Zahlen her. Es geht mir jetzt aber gar nicht darum; denn die Zeiten, als SPD und GRÜNE in Hessen regiert haben, sind lange vorbei. Es geht darum, dass wir steigende Belastungen haben.

(Reinhard Kahl (SPD): Im Gegenteil, das ist falsch! – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Mit 8,6 Milliarden € neuen Kreditmitteln und 14,8 Milliarden € Zahlungen in den Länderfinanzausgleich ist eine Größenordnung erreicht, die auch für das Land Hessen schmerzlich ist. Es geht doch gar nicht darum, ob wir uns hier um Haushaltspläne oder sonst irgendetwas streiten, sondern es geht darum: Was können wir uns für Hessen leisten? Da müssen Sie schlicht sehen – das ist der ärgerliche Punkt an der Stelle; ich will hier nicht zitieren, aber wir wissen es ja –, dass sich Nehmerländer in Teilen wesentlich mehr leisten, als sich z. B. Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg leisten unter dem Gesichtspunkt, dass wir unsere Haushalte sparsam fahren und dass wir versuchen, mit dem Geld, das wir haben, auszukommen.

Ich nenne nur ein Beispiel, damit man weiß, worum es geht. Wenn das Land Bremen immer noch eine Ministerialzulage zahlt, obwohl es zehn Jahre lang Haushaltsnotlage land war,

(Axel Wintermeyer (CDU): Unglaublich!)

Geld von allen Seiten bekommen hat und sich nach zehn Jahren nichts geändert hat – auch wenn dieser Punkt sicher nicht zur Sanierung des Haushalts beiträgt, aber einfach symbolhaft dafür ist, was man macht –, dann liegt es auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen, dass wir gelegentlich einmal darauf hinweisen, dass das eigentlich nicht sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Erfurth, insofern ist es richtig, dass wir uns auch darüber unterhalten müssen, wie dies in ein vernünftiges System hineinzubringen ist unter dem Gesichtspunkt, dass es am Ende jeder machen kann, aber dann gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern verantworten muss, und nicht die Frage sein kann, dass er es horizontal und vertikal auf die anderen verteilt und sich diese Leistungen von anderen bezahlen lässt.

Das kann nicht sein. Wenn ein Bundesland – jetzt bleibe ich dabei – weiterhin eine Ministerialzulage zahlt, dann muss es gegenüber den eigenen Bürgern die Verantwortung dafür übernehmen, ob es sich das angesichts der Haushaltssituation leisten kann.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es kann nicht sein, dass die anderen Bundesländer das mitbezahlen. Das können Sie auch an anderen Stellen festmachen, z. B. daran, wie viel Kindergartengebühren im Saarland gezahlt werden.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Darüber ärgerst du dich einfach. Das würden wir auch gerne machen. Aber es ist ein Haushaltsnotlageland. Ich finde, das ist ausgesprochen schwierig.

Die Zahlen sind hier genannt worden. Wir sind im Jahr 2005 der mit Abstand größte Zahler in den Länderfinanzausgleich gewesen.

(Reinhard Kahl (SPD): Der größte Zahler sind wir nicht! Sie müssen schon genau argumentieren, Herr Minister! Höchstens pro Kopf!)

Meine Damen und Herren, mit den 261 € pro Kopf und den tatsächlichen knapp 1,6 Milliarden €, die wir zu zahlen haben, sind wir erheblich belastet.

(Reinhard Kahl (SPD): Bayern hat 2,2 Milliarden €, und Baden-Württemberg hat auch 2,2 Milliarden €! Was Sie sagen, ist falsch!)

Meine Damen und Herren, um das vorzuziehen: Wenn wir 261 € pro Kopf in den Länderfinanzausgleich zahlen

(Reinhard Kahl (SPD): Die Zahlen sind falsch! Er muss genau sein!)

– Herr Kahl, ich muss gar nichts –

(Reinhard Kahl (SPD): Selbstverständlich! Sie können nicht sagen, Hessen sei der größte Zahler! Das stimmt nicht!)

und 127 € pro Kopf neue Schulden gemacht haben, dann sieht man, wie gut wir an der Stelle gewirtschaftet haben. Darauf bin ich auch stolz.

(Beifall bei der CDU)

Im September letzten Jahres habe ich hier gesagt: „Ich sehe eine Trendwende in der finanziellen Entwicklung.“ Was haben Sie sich lustig gemacht.

(Norbert Schmitt (SPD): Gucken Sie sich 2006 an!)

Ich habe dann gesagt: „Wir können die Haushaltsansätze sowohl im Nachtragshaushalt als auch im Haushalt 2006 herabsetzen.“ Was haben Sie sich lustig gemacht und hier herumgeschrien. Als wir den Nachtragshaushalt reduziert haben, habe ich gesagt: „Ich erwarte insbesondere wegen der Haushaltssperre noch ein weiteres Absenken der Nettoneuverschuldung.“ Was haben Sie sich lustig gemacht. – Was bleibt von Ihren Prognosen denn übrig?

(Axel Wintermeyer (CDU): Gar nichts!)

Sie haben im letzten Sommer geschrien, wir bräuchten einen Nachtragshaushalt für 2005, und wir hätten ein strukturelles Defizit von 3 Milliarden €.

(Axel Wintermeyer (CDU): Genau das hat er gesagt!)

Lesen Sie doch einmal Ihre Zitate und Ihre Prognosen nach.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie hoch ist das strukturelle Defizit?)

Ich bin stolz darauf: Ich habe keine Prognosen gemacht, sondern ich habe vorsichtig agiert und bin immer besser geworden.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Das ist doch viel besser. Das zeigt doch, wo Sie an der Stelle stehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Und die fünf Jahre davor verdrängen Sie? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN): Sie haben also vor zwei Monaten angefangen zu regieren?)

Wir werden im Jahre 2006 sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln.

Lassen Sie mich auf das Thema Länderfinanzausgleich zurückkommen. Die Umsatzsteuerverteilung als erste Stufe ist ein weithin nicht beachtetes Element. Durch die Abschaffung des anreizfeindlichen Systems der Vollauffüllung, durch die Aufnahme der Zone zwischen 97 % bis 100 % haben wir den Umsatzsteuervorwegausgleich intensiviert. Auf der Stufe verlieren wir Geld. Durch die Neugestaltung des Systems verlieren wir Geld. Die Zahlen in der ersten Stufe des Finanzausgleichs betragen insgesamt, wenn man es nur pro Kopf der Bevölkerung umlegen würde, 835 Millionen € mehr als bei einer einfachen Verteilung auf die Zahl der Einwohner. Das wäre eigentlich der richtige Maßstab, um zu bestimmen, was wir zu leisten haben.

Der Fonds Deutsche Einheit fällt weg. Beim Tarifverlauf des LFA haben wir gegenüber dem alten System eine Verbesserung um 34 Millionen €. Es ist ganz einfach, die Gewinne und Verluste festzustellen. Sie müssen die Zahlen von 2005 nur durch den Rechner laufen lassen und stellen fest, wie viel uns das alte System gekostet hätte und was uns das neue System kostet bzw. bringt. Das hat mit Finanzkraft nichts zu tun, sondern zwei Systeme werden rechnerisch mit denselben Zahlen gegeneinander gestellt. Wir gewinnen also 34 Millionen €. Das heißt, insgesamt gesehen haben wir eine Verbesserung um 112 Millionen €. Das entspricht fast punktgenau dem, was damals Herr Weiß errechnet hat, unser Mitarbeiter aus dem Finanzministerium, der dieses Projekt in außergewöhnlicher Weise begleitet hat. Am Ende war er wohl derjenige, der fast als Einziger die Zahlen mit seinem eigenen Computersystem, das er entwickelt hat, noch im Griff hatte. Es kommt fast punktgenau das heraus, was wir damals für das Jahr 2005 erwartet haben. Ich denke, das ist eine außergewöhnliche Leistung bei einer solchen Systemumstellung.

Was ich Ihnen sagen kann, ist: Es ist damit zu rechnen, dass sich im Jahre 2006 dieser „Gewinn“ gegenüber dem alten System deutlich steigern wird. Die interne Erwartungshaltung ist, dass wir von der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs, wie wir sie damals ausgehandelt haben, in Höhe von über 150 Millionen € profitieren werden. Da wir fünf Jahre später nun die Zahlen haben, sage ich: Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, trotz der ganz schwierigen Situation, dass die große Mehrzahl der Länder Nehmerländer sind, ein positives Ergebnis für das Land Hessen zu bekommen. Ich glaube, hier gilt ein besonderer Dank dem Herrn Ministerpräsidenten, der diese Verhandlungen intensiv geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt noch ein kleines Schankerl am Rande. Nachdem wir damals drei Tage und zwei Nächte wie bei den EG-Verhandlungen verhandelt haben, nach dem Motto: „Wer zuerst müde ist, hat verloren“, hat der Herr Ministerpräsident in der letzten Viertelstunde der Verhandlungen gesagt, es müsse aber noch ein Prämienmodell für die geben, die sich besonders gut entwickeln. Da ich Zeitzeuge dieser Verhandlung war, muss ich sagen, dass alle so müde waren, dass sie gesagt haben: „Komm, jetzt machen wir auch noch das Prämienmodell, es ist gut.“ Dieses Prämienmodell bringt uns im Jahre 2005 5,9 Millionen € zusätzlich. Da hat sich die letzte Viertel-

stunde der Verhandlungen ausgesprochen gelohnt. Ich finde, das war ein ausgesprochen guter Stundenlohn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Dafür könnt Ihr ein halbes Schloss kaufen! – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

13 Millionen € werden nicht im Länderfinanzausgleich angerechnet. Das ist eine Größenordnung von etwa 5,6 bzw. 5,9 Millionen €.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister, die Fraktionsredezeit haben Sie erreicht.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Ich werde trotzdem noch einen kleinen Moment reden.

Meine Damen und Herren, durch die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und die Art des Antretens der strukturschwachen Länder, deren Situation sich durch die erheblichen Zahlungen der letzten Jahre strukturell nicht verbessert hat, ergibt sich die Schwierigkeit, dass das jetzige System aufgekündigt wird. Das kann so nicht sein. Allerdings muss man eines sagen: Wir waren damals mit dem System nicht zufrieden, und wir sind heute mit dem System nicht zufrieden. Es ist nicht leistungsfördernd innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Es schafft nicht genügend Anreize. Möglicherweise werden wir die zweite Stufe der Föderalismusreform machen. Man wird darüber zu reden haben, ein anreizfreundlicheres System zu schaffen. Nicht mehr und nicht weniger will ich an der Stelle sagen, weil das jetzt nicht mein Punkt ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige wenige abschließende Bemerkungen zu der Leistung des Haushaltsabschlusses 2005 machen. Wir hatten ursprünglich eine Nettoneuverschuldung für das Jahr 2005 von 1,13 Milliarden € vorgesehen. Wir haben die Nettoneuverschuldung beim Nachtrag auf 984 Millionen € reduziert und sind jetzt bei 775 Millionen € herausgekommen. Das ist eine Zahl, die schon wieder in die Nähe der Zahl von 1999/2000 kommt und die mich außerordentlich erfreut. Ich denke, dass dies unseren Kurs sehr stark unterfüttert.

Meine Damen und Herren, die „Operation sichere Zukunft“ wirkt. Wir haben festzustellen, dass wir die Personalkosten im Jahre 2005 abgesenkt haben. Wir haben auch die Sachkosten in Hessen noch einmal um 30 Millionen € reduziert. Das ist übrigens das Ergebnis der Haushaltssperre, die belächelt worden ist. Wir haben sie noch einmal absenken können. Wir haben die Ausgabenseite des Haushaltes insgesamt um 0,3 % reduziert, nachdem wir sie schon im vorigen Jahr um 1,3 % reduziert haben. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen dazu: Die Dinge, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, lohnen sich jetzt.

Ich möchte auch wegen der Dauer der Redezeit nicht die gesamte Pressekonferenz wiederholen. Aber insgesamt gesehen ist es eine riesige Leistung, dass es uns gelingt, die Personalkosten im Griff zu behalten. Denn bei der Reduzierung der Personalkosten müssen Sie sehen, dass wir noch 20 Millionen € mehr für die Lehrerversorgung ausgeben, und es sind z. B. 45 Millionen € enthalten, an denen wir gar nichts machen können, nämlich der Anstieg der Versorgungsausgaben und der Beihilfen. Wir haben also 45 Millionen € für Versorgungsausgaben und Beihilfen sowie zusätzlich noch 20 Millionen € für die Lehr-

versorgung kompensiert. Trotzdem sind die Personalkosten auf 6,77 Milliarden € gefallen.

Meine Damen und Herren, wenn wir nichts von dem gemacht hätten, was hier so bekämpft worden ist, würden die Personalkosten schon jetzt fast 7,4 Milliarden € betragen. Die Personalkosten betragen im Moment 6,77 Milliarden €. So viel zu dem Thema Haushaltskonsolidierung. Es ist immer leicht geredet, man müsste etwas tun. Wir tun etwas. Wir sind hoch erfolgreich. Deswegen ist es uns auch gelungen, die Ausgaben weiter zu reduzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will eine abschließende Bemerkung dazu machen, dass gesagt wird, aufgrund der Veräußerungen wäre die tatsächliche Verschuldung höher. Meine Damen und Herren, das stimmt nicht. Natürlich haben wir strukturell noch einiges zu tun.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Reinhard Kahl (SPD): Sehr nett ausgedrückt!)

Ich weise immer wieder darauf hin: Wir werden auch das in den Griff bekommen, Stück für Stück. Das macht Sie so nervös, weil Sie gar nichts mehr haben.

(Reinhard Kahl (SPD): Uns macht nervös, dass wir kein Landesvermögen mehr haben!)

Denn wir werden diesen Weg konsequent gehen. Aber die Veräußerung von Immobilien ist, bestätigt durch Sachverständige, durch alle, die sich damit beschäftigt haben, ein rentierliches Geschäft. Deswegen ist es, mit Verlaub gesagt, dummes Zeug und ich weise es deutlich zurück, dass die Haushalte der zukünftigen Jahre damit strukturell belastet werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Selbstverständlich!)

Sie werden strukturell nicht belastet, sondern die Veräußerung der Immobilien ist ein extrem rentierliches Geschäft, das sich positiv auf die zukünftigen Haushalte auswirken wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Darüber könnte man reden, wenn Sie keine Schulden mehr machen würden!)

Deswegen hören Sie damit auf, solche Erklärungen hier in den Raum zu stellen. Wir machen dabei ein gutes Geschäft. Wir machen es sehr bewusst. Trotzdem werden wir dieses strukturelle Defizit, das wir haben, auch in den nächsten Jahren ganz konsequent abbauen. Meine Damen und Herren, Sie werden es noch erleben, dass das Land Hessen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt.

(Norbert Schmitt (SPD): 2009! – Reinhard Kahl (SPD): Das geht aber nicht ohne Regierungswechsel!)

Ich habe mich von Anfang an dagegen gewehrt, das Jahr zu nennen. Der Bund hat ständig Zahlen genannt, wann ein ausgeglichener Haushalt vorliegt. Sie sind alle gescheitert, weil Prognosen im Nachhinein immer am sichersten sind, ebenso Aussagen darüber, in wie vielen Jahren etwas gemacht wird.

Dieses Land ist auf einem sehr guten Weg, und wir werden diesen Weg weiter gehen. Meine Damen und Herren, das Ziel ist und bleibt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wir werden nicht ankündigen, wann es so weit ist, sondern wir werden es machen. Da werden Sie sehen, dass Sie am Ende gar nichts mehr haben; jetzt haben Sie ja ei-

gentlich schon nichts mehr. Am Ende haben Sie gar nichts mehr.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Punktlandung! – Reinhard Kahl (SPD): Sie haben kein Landesvermögen mehr!)

Ich bin im Interesse des Landes Hessen und nicht aus Angst vor der Opposition froh, dass der Weg, den wir gehen, so gut ist. Das bestätigt sich auch immer wieder bei Wahlen usw. Ich bin deswegen mit dem, was ich Ihnen für 2005 vorlegen konnte, sehr zufrieden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wir sind mit Ihren 38 % hoch zufrieden!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Schmitt für die Fraktion der SPD.

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme Ihrer Aufforderung gern nach und stelle fest, dass wir uns in zwei Punkten einig sind.

Erstens. Es gibt im LFA weiterhin eine Überkompensation, die problematisch ist und die auch wir nicht haben wollen.

Zweitens. Es muss in der Tat ein anreizfreundlicheres System geben, auch das ist – glaube ich – unumstritten.

Drittens. Wir sind uns als hessische Abgeordnete auch darin einig, dass wir die Landesinteressen wahren wollen. Das bedeutet in der Tat, dass der LFA sicherlich, so wie er ausgestaltet ist, nicht gerade die beste Möglichkeit ist, allerdings einen Kompromiss darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Aber eines, Herr Kollege Milde und Herr Minister Weimar, machen wir nicht mit: Ihre unsolide Finanzpolitik mit dem LFA zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle gibt es in der Tat keine Übereinstimmung. Da will ich zum Ersten nur eine Zahl nennen. Seit Ministerpräsident Koch und der Finanzminister regieren, sind die Schulden pro Kopf in Hessen um rund 1.400 € gestiegen. Das ist Ihre Leistung. Das hat überhaupt nichts mit dem Länderfinanzausgleich zu tun, das hat etwas mit Ihrer Politik in Hessen zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten. Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben sich doch 2001 feiern lassen. Kollege Hahn hat in der Debatte, die wir vor einigen Wochen geführt haben, zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht gehe, dass sich die Regierung für den Länderfinanzausgleich damals habe feiern lassen und gesagt habe, jawohl, dieser sei großartig und ein riesiger Erfolg, ihn aber heute beklage.

Herr Finanzminister Weimar, weil Sie gesagt haben, Herr Kahl hätte Sie falsch zitiert, habe ich ihr Zitat noch einmal wörtlich. In der „Berliner Zeitung“ vom 3. März steht:

Wenn dieses Beispiel Schule machen sollte, dann bleibt dem Nettozahler nichts anderes übrig, als den Länderfinanzausgleich aufzukündigen.

Herr Koch, Sie haben gestern für ein wunderschönes Zitat gesorgt: „als Jagdbomber gestartet und als Jammerlappen gelandet“. Meine Damen und Herren, für diese Diskussion um den Länderfinanzausgleich gilt dieses Zitat in der Tat. Die beiden sind als Jagdbomber gestartet, als Jammerlappen treten sie hier vor den Landtag und vor die Öffentlichkeit. Herr Koch, ganz hervorragend. Sie haben an dieser Stelle Recht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Dritten. Sie tun immer so, als entwickle sich der LFA für Hessen besonders stark und problematisch. Das Gegenteil ist der Fall. Vergleichen wir doch einmal unsere Zahlen mit den Zahlen Bayerns und Baden-Württembergs. Ich nehme nicht einmal das Jahr 1999, als Hessen 2,4 Milliarden € einzahlen musste, sondern ich nehme als Ausgangsjahr das letzte Jahr von Rot-Grün, 1998. Da zahlte Hessen 1,76 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich ein. Herr Kollege Milde, im Jahr 2005 haben wir 1,6 Milliarden € eingezahlt. Es ist also weniger geworden. Wir zahlten im Jahr 2005 160 Millionen € weniger in den Länderfinanzausgleich ein als noch 1998.

Meine Damen und Herren, wie sieht das denn in Bayern aus? Bayern zahlte 1998 1,49 Milliarden € und im Jahre 2005 2,2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich ein.

Schauen wir uns Baden-Württemberg an. Baden-Württemberg zahlte im Jahre 1998 1,77 Milliarden € und im vergangenen Jahr 2,2 Milliarden € ein. Da sagen Sie, es gebe in Hessen eine besonders schwierige Entwicklung. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind im Vergleich zu den anderen Ländern entlastet worden. Herr Ministerpräsident Koch hat vorhin einen Zwischenruf gemacht, der hochinteressant gewesen ist: dass es nicht stimme, dass Hessen in der Steuerkraft und in Bezug auf die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich zurückfalle.

(Ministerpräsident Roland Koch: Das habe ich nicht gesagt!)

– Doch, diesen Zwischenruf haben Sie gemacht. Wir können das gern noch einmal im Protokoll nachlesen. – Diese Zahlen machen sehr deutlich, dass dies nicht stimmt: Hessen fällt zurück; Hessen fällt auch an dieser Stelle zurück. Das ist schlimm, finde ich.

An einer Stelle gibt es allerdings Einigkeit: Wir wollen unsere Länderinteressen wahren. Aber eines geht nicht: dass Sie sich permanent mit den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich entschuldigen. Der Länderfinanzausgleich ist Ausdruck der Verfassung, des Grundgesetzes, dabei geht es darum, in Deutschland gleiche Lebensbedingungen zu schaffen. Das ist völlig klar. Er beinhaltet aber keine Überkompensation. Das ist das Problem beim Länderfinanzausgleich. Diese Kritik von Ihnen ist berechtigt. Ich glaube, da sind auch die GRÜNEN und die FDP dabei, wenn ich das richtig verstanden habe; wir sind auf jeden Fall dabei. Aber diese vordergründige Debatte, und dann auch noch von Aufkündigung zu sprechen, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, und da werden Sie auch weiterhin in der Kritik stehen.

Herr Finanzminister, zu dem, was Sie zum Haushaltsabschluss 2005 gesagt haben, kann man nur sagen: Glück gehabt. Sie haben dazu nichts Eigenständiges getan.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Ihnen ist das Geld in die Kasse hineingelaufen. Sie haben die Klappe aufgemacht, und die Steuereinnahmen sind hineingelaufen. Sie haben im Jahr 2006 schon wieder eine höhere Verschuldung. 2005 sind Sie gerade einmal 18 Millionen € unter der Verfassungsgrenze geblieben, und Sie haben dabei für 1 Milliarde € Vermögen verkauft. Meine Damen und Herren, im Jahre 2005 ist für 1 Milliarde € Landesvermögen verkauft worden. Ich glaube, das macht deutlich, dass das mit einer soliden Finanzpolitik wahrlich nichts zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist die Debatte zu diesem Punkt beendet. Überweisen oder beschließen wir?

(Zuruf von der CDU: Abstimmen!)

– Abstimmen. – Dann rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich – Solidarität ist keine Einbahnstraße, Drucks. 16/5418, auf. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der SPD zugestimmt worden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 43** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kleinkind- und Hortbetreuung verbessern statt Mittel streichen – Drucks. 16/5385 –

Mit diesem Antrag wird der Tagesordnungspunkt – –

(Unruhe)

– Darf ich Sie vielleicht bitten, Platz zu nehmen? – Nun zu **Tagesordnungspunkt 30:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend verbesserte Betreuung von Kindern als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe – Elternwille berücksichtigen – Drucks. 16/5296 –

Wir rufen damit den **Tagesordnungspunkt 78** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend mit den richtigen familienpolitischen Rahmenbedingungen das „Ja“ zu Kindern erleichtern – Drucks. 16/5439 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten. Das Wort hat Frau Kollegin Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Könnten Sie im Gang bitte einmal Platz machen, damit die Kollegen einen freien Gang zum Mikrophon haben? – Danke schön.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht ist es ja ganz typisch, dass man, wenn man hier von Kindern redet, kaum nach vorne durchkommt und dass die meisten ihren Platz verlassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Das sieht man an der Regierungsbank besonders exemplarisch!)

Vielleicht ist das ein Zeichen für die Familien- und Kinderfreundlichkeit in unserem Lande. Die Lautstärke unterstützt nur, was ich gerade gesagt habe.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, am 20. Februar 2006 hat diese Landesregierung im „Staatsanzeiger“ die neuen Fach- und Förderrichtlinien für die Offensive für Kinderbetreuung vorgelegt. Darin ist zu lesen, dass das Land rückwirkend zum Januar dieses Jahres keine Finanzmittel für neue Hortplätze zur Verfügung stellen wird.

Dieser Erlass ist ein erneuter Beweis dafür: Wenn es um Taten geht, dann erweist sich, dass diese Landesregierung in der Tat kinder- und familienfeindlich handelt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, wie die Versorgungslage bei der Betreuung von sechs- bis zwölfjährigen Kindern überhaupt aussieht, dann sehen wir, dass wir für diese Altersgruppe eine Betreuungsquote von ungefähr 7 % haben. Experten schätzen den Bedarf auf rund 40 %. Da sehen Sie, wie weit wir tatsächlich davon entfernt sind, hier ein bedarfsdeckendes Angebot zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Landesregierung, die sich dafür bejubeln lässt, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen, nimmt nicht zur Kenntnis, dass 66 % aller Mütter, deren jüngstes Kind in die Grundschule geht, erwerbstätig sind – und wir haben für Hortkinder eine Versorgungsquote von 7 %. Wir werden in diesem Herbst die Situation haben, dass viele Kinder, die in diesem Jahr vom Kindergarten in die Schule wechseln, mit großer Wahrscheinlichkeit keine Betreuungsplätze mehr erhalten werden. Das ist ein erneutes Signal dieser Landesregierung an junge Eltern und – das lassen Sie mich dazusagen – auch an potenzielle junge Eltern. In Hessen ist eine langfristige Planung von Familien- und Berufsleben nicht möglich.

Meine Damen und Herren, nicht nur der Hortplatzmangel ist eklatant, sondern auch in den Schulen selbst fehlen verlässliche Angebote. Von den 1.187 Grundschulen gelten 87 % als so genannte verlässliche Halbtagschulen. Worüber reden wir da überhaupt? Für die Erst- und Zweitklässler bedeutet dies eine Betreuung von vier Stunden und für die dritte und vierte Klasse eine Betreuung von fünf Zeitstunden. Dazu kommt noch der inzwischen übliche Unterrichtsausfall, den wir in allen Schulen zu beklagen haben. – Von verlässlicher Halbtagschule ist hier nicht zu reden. Diese Landesregierung ist kein verlässlicher Partner für die Eltern in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In Hessen haben wir nur sechs Ganztagsgrundschulen. Das heißt, an vier Nachmittagen gibt es dort eine Betreuung bis 17 Uhr und am Freitag bis 14 Uhr. Wir haben weitere 58 Grundschulen, die an drei Tagen in der Woche eine so genannte pädagogische Mittagsbetreuung anbieten, d. h. bis 14.30 Uhr. Das bedeutet für die angebliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dass es nur an 5 % der Grundschulen in Hessen eine nachmittägliche Betreuung gibt und an den meisten nur an drei Tagen in der Woche. Das ist kein verlässliches Angebot für die Eltern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung fördert Betreuungsangebote in Grundschulen mit 5.000 € pro Jahr und Grundschule im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs. Aber diese Förderung ist für erwerbstätige Eltern zu wenig. Außerdem findet in den Schulen – übrigens im Gegensatz zum Hortbereich – keine verlässliche und garantierte Betreuung in der Ferienzeit statt. Damit wird erneut deutlich: Diese Landesregierung ist kein verlässlicher Partner für Eltern in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es fehlt in Hessen ein verlässliches und qualitätsorientiertes Angebot an Betreuungsplätzen für Hortkinder. Wir haben zu wenige Hortplätze, und wir haben zu wenige Angebote an Schulen. In dieser Situation kommt diese Landesregierung, die angeblich auf dem Weg zum Familienland Nummer eins ist, und sagt: Schluss mit der Förderung von Hortplätzen, alles für die Kleinkinder.

Meine Damen und Herren, wir haben ausdrücklich mehrfach darauf hingewiesen, und auch der Sinn des Tagesbetreuungsausbaugesetzes war: Wir brauchen ganz dringend einen Ausbau von Angeboten für die Kleinkinder, aber das darf nicht auf Kosten anderer Altersgruppen geschehen. – Aber das ist genau das, was die Landesregierung in diesem Lande macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Kollege Reißer von der CDU hat uns GRÜNEN in einer Presseerklärung vorgeworfen, wir forderten eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip. – Kinder sind doch kein Kunstrasen, bei dem man entscheidet, auf welche Ecke man beliebig Wasser gießt. Kinder werden geboren, und sie werden älter. Eltern gehen aus der Erwerbstätigkeit heraus und gehen wieder zurück. Sie entscheiden sich doch nicht danach, nach welchen Kriterien die Landesregierung entscheidet, wo sie Geld hintut. Vielmehr brauchen Eltern eine verlässliche Planung. Sie brauchen verlässliche Angebote, von klein an, bis die Kinder keine Betreuung mehr brauchen. Dafür muss eine Landesregierung sorgen, und genau das Gegenteil machen Sie hier im Moment.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein ganz wesentliches Moment der Hortplätze und der Ganztagsbetreuung ist neben den pädagogischen Ansätzen die Möglichkeit, Eltern, gerade Müttern, einen Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. Stattdessen produziert die Landesregierung gerade in diesem Bereich eine neue Mangelsituation. Früher haben wir diese Kinder Schlüsselkinder genannt. Heute ist es vielleicht etwas moderner, wenn man von der Generation Mikrowelle spricht, die nach Hause kommt und das Essen in die Mikrowelle schiebt. – Diesen Mangel an Betreuung produziert die Landesregierung mit ihrem Erlass in der aktuellen Situation.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen wird es Zeit, dass Sie endlich die Lebensrealität von modernen Familien zur Kenntnis nehmen und eine Förderung von Betreuungsplätzen für Kinder aller

Altersgruppen vornehmen. Im Moment haben wir hier keine verlässliche Familienpolitik. Wir brauchen eine gute Bildung für Kinder, und das ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und ihr muss man sich endlich stellen. Man muss einfach mehr Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Uns wird hier vorgespiegelt, man sei auf dem Weg zum Familienland Nummer eins. Genau das Gegenteil ist passiert. Im Jahre 2000 hat die Landesregierung die Landesmittel für die Kinderbetreuung radikal gekürzt, und zwar von 59 auf 2 Millionen €. Seitdem wird tatsächlich jedes Jahr ein bisschen obendrauf gelegt. Inzwischen sind wir bei 23 Millionen € im Jahre 2006. Aber das ist ungefähr die Hälfte dessen, was 1999 für die Kinderbetreuung in Hessen ausgegeben wurde.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Sie haben beim Tagesbetreuungsbaugesetz, bei dem es um die Betreuung der unter Dreijährigen geht, zunächst Gift und Galle gespuckt und dann im Bundesrat blockiert, bis jetzt die neue Familienministerin, die aus Ihren Reihen kommt, beschlossen hat, dieses Gesetz weiterzuführen – und das ist gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kleinkinderbetreuung ist in der CDU glücklicherweise in den Mainstream – wenn mein Kollege Al-Wazir mir das Wort erlaubt – gekommen. Damit ist aber deutlich geworden, dass man die Förderprinzipien im Lande Hessen für die Betreuungsangebote genauer unter die Lupe nehmen muss. Dabei wird deutlich, dass die Offensive für Kinderbetreuung in der Vergangenheit eben nicht, wie die Landesregierung ständig behauptet, ein Förderangebot zur Betreuung von Kleinkindern war, sondern dass die meisten Mittel in die Schulkinderbetreuung gingen, weil dort die massivste Nachfrage geherrscht hat. Die Offensive für Kinderbetreuung hat durchschnittlich 550 Krippenplätze gefördert, aber in einer Situation, in der für die unter Dreijährigen ungefähr 23.000 Plätze fehlen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Die Maßnahmen und Initiativen, die in diesem Hause vorgeschlagen wurden, nämlich hier massiv zu investieren, sind abgelehnt worden. Die Mittel für die Offensive sind überhaupt die einzigen Landesmittel, die von der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Landesmitteln wird zurzeit zu rund 70 % der Ausbau von Hortplätzen und Teilzeitangeboten für Schüler finanziert. Von den Finanzmitteln im Jahre 2005 sind 2 Millionen € in die Krippenfinanzierung, ohne Bestandsschutz, und 6,6 Millionen € in den Ausbau von Hort- und Schülerbetreuung gegangen.

Meine Damen und Herren, seit der Umbenennung des Programms im Jahre 2001 sind rund 2.200 Krippenplätze, aber 6.300 Hortplätze gefördert worden. Wie gesagt, wir sind im Moment bei einer Betreuungsquote von 7 %, und das zeigt, wie groß die Nachfrage gerade bei Eltern ist, deren Kinder in die Schule kommen. Die Nachfrage nach Hortplätzen ist nach wie vor massiv. Wir brauchen sozusagen eine Doppelfinanzierung, nämlich zusätzliche Mittel für die Kleinkinderbetreuung und Beibehaltung der Mittel für die Grundschulbetreuung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, wie oft ich hier vorne gestanden habe und auf diesen Widerspruch hingewiesen habe, dass die Landesregierung behauptet, die Offensive sei eine Kleinkinderfördermaßnahme, wobei in Wirklichkeit hauptsächlich Hortplätze gefördert wurden. – Meine Damen und Herren, eine gute Betreuung, eine gute Qualität ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir müssen endlich eine gesellschaftliche Entscheidung fällen, wo wir investieren wollen. Ich sage Ihnen: Dann fällt die Entscheidung, ob wir ein Schloss kaufen oder ob wir in die Bildung investieren. Wir wissen, wie diese Landesregierung, wie die CDU sich entschieden hat. Man hat ein Schloss gekauft, und hier werden Mittel von einer Gruppe von Kindern, bei denen ein Mangel an Betreuung herrscht, umverteilt zu einer anderen Gruppe von Kindern, bei denen ein Mangel herrscht, statt zu sagen: Wir investieren als Land in die Zukunft der Kinder und werden ein verlässlicher Partner für die Eltern.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben Ihnen übrigens mehrfach solche Konzepte vorgelegt. Unsere letzten Haushaltsanträge sahen eine solide Finanzierung der Betreuungsangebote für alle Altersgruppen, den schrittweisen Ausbau, um die Mangelsituation zu beheben, und genaue Überlegungen vor, mit welchen Qualitätsmaßnahmen wir dafür sorgen können, dass ein altersgerechtes Bildungsangebot vorgelegt werden kann. Alle diese Anträge sind von Ihnen abgelehnt worden. Jetzt kommt dieser Erlass obendrauf, der zeigt, dass Sie nicht bereit sind, ein Gesamtkonzept für die Betreuung und Bildung der Altersgruppe von sechs bis zwölf Jahren vorzulegen.

Es ist zum Teil erfreulich, dass Sie sich langsam von dem Bild der berufstätigen Frau als Rabenmutter entfernen, dass langsam auch bei Ihnen die positiven Effekte frühkindlicher Bildung gesehen werden. Aber die Kleinkinder gegen die Hortkinder auszuspielen zeigt erneut: Diese Landesregierung ist kein verlässlicher Partner für Eltern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bräuchten stattdessen einen Ausbau der Hortbetreuung in der aktuellen Situation. Dann sollte man, wie es viele Gemeinden und Städte schon tun, versuchen, die Hortangebote mit den Schulangeboten zusammenzuführen, um tatsächlich zu einem Bildungsangebot zu kommen, das auf die individuellen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern eingehen kann und das uns von den letzten Plätzen bei der PISA-Studie wegholen kann. Das verstehe ich unter einer verlässlichen Politik für Betreuung und Bildung im Hortbereich und im Grundschulbereich. Davon sind Sie weit entfernt.

Ich möchte einmal kurz die Kette solcher Entscheidungen, die die Landesregierung fällt, erwähnen. Mit dem Bouffier-Erlass vom letzten Jahr wurde versucht, von defizitären Kommunen kostendeckende Elternbeiträge zu verlangen. Er wurde übrigens von der Sozialministerin unterstützt und konnte nur dank der Opposition in diesem Hause gestoppt werden. Auch das war ein Signal für die Eltern in diesem Land, dass sie sich auf eine verlässliche Politik in Bezug auf Familien- und Kinderförderung bei dieser Landesregierung nicht verlassen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Werfen wir einen Blick zurück in den Kommunalwahlkampf, in dem sich alle überboten haben, die Elternbeiträge abzuschaffen. Da wurde über keinen einzigen Platz mehr gesprochen, über keine einzige Qualitätsverbesserung, über keine einzige zusätzliche Erzieherin, über kein einziges zusätzliches Betreuungsangebot. Ich bin wirklich froh, dass der Wahlkampf vorbei ist, damit wir endlich wieder zur Sachpolitik zurückkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen fordern wir die Landesregierung ganz massiv auf, die Anhörung im Ausschuss zur Kinderbetreuung abzuwarten, die Streichung der Landeszuschüsse für den Hortbereich zurückzunehmen und stattdessen dafür zu sorgen, gute Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder aller Altersgruppen sicherzustellen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter endlich zur Realität werden zu lassen.

Handeln statt Reden ist angesagt. Es wird Zeit, dass Sie nicht ständig anders handeln, als Sie reden. Genau das tun Sie nämlich. Sie sind kein verlässlicher Partner der Eltern und der Kinder in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie haben – wie ich finde, zu Recht – in Ihrer Rede gerade darauf hingewiesen, dass die Familienpolitik von allen Parteien im Wahlkampf zwar sehr stark in den Vordergrund gestellt worden ist und wir alle versucht haben, dieses Thema zu positionieren, um zu zeigen, dass wir es für wichtig halten, dass aber nach der Wahl gefragt werden muss, was dabei „hinten herausgekommen“ ist.

Man kann jetzt noch keine Ergebnisse ablesen. Man wird jetzt noch nicht prüfen können, ob die kommunalen Vertreter ihre Versprechen vor Ort umgesetzt haben. Das wird man in den nächsten Monaten sehen. Eines ist für mich aber klar: Wir werden als Politiker an dem gemessen werden, was wir in diesem Bereich auf den Weg bringen.

Klar ist auch, dass wir überall gefordert sind und gefragt werden: Was hat die Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Familienpolitik gemacht? Wir werden gefragt: Könnt ihr das, was ihr plakatiert habt, was ihr in Wahlversammlungen den Menschen angekündigt habt, auch umsetzen?

Rückblickend muss man wohl sagen, dass die Familienpolitik nie eine sehr große Lobby in diesem Land hatte. Das bedauere ich. Wir müssen jetzt die Wahlversprechen einlösen, die wir den Leuten mit auf den Weg gegeben haben. Meine Damen und Herren, da habe ich aber große Bedenken. Wenn ich mir anschau, was in den letzten Monaten auf Bundesebene passiert ist, wenn ich mir anschau, was die neue Familienministerin, Frau von der Leyen, die mittlerweile quasi der Prototyp für eine ordentliche Familienpolitik in Deutschland ist, umgesetzt hat, dann muss ich sagen: Das ist relativ wenig. Sie ist mit sehr großen Versprechungen gestartet. Sie hat sich in Interviews dazu ge-

äußert, wie man das Familienleben organisieren kann, wie man als berufstätige Frau seinen Tagesablauf organisieren sollte. Ich weiß nicht, ob Sie, meine Damen und Herren, in den letzten Monaten noch etwas von Frau von der Leyen gehört haben. Ich habe jedenfalls kaum noch etwas von ihr gelesen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen aufpassen, dass das Thema Familienpolitik nicht immer nur dann kurz aufflackert, wenn Wahlkampf ist, und danach wieder in der Versenkung verschwindet. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam dafür kämpfen – auch die Frau Ministerin ist hier an unserer Seite –, dass wir dieses Thema als eine der wichtigsten Fragestellungen, als eine der Herkulesaufgaben, die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben, auf die Tagesordnung nehmen.

Das Thema Familienpolitik betrifft nicht nur die Kinderbetreuung, wo die Familien direkt betroffen sind, sondern es gibt auch viele Querschnittsbereiche, in denen die Familienpolitik mittlerweile eine große Rolle spielt. Wir müssen zunächst einmal aufgrund der demographischen Entwicklung die Kinderbetreuung ganz anders gestalten. Die Familienpolitik ist für alle anderen Politikfelder wichtig. Sie ist für die Wirtschaftspolitik genauso wichtig wie für den Bildungssektor. Deshalb sind wir der festen Überzeugung, dass die Familienpolitik das zentrale Thema schlechthin sein wird, und deshalb hat die Frau Ministerin unsere Unterstützung, wenn es darum geht, in diesem Land etwas auf die Beine zu stellen, damit sich die Situation verändert.

Die Landesregierung hat hier in den letzten Jahren viel Geld in die Hand genommen. Wir können darüber streiten, ob es genug oder zu wenig Geld war.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz eindeutig zu wenig!)

– Ganz eindeutig zu wenig, sagt die Kollegin Schulz-Asche. Auch ich glaube, dass die Mittel nicht ausreichen, denn es geht bei dieser Debatte teilweise letztendlich um den schnöden Mammon. Das muss man wirklich sagen. Wenn es z. B. darum geht, Kinderbetreuungseinrichtungen zu finanzieren, brauchen die Kommunen die Unterstützung des Landes. Nur so geht es.

Meine Damen und Herren, ich will auf drei zentrale Punkte zu sprechen kommen, über die wir im Wahlkampf sehr heftig gestritten haben. Es geht einerseits darum, dass wir in den Kommunen mehr Betreuungsplätze brauchen. Wir brauchen flexiblere Öffnungszeiten. Wir brauchen auf der anderen Seite die Implementierung von Bildungsaspekten in die Aufgaben der Kindergärten, und wir müssen natürlich die organisatorischen Veränderungen gestalten, die diese Aufgaben mit sich bringen. Natürlich ist das, was wir von den Kindertagesstätten und Kinderbetreuungseinrichtungen verlangen, nicht mehr mit dem Personal abzuwickeln, das sie zurzeit haben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich in Kindergärten und Kindertagesstätten umschaute, dann wird doch völlig klar, dass diejenigen, die ein sehr hochwertiges Angebot machen, auch einen anderen Betreuungsschlüssel haben. Die Betreuer haben ein ganz anderes Ausbildungsniveau. Das zeigt, dass sich hier einiges tun muss.

(Beifall bei der FDP)

Klar ist aber auch, dass die vier Bereiche, die ich aufgezählt habe, nicht von heute auf morgen umgesetzt werden

können. Es ist jedenfalls nicht möglich, dass die Kommunen dies ohne weitere Unterstützung des Landes schultern können. Wir haben im Wahlkampf in Wiesbaden versucht, einmal zu hinterfragen, was die Eltern eigentlich wollen. Was ist den Eltern wichtig? Es ist klar, dass es hier ein sehr unterschiedliches Meinungsbild gibt.

Wir haben eine Abstimmung durchgeführt. Ein Großteil der Eltern, über 50 %, hat sich für die Variante ausgesprochen, eine größere Zahl von Bildungsaspekten in die Kinderbetreuung zu implementieren. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges Zeichen. Das Ergebnis der Abstimmung war nämlich nicht, dass die Eltern diese Leistungen kostenlos haben wollen. Das hat nur der kleinste Teil der Befragten gesagt. Die Kostenfreiheit war nicht das Thema Nummer eins, sondern nur das Thema Nummer vier. Frau Kollegin Schulz-Asche, das zeigt, dass Sie Recht haben, wenn Sie sagen, dass man die Altersgruppen nicht gegeneinander ausspielen darf – da bin ich bei Ihnen –, weil es in jeder Altersgruppe bestimmte Probleme gibt. Es gibt Probleme bei der Kleinkindbetreuung genauso wie bei der Hortbetreuung. Wir haben gerade gestern in einem Gespräch mit einer Gruppe hier im Landtag von einer Mutter gehört: „Wir müssen gleich weg, denn wir müssen unsere Kinder abholen. Wir konnten keine anschließende Betreuung organisieren.“ Das ist natürlich ein Problem, wenn man Kinder im Kindergarten hat – und genauso, wenn man Kinder in der Grundschule hat. Deshalb stimme ich den GRÜNEN zu, wenn sie sagen, es bringt nichts, diese Bereiche gegeneinander auszuspielen.

Es ist aber auch so, dass wir uns in den Kommunen unterschiedlichen Situationen gegenübersehen. Es gibt unterschiedliche Altersgruppen in den Kommunen – und einen ganz unterschiedlichen Bedarf. Deshalb sagen wir von der FDP: Wir wollen die Ausgestaltung der Betreuung viel stärker in die kommunale Verantwortung geben. Es macht keinen Sinn, in dem Bereich eine Landesplanung aufzulegen und ein Programm für die Hortbetreuung und ein Programm für die Kleinkindbetreuung aufzulegen. Es macht unserer Meinung nach viel mehr Sinn, den Kommunen die Verantwortung zu geben und zu sagen: Eruiert das, fragt die Eltern, was sie wollen. Was wollen die Eltern für Angebote haben?

Hier gibt es natürlich zwei verschiedene Aspekte, zum einen den Aspekt, welche Altersgruppen betreut werden müssen. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wo die Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Ich glaube, dass bei vielen Eltern die Schwerpunktsetzung im Bereich der Qualität liegt. Ich sage aber auch, es ist nicht unsere Aufgabe, das festzustellen. Deshalb meine Anregung, Frau Ministerin: Wir glauben, dass es sinnvoll wäre, sich darüber Gedanken zu machen, den Bedarf in Hessen zu eruierten und nicht von politischer Seite festzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist unserer Meinung nach richtig, zu fragen: Was wollen die hessischen Eltern? Wo wollen die Eltern Prioritäten gesetzt haben? Unserer Meinung nach ist es dringend notwendig, eine Umfrage zu starten, zu eruierten, wo die Eltern in Hessen Schwerpunkte gesetzt haben wollen. Danach sollten wir unsere Politik ausrichten. Wir machen doch nicht für uns hier im Landtag Politik, sondern wir machen sie für die Eltern in Hessen, die Probleme haben und von uns erwarten, dass wir auf diese Probleme konkret eingehen.

Ich will einen zweiten Aspekt erwähnen. Wenn man sich die finanzielle Situation der Kommunen anschaut, ist klar,

dass die Kommunen in Hessen dieses Programm nicht allein schultern können. Deshalb ist das falsch, was Sie hierzu gesagt haben, Frau Kollegin Schulz-Asche. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz wird die Kommunen zwar ein Stück weit fördern, auf der anderen Seite obliegt es aber den Kommunen, die extreme Belastung, die sie auf der Basis dieses Gesetzes übernommen haben, alleine zu schultern. Auch Sie wissen, dass sich die Kommunen deshalb größtenteils gegen Ihre Idee gewandt haben.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das, was Sie damals getan haben, war nämlich in gewisser Weise Augenwischerei nach dem Motto: Wir geben einmal etwas Geld, danach müssen die Kommunen sehen, wie sie mit der Situation klarkommen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist keine ehrliche Politik. Warum die Bundesregierung dieses Programm übernommen hat, kann ich nicht sagen. Vielleicht hat Frau von der Leyen nicht unbedingt damit gerechnet, Familienministerin zu werden, und war froh, dass sie in diesem Bereich ein Konzept vorgefunden hat. Das kann ich nicht beurteilen. Der Grund war aber sicher nicht, dass das Programm so unglaublich gut ist. Wahrscheinlich musste man schauen, was man in diesem Bereich tun konnte. Optimal ist das Programm aber auf keinen Fall. Frau Schulz-Asche, das können Sie nicht bestreiten.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die FDP-Fraktion schlägt vor, dass das Land für einen Großteil der Kinderbetreuung, nämlich für das dritte Kindergartenjahr, die Verantwortung übernimmt. Wir Liberale wollen deshalb eine Kinderschule, ein pädagogisches Konzept einführen, das quasi eine Pflicht bedeutet, Kinder in dieser Form zu betreuen. Wir wollen das aus zwei Gründen. Zum einen hätten wir damit die Möglichkeit geschaffen, dass das Land diese Betreuungsaufgabe übernehmen kann und die Kommunen in diesem Bereich entlastet. Auf der anderen Seite geht es natürlich auch um den pädagogischen Ansatz, das zu schaffen, was wir bis jetzt nicht geschafft haben, nämlich eine Niveauleichung vor der Grundschule. Wenn die Kinder in die Grundschule kommen, sind die Niveaus sehr unterschiedlich. Was macht die Grundschule in den ersten Jahren? Sie versucht, eine Niveauleichung herzustellen. Wir beginnen also nicht mit dem Lernen, sondern damit, Fertigkeiten zu vermitteln, damit die Kinder frei und ungestört zum Lernen übergehen können.

Wir wollen, dass diese Niveauleichung mithilfe einer Kinderschule schon vor dem Übertritt in die Grundschule stattfindet. Eine Kinderschule als pädagogisches Konzept ist dafür nach unserer Meinung sehr gut geeignet, und zwar deshalb, weil sie in den vorhandenen Betreuungseinrichtungen praktiziert werden kann. Wir glauben schon, dass dieses Modell das richtige Modell ist, weil dadurch der Effekt geschaffen wird, dass die Kommunen von der Betreuung im dritten Kindergartenjahr entlastet werden. Die Kommunen haben dann die Möglichkeit, die dadurch frei werdenden finanziellen Mitteln und Freiräume auf andere Bereiche zu konzentrieren, z. B. auf die Bildung oder auf flexiblere Öffnungszeiten. Ich glaube schon, dass wir damit einen großen Schritt in die richtige Richtung machen würden.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen – das wird nicht die letzte Debatte über die Familienpolitik in diesem Hause gewesen sein –: Es wird nichts bringen, wenn wir wieder damit anfangen, aufzuzeigen, wer was wann versäumt hat. Das ist mein Appell an die nachfolgenden Rednerinnen und Redner, denn Frau Kollegin Schulz-Asche hat das gerade eben wieder getan. Wir führen hier vorne seit Jahren verschiedene Diagramme vor, die zeigen sollen, wer wann in welcher Weise gefördert hat. Wahrscheinlich hat Frau Kollegin Oppermann ebenfalls ein Diagramm vorbereitet, das beweist, was die Landesregierung in den letzten drei Jahren gemacht hat. – Wie ich höre, redet sie gar nicht zu diesem Thema, aber wahrscheinlich wird der Kollege Reißer für die CDU-Fraktion zu diesem Thema sprechen.

Die Frau Ministerin wird ein Diagramm vorbereitet haben, in dem sie alles zeigt, was seit 1999 hier passiert ist. Und wo Sie Recht haben, da haben Sie Recht.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das können wir machen!)

Aber natürlich ist im Vorfeld bereits viel in die Familienpolitik investiert worden, natürlich auch ab 1999.

Meine Damen und Herren, den Eltern bringt das überhaupt nichts. Die Aussage von Frau Kollegin Schulz-Asche, das und das hat nicht geklappt, ist zwar in der Retrospektive unglaublich interessant, um sich als Politiker darüber klar zu werden, wer was getan hat – einmal ganz abgesehen davon, dass wir uns untereinander sowieso relativ wenig glauben. Ich glaube aber, in dieser Debatte wird das relativ wenig bringen.

Ich möchte an die Verabredung erinnern und daran appellieren, dass wir eigentlich in der Familienpolitik zusammenarbeiten wollen. Das war unsere Verabredung. Vielleicht schaffen wir das doch noch.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich finde, bis jetzt sieht es nicht unbedingt danach aus, dass wir hier relativ gemeinsam an einem Strang ziehen. Jetzt haben wir die Möglichkeit. Die Wahlen sind vorbei, und da appelliere ich an uns alle: Letztendlich kommt es darauf an, was hinten herauskommt. Derzeit haben wir da noch einiges zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Als nächstem Redner darf ich Herrn Reißer das Wort für die CDU-Fraktion erteilen.

Rafael Reißer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Familienpolitik ist auch für die CDU ein absolut zentrales Thema. Das konnte man natürlich auch vielerorts im Wahlkampf sehen, der hinter uns liegt. Aber wir haben das auch öfter in diesem Hause dargelegt.

Insofern ist es auch immer wieder zu begrüßen, dass wir uns über die Parteigrenzen hinweg darüber unterhalten, wie wir bei diesem Thema zusammenkommen. Aber leider habe ich in den vorliegenden Anträgen der Opposition einige kleine Fehler aufzuzeigen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich richtig!)

Zum einen verlangt die FDP in ihrem Antrag – Frau Schulz-Asche, warten Sie es doch einmal ab; wir werden in dieser Frage hoffentlich ein Stück weiterkommen –

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dann macht mal!)

eine „verpflichtende Kinderschule für alle Fünfjährigen“. Herr Kollege, natürlich teilen wir als Fraktion Ihre Auffassung, dass dieser Bereich der frühkindlichen Betreuung unbedingt eine höhere Qualität und einen größeren Bildungsaspekt beinhalten sollte. Das teilen wir ausdrücklich.

Trotzdem haben wir große Zweifel daran, dass eine verpflichtende Kinderschule das richtige Mittel darstellt. Wir halten es für falsch, den Bildungsaspekt nur auf das fünfte Lebensjahr zu konzentrieren, sondern wir sind vielmehr der Meinung, dass in dieser Hinsicht der gesamte Bereich der frühkindlichen Entwicklung zu beachten ist.

Deswegen glauben wir, wir müssen sicherstellen, dass hier eine Kombination von erzieherischen und Bildungsaspekten gezielt gefördert wird – nicht nur in diesem einen Teilbereich des fünften Lebensjahres.

Diesem Aspekt tragen wir in dem Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren absolut Rechnung. Er zielt darauf ab, alle Bildungsorte miteinander zu verknüpfen, damit sie einander ergänzen. Deswegen müssen wir diese Förderung von Anfang an weiter betrachten, nicht nur diesen einen Teilaspekt.

Wenn man das so macht, dann wird dadurch ein hohes Maß an Flexibilität gewährt. Denn Betreuungs- und Förderangebote müssen nicht nur qualitativ sehr gut sein, sondern sie müssen auch flexibel sein. In erster Linie müssen sie auch den Wünschen der Eltern entsprechen. Aber Eltern müssen in ihrem Berufsleben zeitlich flexibel sein – das wird immer mehr erwartet. Deswegen müssen wir uns bei den Betreuungsangeboten danach richten.

Dabei geht es z. B. um die flexiblen Öffnungszeiten in Kindertagesstätten. Jeder kennt die Situation, dass Eltern ganz dringend zu einem bestimmten Zeitpunkt ihr Kind im Kindergarten oder wo auch immer abholen müssen – und dann große Probleme haben, wenn es beispielsweise zu einem Stau kommt. Deswegen ist die Gewährleistung einer flexiblen Öffnungszeit eine wichtige kommunale Aufgabe. Die Gemeinden müssen da tätig werden.

Andererseits gibt es die Tagesbetreuung. Die ist dafür sehr geeignet – und deswegen ein Kernpunkt unserer Familienpolitik –, weil sie sehr flexibel ist. Vielfältige und flexible Betreuungsangebote geben den Eltern natürlich eine Wahlfreiheit.

Wir müssen den Elternwillen ein Stück respektieren. Herr Kollege Rentsch, das haben Sie auch gesagt. Wir müssen die Angebote entsprechend ausrichten. Die Nachfrage ist in den Gemeinden, Städten und Kreisen unterschiedlich, da gibt es andere Bedarfe. Das müssen wir ganz deutlich sehen, und wir müssen schauen, dass die Qualität dort besser wird.

Wir halten es für widersprüchlich, wenn Sie auf der einen Seite einfach die Berücksichtigung des Elternwillens – Herr Kollege Rentsch – und auf der anderen Seite die Zwangskinderschule fordern. Das ist hier nicht unsere Politik.

Jetzt komme ich zu dem Antrag der GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie zeigen wieder ein solches Schreckensszenario

auf. Sie stellen sich hier mit trauriger Stimme hin und jammern uns etwas vor.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was, was, was? Wo waren Sie denn?)

Sie müssen sich einfach einmal darüber klar werden, was Sie in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung vor 1999 getan haben, was damals Kinderbetreuung bzw. -förderung und Familienförderung bedeutet haben.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Reißer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rafael Reißer (CDU):

Nein, ich möchte gern meine Gedanken hier zu Ende führen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gedanken?)

Anders, als Sie es hier aufgezeigt haben, ist es eine klare Tatsache: Kein Angebot im Hortbereich wurde gestrichen. Sie behaupten hier einfach die Unwahrheit.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petra Fuhrmann (SPD): Freiheit! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zuhören!)

Das muss hier ganz deutlich werden. Uns die von uns geförderte Kinderbetreuung vorzuwerfen ist unglaublich. Das müssen Sie sich einfach sagen lassen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie sollten zuhören! Das hat sie doch überhaupt nicht gesagt!)

– Herr Kollege, Sie müssen hier zuhören.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die neuen Angebote! Waschen Sie einmal Ihre Ohren!)

– Herr Kollege, bleiben Sie friedlich, nicht aufregen. Der Wahlkampf ist vorbei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten bei der Wahrheit bleiben!)

– Ja, ich habe auf das reagiert, was hier gesagt wurde. Wenn das nicht richtig ist, dann nehme ich mir die Freiheit heraus, das in diesem Hause auch sagen zu dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht gesagt worden, das ist es ja!)

Ausgerechnet uns, der Fraktion der CDU, solche Vorwürfe zur Familienpolitik zu machen, ist völlig absurd. Denn gerade hier haben wir einen Schwerpunkt gesetzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Position ist absurd!)

Das haben Sie genau gesehen. Wir streiten auf allen Ebenen – innerhalb der Fraktion und auch kommunal – um eine Verbesserung für die Familienpolitik. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich will einfach einmal die Mittel für die Offensive für Kinderbetreuung erwähnen. 2001 waren das noch 8 Millionen €. Wir haben diese Mittel kontinuierlich aufgestockt. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber vorher haben Sie 50 Millionen € weggenommen!)

Im vergangenen Jahr waren das 14 Millionen €. Jetzt kommen wir in die Gegenwart: In diesem Jahr haben wir diese Mittel auf 23 Millionen € erhöht. Das ist eine gute Leistung. Das bedeutet sehr, sehr viel, und das ist der richtige Weg, den wir dort eingeschlagen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Aber es waren weit über 90 Millionen €, Herr Kollege!)

Ein anderes Beispiel. Die Mittel im Rahmen des Kindergartengesetzes haben wir auf 75 Millionen € erhöht. Diese Zahlen müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, anstatt diese Vorwürfe zu machen, die ins Leere gehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie lügen sich weiter in die Tasche!)

Sehen Sie sich die Haushaltszahlen an. Dann kommen Sie zu einer anderen Erkenntnis.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie täuschen die Öffentlichkeit, das ist es!)

Wir sind bei der Kinderbetreuung auf einem sehr guten Weg. Natürlich gilt es jetzt, die Qualität noch zu erhöhen. Aber wie wir schon öfter in diesem Haus gesagt haben, gilt es auch, die Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen weiter zu erhöhen. Da gibt es noch etwas zu tun. Da sind wir uns auch einig. Aber da ist auch schon einiges getan worden. Ich habe es gerade nochmals erwähnt. Die Mittel hier wurden in diesem Jahr deutlich erhöht. Wir haben einen Deckungsgrad von ca. 8 %; Sie haben eben von 7 % gesprochen – um dieses 1 % wollen wir uns jetzt nicht streiten. Aber es hat sich in diese Richtung entwickelt. Das ist ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung.

Damit liegen wir an der Spitze der westdeutschen Flächenländer. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Hessen ist da ein Stück nach vorn gerutscht. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Mit der Aufstockung gerade dieser Mittel können über 7.500 zusätzliche Plätze zur Betreuung der unter Dreijährigen geschaffen werden. Das dürfen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Das dürfen Sie auch gutheißen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin, Sie dürfen sich nicht immer hierhin stellen und behaupten, wir täten überhaupt nichts. Die eingeleitete Entwicklung ist richtig. Wir haben ganz klar gesagt, wir wollen die Quote 20 % bis zum Jahr 2010 schaffen. Das sind realistische Zahlen. Die 40 %, die Sie hier immer nennen, sind möglicherweise Klientelzahlen aus Ihrem Bereich – aber wir sind für das ganze Land zuständig. Wir haben den Elternwillen zu respektieren. Damit sind wir sicher, dass wir dieses Ziel, das wir uns für 2010 gesetzt haben, erreichen. Das wird uns gelingen. Ich bin sicher, wir schaffen das.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist es immer leicht, mehr zu fordern. Das ist ein gutes Recht der Opposition. Aber dann müssen Sie auch einmal deutlich sagen, woher die Finanzmittel dafür kommen sollen, anstatt immer wieder Schauanträge zu stellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir gemacht, Herr Kollege, dazu gab es Anträge!)

So verhält sich eine Partei, die weder im Bund noch in einer Landesregierung Verantwortung trägt. Die kann da einfach so locker auftreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das hat mit Seriosität nichts mehr zu tun. Wir als CDU – und auch eine Regierung – dürfen uns nicht so verhalten. Wir sehen eine sehr solide und seriöse Familienpolitik im Vordergrund, und zwar sehen wir das auch nach dem Wahlkampf so. Frau Kollegin, wir werden hier nicht nachlassen, nach dem Motto: Jetzt ist der Wahlkampf vorbei. Wir werden dieses Thema trotzdem weiter hochhalten und versuchen, Familienpolitik sehr gezielt weiter zu fördern,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

in Zusammenarbeit mit dem Bund, aber auch in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Denn jeder hat auf seiner Ebene seine Leistung zu erbringen. Wir, die CDU-Fraktion, sind ein verlässlicher Partner für die Familien. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Reißer. – Frau Kollegin Schulz-Asche hat die Gelegenheit zu einer Kurzintervention. Bitte schön.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nach einer sinnfreien Rede!)

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Reißer, im „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ vom 20. Februar 2006 heißt es unter Punkt 6 und 7, dass in Kinderhorten bzw. in Teilzeitbetreuungsangeboten für Schulkinder neue Plätze nicht mehr gefördert werden, und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2006.

Auf diesen Tatbestand bezieht sich unser Antrag. Das bedeutet – das habe ich gerade dargestellt –, dass Sie tatsächlich Mittel in den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen stecken. Aber diese Mittel, die Sie dort hineinstecken, nehmen Sie von den Grundschulkindern weg. Das halte ich für einen familienpolitischen Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrter Herr Kollege Reißer, nachdem Sie mir in der Rede, die Sie eben gerade gehalten haben, vorgeworfen haben, ich würde lügen, sage ich Ihnen: Sie haben hier eine Rede gehalten, die um dieses Kernproblem absichtlich herumgegangen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen in meiner Rede vorhin mangelnde Verlässlichkeit für die Eltern und Kinder in Hessen vorgeworfen. Nach dieser Rede von Ihnen werfe ich Ihnen be-

wusste Täuschung der Öffentlichkeit in der Familienpolitik vor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie versuchen zu vertuschen – und zwar aus gutem Grund, weil damit Ihre Glaubwürdigkeit auf dem Weg zum Familienland Nummer eins in Frage steht –, dass Sie hier lediglich umverteilen und nicht bereit sind, das, was Sie versprechen, umzusetzen. Sie nehmen das Geld von den Schulkindern, um es in der Kleinkinderbetreuung einzusetzen. Das ist das, was hier aktuell diskutiert wird. Da können Sie uns zutexten, so viel Sie wollen, meine Damen und Herren,

(Axel Wintermeyer (CDU): Wer wen zutextet, das ist die Frage!)

es ist und bleibt ein familienpolitischer Skandal, der den Eltern in Hessen bekannt gemacht werden muss. Das haben wir heute getan. Ich glaube, dass die Eltern sehr gut beurteilen können, was Sie hier heute vollführt haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Als Nächste hat Frau Kollegin Eckhardt für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Hannelore Eckhardt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reißer, Sie wollen jetzt nichts mehr dazu sagen? – Nein. Interessant.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nur ganz kurz zu Ihrem Antrag, den ich wirklich auch für eine Zutextung halte. Die 75 Millionen €, die Sie hier ansprechen, gehören den Kommunen. Jetzt schmücken Sie sich doch nicht damit!

(Beifall bei der SPD)

Dann sprechen Sie hier von den Grundschulen, die jetzt schon so satt mit zusätzlicher Betreuung ausgestattet seien. Wissen Sie, wenn ich Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern treffe und ihnen das zu erklären versuche, und die nur den Begriff „pädagogischer Mittagstisch“ hören,

(Petra Fuhrmann (SPD): Dann kriegen die das Heulen!)

dann schauen einige verschämt in die Luft, und wieder andere fallen vor Lachen fast unter den Tisch. Das hat nichts mit Qualität zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zu Punkt 5 Ihres Antrags würde ich sagen: Jawohl, da stimmen wir Ihnen hundertprozentig zu. Aber dann machen Sie das bitte richtig und auch mit der richtigen Finanzausstattung.

Meine Damen und Herren, ich zitiere jetzt aus dem Rundbrief der LAG „Freie Kinderarbeit in Hessen“:

An dieser Stelle

– gemeint ist die Mittelverschiebung –

wird eine deutliche Schwerpunktsetzung der Landesregierung für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren gegen die Betreuung von Schulkindern deutlich. Ersteres ist zeitgemäß, Zweiteres leider weniger.

So die Kommentierung dieser Organisation, die natürlich auf eine gute Zusammenarbeit und auch auf die Förderung durch das Ministerium angewiesen ist. Deshalb, meine ich, kann man das Ganze auch etwas unverblümter formulieren: Die Hessische Landesregierung stopft Löcher und reißt an einer anderen Stelle wieder neue auf.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht haben Sie ja eine Erklärung dafür. Das, was Sie im Antrag geschrieben haben, reicht mir nicht. Die Frau Ministerin wird dazu noch etwas sagen. Vielleicht haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Betreuung von Schulkindern plötzlich einen so viel geringeren Stellenwert haben soll als die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Wir könnten den Veränderungen der Fach- und Fördergrundsätze zustimmen, sogar mit Freuden zustimmen, wenn sie die Hortbetreuung überflüssig machen würden. Es wäre sogar eine pädagogische Weiterentwicklung, wenn an Hessens Schulen ein ausreichendes Ganztagsangebot zur Verfügung stehen würde, und es wäre noch erfreulicher, wenn nicht nur ein ausreichendes, sondern eines von höherer pädagogischer Qualität vorhanden wäre,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn eine Ganztagschule als Lebensraum begriffen würde, in der die Trennung in Vormittagsunterricht, pädagogischen Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung abgebaut und das Ganze zugunsten eines rhythmisierten Tages umgebaut würde.

Meine Damen und Herren, es gibt diese Schulen, z. B. die Bodenseeschule. Aber auch in Hessen gibt es ein gutes Beispiel; das ist die Offene Schule in Waldau. Aber davon sind wir leider noch eine ganze Ecke entfernt. Deshalb brauchen wir immer noch die Zwischenzeitlösung der Hortbetreuung. Diese muss weiter ausgebaut werden.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich gehe auch in keinem Fall davon aus, dass die Nachfrage geringer geworden ist. Allein aus meinem Wahlkreis weiß ich, dass das DRK – die liegen sozusagen in den Startlöchern – dringend diese Landesförderung braucht, um die geplanten Hortplätze an der Schule in Edertal einrichten zu können. Gerade im ländlichen Raum wird die Nachfrage ansteigen. Hier besteht ein Nachholbedarf, und die Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Ich nenne die Zahlen für 2005: Über 200 neue Betreuungsplätze für Schulkinder sind im vergangenen Jahr mit der Förderung entstanden. Das zeigt doch, dass auf einem hohen Niveau noch einiges zu leisten ist.

Meine Damen und Herren von der Union, was Sie hier machen, ist wirklich eine Mogelpackung, die Sie den Eltern vorhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst werden Eltern durch Angebote für Kleinkinder in der Sicherheit gewogen, dass alles gut ist, dass sie eine gute Betreuung vorfinden, und wenn die Kinder im Schulalter sind, dann stehen sie da und sind allein gelassen.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Was Sie praktizieren, ist auch ein erneuter Schlag gegen die Eltern solcher Familien, die mehr Unterstützung als andere brauchen. Das sind die Alleinerziehenden, die ohne den nötigen familiären Background auskommen müssen, und vorwiegend die, bei denen beide Elternteile arbeiten müssen, um ein einigermaßen sicheres Familieneinkommen nach Hause zu bringen, die, die ohne Betreuung und Versorgung ihrer Kinder gar nicht arbeiten gehen könnten. Möglicherweise geht es hier auch um den Verlust von Arbeitsplätzen. Es gibt nämlich in diesem Land verantwortungsvolle Eltern, die dann eher auf den Arbeitsplatz verzichten, weil sie ihre kleineren Schulkinder nicht aufgrund mangelnder Betreuung auf der Straße stehen lassen wollen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist ziemlich weit hergeholt!)

Sie wollen ihre Kinder eben versorgt wissen und nehmen dafür ein geringeres Familieneinkommen in Kauf, und verzichten möglicherweise auf das berufliche Fortkommen. Das haben Sie schon ein Stück weit zu verantworten. Diesen Eltern haben Sie nicht die nötige Unterstützung zugesichert.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich möchte jetzt vom sozialpolitischen zum wirtschaftlichen Aspekt kommen, weil dieser oft gar nicht so gesehen wird. Es gibt da ganz interessante Zahlen über die Einsparungen von Sozialhilfeleistungen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat im vergangenen Jahr die möglichen Einsparungen bei einer Erwerbstätigkeit von allein erziehenden Müttern quantifiziert. Das Institut kommt auf eine Gesamtsumme von 1,5 Milliarden €. Interessant ist dabei die Aufschlüsselung. Auf die Gruppe der Mütter mit Kindern unter drei Jahren entfielen an Einsparungen 240 Millionen €. Bei den Müttern mit Kindern im Kindergartenalter wären es immerhin schon ca. 500 Millionen €. Aber bei den Müttern mit Kindern im Hortalter betrügen die Einsparungen rund 790 Millionen €. Ganz abgekoppelt von allen pädagogischen und entwicklungspsychologischen Überlegungen kommt also unter dem Einspareffekt bei der Sozialhilfe der Bereitstellung von genügend Hortplätzen eine ganz besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei der SPD)

Solange wir die qualifizierte Ganztagschule nicht überall dort anbieten, wo sie nicht nur pädagogisch wünschenswert, sondern ganz einfach notwendig ist, muss das bedarfsgerechte Hortangebot ausgebaut werden und darf nicht auf nicht ausreichendem Stand eingefroren werden. Sie können doch nicht einen Bildungs- und Erziehungsplan vorlegen und dann eines der wichtigsten Angebote – dazu steht doch einiges in Ihrem Plan drin, den wir übrigens gar nicht ablehnen – gleich am Anfang schon wieder als Auslaufmodell abqualifizieren.

Meine Damen und Herren, unsere Position ist eindeutig: Bildung, Betreuung, Förderung aller Kinder unabhängig vom Alter ist eine zentrale Aufgabe und muss Priorität vor anderen Politikfeldern haben. Das ist Zukunftssicherung, und das ist eine Voraussetzung für ein Land im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Hessische Realität ist leider die Mangelverwaltung in diesem Bereich. Gerade in die Kinderbetreuung investiert das Land weniger als ein Drittel der Summe, die die Vorgängerregierung bereitgestellt hat. Da helfen alle mar-

kigen Worte, ob sie jetzt mit Offensive oder sonst wie beginnen, nichts.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Solche Begriffe reichen nicht. Notwendig ist insgesamt mehr Geld im Landeshaushalt für diese Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Kollege Rentsch,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Guter Mann!)

nach Ihrer viertelstündigen Ausführung darauf hinzuweisen, dass wir uns auf eine Anhörung verständigt haben, ist natürlich spannend. Ich meine, diese Anträge von Ihnen sind alle in der Zeit des Wahlkampfes entstanden. Da hat man noch einmal etwas losgetreten. Wir haben uns übrigens an die Verabredung gehalten. Wir sind tatsächlich der Meinung, sich an dieser Stelle immer wieder im Kreis zu drehen und die gleichen Argumente auszutauschen bringt nicht besonders viel. Wenn allerdings solche Sachen von der Regierung oder von der CDU kommen, dann muss man schon ein bisschen nachhaken. Da gebe ich Ihnen Recht. Das kann man nicht alles so durchgehen lassen. Die glauben das nämlich alles auch noch.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist das Schlimme!)

Das ist das Allerschlimmste.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Halten Sie sich doch mal zurück mit Zwischenrufen!)

Trotz alledem sehen wir eine Schnittmenge bei dem, was Sie da vorgestellt haben. Allerdings hat Ihre Forderung nach Elternbefragung schon etwas mit sozialpolitischem Abenteuerium zu tun.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Schon die Formulierung „Allein der Elternwille soll zählen“ ist unzulässig verallgemeinernd, lieber Herr Kollege Rentsch. Das ist nämlich nichts anderes als liberale Grundsatzproklamation statt differenzierter Analyse. Es gibt nicht den Elternwillen. Die Lebensbedingungen und die Lebensumstände, unter denen Eltern mit ihren Kindern leben, sind so vielfältig und so unterschiedlich, dass ein einheitlicher Elternwille nicht möglich sein wird. Ein mehrheitlicher Elternwille – wenn man den berücksichtigt und tatsächlich umsetzt, könnte das am Ende sogar das Ende einer qualifizierten und bedarfsgerechten Kinderbetreuung implizieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen von einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot von 20 % für Kinder unter drei Jahren aus. Die Eltern, die das brauchen, werden auch dafür votieren, was völlig logisch ist. Aber wie viele von den anderen, die ihre Kinder erst ab drei Jahren in den Kindergarten schicken, werden auf Kostenfreistellung verzichten wollen? Da passt einiges noch nicht zusammen. Ich denke, dazu sollten wir uns am 10. Mai die Meinung der Experten anhören.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst lässt sich sagen: Nicht Kleinkinderbetreuung statt Hort, sondern Kleinkinderbetreuung und Hort – alles andere ist familienpolitischer Unfug.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Eckhardt, vielen Dank. – Als Nächste hat sich Frau Ravensburg zu Wort gemeldet. Frau Ravensburg, Sie haben noch sechs Minuten Redezeit zur Verfügung.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Eckhardt, Sie haben gesagt, der pädagogische Mittagstisch sei eine Lachnummer und habe nichts mit Qualität in Schulen zu tun.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat sie Recht!)

Das ist – gelinde gesagt – eine Beleidigung sehr vieler engagierter Schulen in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Schulen sind es nämlich, die gemeinsam mit den Vereinen, mit den Musikschulen und den vielen engagierten Betreuern vor Ort ein Angebot aufbauen, das viele Schüler nutzen und das auf Freiwilligkeit aufgebaut ist, aber das nicht nur Betreuung heißt, sondern auch etwas mit Qualität und Qualität von Schule in Hessen zu tun hat. Deshalb weise ich Ihre Äußerung entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen eine verlässliche Halbtagsgrundschule. Deshalb stocken wir die Betreuungsmittel entschieden und entscheidend auf. Wir geben den Grundschulen Mittel für die Betreuung am Nachmittag.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die Schulen und die Landkreise können gemeinsam dort Schwerpunkte setzen, wo besondere Betreuungszeiten gewährleistet sein müssen. Ansonsten ist eine Betreuung an fast allen Grundschulen in Hessen bis 14.30 Uhr, sofern Bedarf besteht, gewährleistet. Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal sagen: Wir wollen keine verpflichtende Ganztagschule in Hessen.

(Florian Rentsch (FDP): Aber eine Kinderschule!)

Wir wollen ein hochwertiges, qualitatives, aber auch flexibles Angebot für alle Kinder. Wir werden keine bestehenden Horte streichen. Aber wir wollen ein Angebot – flexibel, mit Tagesmüttern, mit den Kindergärten, mit den Grundschulen, mit den pädagogischen Mittagstischen für alle Kinder im Lande Hessen. Das ist das richtige Konzept. Das wird auch von den Eltern anerkannt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Frau Ravensburg. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Lautenschläger das Wort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns inzwischen mit dem wichtigen Thema Kinderbetreuung sehr häufig. Nur, meine Damen und Herren, vor allem liebe Kollegin Schulz-Asche und liebe Kollegin Eckhardt von den GRÜNEN und der SPD, es wird dadurch nicht richtiger, was Sie erklären. Ich will damit anfangen, was verändert

wurde, worüber wir in den vergangenen Jahren sogar gemeinsam diskutiert haben und an was Sie sich zum Teil überhaupt nicht mehr zu erinnern scheinen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Die haben große Erinnerungslücken! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir bei der Schwarzgeldaffäre gesehen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, wir haben die Offensive für Kinderbetreuung verändert – auch nach Diskussionen mit Trägern und vielen anderen in diesem Bereich. Aber als Erstes möchte ich damit aufräumen, dass wir irgendetwas zulasten anderer gestrichen hätten. Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Es ist kein Euro für die Hortbetreuung gestrichen worden. Wir haben aber – das ist zutreffend – für die Betreuung der unter Dreijährigen allein 9 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt und die Förderbeträge erhöht.

Liebe Frau Kollegin Schulz-Asche, es wäre sinnvoll, wenn Sie sich noch einmal zu Gemüte führen, dass es zusätzliches Geld für die Betreuung der unter Dreijährigen und eine Erhöhung der Förderbeträge pro Platz sind, sodass wir die Kommunen unterstützen können, wenn sie schneller ausbauen. Meine sehr geehrten Kolleginnen

(Axel Wintermeyer (CDU): Und Kollegen!)

– lieber Kollege Wintermeyer, ich meine die beiden Kolleginnen, die gesprochen haben, da ich das Problem habe, dass bei beiden die größte Aufklärung notwendig ist –, wenn Sie vor Ort sprechen, wenn Sie mit Eltern sprechen, ist natürlich die Betreuung der unter Dreijährigen nach wie vor das Thema mit der größten Priorität. Insoweit geht es auch um die Frage des Elternwillens. Wenn sich junge Paare für Kinder entscheiden wollen und sich die Frage nach der Rückkehr in den Beruf stellt, muss gewährleistet sein, dass die Angebote schnellstmöglich ausgebaut werden. Wir haben in allen westdeutschen Bundesländern darin den größten Nachholbedarf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben aber in den vergangenen Jahren in Hessen schon eine Menge an zusätzlichen Plätzen sowohl bei Tagesmüttern als auch bei Krippen geschaffen, auch in altersübergreifenden Gruppen in den Kindergärten. Das ist ein wichtiger Schritt gewesen. Wir wissen, dass Eltern dort ganz besonders der Schuh drückt. Wir haben deswegen gesagt, zusätzliche Mittel fließen als Erstes in die Betreuung der unter Dreijährigen hinein.

Ich will Ihnen ein paar Zahlen nennen, denn in den vergangenen Jahren ist eine ganze Menge gemacht worden. Wir haben bei den unter Dreijährigen immerhin die Zahl der Plätze wiederum erhöht. Wir haben inzwischen mit der Tagespflege zusammen einen Versorgungsgrad von rund 8,4 %. Aber das Ziel ist es, auf ungefähr 20 % zu kommen. Dazu kommt das Thema bedarfsgerechte Planung vor Ort.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die wird in Frankfurt über 20 % und in anderen Landesteilen unter 20 % liegen, aber bis 2010 sichergestellt werden. Dort halten wir als Landesregierung das, was wir zugesagt haben. Wir unterstützen die kommunale Seite. Wir haben deswegen genau in diesem Bereich Mittel aufgestockt, ohne anderen Mittel zu streichen. Das ist der eine Punkt.

Liebe Frau Kollegin Schulz-Asche, ich weiß nicht, wie oft Sie das, was Sie heute gesagt haben, immer wieder in anderer Gewichtung – jeweils, wie Sie es brauchen – in Ausschüssen und im Plenum wiederholen. Einmal sind es Ihnen in der Offensive zu viele Mittel für die Hortbetreuung gewesen. Jetzt sind es Ihnen zu wenige. Das war in der Vergangenheit immer anders.

(Axel Wintermeyer (CDU): Man kann es ihr nicht recht machen!)

Sie haben sich nicht dafür entschieden, wie Sie es wollen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, sowohl als auch!)

– Schreien Sie doch nicht so laut. Sie können sich dann gern zu Wort melden. Aber ich führe das zuerst aus und lasse momentan keine Zwischenfragen zu, weil es bei Ihnen einen so großen Aufklärungsbedarf gibt, dass Sie an dieser Stelle besser erst einmal zuhören.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das Niveau wird immer niedriger!)

Das ist genau der Punkt. Deswegen haben wir in der Betreuung der unter Dreijährigen, weil Kommunen andere Schwerpunkte gesetzt haben, den Schwerpunkt der Landesregierung noch einmal verstärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der zweite Punkt sind natürlich unter dem Gesichtspunkt der altersübergreifenden Gruppen nach wie vor in Kindergärten frei werdende Plätze für Schülerinnen und Schüler, d. h. für die Schule, was es heute schon gibt und nach wie vor nach dem Hessischen Kindergartengesetz möglich ist. Wir haben inzwischen bei der Betreuung der Kinder im Grundschulalter einen Versorgungsgrad von insgesamt rund 9,7 % in Hessen erzielt. Das ist eine deutliche Steigerung. Das sind 26.743 Plätze für Schulkinder in Horten.

Aber zu diesen Plätzen müssen Sie rund 4.800 Plätze für Schulkinder in Angeboten der Teilzeitbetreuung rechnen, die meist an den Schulen am Nachmittag stattfindet. Dazu kommen die Betreuungsangebote an Grund- und Förderschulen. Frau Kollegin Ravensburg hat die Zahlen zu dem genannt, was allein in Grundschulen durch das Schulprogramm des Kultusministeriums passiert. Dort kommen Schulen mit pädagogischer Mittagsbetreuung und vieles mehr dazu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte schon einmal festhalten: Wir verfolgen als Landesregierung klar die Ziele, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, die Qualität in den Einrichtungen zu verbessern und zukünftig, wie es im Übrigen viele Kommunen in Absprache mit uns vornehmen, natürlich für die Schulkinder die Betreuungsangebote an den Grundschulen wesentlich stärker zu konzentrieren. Wir sollten den Kommunen nicht sagen: „Baut an anderer Stelle einen neuen Hort“, sondern: Macht es dort möglich, das mit der Grundschule zu kombinieren.

Das ist das Ziel, das wir dort gemeinsam verfolgen. Viele Städte und Gemeinden nehmen das inzwischen auf. Deswegen haben wir den Schwerpunkt gesetzt, die Krippenplätze weiter auszubauen, die Tagesmutterplätze weiter auszubauen, die Betreuungsplätze für die altersübergreifenden Gruppen zu fördern und gleichzeitig alles, was rund um die Schule ist, wesentlich stärker zu konzentrieren. Wir werden diesen Bereich der Schulkinderbetreuung stärker an die Schule konzentrieren und dort mit den Kommunen Vereinbarungen treffen, wie es inzwischen

manche Kommunen längst erkannt haben, dass man die Schulkinderbetreuung an einer Stelle durchgängig organisiert.

Ich bin gespannt, was Sie für neue Gegenvorschläge machen, denn es ist das Ziel, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern das richtige Angebot zu haben. Bei der Bildungsplanung von null bis zehn Jahren, die Sie – FDP und CDU haben es angesprochen – heute mehr oder weniger ganz außen vor gelassen haben ist die Qualität ein ganz wichtiger Punkt. Die interessiert auch Eltern. Wir haben ganz klar gesagt: Wir können über viele Punkte, wo wir Eltern entlasten, sprechen. Aber das erste Ziel ist es, Betreuungsangebote sowohl für die Schulkinder als auch für die unter Dreijährigen auszubauen, damit Eltern dort Verlässlichkeit haben.

Das haben wir gezeigt, indem wir die Mittel für die Betreuung der unter Dreijährigen und die Mittel nach dem Hessischen Kindergartengesetz aufgestockt haben. Dort stehen in diesem Jahr 10 Millionen € mehr zur Verfügung, was allen Gruppen zugute kommen kann.

Vor allem haben wir das mit dem Bildungs- und Erziehungsplan gezeigt. Mit dem Bildungs- und Erziehungsplan zielen wir nämlich genau auf die Schnittstellen und die zukünftige Weiterbildung der Erzieher und Lehrer, um das tatsächlich gemeinsam zu machen. Nach der Erprobungsphase werden wir uns sicherlich weiter über die Ausbildungsinhalte in diesem Bereich unterhalten.

Es hat sich auch gezeigt, dass wir gerade durch den Bildungs- und Erziehungsplan sehr viele in den Schulen und in den anderen Einrichtungen erreichen, die ein großes Interesse daran haben, an diesen Weiterbildungen teilzunehmen, und sich damit auch auseinander setzen.

(Unruhe)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie. – Mich stören die Gespräche in der ersten Reihe.

(Norbert Schmitt (SPD): Mich auch!)

Fahren Sie bitte fort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Danke schön, Herr Präsident. – Dass wir dort auf das Thema Qualität setzen und das gemeinsam ausbauen werden, ist genau der Punkt. Das ist mir bei den GRÜNEN und der SPD deutlich zu kurz gekommen. Ich weiß, Sie besuchen gern landauf, landab die Einrichtungen und schmücken sich damit. Aber es passiert überhaupt nichts.

Wir werden den Bildungs- und Erziehungsplan weiter erproben. Danach werden wir ihn auswerten sowie schrittweise verstärken und ausbauen, ob es nun um Kinder mit Behinderungen in den Einrichtungen – was wir mit QUINT in den Kreisen schon umsetzen –, um die Sprachförderung oder um die Verzahnung der unterschiedlichen Angebote geht.

Wenn wir darüber reden, ist mir ein Punkt ganz wichtig: Wie schaffen wir das tatsächlich? Brauchen wir eine Kinderschule? Brauchen wir völlig andere Instrumente im Kindergarten? Unser erstes Ziel ist, die Kinder tatsächlich altersgerecht einzuschulen. Im Bildungs- und Erziehungsplan steht, dass dort, wo diese Regelung schon eingeführt ist, das 6. Lebensjahr vollendet sein muss. Aber

wir wollen in Deutschland auch davon abkommen, zu spät einzuschulen, wie es teilweise der Fall ist. Wir wollen eine enge Verzahnung zwischen Kindergarten und Schule haben, was den Kindern entgegenkommt. Wir wollen dort die Qualität der Bildungsangebote weiter verbessern.

Ich lade die Opposition gern ein, uns auf unserem Weg zu begleiten. Aber anscheinend steht bei Ihnen immer das Ziel obenan, die Eltern zu verunsichern und ihnen mit der Ankündigung Angst zu machen, dass die Angebote gestrichen würden. Das ist schlichtweg falsch.

Wir haben in diesem Haushalt einen zusätzlichen Schwerpunkt auf die Betreuung der unter Dreijährigen gesetzt, um die Kommunen in ihren Bemühungen schneller zu unterstützen. Das ist ein wichtiger Weg. Gleichzeitig wird weiterhin an vielen Stellen eine Qualitätsverbesserung stattfinden.

Erkundigen Sie sich in bisher rot-grün regierten Bundesländern, wie die Personalschlüssel in den dortigen Einrichtungen aussehen und wie die Ausbildung der Erzieher tatsächlich funktioniert. Andere Länder haben einen großen Nachholbedarf auf diesem Gebiet. In Hessen sind wir wesentlich weiter vorn. Diese Stellung werden wir in Zukunft ausbauen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Zu einer Kurzintervention darf ich Frau Fuhrmann das Wort erteilen.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können hier immer wieder darüber diskutieren. Diese Zahlen lassen wir Ihnen jedoch nicht durchgehen, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

Jahr für Jahr 50 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich – seit Antritt der Regierung Koch sind 350 Millionen € weniger in der Kinderbetreuung angekommen, als es bei der rot-grünen Vorgängerregierung der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Das sagen wir Ihnen immer wieder; denn das ist die Wahrheit. – Das ist der erste Fakt.

Zweiter Fakt. Auch das hat die Kollegin Schulz-Asche schon gesagt: Die Offensive für Kinderbetreuung, die im Übrigen nicht auf Ihrem Mist gewachsen ist, sondern als ein Sofortprogramm für die Kinderbetreuung schon bei der rot-grünen Landesregierung angelegt war, wurde uns immer als eine flexible Betreuung für unter Dreijährige sowie für Drei- bis Sechsjährige verkauft. Wir haben nachgefragt und festgestellt, dass es ein Hortprogramm war. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Nur, Sie haben die Öffentlichkeit in der Frage schlicht getäuscht.

Dritter Fakt. Jetzt kritisieren wir ausdrücklich, wie die Kollegin Eckardt sehr richtig ausgeführt hat, dass Sie Maßnahmen, die in der Familienpolitik überfällig und dringend erforderlich sind, gegeneinander ausspielen. Sie reißen ein Loch an der einen Stelle, um an der anderen Stelle eines zuzumachen.

Vierter Fakt. Frau Ministerin, Sie reden immer von einem Anteil von 7,3 % Plätzen für unter Dreijährige.

(Ministerin Silke Lautenschläger: 8,4 %!)

– Sie reden sogar von 8,4 %, danke schön. – Sie können diese 8,4 % durch nichts belegen. Das ist eine starke Behauptung. Aber wir lassen sie Ihnen nicht durchgehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Schwache Taten!)

Ausweislich der Antwort auf die Große Anfrage zur Kinderbetreuung, die wir gestellt haben, liegt der Anteil der Plätze für unter Dreijährige in Hessen gerade einmal bei 2,9 %.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Fuhrmann, die zwei Minuten Redezeit sind vorbei.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich bin sofort fertig. – Das war im Jahr 2004.

Fünfter Fakt. Der Bildungs- und Erziehungsplan ist gut. Wir kritisieren, dass Sie ihn nicht flächendeckend einführen, sondern wieder einmal eines ihrer beliebten Modellprojekte machen, das auch wieder nur ein Placebo ist. Es gibt kein Geld dafür. Ich sage Ihnen: Das ist nicht familienfreundlich, sondern eine Placebopolitik für die Familie.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Fuhrmann. – Frau Ministerin, Sie haben die Gelegenheit, darauf zu antworten.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Kollegin Fuhrmann, ich nutze die Gelegenheit gern, um das klarzustellen, damit alle in diesem Raum zumindest versuchen, es zu verstehen. Der Bildungs- und Erziehungsplan wird erprobt und danach in den Einrichtungen weiter umgesetzt. Das heißt, wir versetzen die Einrichtungen durch Schulungen und auch durch Geld nach und nach in die Lage, den Bildungs- und Erziehungsplan umzusetzen. Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt. Wir haben keinen Menschen getäuscht, es sei denn, die Mitglieder der Opposition können die Richtlinien der Offensive für Kinderbetreuung nicht lesen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Genau so ist es!)

In den Richtlinien der Offensive für Kinderbetreuung – die Öffentlichkeit konnte das sehr gut nachlesen – war die Möglichkeit der Förderung unter Dreijähriger aufgenommen, genauso wie die Betreuung von Schulkindern. Aber Priorität hatte die Betreuung der unter Dreijährigen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Sie brauchen sich jetzt nicht so aufzuregen. Das war so. Sie können es gern noch einmal nachlesen. – Damit die Kommunen noch besser mitmachen, haben wir genau an der Stelle gesagt: Wir stocken die Fördergelder auf und machen ein Angebot, damit die Betreuungsmöglichkeiten im Interesse der Eltern schneller aufgebaut werden können. – Ich würde mich freuen, wenn noch mehr Kommunen diesem Wunsch schnell nachkommen, das Betreuungsangebot bedarfsgerecht ausbauen und Plätze schaffen; denn dafür stehen ihnen Gelder im Landeshaushalt zur Verfügung.

Drittens. Es wird nicht besser, wenn Sie in jeder Sitzung über die Investitionsmaßnahmen und die Umwandlung in eine Investitionspauschale im KFA sprechen. Sie wissen genau, dass Sie das Kindergartengesetz nie geändert haben. Sie haben die Pauschalen für die Kommunen nie erhöht. Sie haben nur darüber geredet, wie sich der Kommunale Finanzausgleich ändert. Zu unseren Zeiten ist er in diesen Bereichen zugunsten der Kommunen deutlich erhöht worden. Das ist Fakt. Sie können das, was Sie gesagt haben, noch so oft herunterbeten; es wird dadurch nicht richtiger.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wir wollen mit den Kommunen ein Programm entwickeln, das den Eltern und den Kindern gerecht wird. Wenn Sie es im Landtag unterstützen wollten, wäre das schön. Die Kommunen, auch die SPD-regierten, machen zum Glück mit, weil sie wissen, dass wir in Hessen möglichst schnell einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung brauchen.

Zu den Zahlen: Sie können sich gern mit den Zahlen aus dem Jahr 2004 schmücken.

(Petra Fuhrmann (SPD): Damit kann man sich nicht schmücken! Sie können sie nicht belegen!)

Ich nehme lieber die Zahlen vom November 2005. Im Jahr 2006 werden sie noch einmal steigen, weil man das vor Ort, im Gegensatz zu Ihnen, klar erkannt hat. Das können wir an der Zahl der Fälle, in denen eine Betriebslaubnis erteilt wurde, ganz klar ablesen. Ich erläutere es Ihnen gern noch einmal im Ausschuss. Aber ich habe wenig Hoffnung, dass Sie es dann verständiger aufnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Als Nächste hat Frau Kollegin Schulz-Asche das Wort. Es stehen Ihnen fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, die Debatte hat etwas von Absurdistan an sich. Wir reden über die Offensive für Kinderbetreuung, bei der Sie die Fach- und Förderrichtlinien geändert haben. Da passiert Folgendes. Bisher hat die Landesregierung die Hortplätze mit je 300 € pro Jahr gefördert, die Teilzeitbetreuungsplätze mit 200 € pro Jahr. Ab dem 1. Januar dieses Jahres werden die existierenden Plätze nur noch mit bis zu 300 bzw. bis zu 200 € gefördert. Es werden keine neuen Einrichtungen geschaffen, weder Horte noch Angebote auf dem Gebiet der Teilzeitbetreuung.

Das ist das, worüber wir heute reden. Ich lasse mir von Ihnen nicht vorhalten, ich würde Unwahrheiten verbreiten. Das ist das, was Sie zu verantworten haben. Dafür müssen Sie vor den Eltern in Hessen geradestehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie haben zu Recht gesagt, dass ich in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen habe – das habe ich vorhin auch in meiner Rede zum Ausdruck gebracht –, dass die Offensive für Kinderbetreuung, im Gegensatz zu dem, was Sie ständig behaupten, eben kein Programm zur Förderung der Betreuung von Kleinkindern war. Wir haben einen eklatanten Mangel an Plätzen für die Betreuung der unter Dreijährigen. Im Moment,

wenn man vom aktuellen Bedarf ausgeht, fehlen 23.000 Plätze.

Ich bin glücklich darüber, dass auch die CDU endlich zugegeben hat, dass es in diesem Bereich einen Bedarf gibt. Wir sind uns sogar einig, was die Höhe des Bedarfs betrifft. Wir alle gehen nämlich davon aus, dass wir es bis zum Jahr 2010 schaffen müssen, eine Betreuungsquote von 20 % zu erreichen. Dann stellen sich die Frau Ministerin und andere hierher und sagen, im Moment liege der Anteil – das schwankt immer ein bisschen, je nachdem, wer nach vorne kommt – zwischen 2 und 10 %. Das heißt, wir sind von dem eigentlichen Ziel weit entfernt.

Sehen wir uns an, was Sie jetzt machen. Sie schichten das Geld sozusagen in der Offensive für Kinderbetreuung um. Sie nehmen das Geld bei den Horten weg.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Da steht es nicht!)

– Ja, Sie nehmen das Geld weg, weil Sie für die Horte keine Mittel mehr zur Verfügung stellen. Das ist genau das, was passiert.

Stattdessen fördern Sie den Ausbau der Kleinkinderbetreuung. Wenn man sich die Richtlinien anschaut, stellt man fest, dass Sie genau das machen. Ich sage Ihnen, dass auch das nicht reicht. Sie sprechen hier von 20 %. Wenn es hochkommt, fördern Sie mit den zusätzlichen Mitteln pro Jahr ungefähr 600 bis 700 Plätze für die Betreuung unter Dreijähriger. Um bis zum Jahr 2010 für 20 % der Kinder entsprechende Plätze zu haben, brauchen wir noch mindestens 4.000 Plätze in diesem Bereich.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Placebopolitik! Das ist eine Mogelpackung!)

Ehrlicherweise muss ich Ihnen dazu Folgendes sagen: Sie stellen sich hierhin und erzählen den Leuten, Sie würden diese 20 % bis zum Jahr 2010 erreichen. Das ist aber nicht das, was mit dieser Offensive für die Betreuung von Kindern möglich ist. Seien Sie gegenüber den Eltern endlich ehrlich. Legen Sie endlich einen Plan vor, aus dem hervorgeht, wie Sie für alle Kinder im Alter zwischen null und zwölf Jahren ein anständiges, qualitätsorientiertes und gutes Betreuungsangebot erreichen wollen. Versuchen Sie nicht weiter, die Öffentlichkeit zu täuschen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Schulz-Asche, vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der verbundenen Debatte über die drei Anträge gelangt. Dies waren der Antrag unter Tagesordnungspunkt 43, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kleinkind- und Hortbetreuung verbessern statt Mittel streichen, der Antrag unter Tagesordnungspunkt 30, Antrag der Fraktion der FDP betreffend verbesserte Betreuung von Kindern als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe – Elternwille berücksichtigen, und der Dringliche Antrag unter Tagesordnungspunkt 78, Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend mit den richtigen familienpolitischen Rahmenbedingungen das „Ja“ zu Kindern erleichtern.

Alle drei Anträge sollen dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch? – Dann ist das so entschieden.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Große Anfrage des Abg. Heidel (FDP) und Fraktion betreffend Mülltrennung vereinfachen – Haushalte entlasten, gelbe Tonne ade? – Drucks. 16/4662 neu zu Drucks. 16/4333 –

Es ist eine Redezeit von zehn Minuten verabredet. Ich darf Herrn Heidel für die FDP-Fraktion das Wort erteilen. Herr Heidel, bitte schön.

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Heinrich, das ist eine Große Anfrage, deswegen musst du jetzt auch eine große Rede halten!)

– Das erwarten wir.

Heinrich Heidel (FDP):

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der FDP stammt vom August letzten Jahres. Sie hat den Betreff: Mülltrennung vereinfachen – Haushalte entlasten, gelbe Tonne ade? – Die Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage macht eines deutlich: Handeln ist dort angesagt.

Die Antwort zeigt, dass die von der FDP-Fraktion gestellten Fragen die richtigen Fragen sind. Man kann eindeutig feststellen, dass Bewegung in die Abfallwirtschaftspolitik gekommen ist. Man kann eindeutig feststellen, dass die Abfallwirtschaftspolitik in Hessen in Zukunft anders aussehen wird.

Wir, die Mitglieder der FDP-Fraktion, begrüßen die grundsätzliche Bereitschaft der Landesregierung, einen Modellversuch zur kombinierten Erfassung von Restmüll und Verpackungsabfällen in Hessen zu unterstützen. Auch uns ist klar, dass zuvor die finanziellen Rahmenbedingungen im Sinne aller Beteiligten zu klären sind. Wir sind der Auffassung, dass das eigentlich selbstverständlich sein muss.

Wir vermissen allerdings die Bereitschaft, das umzusetzen, also einen solchen Modellversuch in Hessen zu unterstützen. Hierzu haben wir leider noch keine Aktivitäten feststellen können. Der ausführliche Verweis auf andere Länder bringt Hessen nicht wirklich weiter. Ich darf das einmal so sagen. Handeln ist angesagt.

(Beifall bei der FDP)

Dass die gemeinsame Erfassung von Leichtverpackungen mit Restmüll sinnvoll ist, findet sich in der Antwort der Landesregierung auf unsere Frage 6 wieder. Da wird ausgeführt:

Bei gemeinsamer Erfassung von Leichtverpackungen mit Restmüll ist aufgrund materialgleicher Nichtverpackungen aus dem Restabfall grundsätzlich eine höhere Ausbeute für die aussortierten Fraktionen als bei der getrennten Erfassung möglich.

Das wollte ich hier festhalten. Weiter steht dort:

Eine höhere Ausbeute könnte sich bei gemeinsamer Erfassung auch aus der Tatsache ergeben, dass dann auch diejenigen Leichtverpackungen, die derzeit als Fehlwürfe über die Restmülltonne entsorgt werden, erfasst und sortiert werden können.

Selbstverständlich können in Hessen derzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, ob damit höhere Mengen tatsächlich erreicht werden. Denn ein entsprechender Versuch wurde noch nicht gestartet.

Für uns stellt sich wirklich die Frage, warum in Hessen ein solcher Versuch noch nicht auf den Weg gebracht wurde. Herr Minister, wie lange gedenkt das Umweltministerium noch zu warten? Ich sage es wieder: Da ist Handeln angesagt.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zur Geschichte machen. Vor knapp 15 Jahren drohte der Müllnotstand. Dies war unter anderem so, weil die Menge an Verpackungsabfällen immer weiter anstieg. Das ist der Hintergrund, weswegen Bundesregierung und Bundesrat im Jahre 1991, also im vergangenen Jahrhundert, mit dem Erlass der Verpackungsverordnung die Notbremse gezogen haben. Hersteller und Betreiber wurden zur Rücknahme ihrer Verpackungen verpflichtet. Damit sollten Verpackungen vermieden und der Restabfall im Wesentlichen stofflich verwertet werden können.

Dazu mussten Verpackungen in stofflich verwertbarer Qualität hergestellt und zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutete zum damaligen Zeitpunkt – ich wiederhole, das war im vergangenen Jahrhundert;

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jahrtausend!)

jawohl, Jahrtausend –, dass sie extra eingesammelt werden mussten. Dafür wurde das Duale System mit den gelben Tonnen bzw. den gelben Säcken eingeführt. Für die Bürgerinnen und Bürger führte das zu einem höheren Aufwand. Außerdem führte es zu höheren Kosten. Es ist deutlich geworden, dass die von den Herstellern zu zahlenden Entgelte für den grünen Punkt über den Preis des Produkts an den Verbraucher weitergegeben wurden.

Die damals erlassene Verpackungsverordnung erbrachte hinsichtlich der ökologischen Verbesserung der Verpackungen und deren Verwertung den erwünschten Erfolg. Bei den Verkaufsverpackungen, also den bei den privaten Endverbraucher anfallenden Verpackungen, ging der Verbrauch jährlich um 850.000 t zurück – ich wiederhole: 850.000 t jährlich.

Wir sollten aber auch eines festhalten: Seitdem hat sich viel verändert.

(Beifall bei der FDP)

Die Verpackungsverordnung, die aus dem vergangenen Jahrtausend stammt, ist völlig veraltet. Es wurde aus der Antwort auch deutlich, dass die durch die Einführung des Dualen Systems veranlasste Mülltrennung überdacht werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Früher war die manuelle Trennung des Mülls die Grundvoraussetzung für eine hochwertige Verwertung der Stoffe, aus denen die Abfälle sind. Aber in neuerer Zeit hat ein technischer Fortschritt auf diesem Gebiet stattgefunden. Damit haben sich die Ausgangslage und die Ausgangsbedingungen der deutschen Abfallwirtschaft und der deutschen Abfallwirtschaftspolitik erheblich verändert. Das aufwendige Sortieren in den Haushalten per Hand ist jederzeit ohne ökologische oder ökonomische Einbußen durch eine automatisierte Mülltrennung ersetzbar.

Einschränkend will ich aber dazu sagen, dass Bioabfälle, Papier, Pappe, Karton und Glas sicherlich weiterhin ge-

trennt gesammelt werden müssen. Nach unserer Auffassung sollte das auch geschehen.

Alle anderen Abfallfraktionen hingegen können vollautomatischen Sortieranlagen zugeführt und dann aufbereitet werden. Ganz anders, als man erwartet, können bei der Mülltrennung mit automatisierten Anlagen mehr Wertstoffe und Verpackungsmaterialien einer Weiterverwertung zugeführt werden, als wir es derzeit beim Dualen System haben. Auch das wird durch die Antworten auf unsere Fragen bestätigt.

Für die FDP steht deshalb fest: Die haushaltsnahe Mülltrennung, also die Trennung in den Haushalten, ist keine Voraussetzung für eine hochwertige Verwertung des Abfalls. Die Bürgerinnen und Bürger können von dem unnötigen Sammelaufwand einerseits und von unnötigen Kosten andererseits entlastet werden. Ich betone ausdrücklich, dass dies ohne ökologische Abstriche möglich ist.

Es kann sogar eine bessere Verwertungsquote erreicht werden. Die technischen Möglichkeiten dazu sind vorhanden. Dafür sind aber weitere Details in einem Versuch zu klären. Deshalb wiederhole ich unsere Aufforderung, einen solchen Versuch in Hessen zu starten. Hier ist jetzt in der Tat Handeln angesagt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind der Meinung, die Landesregierung darf sich da nicht zurücklehnen und warten. Vielmehr muss sie im Auge behalten, was es an innovativen Vorgängen dazu in den anderen Ländern gibt. Sie muss aber auch selbst aktiv werden und auch Hessen die Chance bieten, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich da auftun. Das, was sich finanziell rechnen könnte, sollte in einem Versuch ausprobiert werden. Das sollte angeleiert werden. Ein Gutachten aus Nordrhein-Westfalen zeigt, dass sich hierfür natürlich vorrangig die Ballungsräume anbieten.

Uns reicht es nicht aus, dass die Landesregierung in ihrer Antwort gesagt hat, dass sie für technische Entwicklungen offen ist und Modellversuche zur gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und Restmüll beobachten will. Ich sage es immer wieder: Hier ist Handeln angesagt.

Ich will noch einmal auf das in Nordrhein-Westfalen erstellte Gutachten eingehen. In dem Kapitel „Ergebnisse und Empfehlungen“ kommt man in diesem Gutachten zu dem Schluss, dass zur Absicherung und Erweiterung der bisher erworbenen Erkenntnisse weitere Großversuche hilfreich sein würden. Ein Gespräch mit den Abfallsorgern der Stadt Wiesbaden und aus der Wetterau hat gezeigt, dass es gerade in den Großstädten zu einer hohen Fehlwurfrate kommt. Dort liegen die Zahlen weit über dem, was auf der Grundlage der Aussagen von Fachleuten in der Antwort auf die Große Anfrage angegeben ist.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Heidel, Sie müssen zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Heinrich Heidel (FDP):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Die Fachleute gehen von Fehlwurfraten von bis zu 55 % aus. Ich meine, das können wir für die Zukunft so nicht hinnehmen. Diese Vorteile der mechanischen Trennung müssen ökologisch genutzt werden, um auch im letzten Umkehrschluss die Möglichkeiten der finanziellen Einsparungen für die Bür-

gerinnen und Bürger deutlich zu machen – in diesem Punkt geht das Gutachten von bis zu 10 % aus – und den Bürgerinnen und Bürgern diese Entlastung zugute kommen zu lassen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Heidel, bitte kommen Sie zum Schluss.

Heinrich Heidel (FDP):

Ein letzter Satz, Herr Präsident.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Aber ein kurzer Satz.

Heinrich Heidel (FDP):

Ein kurzer letzter Satz.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Nach einer langen und großen Rede jetzt, wie angekündigt, ein kurzer Satz.

Heinrich Heidel (FDP):

Entscheidend ist, dass wir in Hessen jetzt die geeigneten Maßnahmen ergreifen, einem Modellversuch zur Umsetzung verhelfen und letztendlich eine höhere Verwertungsquote im Sinne der ökologischen Verbesserung erreichen. Herr Minister, Handeln ist angesagt.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Müller, Sie haben sich für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten.

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da Heinrich Heidel mein Freund ist, möchte ich versuchen, die Zeit, die er überzogen hat, einzusparen. Damit werden wir das hier im Tandem lösen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Große Anfrage datiert aus dem Oktober des Jahres 2005. Ich bin der Auffassung, wenn wir noch ein wenig mit der Behandlung gewartet hätten,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre der ganze Müll kompostiert!)

hätten wir vielleicht das, was eigentlich die Intention dieser Großen Anfrage ist, auch wirklich noch erreichen können.

Da wir aber heute diskutieren, muss ich leider sagen, dass ich in einigen sehr wesentlichen Positionen die Visionen und Euphorie des Kollegen Heidel nicht teile, was die heute schon mögliche Vereinfachung dieser Getrennsammlung, die er angesprochen hat, angeht.

Das Schöne an diesem Thema ist – wie übrigens bei Schule auch –, da wir alle Müllproduzenten sind, kann jeder in eigener Sache quasi als Sachverständiger mitreden. Das ist auf der einen Seite erschwerend, auf der anderen Seite aber auch erleichternd. Denjenigen, zu denen ich gehöre, die Tag für Tag treu, wie es das Gesetz befiehlt, den Müll zu Hause akribisch trennen, die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen, wird natürlich diese Große Anfrage der FDP wie die Botschaft von einer besseren Müllwelt erscheinen. Nur leider ist die Realität nicht so. Auch die leitmotivisch vorgetragene Forderung an die Landesregierung, Handeln ist angesagt, ist eigentlich ein bisschen ungerecht, Herr Kollege Heidel.

Wenn Sie einmal Revue passieren lassen, was Sie zum Teil selbst getan haben, was in den letzten Jahren sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene in der Abfallpolitik passiert ist, und zwar nicht nur in der Abfallpolitik, sondern vor allem auch in den Köpfen der Menschen – das ist ganz entscheidend – im Hinblick auf Müllverwertung passiert ist, dann muss ich sagen, wir sind ein großes Stück vorangekommen.

Als ich ein kleiner Junge war, wobei ich zugebe, es ist schon ein wenig her, aber ich kann mich noch dunkel erinnern

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich gut gehalten, Herr Kollege!)

– vielen Dank, den Zwischenruf hatte ich einkalkuliert –, galt damals beim Müll schlicht und einfach die Devise: einsammeln, vergraben und vergessen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wir haben aber weniger Müll gehabt!)

– Frau Kollegin Wagner, wir sind fast eine Generation.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es! Da hatten wir weniger Müll!)

Da machte sich niemand Gedanken über chemische Reaktionen im Boden, über einen chemischen Zoo oder über Sickerwässer, sondern man hat den Müll eingesammelt und hat ihn vergraben und letztendlich kein großes Brimborium darum gemacht.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Kompostiert!)

Meine Damen und Herren, in meiner früheren Zeit in den Achtzigerjahren war ich einmal umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Deswegen kann ich sehr gut nachempfinden, was sich fast revolutionär und sehr dynamisch in dieser Zeit getan hat: Umweltgesetze, Abfallgesetze, TA Siedlungsabfall, die Verpackungsverordnung, das Kreislaufwirtschaftsgesetz. Herr Kollege Heidel, ich glaube, es wäre schon sehr ungerecht, wenn man den Eindruck vermittelte, als wäre – unabhängig von wem – in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf diesem wichtigen Gebiet nichts geschehen.

Wir sind ungeheuer weit in zwei Schritten vorangekommen, und zwar in der Gesetzgebung und, oft dann nachvollziehend, auch in dem Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Beides muss zusammenpassen, weil die beste Gesetzgebung gerade auch auf diesem Gebiet nicht erfolgreich sein kann, wenn das Handeln und das Denken der Bürger mit dem Gesetz nicht in Einklang stehen. Wir haben schon in einer denkwürdigen Debatte über die verwirrende Praxis des Dosenpfandes und vieler anderer Eigenschaften der Umweltpolitik diskutiert.

Ich möchte nun zu Ihrem Antrag kommen, da Sie dieser Landesregierung den Vorwurf gemacht haben, es sei quasi unglaublich, dass kein Modellversuch in Hessen stattfindet. Ich glaube zunächst einmal, es ist für die Ergebnisse eines Versuchs relativ uninteressant, an welchem Standort er stattfindet. Sie haben selbst gesagt, es finden Versuche statt. Diese muss man eben gut beobachten. Von da an, muss ich sagen, scheiden sich auch wenig unsere Geister. Wir haben diese bisherigen Versuche beobachtet. Ich glaube, die Ergebnisse geben weniger Ihnen als Visionär Recht, sondern bisher den Skeptikern, denn sowohl die Versuchsdauer als auch die Versuchsmengen waren aus meiner Sicht bisher nicht angetan, jetzt schon euphorisch das Ende der Mülltrennung und damit auch das Ende des gelben Sackes einzuleiten, so schön dies wäre.

Wenn man sich diese Versuche einmal ein wenig näher anschaut, dann muss man anerkennen – ich sage es jetzt einmal ein wenig zurückhaltend, wie es meine Art ist –, dass dies eigentlich Versuche im echten Sinne nicht sind. Sie sind Pilotexperimente. Andere würden sagen, es wurde einmal ein bisschen gemogelt bei dem Versuch, zu bestimmten Ergebnissen zu kommen. Grundvoraussetzung für den Abschied von der gelben Tonne wäre dann, dass sich dies unter ökonomischen, aber vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten als erfolgreich darstellt. Man muss leider sagen, das ist bisher nicht der Fall.

Zunächst einmal fand überhaupt keine wirkliche gemeinsame Erfassung statt, sondern was erfasst wurde, waren Gemische aus sehr unterschiedlichen Abfallfraktionen. Selbst diese haben bisher im großtechnischen Versuch ihren Beweis noch nicht erbracht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das Wort „Abfallfraktion“ weise ich zurück! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das meint er anders, als es sich angehört hat! Er wollte nicht sagen, dass die Fraktionen Abfall sind!)

– Nein, um Himmels willen. Herr Kollege Kaufmann, nichts läge mir ferner als das. Man spricht aber bei den Fachleuten von Müllfraktion. Ich weiß auch nicht, woher das Wort kommt. Es kann in der Tat bei Leuten ein bisschen zu falschen Bildern führen.

(Jürgen Walter (SPD): Die Müllfraktion ist finanziell gut ausgestattet!)

Ich glaube, dass wir auch bei dem Punkt, den Herr Kollege Heidel sehr euphorisch dargestellt hat, dass dies am Ende alles preiswerter würde, ein bisschen vorsichtig sein müssen. Ob es wirklich stimmt, dass diese gemeinsame Erfassung am Ende so preiswert wird, wenn man bedenkt, dass ganz andere Fraktionen dann gemeinsam erfasst und vor allen Dingen auch sortiert werden müssen, weiß ich nicht.

Ich habe aber vor einem Angst, was man auch einmal sagen muss, ob nämlich nicht am Ende dieses gemeinsame Sammeln, wie es von uns beiden auch im umweltpolitischen Sinne gewünscht wird, dazu führt, dass wir nicht wieder eine Wegwerfmentalität produzieren und möglicherweise auf der anderen Seite etwas erreichen, was wir dann ökologisch und ökonomisch nicht erreichen wollen. Das heißt, ich bin Ihnen dankbar und sage dies auch, dass Sie im Oktober des letzten Jahres heldenhaft diese Anfrage gestellt haben,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wir sind immer heldenhaft! Was glauben Sie denn?)

Sie zeigt in der Tat den Weg auf, den Umwelt- und Abfallpolitik nicht nur in diesem Land Hessen, sondern in

Deutschland gehen müssen. Sie wissen auch, dass bisher ein Versuch, der in Hessen einmal wie ein Bonsaibäumchen versucht worden ist, im Lahn-Dill-Kreis letztendlich an der Frage gescheitert ist, wer die Finanzen trägt.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gescheitert nicht, es kostet den Bürger viel Geld!)

Von daher möchte ich auch als Hommage an Ihren Berufsstand, die Landwirte, sagen: Wir sollten auch in dieser Frage so vorgehen, wie der Landwirt die Klöße isst, einen Schritt nach dem anderen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Frau Hammann, Sie haben das Wort.

(Clemens Reif (CDU): Das war wirklich eine gute Rede!)

– Kein Widerspruch, Herr Reif.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Müller, ich habe sehr viel Übereinstimmung in Ihren Ausführungen und unseren Abfallvorstellungen feststellen können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Müllfraktion!)

Lieber Herr Kollege Heidel, Sie haben in der Vorbemerkung Ihrer Großen Anfrage gleich schon ein Ergebnis vorweggenommen. Ich möchte es Ihnen noch einmal vor Augen führen. Sie haben gesagt: „Ein Blick auf den aktuellen Stand der Technik zeigt, dass die Mühen und Kosten einer umfassenden Mülltrennung in den Haushalten im gegenwärtigen Umfang weder ökologisch weiterhin erforderlich noch ökonomisch länger zu vertreten sind.“ Sie führen dann dazu weiter aus: „Die derzeit in Deutschland praktizierte Form der Mülltrennung durch den Verbraucher ist also technisch weitgehend überholt und zu teuer.“

Lieber Herr Kollege Heidel, ich frage Sie dann, warum Sie überhaupt die Anfrage gestellt haben, wenn Ihnen die Antworten offenbar schon bekannt waren. Man muss aber feststellen, die Antworten der Landesregierung sind ganz anders, als Sie das in den Vorbemerkungen versucht haben darzustellen. Ich möchte es an einigen Punkten darstellen.

Es ist tatsächlich so, dass es Untersuchungen gibt, inwieweit es über eine verbesserte Technik zu Veränderungen kommen kann, was die Behandlung unserer Abfälle angeht. Nur muss man feststellen, das sind Laborversuche. Aufgrund der Fraktionen, die dort untersucht wurden, können Sie erkennen, dass es sich um geringe Mengen handelt. Ich darf Ihnen einmal vor Augen halten, wir haben allein im Jahr 2003 in Hessen 1,1 Millionen t Hausmüll gehabt. Die Leichtfraktionen betragen ungefähr 157.000 t. Daran kann man erkennen, dass dies eine relativ große Summe ist, die dann auch in die separate Behandlung geht.

Bei einem Verzicht auf Mülltrennung wird es auf keinen Fall zu Kostensenkungen kommen, denn die Abfallmen-

gen bleiben gleich. Sie müssen auch dann behandelt und entsorgt werden. Ich denke, das kann man aus den Antworten auf die Große Anfrage und den Untersuchungsergebnissen sehr deutlich entnehmen. Wir können darüber hinaus feststellen: Da, wo es zusammengeworfen wurde, gibt es Probleme im Hinblick auf die Wiederverwertbarkeit von Abfällen.

Ich spreche zwei Punkte an. Das sind zum einen Folien, Kunststoffe und zum anderen Leichtverpackungen wie Tetrapak. All diese Abfallfraktionen werden durch den Feinmüllanteil, der im gemischten Abfall enthalten ist, besonders belastet. Das heißt, die Wiederverwertbarkeit dieser Abfallfraktionen ist dadurch gefährdet. Wenn sie gefährdet ist, heißt das, dass für die Bürgerinnen und Bürger weitere Kosten entstehen. Es muss also unser Interesse sein, dass wir, wenn wir Abfälle schon nicht in Gänze vermeiden können, die Verwertung so hochwertig wie möglich vornehmen. So hochwertig wie möglich heißt, es muss wieder in den Wirtschaftskreislauf einfließen können und darf nicht dazu führen, dass es über eine besondere Vermüllung durch Feinstäube zu Absatzschwierigkeiten kommt und dass letztendlich die Gebühren der Bürgerinnen und Bürger steigen werden. Das wäre eine Fehlentwicklung.

Meine Damen und Herren, wir sind gegenüber Innovationen auf keinen Fall verschlossen. Wir sind bereit, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass man sich Gedanken im Hinblick auf die Verwertbarkeit macht. Ich denke, wir sind uns aber darin einig, dass der beste Abfall der ist, der überhaupt nicht entsteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben aber die Sorge, dass, wenn man wieder alles in eine Tonne gibt, das Abfallbewusstsein wieder verschwindet, dass sich die Menge an Abfällen erhöht, dass die Abfallberge möglicherweise wieder anwachsen werden und dass das Bewusstsein, das über Jahre mühsam gewachsen ist und von uns unterstützt wurde, nicht mehr vorhanden sein wird. Das ist ein Problem.

Ich denke, dass denen, die die Zeitschrift „Stiftung Warentest“ beziehen, jedes Mal wieder bewusst wird, wie wenig vonseiten des Handels darauf geachtet wird, ihre Produkte in weniger Verpackung zu verkaufen. Es wird immer noch die Mogelpackung des Monats prämiert. Es kann doch nicht sein, wenn wir in der Abfallwirtschaft ein Stück weiterkommen wollen, dass es immer noch Hersteller gibt, die eben nicht darauf achten, wie man Abfälle verhindern kann. Ich denke, es ist ein Ansatzpunkt, an diejenigen, die diese Abfallmengen über ihre Produkte in den Kreislauf einbringen, zu appellieren und zu fordern, dass es weniger werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist mir ein wichtiger Punkt festzustellen, dass die bisherige Behandlung des Biomülls in Hessen auf keinen Fall so bleiben kann wie bisher. Wir müssen doch feststellen, dass wir in Hessen große Mengen an Bioabfall haben. Dieser Bioabfall wird in Hessen zum größten Teil nicht behandelt, und zum Teil landet er immer noch in den Restmülltonnen. Das kann man durch Untersuchungen leider immer wieder feststellen. Wir müssen auch feststellen, dass ein Großteil des Bioabfalls in die neuen deutschen Länder geht. Hessischer Bioabfall wandert in die neuen deutschen Länder.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Clemens Reif (CDU): Das ist deshalb, damit dort die blühenden Landschaften entstehen!)

Wenn wir an anderer Stelle über die Energiepolitik reden, müssen wir auch einmal feststellen, dass es möglicherweise eine bessere Entsorgung für den Biomüll gibt als bisher. Das heißt, wir stellen uns auch andere Möglichkeiten vor. Für uns haben die Vergärung von Biomüll und der Nutzen daraus über Strom- und Wärmeerzeugung einen hohen Stellenwert. Hier können wir einen Weg erkennen, der noch weiter ausgebaut werden könnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Ich denke, die Landesregierung kann nicht immer nur Aktionen wie die Aktion „Sauberes Hessen“ auf den Weg bringen, sondern die Hessische Landesregierung sollte wieder mehr den Pfad beschreiten, wie man die Abfallmengen weiter reduzieren kann. Ich sage Ihnen: Es genügt mir nicht, wenn der Abfallwirtschaftsplan regelmäßig vorgelegt wird. In dem Abfallwirtschaftsplan wird offensichtlich kein Handlungsbedarf im Hinblick auf die Reduzierung der Abfallmengen gesehen. Es wurde noch nicht einmal gesehen, dass man im Jahr 2005 durch den Wegfall der Trockenstabilatanlage in Mecklar/Meckbach einen absehbaren Müllnotstand hatte. Das war ein Problem, das zu diesem Zeitpunkt schon bekannt war. Es wurde aber in keiner Weise in den Abfallwirtschaftsplan eingearbeitet.

Ich erwarte von einer Landesregierung, dass sie den Abfallbereich vorausschauend wahrnimmt, dass sie sieht, welche Entwicklungen erfolgen und welche Entwicklungen vonseiten der Landesregierung erfolgen müssen, damit das Abfallproblem weiter reduziert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Ich glaube daher, dass die Anfrage der FDP-Fraktion noch einmal zur Klarheit beigetragen hat, dass wir den Vorschlag, wieder alles in der Restmülltonne zusammenzuschütten, eben nicht aufgreifen dürfen, dass wir weiterhin auf die Getrenntsammlung setzen müssen. Ich glaube, mit einer verbesserten Informationspolitik, mit anderen Aktionen der Landesregierung außerhalb der Aktion „Sauberes Hessen“ wird man hinsichtlich der Abfallproblematik noch mehr erreichen können. Ich glaube, dass das dann auch zugunsten der Bürgerinnen und Bürger sein wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Hammann. – Herr Grumbach, Sie haben sich für die SPD zu Wort gemeldet.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Anfrage mit vielen klugen Fragen, aber auch vielen Antworten, die deutlich machen, dass das Eis dünn ist, auf das die FDP uns locken will. An der Stelle muss man sagen: Man geht erst aufs Eis, wenn es so fest ist, dass es einen trägt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bricht dann ein! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Es gibt ein paar übermütige Varianten, aber ich glaube nicht, dass Heinrich Heidel diesen übermütigen Varianten so zugeneigt ist. – Im Ernst. Ich finde es ganz richtig, immer wieder infrage zu stellen, welche Systeme wir uns leisten, um bestimmte Dinge zu machen. Ich fände es allerdings besser, man würde das im Gesamtzusammenhang machen. Denn was wir hier wieder einmal nicht diskutieren, ist die Gelddruckmaschine, die grüner Punkt heißt.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Heinrich Heidel (FDP))

Ich sage das so zugespitzt, weil das der Hintergrund der Debatte ist. Im Prinzip ist ein Monopol vergeben worden mit relativ hohem garantierten Einkommen zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern, Heinrich Heidel, finde ich es völlig richtig, das so zu debattieren. Es gibt in der Tat eine Reihe von neuen Trennanlagen, die den Müll nachsortieren müssen. Das Problem ist: Wenn man eine solche Gesamtbetrachtung macht, muss man darauf achten, dass, wenn sich an dem einen Ende etwas ändert, sich auch am anderen Ende etwas verändert. Denn ein Teil der Dinge, die wir wollen – nämlich den Dreierschritt von Vermeiden, Verwerten und erst dann Verbrennen –, wird erst dann funktionieren, wenn die Verwertung möglich ist. Wer aber eine Verwertung organisiert, die zu hohe Unreinheitsfaktoren hat, hat damit gleichzeitig bestimmte Märkte totgemacht. Genau das ist bisher das Problem. Das haben auch die ganzen Anlagen nicht lösen können.

Denn die Grundidee der Statistiker, dass sich der Müll so zusammensetzt wie der Durchschnittsmüll, ist nicht richtig. Ich selbst wohne in einer Großstadt. Ich habe einen völlig anderen Papieranteil als viele andere Leute, weil bei uns Büro und Wohnung in einem Haus sind. Wir haben eine eigene Papiertonne vor dem Haus. Andere haben einen viel kleineren Anfall. Es gibt bestimmte andere Müllfragmente, die nur in bestimmten Siedlungsreihen auftauchen, die auch nur bei bestimmten handwerklichen Nutzungen im Hausmüll landen, wie jeder weiß. Wir werden feststellen, dass es da einen sehr bunten Zirkus gibt. Ich glaube, das ist nicht so einfach auseinander zu sortieren.

Ich komme noch einmal zu dem ersten Punkt, weil ich denke, dass daran die Argumentation der FDP ein Stück weit krankt. Es ist die Frage, ob wir das Vermeiden aufgegeben haben. In der ersten Phase grüner Punkt ist es gelungen, den ökonomischen Druck in einer anderen Konsumphase, beim Handel, zu lassen, und die Verpackungen sind kleiner geworden. Wer heute in einen Supermarkt geht, wird feststellen, dass sich dieser Trend nicht fortsetzt,

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

sondern dass wir wieder auf dem Rückweg sind. Denn die Grundidee: „Wir können hinterher mit dem Zeug sowieso irgendetwas machen“, hat die Frage der Vermeidung in den Hintergrund gestellt. Das aber hat ein paar Nebenwirkungen auf den Verbrauch von Ressourcen, auf den Verbrauch von Energie und auch auf die Preispolitik. Insofern glaube ich, dass ein solches Konzept unvollständig ist, wenn man es nicht als Gesamtkonzept betrachtet.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde an dieser Stelle übrigens bemerkenswert, dass der Lahn-Dill-Kreis in unterschiedlichen Variationen angesprochen wird, denn der Lahn-Dill-Kreis versucht genau das. Er versucht es unter ökonomischen Bedingungen

gen, die nicht funktionieren. Auch das ist eine politische Entscheidung. Dass das unter solchen ökonomischen Bedingungen nicht funktioniert, das ist keine Marktentscheidung, sondern es ist politisch so entschieden, dass es über den grünen Punkt anders gemacht werden muss. Ich sage das so, weil ich glaube, dass dieser Versuch grundsätzlich einiges für sich hat, zu sagen: Wir müssen in bestimmten Bereichen von der übertriebenen Getrenntsammlung wegkommen.

Aber wir haben doch schon die Einigungspunkte. Bei Glas, Papier, Pappe und Karton ist es unbestritten. Ich glaube, bei den Bioabfällen muss man noch einmal sehr genau hinschauen, was wir damit machen wollen. Es hat zwei Wege gegeben, die in unterschiedliche Richtungen führen. Das eine ist die Kompostvariante. Die Kompostvariante kann mit der Masse an Bioabfällen überhaupt nicht funktionieren, weil wir so viel Kompost nicht loswerden. Das kennen wir. Jeder, der die Absatzwege dieser kommunalen Anlagen betrachtet, weiß, dass wir da ein Problem hätten. Wir haben ungefähr die Maximalkapazität erreicht.

Der zweite Punkt, der ganz wichtig ist, ist der des Brennstoffs. Ein Weg ist der Weg über Trockenstabilat. Darüber kann man reden. Vergasung ist der zweite Weg. Dies ist möglicherweise deswegen geschickter, weil es bei der Vergasung beim gleichen Prozess zur Energieversorgung möglich ist, mehrere Energiezutragsfraktionen, nämlich aus nachwachsenden Rohstoffen, einzusetzen. Auch da ist ein Gesamtkonzept gefragt.

Wenn man Biomüll nicht vom Hausmüll trennt, der auch die fehlgeworfene Batterie – um ein ganz schlichtes Beispiel zu nennen – oder kleinere Haushaltsgeräte enthält, die doch immer wieder darin landen, hat man plötzlich Schadstoffe enthalten, die man für Energiegewinnung mittels einer Technologie, die wieder verwendbare Rohstoffe aus der Müllfraktion herausnimmt, nicht gebrauchen kann.

Heinrich Heidel, das heißt, die Gratwanderung wird so schnell nicht erfolgreich sein. Zweitens hat das immer Konsequenzen für das Endprodukt. Ich bin sehr dafür – ich kenne Varianten, wo immer wieder neu darüber nachgedacht wird, dass man noch eine ganz neue Tonne für irgendetwas anderes braucht – das zu begrenzen. Aber ich glaube schon, wenn wir damit wirklich etwas anfangen wollen und nicht nichts anderes machen wollen, als neuen Stoff zum Deponieren zu produzieren, weil das Zeug nicht anders verwertbar ist – jeder weiß, dass wir das eigentlich so nicht mehr dürfen –, dann müssen wir an der Stelle gucken, ob wir es uns nicht zu leicht machen, zu sagen, dass wir die Verunreinigungsgrade der heutigen Technik tolerieren.

Wir können sie nicht tolerieren bei wieder verwertbaren Stoffen, wir können sie nicht tolerieren bei kompostierten Stoffen, und wir können sie real nicht tolerieren bei Dingen, die in die Biovergasung gehen, weil sie den Prozess beschädigen, um den es geht.

Das zeigt, die Idee ist verbraucherfreundlich. Ich würde gern mit der FDP einmal über den grünen Punkt reden; denn wenn man eine Mogelpackung kennzeichnen kann, dann ist ein grüner Punkt darauf. Aber das ist ein anderes Kapitel. Ich glaube, dass der Weg zu früh ist, weil die Anlagen so nicht funktionieren, und dass der Weg möglicherweise auch ökonomisch nicht rational ist, weil man, selbst wenn man mit Fehlwürfen eine Grobtrennung vorbehält, möglicherweise mit weniger finanziellem Aufwand in der

Lage ist, eine vernünftige Trennung und eine vernünftige Weiternutzung zu gewährleisten. Insofern danke für den Anstoß, aber ich glaube, wir werden noch ein bisschen arbeiten müssen, bis daraus etwas wird. Ansonsten haben wir noch ein paar mehr Baustellen auf diesem Sektor. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Grumbach. – Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung verfolgt dieses Thema schon seit Jahren mit großem Interesse. Wir verfolgen auch die fachliche Diskussion, welche Möglichkeiten der Veränderung es in diesem Zusammenhang gibt. Auch das Szenario, das immer wieder vorgestellt wird, dass in einem Haushalt nur noch in einen Müllbehälter sortiert wird und dass man durch die nachträgliche Sortierung bessere Ergebnisse erzielt, ist zu diskutieren, vor allem, wenn man davon ausgeht, dass dann möglicherweise auch niedrigere Kosten entstehen.

Aber es ist noch zu früh, aufgrund dieser Vorversuche oder Pilotversuche eine endgültige Entscheidung zu treffen. Wenn wir diese Entscheidung treffen, müssen wir von einer klaren technischen Überlegenheit ausgehen, die im Augenblick noch nicht gegeben ist.

Die Hintergründe dieser Aussage möchte ich Ihnen erläutern. Bei den Versuchen, die zur gemeinsamen Erfassung durchgeführt wurden, wurden, wie Herr Dr. Müller gerade dargestellt hat, aus vorher getrennt gesammeltem Müll Gemische hergestellt. Vor allem wurde sie im kleinen Maßstab durchgeführt, sodass man nicht einmal von Versuchen reden kann, sondern eher von Vorversuchen, die meiner Meinung nach keine genauen Aussagen liefern können. Vielmehr müssen wir genauere Untersuchungen anschließen, um zu sinnvollen Ergebnissen zu kommen. Denn erst bei der Auswertung von großtechnischen Versuchen kann eine belastbare Aussage über die Machbarkeit und vor allem den Erfolg einer gemeinsamen Erfassung gemacht werden.

Wenn man sich einmal die technischen Aspekte anschaut, erkennt man zwei Wege, entweder die Rohmüllsortierung, indem alles eingesammelt wird, oder die Aufbereitung von bereits stabilisierten Abfällen. Bei der Rohmüllsortierung müsste die gesamte Abfallmenge sortiert werden. Das heißt, wir hätten ein höheres Gewicht, höhere Feuchtigkeit und einen höheren Feinmüllanteil. Vor allem müssten die Sortieranlagen, die wir im Augenblick haben, komplett umgebaut werden. Bei einer gemeinsamen Erfassung insgesamt müssen wir von größeren Anlagen, mehr Anlagen und auf jeden Fall anderen Anlagen ausgehen als denen, die wir im Augenblick haben.

Der andere Weg wäre eine Aufbereitung von bereits stabilisierten Abfällen, d. h. zerkleinern, absieben und aufarbeiten. Hier müssen vor allem auch die organischen Substanzen heraussortiert werden. Die Frage wäre, ob wir mechanisch-biologische Aufbereitungsanlagen umrüsten könnten. Rein technisch wäre das sicherlich möglich.

Aber wir brauchten Erfahrungen im Dauerbetrieb, sodass in Langzeitversuchen getestet werden muss, ob diese Aufbereitungstechnik denn erfolgreich ist.

Derzeit kann keine der beiden Varianten, die ich vorgestellt habe, als technisch ausgereift und erprobt betrachtet werden. In dem Zusammenhang müssen wir uns auch über die Menge und Qualität der Wertstoffe und deren Verwertbarkeit unterhalten. Sicher ist richtig, dass bei der Erfassung eine größere Menge zusammenkommt. Aber zur Qualität und Verwertbarkeit der abgetrennten Fraktionen liegen bisher noch keine Erkenntnisse vor. Vor allem waren dazu die sortierten Mengen zu klein. Dann stellt sich auch die Frage der Einwirkungen des Restmülls auf die Verpackungsabfälle und deren Qualität. Es ist absehbar, dass es bei gemeinsamer Erfassung zu Verunreinigungen bei Kunststoffen und Verbundmaterialien kommen wird, dass Feuchte und Feinmüll negative Auswirkungen auf die Qualität haben werden, weil die Verunreinigungen der Getränkekartons die stoffliche Verwertung zumindest erschweren, möglicherweise verhindern werden.

Dann stellt sich auch die Frage der Kosten. Die Behauptung, die immer wieder aufgestellt wird, dass man durch die gemeinsame Sammlung und Sortierung von Hausmüll und Verpackungsabfällen Kostenvorteile hat, ist pauschal sicher nicht haltbar. Es heißt zwar, dass eine Sammeltour eingespart wird. Aber die Gesamtabfallmenge aus Restmüll und Leichtverpackungen bleibt immer gleich, wird sich möglicherweise sogar erhöhen. Deswegen sehen wir in dem Bereich Einsparungen zwischen 10 und maximal 20 %. Aber ein wesentlicher Kostenfaktor ist bisher die Behandlung und Sortierung des gemischt erfassten Abfalls. Hier müssen wir betrachten, dass sehr viel mehr Abfall sortiert und behandelt werden muss. Hinzu kommen die Kosten der Verwertung. Wie hier die finanziellen Auswirkungen sind, kann nicht abgeschätzt werden. Möglicherweise kann das, was verwertet wird, nicht mehr zu den Preisen wie bisher abgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist für weitere technische Neuentwicklungen in diesem Bereich offen. Bereits im Jahr 2003 – das wurde eben auch schon dargestellt – haben DSD, der Lahn-Dill-Kreis und das Ministerium darüber diskutiert, wie wir die Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren gemeinsamen Erfassung von Verpackungsabfällen und Restmüll untersuchen können. Der erforderliche Spielraum vor allem im finanziellen Bereich war nicht gegeben, sodass wir davon abgesehen haben.

Aber vom Grundsatz her ist die Landesregierung durchaus bereit, einen Modellversuch zur gemeinsamen Erfassung von Restmüll und Verpackungsabfällen in Hessen zu unterstützen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten müssen aber vorher geklärt sein. Deswegen werden wir die Entwicklungen auf diesem Gebiet aufmerksam verfolgen und auch die Ergebnisse weiterer Versuche auswerten. Aber eine Aufgabe der getrennten Sammlung sollte keinesfalls auf Ergebnissen von Vorversuchen beruhen. Deswegen werden wir es im Augenblick nicht verändern.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Der letzte Satz war eindeutig!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Meine Damen und Herren, alle Redewünsche sind erfüllt. Wir sind damit am Ende der Aussprache zu der Großen Anfrage des Abg. Heidel (FDP) und Fraktion betreffend Mülltrennung vereinfachen – Haushalte entlasten, gelbe Tonne ade? Die Große Anfrage ist besprochen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 7:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend endlich fördern statt nur fordern – Sicherstellung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose in Hessen – Drucks. 16/4643 –

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 13:**

Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Fördermöglichkeiten für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose nutzen – Drucks. 16/4877 –

Als Erster hat Herr Abg. Bocklet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Fünf Minuten Redezeit, Herr Kollege.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht, der sich mit der doch sehr bizarren Situation auseinandersetzt, dass wir auf Bundesebene eine der umfangreichsten Sozialreformen in dieser Bundesrepublik erlebt haben und dass, noch bevor die Reform überhaupt greifen konnte, man ihr hinterrücks die Beine wegzieht. Ich spreche von der Umsetzung von Harz IV, der Arbeitsmarktreform. Dort wurde festgestellt, dass der Anstieg der Kosten über dem Erwarteten lag. Die schwarz-rote Regierung in Berlin kommt zu dem Schluss, dass das dazu führen muss, dass man in dem Gesetz weitere Leistungskürzungen vornimmt.

Wir GRÜNE stellen fest: Es war doch gerade unter Rot-Grün politisch gewollt, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen in der Arbeitslosenstatistik wieder vorkommen, weg vom Sozialamt, hin zur Arbeitsverwaltung. Der Deutsche Städtetag hatte frühzeitig darauf hingewiesen, dass die von der Bundesregierung geschätzten Zahlen zu niedrig sind. Es ist deshalb falsch, angesichts der gestiegenen Kosten über die Missbrauchsdebatte massive Leistungskürzungen in dem Gesetz vorzunehmen. Wir GRÜNE haben das auch verurteilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern deshalb in unserem Antrag, dass die Landesregierung sich nicht nur dadurch hervortut, dass sie auf Bundesebene weitere Leistungskürzungen vorschlägt, sondern interveniert und sagt: Lasst uns diesem Gesetz erst einmal zum Erfolg verhelfen, lasst die Reform greifen, lasst uns doch erst einmal den Versuch unternehmen, die Arbeitslosen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, bevor man weitere Kürzungen vornimmt. – Da würden wir uns von der Hessischen Landesregierung wünschen, dass sie in diese Richtung interveniert und sagt: Lasst die Millionen Euro, die zur Verfügung stehen, kürzt sie nicht weiter, gerade bei den Eingliederungshilfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir GRÜNE sind durch sehr viele Jobcenter in Hessen getourt. Wir haben uns mit den Geschäftsführern unterhalten und haben gefragt, was die Sorgen und Nöte vor

Ort sind. Unabhängig von der Organisationsform vor Ort kann man sehen, dass es nach wie vor umfangreiche Mängel bei der Umsetzung gibt. Es fehlen Fallmanager, es fehlen Ansprechpartner, Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose werden noch nicht angeboten, Angebote der Qualifizierung und Fortbildung und vor allem Maßnahmen für Menschen mit Behinderung werden nicht in ausreichendem Maß durchgeführt.

Hier fordert unser Antrag schlicht und ergreifend ein Ende der Dampfplauderei, welche Organisationsform besser ist, ob Optieren oder Arbeitsgemeinschaft, wie das die Hessische Sozialministerin tat. Wir fordern, wie es in § 10 des Ausführungsgesetzes festgelegt ist, dass die Hessische Sozialministerin ihrer Aufsichtspflicht nachkommt und endlich Druck ausübt, dass all das, was in diesem Land fehlt, tatsächlich durchgeführt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In einer Anfrage des Kollegen Schäfer-Gümbel wurde gefragt, was die Landesregierung getan hat. Wir stellen fest, sie hat zu einigen Treffen eingeladen, es wurde auch ein bisschen parliert, aber passiert ist daraufhin nichts. Was wir brauchen, ist im Gesetz eindeutig formuliert: Frau Ministerin, üben Sie doch einmal Druck auf den Landkreis Bergstraße, auf den Odenwaldkreis, auf die Arbeitsgemeinschaften in verschiedenen Landkreisen aus,

(Norbert Schmitt (SPD): Bergstraße, katastrophal!)

und fragen Sie: Wo sind ausreichend Fallmanager? Wo sind Eingliederungshilfen, die tatsächlich verpflichtend werden? Wo sind die Angebote an Behinderte? Wo werden Fortbildung und Qualifizierung so angeboten, dass absehbar ist, dass die für die Langzeitarbeitslosen zur Verfügung stehenden Mittel, um in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, endlich ausgeschöpft werden? Wo ist Ihre Arbeit? Wo touren Sie vor Ort, wo machen Sie Druck? Das machen Sie nicht, und das ist ein Versäumnis Ihrer Regierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Hartz-Gesetz bietet die Chance für Langzeitarbeitslose – wir haben in Hessen 300.000 Arbeitslose und nur 30.000 offene Stellen –, über die Fluktuation des ersten Arbeitsmarktes wieder eine Arbeit aufnehmen zu können. Wir wollten eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Was wir feststellen, sind grobe Mängel in der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik vor Ort.

Die hessische Ministerin hat die Aufsicht. Aber alles, was sie tut, ist, Treffen einzuberufen und zu plaudern, wie der Laden so läuft. – Wichtig ist, dass man die Aufsicht wahrnimmt und auch Druck ausübt. Wir brauchen in Hessen wieder eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen sie im Sinne der arbeitslosen Menschen.

Kein Geplauder, sondern Druck ausüben. Dahin zielt unser Antrag. Wir fordern Sie in der Hessischen Landesregierung auf: Werden Sie endlich aktiv im Interesse der Arbeitslosen. Hören Sie auf mit dem Plaudern. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Bocklet. – Frau Fuhrmann, Sie haben Redemöglichkeit zum Antrag der SPD-Fraktion. Fünf Minuten Redezeit.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bilanz der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, kurz Hartz IV, reicht erkennbar von heftigster Kritik aus den Reihen der Gewerkschaften und Sozialverbände, leiseren kritischen Tönen vom BDI bis hin zu positiven Hinweisen auf Vermittlungserfolge in den Kommunen, egal welcher Organisationsform sie angehören.

Immer wieder flammen wie der pawlowsche Reflex drei Themen auf, die durch die Diskussion geistern. Der erste Punkt ist das Thema Missbrauch. Immer wieder wird Missbrauch vermutet. Ein abstruses Beispiel war in der „Welt“ vom 30. Januar zu lesen, wo es hieß, es könne nicht angehen, dass ein Millionärssohn als Langzeitarbeitsloser Gelder nach Hartz IV bekommt. – Meine Damen und Herren, das bekommt er auch nicht. Das sollte auch Herrn Landsberg vom Städte- und Gemeindebund bekannt sein. Wir sollten uns nicht damit aufhalten, jeden auch noch so theoretisch möglichen Missbrauch zu debattieren, sondern wir sollten uns darauf konzentrieren, wie wir die Menschen fördern und in Arbeit bringen.

Das zweite Thema, das immer durch die Debatten geistert, ist der Ruf nach Nachbesserungen – die Landesregierung tut sich hier auch hervor – bzw. nach neuen Instrumenten, weil sich bestimmte Instrumente bisher nicht als erfolgreich erwiesen haben. Als Beispiel diskutieren wir im Verlauf dieser Plenarwoche vermutlich noch das Thema Kombilöhne.

Natürlich ist man nach Anlaufen einer Reform schlauer als zuvor. Aber ich halte die Bundesregierung schon für handlungsfähig, um taugliche von untauglichen Maßnahmen zu unterscheiden. Daran werden wir uns auch beteiligen.

Das dritte Thema in dieser Debatte war: Warum bleibt der Erfolg aus? Wir können und sollten uns nichts vormachen. Hartz IV funktioniert nicht, weil wir fest daran glauben oder uns gebetsmühlenartig gegenseitig versichern, dass die Optionskommunen oder Arbeitsgemeinschaften besser aufgestellt sind. Tatsache ist, jeder Mensch, der aus der Arbeitslosigkeit dauerhaft herausgeholt werden kann, ist ein Erfolg. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion, von keiner Seite des Hauses. Aber um dem Fördern und Fordern wirklich zum Erfolg zu verhelfen, muss mehr Arbeit her.

(Florian Rentsch (FDP): So?)

Da hat Franz Müntefering vollkommen Recht: Arbeit, Arbeit und Arbeit, gepaart mit der Bereitschaft von Arbeitssuchenden, Hilfen und Angebote anzunehmen.

Dann kommen wir zum Punkt. Eingliederungshilfen sind die wichtigste Waffe gegen Arbeitslosigkeit. 1,4 Millionen Menschen haben nach Angaben des Städtetags im vergangenen Jahr eine Eingliederungsmaßnahme begonnen. Das reicht von Sprachkursen über berufliche Fortbildung und Praktika bis zur Organisation der Kinderbetreuung, zu Zuschüssen zu Existenzgründungen oder zu – das sollten Ausnahmefälle sein – Ein-Euro-Jobs. Die Statistik sagt, dass etwa 1 Million Menschen im Jahre 2005 in ein Arbeitsverhältnis vermittelt worden sind, davon ungefähr 530.000 in einen Ausbildungsplatz. Ich sage, das ist keine ganz schlechte Bilanz. Hartz IV aufgrund dieser Bilanz ein grundsätzlich schlechtes Zeugnis auszustellen, obwohl viele Menschen durch die Reform eine Chance bekommen haben, halte ich für falsch.

Nach wie vor ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt aber ernst, und ich bin, leise gesagt, ziemlich sauer, wenn ich lese, dass die Mittel, die für die Förderung und Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen gebraucht wurden, nicht ausgeschöpft wurden, obwohl die Menschen Perspektiven brauchen. Ich bin auch sehr enttäuscht darüber, dass das Ziel, mit der Reform jedem arbeitslosen jungen Menschen unter 25 Jahren ein Angebot zur Beschäftigung oder zur Qualifizierung zu vermitteln, verfehlt worden ist.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Warum sind Sie nur leise empört?)

Hier müssen endlich alle Instrumente genutzt werden. Es ist unerträglich, wenn Mittel vorhanden sind und junge Menschen Chancen brauchen, die Verwaltungen aber offensichtlich nicht in die Pötte kommen. Das muss aufhören.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nach meinen Erfahrungen ist ein Grund für diese schleppende Umsetzung allerdings auch, dass einige bisherige Sozialhilfeträger schlicht über keine Erfahrung mit der Wiedereingliederung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen verfügt haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Siehe Bergstraße!)

Das Beispiel Bergstraße spricht Bände. Dann hört man Argumente wie, man wolle zunächst einen Plan für den Aufbau, oder die Förderprogramme seien erst im März 2005 angelaufen, sodass sich der Abruf der Mittel verzögert habe. Dies kann ich, wiederum sehr vorsichtig formuliert, nur teilweise nachvollziehen, eher gar nicht. Es erstaunt mich schon sehr, wenn ich lese, dass ein Mitarbeiter des Ministeriums von Frau Lautenschläger sagt, es sei besser, wenn die Gelder liegen blieben

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Fuhrmann, Sie müssen zum Schluss kommen.

Petra Fuhrmann (SPD):

– ich komme ganz schnell zum Schluss, Herr Präsident –, als von irgendwelchen Trägern für sinnlose Maßnahmen ausgegeben zu werden. Hier muss ich schon fragen, wer das beurteilt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch nicht die Alternative!)

Nach einem Jahr sollten die Förderungskonzepte überall auf dem Tisch liegen. Es sollten alle Fördermöglichkeiten genutzt werden. Die Vermittlung muss verbessert werden, und es dürfen keine ideologischen Grabenkämpfe geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht um Zahlen oder Statistiken, sondern es geht um Menschen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Landesregierung ist aufgefordert, ihr Möglichstes zu tun, damit die Optionskommunen und die Arbeitsgemeinschaften die Förderung von Menschen in den Vordergrund stellen und man sich nicht innerhalb der Behörden miteinander aufhält.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Kollegin.

Petra Fuhrmann (SPD):

Einen Satz noch, Herr Präsident. – Ich erwarte auch, dass die Landesregierung ihrer Pflicht als Aufsichtsbehörde nachkommt, die Einhaltung der Gesetze zu überprüfen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Dass wir das noch erleben dürfen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie haben aber keine Zeit mehr für solche Unverschämtheiten!)

– Ich bin lauter als Sie, Frau Wagner. Ich bin auch lauter als Sie, Herr Hahn.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Petra Fuhrmann (SPD):

Sie muss auch überprüfen, ob Ein-Euro-Jobber für reguläre Aufgaben in den Kommunen eingesetzt werden. Keiner hat einen Freibrief für diese Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön. – Herr Holler, Sie haben als Nächster das Wort für die CDU-Fraktion.

Christoph René Holler (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Fuhrmann, ich glaube, es geht an der Stelle ein bisschen leiser, weil es ein sachliches Thema ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber nicht, wenn Herr Hahn so laut dazwischenbrüllt!)

Deswegen will ich es an der Stelle versuchen. Es ist auch zynisch, wenn Sie, Frau Fuhrmann, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von ideologischen Grabenkämpfen reden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

zumal wenn man sich die beiden Anträge der Oppositionsfraktionen von SPD und GRÜNEN anguckt. Darin ist zumindest eines bemerkenswert: Sie räumen selbst ein, dass die Arbeitsmarktpolitik der letzten Bundesregierung unzureichend gewesen ist. Das kann man an dieser Stelle festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Sie können nicht lesen! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Partei hat doch alles mitgemacht!)

Es ist doch eine traurige Tatsache, dass in den Jahren der rot-grünen Bundesregierung die Zahl der Arbeitslosen dramatisch zugenommen hat. Vor diesem Hintergrund ist der Hinweis auf die Bilanz der Regierung Kohl, sehr geehrte Frau Kollegin Fuhrmann, mehr als gewagt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die habe ich doch nie in den Mund genommen!)

Fakt ist doch, dass es von Anfang an eine Fehlannahme der damaligen Bundesregierung war, mit den Hartz-Reformen maßgeblich neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Wir wissen heute, dass es nicht erfolgt ist und die neue große Koalition vor schwierigen Aufgaben steht. Dass es auch bei den Hartz-Reformen selbst Verbesserungsbedarf gibt, ist dem Koalitionsvertrag zu entnehmen. Die CDU hat sich mit ihrer Forderung durchgesetzt, dass alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt werden.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben noch nicht einmal angefangen!)

Was sich als wirksam erweist, wird fortgesetzt. Was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft, und das ist auch sehr gut so.

Verwunderlich ist der Antrag der SPD-Fraktion, da in dem Vertrag von CDU/CSU und SPD gerade keine Korrekturen in Bezug auf das Optionsmodell geregelt sind. Dieses Modell ist im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat auch mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN vor einem Jahr beschlossen worden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihren, nicht zu vergessen!)

Wie Sie vor diesem Hintergrund den Vorwurf aufrechterhalten wollen, dass die Hessische Landesregierung eine Atmosphäre der Konkurrenz geschaffen hat,

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber natürlich!)

ist mir bisher verborgen geblieben. Aber an der Stelle brauchen wir uns nicht zu streiten; denn ein Wettbewerb hat an sich nichts Negatives, wenn er sich für die Arbeitssuchenden auswirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens haben die Initiativen, auch die von Frau Lautenschläger, nichts mit Dampfplauderei zu tun, sondern es geht um Engagement für die Arbeitssuchenden in unserem Land.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Kollege hat es nicht mitbekommen! Er hat genug Probleme in Kassel!)

Vielmehr ist bereits im Sozialpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags deutlich geworden, dass Sozialministerin Silke Lautenschläger alles Erforderliche dafür getan hat, gute Rahmenbedingungen für den Berliner Kompromiss, für die Zusammenführung zweier Systeme, zu schaffen. Nicht von der Hand zu weisen ist – meine Damen und Herren, heute brauchen wir nicht darum heruzureden –, dass die Umstrukturierungsprozesse eine gewisse Einarbeitungszeit erforderlich machen und dass nicht überall alles sofort reibungslos funktioniert. Allerdings ist dies nichts, was in der Verantwortung der Hessischen Landesregierung liegt. Darüber sind wir uns wohl auch einig. Wir brauchen heute nicht über die Startschwierigkeiten mit Software und anderen Problemen zu reden.

Die Abkehr von einer absoluten Zentralverwaltung bei der BA hin zu mehr Verantwortung für die engagierten Mitarbeiter vor Ort bleibt jedoch richtig. Wir sind uns sicher einig, dass spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Mensch über ein Jahr lang arbeitslos war, eine individuelle Lösung, am besten vor Ort, gefunden werden kann.

Wer dies zentral steuern will, fördert in erster Linie Bürokratie.

Wir sind deswegen froh, dass es in den Medien erste positive Arbeitsberichte aus den optierenden Kommunen gibt. Liebe Frau Fuhrmann, zu diesem Prozess ist es vielleicht lohnenswert, wenn Sie Beiträge Ihres Sozialpolitikers und Beigeordneten Pipa zur Kenntnis nehmen, die unter anderem auch in der „FAZ“ veröffentlicht waren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Er ist inzwischen Landrat! Das haben Sie offensichtlich auch nicht gemerkt!)

Herr Bocklet, Sie müssen eines unterscheiden – ich glaube, das haben Sie durcheinander gebracht –: Wenn Sie von der Ministerin und ihrer Aufsichtspflicht sprechen, wenn Sie sagen, wo sie überall mit erhobenem Zeigefinger auftreten müsste, dann verwechseln Sie Rechts- und Fachaufsicht. Die Ministerin hat an dieser Stelle zwar die Rechtsaufsicht, aber nicht die Fachaufsicht. Vielleicht ist es ganz gut so, dass die Menschen, die vor Ort mit den Arbeitssuchenden zu tun haben, selbst entscheiden, und nicht von einer Behörde, von einem Ministerium die Entscheidungen diktiert bekommen. Es handelt sich also lediglich um eine Rechtsaufsicht, und die wird vom Hessischen Sozialministerium wahrgenommen.

Ich möchte an dieser Stelle außerdem festhalten, dass entgegen den Feststellungen im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik überwiegend zum Fördern eingesetzt werden. Wir werden uns morgen über das eine oder andere Instrument sicherlich noch unterhalten. Dabei ist es doch legitim, dass Menschen für eine Leistung, die sie empfangen, eine Gegenleistung erbringen. Mit dem OFFENSIV-Gesetz vom Jahre 2002, das von der damaligen Bundestagsmehrheit abgelehnt wurde, haben wir in Hessen die richtige Richtung bereits gewiesen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Christoph René Holler (CDU):

Ich komme gleich zum Ende. – Wenn wir uns vor Augen halten, dass neue Arbeitsplätze erst bei einem Wirtschaftswachstum oberhalb von 2 % entstehen, zeigt dies den eigentlichen politischen Handlungsbedarf und die Problematik des Lohnwachstums der letzten Jahre.

Meine Damen und Herren, von Bedeutung ist, dass die Verbraucher und die Investoren in die Wirtschaftspolitik des Bundes wieder Vertrauen fassen und dass wir den Wankelmut der letzten Jahre hinter uns lassen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wer hat die Sockelarbeitslosigkeit hinterlassen? Das war Kohl!)

Was die inhaltliche Ausrichtung der neuen Bundesregierung angeht, werden wir deren Kurs von Hessen aus sicherlich unterstützen. Die Anträge der Opposition bringen uns und auch den Arbeitssuchenden in Hessen aber nichts Positives. Deshalb werden wir die Anträge heute ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Als Nächster hat Herr Rentsch für die FDP-Fraktion das Wort.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Eingliederungshilfe ist die wichtigste Waffe gegen Arbeitslosigkeit“, haben Sie gerade gesagt, Frau Kollegin Fuhrmann. Ich muss sagen: Das ist der absolute Hammer, was Sie hier gerade losgelassen haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Für Langzeitarbeitslose! Sie wissen genau, was gemeint ist!)

Ich hätte geglaubt, dass auch Sozialdemokraten in diesem Hause wissen, wie man Arbeitsplätze schafft.

(Petra Fuhrmann (SPD): Für Langzeitarbeitslose!)

– Das haben Sie nicht gesagt. – Es ist wirklich unfassbar, dass wir eine Debatte über die Frage führen, wie wir die Arbeitslosigkeit verwalten. Genau das ist nämlich die Funktion von Hartz IV. Mit Hartz IV haben wir versucht, die Verwaltung der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Die Frau Kollegin Fuhrmann hat hier eine Debatte nach dem Motto aufgemacht, was die Bundesregierung alles getan hat, um Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen. Frau Kollegin, Hartz IV schafft keinen einzigen Arbeitsplatz in diesem Land. Das wissen auch Sie.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Das habe ich gar nicht gesagt!)

– Dann hätten Sie sich klarer ausdrücken müssen, Frau Kollegin Fuhrmann.

Wenn man rückblickend betrachtet, was in diesem Lande passiert ist, dann muss man sagen: Es gab einen Bundeskanzler, der versucht hat, relativ aggressiv, auch mit Worten – er sprach von „Sozialschmarotzern“, und mich wundert, dass die Frau Kollegin ihren eigenen Bundeskanzler mittlerweile vergessen hat –, Leute zu diskreditieren, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen. Er hat damals mit „Mallorca-Gerd“ Leute aufgetan, die er mit einem speziellen Gesetz überzogen hat.

Insofern finde ich es erstaunlich, Frau Kollegin, dass Sie heute sagen, es gebe Leute in diesem Land, die solche Fälle anprangerten. Natürlich werden solche Fälle angeprangert, wenn sie vorhanden sind. Das geschieht auch zu Recht. Ich glaube aber, dass gerade die SPD und ihr damaliger Bundeskanzler an dieser Stelle sehr vorsichtig sein müssen, denn Sie haben damals sehr stark vorgelegt. Insofern sind Sie kein gutes Beispiel dafür, wie man mit diesem Thema sachlich umgeht.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man in die Historie schaut, wenn man die verschiedenen Instrumente, Hartz I bis Hartz IV, ganz sachlich betrachtet, dann muss man klar feststellen, Herr Kollege Bocklet, dass die meisten Maßnahmen nicht wirkungsvoll gewesen sind. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war eigentlich der richtige Schritt. Wir Liberalen haben schon seit langer Zeit gefordert, diese zwei Fürsorgesysteme zusammenzulegen.

Dazu sind aber zwei Feststellungen zu machen. Erstens. Hartz IV setzt meines Erachtens viel zu wenige Anreize, damit Menschen wieder in Arbeit kommen. Wir wissen nämlich, dass es viele Niedriglohnjobs gibt, die nicht zu

besetzen sind. Die Leute gehen aber nicht in solche Jobs, weil der Anreiz offensichtlich nicht groß genug ist.

Das zweite Problem, das wir haben, betrifft meines Erachtens die Niedriglohnjobs selbst. Wir haben es in Deutschland bisher nicht geschafft, einen adäquaten Niedriglohnsektor einzuführen – mit Tätigkeiten, die überall anfallen. Vor dem Beispiel, das der Hessische Ministerpräsident immer erwähnt, können Sie sich nicht verstecken, Frau Kollegin Fuhrmann. Es ist wirtschaftliche Realität, dass wir immer noch Krabben zum Pulen in andere Länder fliegen, weil das Pulen dort günstiger ist als in Deutschland.

(Petra Fuhrmann (SPD): Den Niedriglohnsektor muss man nicht einführen, der ist schon Realität! – Norbert Schmitt (SPD): Fangen Sie an mit dem Pulen!)

Das ist ein Beispiel aus der deutschen Realität. Daher wundert es mich, dass Sie diesen Bereich immer noch nicht anerkennen wollen.

Ich komme konkret auf Ihre Anträge zu sprechen. Der Kollege von der Fraktion der CDU hat gerade sehr klar gesagt, warum Ihre Anträge keinen Sinn machen. Sie haben nämlich Rechts- und Fachaufsicht verwechselt. Sie gehen mit dem erhobenen Zeigefinger in die Diskussion und sagen: Das Ministerium muss eingreifen, weil verschiedene Voraussetzungen nicht erfüllt sind. – Da bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Bocklet. Es gibt verschiedene Beispiele, wo bestimmte Kommunen bisher nicht genug getan haben, obwohl man von ihnen mehr verlangen kann. Das betrifft die Frage der Betreuungsschlüssel, die Frage der Abrufung von Mitteln, die Frage, wie Kontakt zur Wirtschaft aufgebaut wird, wie man Leute in Arbeit bringen kann. Das ist keine Frage. Da gibt es Defizite. Das ist unbestritten. Darauf aber zu sagen, das Ministerium müsse mit erhobenem Zeigefinger durch Hessen laufen, das kann schon rechtlich nicht funktionieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Frau Ministerin macht doch eine Runde nach der anderen!)

Es gibt in Hessen eine gesunde Konkurrenz, einen Wettbewerb zwischen Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften. Das haben wir als FDP immer gewollt. Das wollte auch die Landesregierung. Wir hätten uns zwar auch ein bisschen mehr vorstellen können, aber diese Situation ist eben zurzeit gegeben.

Wir haben aber immer gesagt, wir sind der Meinung, dass die Optionsidee besser ist als die Idee der Arbeitsgemeinschaften. Das können Sie immer wieder nachprüfen. Wenn Sie sich nämlich mit den Arbeitsgemeinschaften unterhalten, dann wird Ihnen das Problem dargestellt, dass die Bundesagentur in keiner Weise flexibel ist. Das, was vor Ort passiert, wird von Nürnberg aus vorgegeben. Man ist also nicht in der Lage, flexibel auf die Situation vor Ort zu reagieren. Insofern ist die BA in der jetzigen Situation nicht der richtige Ansprechpartner für eine flexible Arbeitsmarktpolitik.

Insofern ist für uns klar: Die Optionsidee ist die bessere Idee, weil sie flexibel auf die Situation vor Ort eingehen kann. Die Optionsidee ist auch deshalb besser, weil es endlich einmal einen Kontakt zwischen den Jobcentern auf der einen Seite, also der öffentlichen Hand, und der Wirtschaft auf der anderen Seite gibt, was die Bundesagentur in all der Zeit nicht geschafft hat. Das muss man ganz klar feststellen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Rentsch, Sie müssten zum Schluss kommen.

Florian Rentsch (FDP):

Ich bin sofort fertig, Herr Präsident, auch ohne die zwei Fuhrmann-Minuten.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Es waren keine zwei Minuten, um das festzuhalten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es waren drei Minuten!)

Florian Rentsch (FDP):

Herr Kollege Bocklet, Frau Kollegin Fuhrmann, den Tanz, den Sie hier aufführen, kann ich nicht verstehen. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bis September letzten Jahres in der Bundespolitik verantwortlich gewesen. Es wäre schön gewesen, von Ihnen derart markige Sprüche von dieser Stelle aus zu hören, als Sie noch die Regierungsverantwortung in Berlin innehatten.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): So markig waren sie auch wieder nicht!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Für die Landesregierung ergreift Frau Staatsministerin Lautenschläger das Wort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dieses Thema durchaus schon öfter in diesem Hause diskutiert. Aus verschiedenen Beiträgen wurde deutlich: Inzwischen streiten wir nicht mehr um die Organisationsform. Sie wissen, welche Organisationsform wir immer für die richtige gehalten haben. Selbstverständlich ist es auch so, dass das Gesetz überall umzusetzen ist.

Meine Damen und Herren von der Opposition, vor allem von Rot und Grün, Sie müssen sich durchaus entscheiden, wie man es umsetzen kann. Frau Fuhrmann, Sie beschweren sich, ich würde zu viele Leute einladen. Herr Bocklet sagt, ich würde zu wenige einladen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich will sehr deutlich sagen: Wir arbeiten sowohl mit den optierenden Kommunen als auch mit den Arbeitsgemeinschaften sehr eng zusammen, auch mit der Regionaldirektion vor Ort, weil es uns natürlich darum geht, Transparenz herzustellen, weil es darum geht, dass die für die Eingliederung vorhandenen Mittel auch abgerufen werden. Da lässt sich aber nichts daran deuteln, dass ein enormer Nachbesserungsbedarf bei diesem Gesetz nach wie vor vorhanden ist.

Wir haben schon im vergangenen Jahr als Hessische Landesregierung hierzu Vorschläge im Bundesrat unterbreitet. Dabei ging es nicht um die Frage, Herr Kollege Bocklet, ob wir fördern oder fordern, sondern beides gehört nach wie vor zusammen. Es muss nur so umgesetzt werden, dass es in den Arbeitsgemeinschaften und in den optierenden Kommunen tatsächlich handhabbar wird. Ich nenne beispielhaft den Datenabgleich, wo wir in Hessen als Erste einheitliche Standards mit der Bundesagentur

und den optierenden Kommunen vereinbart haben, so dass zum Schluss Transparenz und Vergleichbarkeit bei all den Problemen entstehen, die in der Datenweiterleitung nach wie vor vorhanden sind, weil die unterschiedliche Systeme nicht kompatibel sind und erst angeglichen werden müssen. Das ist der eine Teilbereich.

Fördern und Fordern gehören nach wie vor zusammen, aber wir haben einen Nachbesserungsbedarf bei diesem Gesetz. Ich glaube, der Kollege Schmitt von der SPD-Fraktion, der anwesend war, als der Kollege Müntefering in der Rhein-Neckar-Region zu diesem Thema gesprochen hat – –

(Zurufe)

– Er war nicht da? Das ist schade. Ich habe gehofft, er hätte vom zuständigen Minister mit eigenen Ohren gehört, dass ein Optimierungsgesetz, wie wir es vereinbart haben, auf den Weg gebracht wird, das genau die Punkte, die wir bereits im vergangenen Jahr besprochen hatten, behandelt, um tatsächlich Vereinbarungen vor Ort zu erzielen.

Herr Kollege Bocklet, eines kann man so nicht stehen lassen, wenn Sie über Aufsichtsfunktionen sprechen. Man kann darüber diskutieren, welche Möglichkeiten man hat, öfter mit Geschäftsführern der Arbeitsgemeinschaften und der optierenden Kommunen zu sprechen und auf die Probleme hinzuweisen. Sie werden aber keine Landesregierung finden, die das in dem Umfang tut wie die Hessische Landesregierung. Die Landesregierung kann aber nicht in ihrer Funktion als Fachaufsichtsbehörde eingreifen. Das ist – an manchen Stellen muss ich durchaus sagen: leider – nicht der Fall. Wir können nicht alles anfordern, und es ist nach wie vor so – das haben Sie in den Bundesgesetzen so festgeschrieben –, dass wir dort an vielen Stellen keine Eingriffsmöglichkeiten haben, weder bei den Arbeitsgemeinschaften noch bei den optierenden Kommunen, sondern auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit angewiesen sind.

Die Rechtsaufsicht ist das eine. Im Rahmen der Rechtsaufsicht kann ich über die Organisationsform und vieles mehr sprechen, nicht aber über das eigentliche Tagesgeschäft. Deswegen vereinbaren wir dort für das eigentliche Tagesgeschäft in regelmäßigen Abständen Gespräche über die Umsetzung. Wir prüfen, wie das tatsächlich bei der Eingliederung gemacht wird, und wir legen sehr großen Wert darauf, dass tatsächlich gefördert und gefordert wird. Nach wie vor gehört beides ganz eng zusammen. Denn selbstverständlich muss auch das Fordern – das noch ins Bundesgesetz aufgenommen wird – an einigen Stellen noch verbessert werden.

Denn es kann nicht sein, dass bestimmte Datenabgleiche mit Rentenversicherungsträgern dort nicht stattfinden dürfen. Das ist genauso notwendig, um Missbrauch zu verhindern, wie es an anderen Stellen notwendig ist, dass jungen Menschen tatsächlich zeitnah ein Angebot gemacht wird.

Bei diesen Dingen ziehen wir hoffentlich gemeinsam an einem Strang, damit jetzt, nach einem Jahr, vor Ort tatsächlich die Eingliederungsleistungen so angeboten werden, dass die Mittel nicht wieder zurückgegeben werden müssen.

Aber ich will auch sehr deutlich machen – denn Frau Kollegin Fuhrmann hat das angesprochen –: Es geht auch darum, dass die Mittel vernünftig eingesetzt

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber natürlich!)

und mit einer vernünftigen Eingliederungsvereinbarung untermauert werden, anstatt einfach abgerufen zu werden. Das ist nicht Sinn der Sache.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber das wird noch Jahre dauern!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Landesregierung unterstützen wir im Übrigen diesen Bereich noch weiter mit Programmen, z. B. für schwer vermittelbare junge Menschen in Ausbildung. Dafür haben wir den Kommunen Mittel zugewiesen, die sie selbst direkt für Eingliederungsmaßnahmen einsetzen können, damit sie dort Gestaltungsmöglichkeiten haben. Ich sehe, das ist kein einfacher Weg. Aber in Hessen sind wir mit den Kommunen durchaus auf einem guten Weg – was nicht heißt, dass in Zukunft nicht noch Nachbesserungen notwendig werden. Aber es wäre sinnvoll, wenn Sie dann auch bei der Bundesgesetzgebung so mitwirkten, damit das zum Schluss so administrierbar ist, dass es funktioniert.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann ist unsere Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 7 und 13 beendet.

Beide Anträge sollen dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Kein Widerspruch, dann ist das so entschieden.

Ich darf Sie in die Mittagspause entlassen. Wir treffen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13.02 bis 15.02 Uhr)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zum zweiten Teil der heutigen Veranstaltung. Wir starten –

(Reinhard Kahl (SPD): Etwas langsamer! Unser Fraktionsvorsitzender ist noch nicht da!)

– Langsamer? – Ah ja, in Ordnung. Dann rufe ich den Punkt sehr langsam auf, Tagesordnungspunkt 11.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt aber noch neue Anträge, die wir zuerst aufrufen müssen!)

– Wollen wir die zuerst aufrufen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, denn einer von denen gehört noch zu diesem Tagesordnungspunkt!)

– Bei mir liegt noch nichts auf dem Tisch. – Ah, mein Nachbar hat etwas.

Ich rufe zuerst **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Zerschlagung der Sparkassenlandschaft in Hessen – Drucks. 16/4870 –

Dazu **Tagesordnungspunkt 79:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend zurück zur Sachlichkeit bei der Zukunftssicherung der hes-

sischen Sparkassenfamilie! Wahlkampf vorbei: SPD-Stimmenfang gescheitert – Drucks. 16/5440 –

Ist das sprachlich korrekt? – Zur Sachlichkeit redet nachher Herr Reif. – Dazu gibt es noch einen weiteren Dringlichen Antrag.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die Regierung hier noch beraten muss, wie sie sich verhält, über letzte Tipps –

(Petra Fuhrmann (SPD): Es gibt noch Regieanweisungen! – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste, dritte Antrag zu dieser Thematik ist der **Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend unverzügliche Vorlage der Novelle zum Sparkassengesetz, Drucks. 16/5450**. Dieser Antrag ist erst jetzt verteilt worden. Also müssen wir erst seine Dringlichkeit beschließen. Ist das richtig?

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

Wer hat Einwände gegen die Dringlichkeit dieses Antrags der GRÜNEN? – Das ist nicht der Fall. Dann wird er **Tagesordnungspunkt 84** und wird, wenn Sie nichts dagegen haben, mit den anderen beiden Punkten jetzt aufgerufen.

Dann haben wir jetzt alle drei Anträge zur Beratung. Als Redezeit dafür stehen 15 Minuten je Fraktion zur Verfügung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie sollten einmal die FDP-Fraktion fragen, was sie dazu meint!)

– Meine Damen und Herren, da ich zu dieser Fraktion gehöre, weiß ich, dass sie sich gerade in einer internen Besprechung befindet, aus der ich hierher herbeigeeilt bin. Trotzdem können wir nach meiner Einschätzung mit der Beratung beginnen.

Verehrter Herr Vorsitzender der SPD, Herr Walter, Sie haben das Wort.

(Axel Wintermeyer (CDU): Nein, er ist Fraktionsvorsitzender – noch! Darauf lege ich Wert!)

– Wir können noch mehr Zeit verplempern. Verehrter Herr Walter, wenn Sie Wert darauf legen, dass ich Sie hier mit dem vollen Ornat begrüße, dann sage ich: Hiermit hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, lieber Herr Walter, das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin, ich werde erst beginnen, wenn Sie mir die Erlaubnis dazu erteilt haben.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben gestern in Ihrer Rede gesagt, dass es der SPD im Kommunalwahlkampf jedenfalls nicht flächendeckend gelungen sei, mit dem Sparkassenthema zu punkten. Nun, das Wahlergebnis spricht dafür, dass es nicht ganz falsch ist, was Sie gesagt haben.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sicherlich wäre es ganz falsch, wenn die Landesregierung dies umgekehrt als Zustimmung zu ihren Plänen werten würde. Denn der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung ist gegen eine Privatisierung der hessischen Sparkassen,

(Widerspruch bei der CDU)

und die hessischen Sparkassen selbst sind auch dann gegen die Novellierung des Gesetzes, wenn eine Privatisierung nicht Folge dieses Gesetzes wäre. Diese Tatsache wollen wir weiterhin hier als politischen Punkt setzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alles tun, um eine Privatisierung der hessischen Sparkassen bereits im Vorfeld zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Kommunalwahlkampf haben wir jetzt die Chance, und entsprechend ist die Überschrift des CDU-Antrags auch ein Beitrag zu einer gewissen „Versachlichung“ der Debatte; und eine Versachlichung ist bei diesem Thema notwendig.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich denke, darin besteht hier Übereinstimmung: Bei der Zukunft der hessischen Sparkassen geht es um ein herausragendes Thema. Die hessischen Sparkassen sind von herausragender Bedeutung für unser Land – als Anbieter von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen in den Regionen

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sieht das jemand anders?)

und als Kreditfinanzierer insbesondere bei der klein- und mittelständisch geprägten Industrie.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus sind die hessischen Sparkassen natürlich auch bei den Bankdienstleistungen von herausragender Bedeutung, die für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in gewisser Weise auch soziale Dienstleistungen sind. Denn wir wollen, dass jeder – auch die ältere Dame, die vielleicht ein Problem mit Onlinebanking hat und in einer ländlichen Region wohnt – Zugang zu einem Girokonto und die Möglichkeiten hat, seine Bankgeschäfte abzuwickeln.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Worum geht es bei dieser bislang nur angekündigten Novellierung? Ein Gesetzentwurf liegt ja bisher nicht vor.

Herr Ministerpräsident Koch hat angekündigt – und mit ihm sein Wirtschaftsminister, Herr Rhiel –, dass er im Rahmen der anstehenden Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes über die Bildung von Stammkapital den Erwerb von Sparkassen durch andere Sparkassen, durch die Helaba oder durch Sparkassenträger – also die öffentliche Hand – ermöglichen will.

Herr Ministerpräsident, vielleicht können wir hier ein Einverständnis herstellen. Meine erste Frage ist: Ist die Umwandlung der durch Zweckbindung geprägten kommunalen Trägerschaft in eine disponible Eigentümerstellung Ziel dieser angekündigten Gesetzesnovellierung?

(Ministerpräsident Roland Koch: Das, was auch in Rheinland-Pfalz Gesetz ist!)

– Ich sehe Zustimmung.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): In begrenztem Umfang!)

Dann sagt die Landesregierung, dass diese Schaffung einer disponiblen Eigentümerstellung zunächst einmal nichts anderes als eine Option ist. Niemand wird gezwungen, diese Option wahrzunehmen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann stellt sich natürlich im Rahmen der intellektuellen Redlichkeit die Frage: Warum schaffe ich diese Instrumente? Welche Ziele verfolge ich damit, dass ich etwas verändere?

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie verändern doch nicht deswegen etwas, weil Sie nichts verändern wollen, sondern Sie schaffen neue Instrumente, weil Sie eine andere Vorstellung von der hessischen Sparkassenlandschaft haben, als sie jetzt besteht.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Deshalb ist die Aussage: „Wir machen dieses Gesetz, aber es muss ja niemand anwenden“, doch eine, die vielleicht im politischen Diskurs von Wahlkämpfen ausreicht, aber nicht in einer solchen Debatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allen voran der Hessische Ministerpräsident, ich frage Sie: Warum wollen Sie das Sparkassengesetz verändern? Was ist Ihr Bild von der hessischen Sparkassenlandschaft in Zukunft? Wie soll sich die hessische Sparkassenlandschaft anders entwickeln, als dies momentan möglich ist?

Was ist Ihr Bild? Sie können sagen: Wir haben kein Bild. – Das wäre die schlechteste Lösung. Sie können sagen: Wir wollen schauen, was im freien Spiel der Kräfte passiert. – Herr Ministerpräsident, das geht nicht. Bei einem solch wichtigen Thema darf man nicht nur die Instrumente anbieten, sondern man muss auch sagen, welche Ziele man mit dieser Novellierung des Sparkassengesetzes verfolgt. Wohin wollen Sie? Welche Ergebnisse wünschen Sie sich als Landesregierung?

(Beifall bei der SPD)

Wie soll die hessische Sparkassenlandschaft nach der Novellierung dieses Gesetzes aus Ihrer Sicht, Herr Ministerpräsident, aussehen? Was wollen Sie in unserem Bundesland Hessen als Ziel bei den Sparkassen?

Bleiben wir bei Bildern. Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, Ihre Pressemitteilung ist mit einer Sperrfrist von 15 Uhr versehen. 15 Uhr ist vorbei. Also darf ich daraus zitieren. Hier heißt es:

Wirtschaftsminister Rhiel agiert als eitler Zauderer, der seit zwei Jahren ein Gesetz ankündigt und nicht zustande bringt,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hast du keine eigene Rede? Musst du deshalb ihre Rede vorher vorlesen, oder wie?)

und der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Walter betätigt sich als düsterer Wolkenschieber, der den Untergang der Sparkassen ausruft.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Also „düsterer Wolkenschieber, der den Untergang der Sparkassen ausruft“ – meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, ich frage dies bereits jetzt, denn in Ihrer Pressemitteilung ist zu dieser zentralen Frage – Bildung von Stammkapital und Ihre Position dazu – nichts enthalten.

Dass Sparkassen wichtig sind, ist unstrittig. Aber, Frau Kollegin, im Vorgriff auf Ihre Rede sage ich: Wir erwarten

auch von Ihnen eine Antwort darauf, wie Sie zu diesem zentralen Punkt der Bildung von Stammkapital stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist in der Tat ein zentraler Punkt. Denn der bisherige Auftrag der Sparkassen, verankert in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes, und die Bildung von Stammkapital schließen sich gegenseitig aus. Bislang sind die hessischen Sparkassen rechtlich verselbstständigte Instrumente zur Verwirklichung des öffentlichen Auftrags. Nach der Bildung von Stammkapital werden die Sparkassen reine Finanzbeteiligungen sein.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Abgeordneter, darf ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abg. Koch, des Herrn Ministerpräsidenten Koch, zulassen?

Jürgen Walter (SPD):

Aber natürlich, Herr Ministerpräsident, obwohl ich eigentlich dachte, dass Sie nachher Ihr Bild der Sparkassenlandschaft hier entwickeln. Aber ich lasse natürlich gern diese Zwischenfrage zu.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Bitte sehr.

(Gerhard Bökel (SPD): Sehr ungewöhnlich!)

Roland Koch (CDU):

Herr Abg. Bökel, ich habe auch noch Abgeordnetenrechte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unstrittig!)

Herr Abg. Walter, können Sie mir erklären, warum ein so gefährlicher Angriff, wie Sie ihn beschreiben, durch die Möglichkeit, Stammkapital zu schaffen, seit dem 01.07.1999 im Bundesland Rheinland-Pfalz unter der Führung Ihrer Parteifreunde Gesetz ist und inzwischen in sieben Sparkassen angewandt worden ist, aber von der Gefahr, die davon ausgeht, eigentlich noch niemand etwas gehört hat, bevor Sie sich damit beschäftigt haben?

Jürgen Walter (SPD):

Herr Ministerpräsident, ich werde gerne noch ausführlich darauf eingehen. Aber Sie wissen, dass dies nicht unter Führung meiner Partei stattgefunden hat, sondern dass dies – das ist unbestritten – dem Druck der FDP geschuldet war.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

– Das ist exakt der Punkt. Im Übrigen haben wir damit überhaupt keine Probleme, Herr Ministerpräsident, weil die Damen und Herren der FDP an dieser Stelle ehrlicher sind als die Union. Die FDP beantragt auch in diesem Hause: Wir wollen private Beteiligungen an Sparkassen, wir wollen private Investitionsmöglichkeiten an Sparkassen zulassen. Das sagt die FDP offen. Sie sagen das nicht offen, Herr Ministerpräsident, und deshalb ist die FDP an dieser Stelle die geradlinigere Partei.

(Beifall bei der SPD)

Aber noch einmal zu Rheinland-Pfalz, weil das hier zu allgemeiner Belustigung geführt hat. Die Situation der Sparkassen in Rheinland-Pfalz, die mit dem Finanzplatz Mainz auch einen hervorragenden Finanzplatz haben – ohne den Freunden da drüben zu nahe zu treten –, ist natürlich eine völlig andere Situation als die in unserem Bundesland Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Alle Beteiligten, auch die Kommunalen Spitzenverbände in Rheinland-Pfalz, auch das Sparkassenwesen, die Sparkassenfamilie in Rheinland-Pfalz, waren – das wissen Sie, Herr Ministerpräsident – ausdrücklich und entschieden gegen die Schaffung von Stammkapital. Die Gefahren in Rheinland-Pfalz sind ähnlich wie die Gefahren, die in Hessen entstehen werden. Diese Gefahren haben sich allerdings bislang in Rheinland-Pfalz noch nicht realisiert. Ich bin sehr sicher, dass sich im Gegensatz dazu die Gefahren in Hessen realisieren werden. Dies hat etwas mit der anderen Struktur an unserem Bankenplatz Frankfurt zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vorgetragen, dass die Schaffung von Stammkapital die Sparkassen zu Finanzbeteiligungen macht. Das bedeutet, dass die Sparkassen in Zukunft der Haushaltsbetrachtung unterworfen sind und in die Haushaltsbetrachtungen einzubeziehen sind. Jetzt haben wir das erste Problem: Angesichts der enormen Defizite in den kommunalen Haushalten befürchten wir, dass kurz- und mittelfristig ein Druck auf die kommunalen Träger entstehen wird, zur Haushaltssanierung von ihrer Finanzbeteiligung Abstand zu nehmen. Diese Gefahr, diese Angst ist keine virtuelle. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem Sonderfall der Sparkasse von 1822 in Frankfurt haben wir im Jahr 2002 ein Schreiben des hessischen Innenministeriums als Genehmigungsbehörde, Herr Minister Bouffier, an die Stadt Frankfurt mit der klaren Aussage: Veräußert eure Sparkassen zur Sanierung eures Haushalts. – In Zukunft wäre diese Situation in jedem hessischen Landkreis möglich.

Ich habe mir die Zahlen der Defizite in den hessischen Landkreisen herausgesucht. Wir haben in unseren Landkreisen die höchsten Defizite in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Insgesamt summieren sich die Defizite am Ende des Jahres 2004 auf 2,5 Milliarden €. Herr Ministerpräsident, da wollen Sie uns weismachen, dass bei dieser Haushaltslage bei geschaffener Veräußerbarkeit der Sparkassen kein Regierungspräsidium und kein Innenministerium irgendwann einmal auf die Idee kommt, zu sagen: Verwertet eure Sparkassen zur Sanierung eurer Haushalte. – In gewisser Weise wären sie rechtlich sogar verpflichtet, diesen Hinweis zu geben.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Reicht es nicht aus, wenn wir das ausweiten?)

Zweiter Punkt. Ich unterstelle jetzt einmal, dass die Begrenzung des Erwerberkreises zulässig ist und zulässig bleiben wird. Auf diesen Punkt gehe ich dann auch noch ein. Sie nennen drei mögliche Erwerber. Das sind zum einen andere Sparkassenträger. Ich glaube, dass wir diesen Bereich relativ vernachlässigen können angesichts der hier genannten Zahlen. Kein Landkreis, keine Kommune

hat die finanzielle Kraft, eine Sparkasse zu erwerben. Deshalb ist diese Möglichkeit eher zu vernachlässigen.

Kommen wir zum zweiten möglichen Erwerber: Ein Institut kauft ein Institut, also eine Sparkasse kauft eine andere Sparkasse. Was passiert dann mit der Sparkasse, die erworben wird? Die Sparkasse, die erworben wird, hat dann nicht mehr den öffentlichen Zweck, sondern diese Sparkasse ist ein reines Investment einer anderen Sparkasse. Der Vorsitzende der erworbenen Sparkasse ist nicht der Landrat des erwerbenden Instituts, sondern das ist der Vorsitzende der Sparkasse. Sie sind dann gezwungen – das halte ich nebenbei für richtig und unstrittig –, dass zumindest das Institut, das erworben hat, zur Refinanzierung des eingesetzten Kapitals die Rendite erwirtschaftet, die notwendig ist, um dieses Kapital zu finanzieren. Ansonsten gibt es Ärger.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist doch relativ deutlich, dass der jetzt in § 2 vorgesehene öffentliche Zweck nicht mehr zu halten ist.

Kommen wir zum dritten Bereich. Das ist wahrscheinlich der Bereich, über den Sie jetzt gleich reden werden. Die dritte Möglichkeit, die im Übrigen in Rheinland-Pfalz, wie Sie wissen, nicht vorgesehen ist, ist die Möglichkeit, dass die Helaba Sparkassen erwerben kann. Das Bild der Ballungsraumsparkasse, des Ballungsraum Instituts Rhein-Main haben Sie, Herr Ministerpräsident, schon mehrfach in Reden angesprochen, und ich persönlich glaube, dass dies Ihr Ziel ist. Die Helaba erwirbt weitere Sparkassen; die Sparkasse von 1822 war schon einmal ein erster Schritt.

(Clemens Reif (CDU): Ein notwendiger!)

– Ein notwendiger Schritt. Ich glaube, dass ihr in diese Richtung denkt.

Jetzt müssen wir doch feststellen: Was ist denn passiert bei dem Kauf der Sparkasse von 1822? Diese rund 740 Millionen € sind nicht mehr im System, aber sie waren im System. Die Helaba hat diesen Kauf finanziert, und das Geld ist zum einen bei den Polytechnikern und zum anderen bei der Stadt Frankfurt. Das sind 740 Millionen €, die dem System entzogen worden sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht bei e i n e m Kauf. Allein die Erwerbung der nächstgrößeren Sparkasse im Rhein-Main-Gebiet, nämlich der Naspas, würde weitere Beträge in ähnlicher Größenordnung entziehen.

(Clemens Reif (CDU): Was wollen Sie denn damit sagen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass die Helaba auf eines angewiesen ist, nämlich auf ein Rating, und zwar auf ein gutes Rating. Die Ratingagenturen haben völlig zu Recht und auch nicht überraschend gesagt: Wenn weitere Mittel entzogen werden, dann müssen wir das Rating der hessischen Landesbank überprüfen. – Uns als Land Hessen gehören 10 % dieses Instituts. Mit dem, was Sie hier vorschlagen, was Sie als Ziel haben, schwächen wir unser eigenes Institut, an dem wir Anteile haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Jürgen Walter (SPD):

Im Übrigen haben wir relativ lange – manche waren ja daran beteiligt – über das Verbundkonzept diskutiert, über einen gegenseitigen Haftungsverbund. Der Ankauf der Sparkassen über die Helaba und der Haftungsverbund widersprechen sich. Wir haben es in Hessen geschafft, als bislang Einzige ein Verbundrating zu bekommen. Die Ratingagenturen sagen: Das ist ein guter Weg.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon um zwei Minuten überzogen.

Jürgen Walter (SPD):

Okay. – Mit dem Weg, den Sie vorschreiben, wird auch dieses Verbundkonzept zerschlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedenken bei diesem Weg sind größer als die Chancen. Unsere Sparkassen sind Garant für Ausbildungsplätze und für Arbeitsplätze. Unsere Sparkassen sind der Garant für die Kreditfinanzierung des Mittelstands und des kleinen Gewerbes, und sie sind der Garant für die soziale Bankdienstleistung. Mit Ihrem Weg gefährden Sie diese wichtige Funktion, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die CDU hat Herr Kollege Reif das Wort.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien Sie versichert, Herr Walter: Die Sparkassen in Hessen werden auch in Zukunft der Garant für Ausbildungsplätze sein, sie werden auch in Zukunft der Garant für Arbeitsplätze sein, und sie werden auch in Zukunft der Garant für die Finanzierung unserer mittelständischen Wirtschaft in Hessen sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin überzeugt davon, dass das von der Hessischen Landesregierung vorzulegende und von der CDU unterstützte neue Sparkassengesetz diesen Anforderungen vollauf gerecht werden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Walter, wir wollen weder Wolkenschieber- noch Untergangsszenarien haben. Wir wollen in diesem Lande ganz einfach Folgendes. Wir wollen, dass die Sparkassen in diesem Lande, in dem der größte Finanzplatz der Bundesrepublik ist, der weltweit eine Bedeutung hat, der im Wettbewerb zu anderen europäischen Finanzzentralen – nämlich in London und Paris, in Mailand und Amsterdam – steht, diesen wettbewerblichen Herausforderungen in der Zukunft begegnen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese wettbewerblichen Voraussetzungen haben sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Wir unterliegen einem sagenhaften Wettbewerb, einer Konzentration, einer Internationalisierung, einer Globalisierung in nicht gehabtem Ausmaß. Das, was vor zehn Jahren in diesem Land in dem Bankenwesen noch war, ist heute schier nicht

mehr möglich. Wir sind der Auffassung, dass sich in Zukunft Sparkassen unter den Umständen dieser Globalisierung, dieser Internationalisierung stärker herausgefordert fühlen, als das in der Vergangenheit überhaupt vorstellbar gewesen ist.

Die Sparkassen sind in der Bundesrepublik Deutschland – so würde ich sagen – große Marktteilnehmer, die Marktteilnehmer mit dem größten Potenzial in dem Bankenwesen auf jeden Fall. Wir haben die größten Spareinlagen, wir haben die größten Kontenbewegungen, wir haben das größte Geldvolumen, wir haben das größte Sparvolumen bei den Sparkassen. Herr Vizepräsident, aber der Punkt ist der, dass dieses im Sparkassenwesen nicht konzentriert ist, sondern wir dieses auf rund 470 Sparkassen, 13 öffentlich-rechtliche Versicherungen, 11 Landesbausparkassen, 11 Landesbanken, 9 Kapitalanlagegesellschaften, 7 Leasinggesellschaften und viele weitere Verbundunternehmen dezentralisiert haben.

(Lothar Quanz (SPD): Aus gutem Grund!)

Ich prognostiziere Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass mit dieser dezentralisierten Form in Zukunft der so genannte schlafende Riese den globalen Herausforderungen nicht Rechnung tragen kann. Wir als Politiker wollen nicht mehr als

(Jürgen Walter (SPD): Die Zentralisierung!)

die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich in diesem Bereich Optionen und Möglichkeiten eröffnen, die diese Leute dann in Zukunft wahrnehmen können, wenn sie wollen oder unter Umständen dazu gezwungen werden. Das und nichts anderes wollen wir.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen selbst, wenn die Voraussetzungen eingetreten sind, ist schnelles Handeln erforderlich. Was war bei der Frankfurter Sparkasse von 1822? Bis ein Gesetz verabschiedet ist – das wissen wir doch alle umso besser –, brauchen wir ein halbes bis ein Dreivierteljahr. Bis Anhörungen und anderes durch sind, vergeht mindestens ein halbes bis ein Dreivierteljahr. Das heißt also, unter Umständen ist die Zeit, wenn es darauf ankommt, viel zu kurz, als dass wir noch reagieren können.

Was wird des Öfteren draußen in der Wirtschaft gesagt? „Ihr in der Politik reagiert zu langsam. Ihr reagiert zu spät. Ihr seid nicht flexibel genug.“ – Das und nichts anderes wollen wir: Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass Flexibilität, Dynamik und vorausschauend Optionen in diesem Bereich möglich sind – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU)

Sie können wahrgenommen werden, aber sie brauchen nicht wahrgenommen zu werden. Herr Walter, ich gehe nicht so weit, den Namen einer Sparkasse zu nennen. Aber ich gehe so weit, dass ich sage: Erkundigen Sie sich doch bitte einmal bei Herrn Grandke, was er – der vermeintliche Spitzenkandidat der SPD oder ein vermeintlicher Spitzenkandidat unter denen, die die SPD unter Umständen im November in die engere Wahl ziehen wird – auf diesem Sektor für eine Meinung hat und welche Möglichkeiten er als Verwaltungsratsvorsitzender einer Sparkasse, bei der er bisher in tiefste Interna eingebunden war, haben möchte. Dann werden Sie unter Umständen zu einem differenziert anderen Bild kommen als das, was Sie hier berichtet haben.

Herr Walter, im Übrigen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie – wie Sie anfangs sagten – Einsichten haben, dass hier etwas notwendig ist. Ich glaube, damit kommen wir zur Sachlichkeit zurück. Damit kommen wir zu den Möglichkeiten zurück, sich auf der Grundlage von wirklich notwendigen intellektuellen Auseinandersetzungen zu unterhalten.

Lassen Sie mich Folgendes sagen. Das, was in den vergangenen Wochen draußen so landläufig landauf und landab mit in die Diskussion gebracht wurde, war: Da kommen die Filialschließungen, da gibt es Arbeitsplatzabbau, da gibt es keine Einstellungen von Auszubildenden mehr. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts davon wird durch das neue Sparkassengesetz beeinflusst.

(Beifall bei der CDU)

Die Filialen, deren Schließung von den Kreissparkassen und Bezirkssparkassen jetzt schon in der Planung ist, weil sie sich nicht mehr rentieren, werden mit und ohne Sparkassengesetz geschlossen. Niemand in diesem Lande schreibt vor, dass nur gemeindeeigene oder öffentlich-rechtliche Institutionen in der Lage sind, als Sponsor oder als Spender aufzutreten, wie es die Sparkassen tun.

Ich komme aus einer Gegend, in der wir einen Unternehmer haben, der 10.500 Menschen beschäftigt. Der ist, wenn ich das zusammenrechne, der größte Sponsor gegenüber dem Kreis und den einzelnen Vereinen und Institutionen mit weit mehr Geld als die beiden örtlichen Sparkassen. Das soll vorkommen. Wenn ich in das nordhessische Allendorf gehe, finde ich dort einen Unternehmer, bei dem man Gleiches voraussetzen kann. Wenn ich nach Melsungen gehe, dann muss ich auch feststellen, dass der örtliche Unternehmer weit mehr im Sponsoring und im Kulturmäzenatentum als beispielsweise die örtliche Sparkasse tut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns also zu den Einsichten zurückkommen, die notwendig sind. Herr Walter, ich möchte einen Punkt aufnehmen, den Sie hier groß herausgestrichen haben. Sie haben gesagt, das Sparkassengesetz in Rheinland-Pfalz sei kein Beispiel für Hessen.

(Jürgen Walter (SPD): Ja!)

Das mag ja sein. Schön, dass Sie „Ja“ rufen. Dass Sie dem Druck von Koalitionspartnern unvorbereitet und vorbehaltlos nachgeben, ist etwas Neues für uns. Wir dachten immer, dass Sozialdemokraten in Koalitionen standhaft seien.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn es aber so ist, dass die FDP Sie gezwungen hat, dieses Gesetz in Rheinland-Pfalz umzusetzen, dann würde der mannhafte Kurt Beck in den nächsten Tagen verkünden, dass dieses Sparkassengesetz zurückgeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir doch einmal sehen, wie das in Rheinland-Pfalz wird. Ich bin gespannt, weil der Herr Beck heute Morgen, wie ich las, in den Zeitungen erklärt hat, dass er in den nächsten Tagen sein Regierungsprogramm veröffentlicht wird, ob er Ihnen – dem Fraktionsvorsitzenden der hessischen SPD – Folge leisten und die Empfehlungen in sein Wahlprogramm aufnehmen wird. Ich kann Ihnen sagen: Sie werden eine Bauchlandung machen und in der nächsten Diskussionsrunde hier erklären müssen, wieso Herr Beck dies nicht tut, was Sie von uns verlangen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch etwas anderes sagen. Tun Sie doch nicht so, als seien ältere Menschen vollkommen unmündig. Tun Sie nicht so, als wären sie mit Onlinebanking überfordert, als könnten sie zu keinem Sparkassenautomat oder keinem Bankautomaten gehen und sich Geld holen.

Ich habe eine verwitwete 86-jährige Schwiegermutter und eine verwitwete 76-jährige Mutter. Beide haben nicht Betriebswirtschaft studiert. Beide haben in ihrem Leben keine betriebswirtschaftliche Ausbildung hinter sich und keine unternehmerischen Tätigkeiten machen müssen. Beide älteren Damen sind in der Lage, ihr Geld am Automaten zu holen und diese modernen Einrichtungen in Anspruch zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, tun Sie nicht so, als wären ältere Leute unfähig, diese modernen Kommunikationsmittel in Anspruch zu nehmen. Das ist nämlich nicht so. Sie sind klüger, als Sie glauben.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer stellt den Automaten vor Ort auf, die Sparkasse oder die Deutsche Bank?)

Herr Kollege Walter, ich kann nicht verstehen, wieso Sie Angst davor haben, dass Sparkassen und Organisationen aus ihrem Bereich ihre Bilanzen veröffentlichen. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten gelesen, dass der Deutsche Sparkassenverband und der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen mit Stolz ihre Bilanzen eröffnet haben. Ja, liebe Leute, sie waren stolz darauf, das Bilanzvolumen der Sparkassen zu zeigen. Sie waren stolz darauf, zu sagen, wie viel Profit sie gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wieso soll denn eine örtliche Sparkasse nicht sagen, wie viel Gewinn sie gemacht hat? Aber der örtliche Unternehmer, der in Form einer GmbH oder einer kleinen privaten Aktiengesellschaft seine betriebswirtschaftlichen Ergebnisse jedes Jahr beim zuständigen Registergericht hinterlegt – soll dem das zugemutet werden? Wo steht geschrieben, dass man dadurch einen Nachteil hat? Wo steht geschrieben, dass die Deutsche Bank oder eine Privatbank einen Nachteil hat, indem sie ihre Bilanzen veröffentlicht?

Die, die gute Bilanzen haben, sind stolz darauf, auch über die Bilanzen ihren Erfolg in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die, die schlechte Bilanzen haben, müssen sich dann anstrengen und beweisen, dass sie das nächste oder übernächste Jahr diese Deltas oder diese Dellen, die sie geschäftlich erleben mussten, auch auszugleichen verstehen. Das ist das wirtschaftliche Leben. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von den Sparkassen in der zukünftigen Form.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was heißt denn das? Was wollen wir denn eigentlich? Wir wollen nicht das dreigliedrige Bankensystem in der Bundesrepublik Deutschland stören. Wir wollen dieses dreigliedrige System, das in den vergangenen 60 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland einen nachhaltigen Wohlstand mit geschaffen hat, nicht angreifen. Wir wollen es im Gegenteil stabilisieren. Wir wollen es in seiner Funktion stärken. Wir wollen es fit machen, und wir wollen in der Lage sein, mit diesem dreigliedrigen Bankensystem die Zukunft in unserem Lande unter veränderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen ordentlich zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Da kann es nicht so sein, dass Sparkassendirektoren oder Vorstände von Sparkassen meinen, die Sparkassen würden sich selbst gehören.

Herr Walter, Sie wissen, dass ich es nie zum Juristen gebracht habe. Aber eines weiß ich: In Deutschland kann man nicht sagen, dass irgendetwas niemandem gehört. Das ist in Deutschland nicht möglich.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Argument, das ich in dieser Diskussion auch gehört habe, nämlich dass Sparkassenvorstände meinten, sie gehörten nicht nur sich selbst, sondern auch den Sparern, hat etwas Abstruses an sich. Zumindest kann man das in einem Lehrgang für Sparkassendirektoren oder auf der Sparkassenakademie nicht lernen.

Was wollen wir? Wir wollen – so ist das auch in anderen Ländern möglich –, dass klar und deutlich ist, wem die Sparkassen gehören. Im Bayerischen Sparkassengesetz beispielsweise steht, dass die Sparkassen den Kommunen gehören. Das ist bei uns nicht der Fall.

Eine Voraussetzung für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist, dass wir den Kommunen das Signal geben, dass sie neben der Treuhänderschaft auch eine direkte Verpflichtung gegenüber den Sparkassen haben und dass sie sich im Hinblick auf das Vermögen, das ihnen gehört, auch zu engagieren haben. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir.

Ich glaube, dass es gut ist, wenn wir sagen, dass diejenigen, die Stammkapital bilden wollen, und diejenigen, die diese Verantwortung abgeben wollen, dies auch tun können. Was spricht dagegen? Wieso muss ein Landkreis oder ein Zweckverband eine Sparkasse haben, wenn er meint, er benötige das nicht, er sei überfordert oder könne mit dem finanziellen Volumen, das dadurch frei werde, etwas anderes anfangen? Ja, um Gottes willen, warum sollen wir das nicht tun?

Warum sollen wir denjenigen, die wirtschaftlich gut dastehen, nicht die Möglichkeit geben, sich zusammenzuschließen? Als Politiker gehen wir immer von dem Szenario aus, dass die, denen es schlecht geht, gezwungen sind, sich mit jemand anders zusammenzuschließen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich habe in meinem wirtschaftlichen Leben erfahren – das dauert nun 37 Jahre an, und ich bin damit sehr erfolgreich gefahren –, dass man gut beraten ist, wenn man sich dann zusammenschließt, wenn es einem gut geht. Dann kann man nämlich die Bedingungen diktieren.

(Jürgen Walter (SPD): Wir sagen doch nichts anderes!)

Dann kann man sagen, was man will. Dann kann man sagen, welcher Standort erhalten bleiben muss, welche Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert werden müssen, wie viel Rendite an welcher Stelle ausgeschüttet werden muss und wie viel Gewerbesteuer gezahlt werden soll. Wenn es einem gut geht, kann man das besser sagen, als wenn es einem schlecht geht.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Dann diktieren einem nämlich die anderen die Bedingungen für den Zusammenschluss. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir uns in dieser Beziehung den wirklichen Verhältnissen anpassen.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Wir begrüßen die generelle Entscheidung, dass wir ein neues, zukunftsweisendes, flexibles, sich den Kommunen und den Sparkassen öffnendes Gesetz benötigen. Wir unterstützen die Landesregierung bei diesem Vorhaben. Wir sind unter Umständen auch bereit – das sage ich, damit es etwas schneller geht –, die gesetzliche Initiative zu ergreifen und einen solchen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen. In diesem Sinne glaube ich, dass wir eine ordentliche Zukunft mit den Sparkassen und mit den Kommunen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, ich kann Ihnen versprechen, dass die SPD-Landräte und die SPD-Oberbürgermeister

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss.

Clemens Reif (CDU):

die Ersten sein werden, die das Sparkassengesetz umsetzen und Stammkapital bilden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller das Wort.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Walter, es ehrt mich, dass Sie mich zitieren, bevor ich meine Rede überhaupt gehalten habe. Bei Ihnen scheint nicht viel dahinter zu stecken, wenn Sie schon auf die Reden Ihrer Kollegen zurückgreifen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Was hier schon seit längerer Zeit aufgeführt wird, ist eine Posse aus der Reihe „Lehrstück zur Politikverdrossenheit“. Die Akteure – das wurde schon zitiert – sind ein eitler Zauderer und ein ängstlicher Wolkenschieber. Hier wird über Phantome gesprochen, also über etwas, was es noch gar nicht gibt. Auch Herr Kollege Reif hat es nicht für nötig gehalten, auch nur irgendwo zu erklären, wann dieses Gesetz kommt und was überhaupt drinsteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren hier über Ziele, die noch nie bekannt gegeben worden sind. Das ist absurd. Hauptzweck aller Aktionen, die hier stattfinden, ist auf beiden Seiten dieses Hauses – die Mitte nehme ich davon aus –, Schlagzeilen zu produzieren, sonst nichts. Dass wir hier und heute, nachdem das Stück schon seit vier Monaten aufgeführt wird, sogar über einen Setzpunkt zu diesem Thema diskutieren, grenzt an Peinlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Der SPD-Stimmenfang ist gescheitert! Das stelle ich fest!)

An dem Stück wird seit zwei Jahren geschrieben. Im November 2005 trat der erste Akteur in Gestalt des hessischen Wirtschaftsministers auf die Bühne. Zaudernd, wie es ihm nun einmal entspricht, irrt er seit zwei Jahren durch die Welt und bringt keinen Gesetzentwurf zustande.

Aber er findet, sein Name müsse wieder einmal in den Schlagzeilen auftauchen, und veranstaltet eine prachtvolle Pressekonferenz, wirft eine Nebelkerze in die Welt und verkündet Pläne, die da lauten: Bildung von Stammkapital, Ausschüttung, Übertragung von Stammkapital, vertikale Integration. Er schreibt, die Landesregierung wolle dafür sorgen, dass bei den Rahmenbedingungen am Bewährten festgehalten werde. Zugleich wolle sie einen möglichst großen Gestaltungsspielraum eröffnen. Das hört sich ein klein wenig nach der Quadratur des Kreises an.

(Clemens Reif (CDU): Na, na, na!)

Mehr sagt er nicht dazu. Dann wundert er sich, dass er einen Sturm der Entrüstung losgetreten hat. Seitdem wird er die Geister, die er rief, nicht mehr los. Er muss immer wieder zugeben, dass er es nicht hinkommt. Es wird verschoben und verschoben. Er muss dementieren, dass privatisiert wird. Er muss ständig behaupten, bezüglich Europa bestehe keine Gefahr. Kurz und gut, statt weiter an dem Gesetzentwurf zu arbeiten, ist er mit Dementis und Beschwichtigungen beschäftigt und rudert hilflos im Nebel herum.

Irgendwann scheint er zu denken, es sei besser, sein Name werde mit diesem Gesetz nicht mehr verbunden. Da schickt er seinen Knappen in der Gestalt von Staatssekretär Abeln los. Der gibt die nächste Presseerklärung zu diesem Thema heraus, die interessanterweise mit der flehenden Bitte überschrieben ist: Bitte nicht die Hände in den Schoß legen, sondern für mehr Gestaltungsoptionen der Sparkassen in Hessen sorgen. – Das richtet sich eigentlich direkt an den hessischen Wirtschaftsminister. Sehr gut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist klar: Dieser Minister kann es nicht, und am Horizont formieren sich die Gegner in Gestalt des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, in Gestalt der thüringischen Landesregierung – die ganz nebenbei ein Mitanteils-eigner ist, aber man hat gar nicht mit ihr gesprochen –, in Gestalt des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, in Gestalt des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und inzwischen auch in Gestalt der Helaba.

Herr Reif, wenn Sie stolz aus den Bilanzen dieser Verbände zitieren, sollten Sie auch erwähnen, welche Entrüstung der angekündigte Gesetzentwurf bei genau diesen Verbänden ausgelöst hat. Eigentlich sollte Ihnen das zu denken geben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Dann kommt der Posse zweiter Akt. In der Gestalt des Ritters Walter tritt ein neuer Akteur auf die Bühne, springt hinter dem Busch hervor und weist die Menschen auf die Angstwolken am düsteren Himmel hin, die inzwischen aufgezogen sind. Er versichert, die Sozialdemokraten seien die Einzigen, die die Menschen vor dieser Bedrohung retten könnten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

– Herr Kollege Walter, ich werde Ihnen erklären, was ich unanständig daran finde. Das Einzige, was Sie an dieser Stelle betreiben, ist, dass Sie Ängste schüren, indem Sie das Ende der Sparkassen verkünden, indem Sie den Handwerkern und Gewerbetreibenden ausmalen, sie würden zukünftig im Regen stehen, indem Sie erklären, die Privatbanken würden schon – ein wörtliches Zitat – „hinter den Büschen lauern“, und indem Sie wieder die EU beschreien, nach dem Motto, die EU werde sich wie immer gegen die Bürger entscheiden. Das finde ich unanständig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Clemens Reif (CDU): Unglaublich, was der Kollege Walter alles macht!)

Da werden Plakate aufgehängt und Broschüren gedruckt. Es gibt Zeitungen, in denen steht: Werden die Sparkasseninstitute bald an Privatbanken verkauft? – Das ist eher eine „Bild“-Zeitungsschlagzeile, und Sie wissen, dass es darum nicht geht. Wenn wir in unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation etwas nicht brauchen, dann ist es jemand, der Ängste schürt und die Leute verunsichert.

Es ist klar, dass das ein Wahlkampfgetrommel von Ihrer Seite war. Ob Sie das Ziel erreicht haben, sei dahingestellt. Das beurteilen Sie bitte selbst. Aber alles, was zur Verunsicherung der Menschen in Deutschland beiträgt, ohne dabei eine reale Grundlage zu haben, können wir hier nicht brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Zur Situation – denn der Sachverhalt ist zweifellos schwierig –: Den Kommunen gehören die Sparkassen, und die Sparkassen besitzen die Helaba. Dass das Stammkapital ausgewiesen wird, ist nicht des Teufels. Ausnahmsweise muss ich einmal dem Kollegen Reif zustimmen. Dann weiß man, was sie wert sind, und wenn Doppik eingeführt wird, kommt das sowieso.

Die Hessische Landesregierung hat inzwischen sehr oft versichert, dass Private nicht einsteigen dürfen. Meine Damen und Herren, ich glaube Ihnen nicht viel, wenn ich es nicht schriftlich gesehen habe.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Aber ich glaube Ihnen, wenn Sie sagen, Private dürften nicht einsteigen. Das hat einen einfachen Hintergrund: Es wäre nämlich nicht EU-fest.

(Clemens Reif (CDU): Wenn Sie länger in Fulda leben, werden Sie auch noch gläubig!)

Wenn es zu Verkäufen kommt, erfolgt das innerhalb des Systems. Das heißt, es kommt zu einer Umschichtung von Kapital. Das ist nur interessant, wenn es Große und Kleine, Starke und Schwache gibt. Wenn Große gestärkt werden sollen, bleibt in einem Verbund die ganz einfache Frage: Wer soll sie stärken? Das sind dann die Schwachen, und genau das ist das Unanständige an diesem Konzept.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Momentan haben wir einen Verbund der Sparkassen, in dem gemeinsam gearbeitet wird. Dann aber haben wir ein Zweiklassensystem. Das heißt, die Reichen sollen von den Armen gestützt werden. So kennen wir die Hessische Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Na, na, na!)

Das heißt aber auch, dass Geld aus dem System abfließt und damit die Grundlagen des Sparkassensystems gefährdet werden. Es fließt Geld aus dem Gesamtverbund ab – das hat Herr Kollege Walter sehr richtig angesprochen –, und das schwächt die Institute insgesamt, weil die Bilanzsumme sinkt.

(Clemens Reif (CDU): Nein, das ist nicht wahr!)

Angesprochen wurde auch der Besitz der Kommunen. Dass es in der gegenwärtigen Situation reizvoll sein mag, Tafelsilber nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ zu verkaufen und einen warmen Geldregen zu erhalten, mag sein.

Manchmal denke ich angesichts der gesamten Gesetzesverschiebung, dass Sie die Pläne des Ministerpräsidenten ausbaden müssen. Wenn nämlich der warme Geldregen für die Kommunen kurz vor der Landtagswahl käme, könnte das vielleicht die Stimmung zugunsten der CDU beeinflussen. Ich glaube, Sie müssen noch einiges tun, wenn Sie die Wahlen gewinnen wollen. Das Motto „Tafelsilber weg, egal was danach kommt“ kennen wir bereits von der Hessischen Landesregierung.

(Clemens Reif (CDU): Na, na, na!)

Wenn die Chance besteht, Institute zu verkaufen, geht es um kurzfristige Wertsteigerungen; denn das muss attraktiv gemacht werden. Dann muss die Ausschüttung erhöht werden. Plötzlich steht der Wertzuwachs für die Eigentümer im Vordergrund, nicht mehr jedoch der gemeinnützige öffentliche Auftrag. Das kann aber nicht sein. Das widerspricht dem Auftrag der Sparkassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Walter, es hätte nicht Ihrer Aufforderung bedurft, damit ich mich zum Thema Stammkapital äußere. Ich wollte das sowieso tun.

Das alles sind Gründe, weswegen wir dem Handel mit dem Stammkapital nicht zustimmen können. Fusionen zwischen Sparkassen waren und sind schon immer möglich. Der Verbund gewährt gemeinsam Stärke.

Was wollen die GRÜNEN? Die Herren Metz und Koch können sich schon warmlaufen. Denn sie laufen immer dann zum Wirtschaftsminister und soufflieren ihm, wenn irgendetwas angesprochen wurde, was nicht auf seinem Redezettel steht.

Ich erläutere jetzt unsere konkreten Forderungen. Wir haben eine andere Position als die SPD, die wieder den Untergang des Abendlandes beklagt und sagt, alles müsse so bleiben, wie es ist. Dabei haben die Mitglieder der SPD aber nicht im Auge, dass sich manches auch verändert.

Wir haben konkrete Vorstellungen und konkrete Vorschläge. Wir wollen, dass die Sparkassen in öffentlich-rechtlicher Form als dritte Säule des Bankensystems erhalten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, darüber sind sich die Mitglieder dieses Hauses auch einig. Da wird immer ein Popanz aufgebaut, der gar nicht nötig ist.

Wir wollen, dass der § 2 Sparkassengesetz festgeschrieben wird. Dort enthält das Sparkassengesetz einen öffentlich-rechtlichen Auftrag, der eine stabile Versorgung in der Fläche, für alle Bevölkerungsgruppen und für kleine und mittlere Unternehmen sicherstellt. Dazu gehört z. B. aber

auch die Forderung, dass es für alle ein Konto zu fairen Preisen geben muss.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie geht das damit zusammen, dass die Sparkassen ihr Stammkapital ausweisen sollen?)

Wir wollen eine Novellierung, damit die Entscheidungen und die Strukturen transparenter werden. Wir wollen, dass sich mehr Gruppen in den Verwaltungsräten beteiligen können. Unter Umständen soll der Kreis, der dem Verwaltungsrat angehört, auch um die Kunden erweitert werden, damit auch diese einen Einblick erhalten, wie mit ihren Geldern gewirtschaftet wird.

Wir wollen, dass die Geschäftsberichte veröffentlicht werden. Das wurde schon angesprochen. Das gilt für andere Unternehmen auch.

Wir wollen allerdings auch noch etwas anderes. Herr Kollege Reif sprach schon von dem warmen Geldregen, den die Sparkassen ausschütten. Im Grunde genommen sind das auch der Öffentlichkeit zustehende Gelder. Deswegen wollen wir auch eine bessere Transparenz bei der Vergabe der Mittel für soziale, kulturelle und sportliche Zwecke. Unter Umständen könnten die Mittel auch über Ausschreibung vergeben werden. Das alles sind Punkte, die man ohne Zweifel in einer Anhörung erörtern könnte.

Wir wollen, dass der Auftrag der Sparkassen erweitert wird. Wir wollen eine explizite Einbeziehung der Mikrofinanzierungsprogramme. Damit wollen wir erreichen, dass man dem geänderten wirtschaftlichen Verhalten und dem geänderten Verhalten bei Existenzgründungen gerecht werden kann.

Wir glauben, dass es dem Hessischen Ministerpräsidenten um eine Stärkung des Bankenverbundes im Rhein-Main-Gebiet geht. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass dieser Gedanke nicht unanständig ist. Unanständig ist es aber, dass das zulasten der Kleinen gehen soll. Das heißt, wenn die Banken im Rhein-Main-Gebiet gestärkt werden sollen, darf das nicht zulasten der Banken in der Fläche gehen. Vielmehr muss man fragen, wie man auf andere Weise dorthin das Geld bekommt und zu welchen Zusammenschlüssen es kommen kann. Aber es darf nicht sein, dass die kleinen Banken das finanzieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Rhiel, wir haben folgende Forderung an Sie. Inzwischen brüten Sie zwei Jahre wie eine Henne irgendwelche Eier. Ich weiß gar nicht, was für Eier das sind. Legen Sie endlich einen Gesetzentwurf vor.

Wir stimmen der Forderung der SPD durchaus zu, dazu eine Anhörung abzuhalten. Herr Ministerpräsident, ich kann es mir nicht verkneifen, Folgendes zu sagen: Das Ergebnis dieser Anhörung wird genauso vernichtend sein, wie es bei der Anhörung 1999 in Rheinland-Pfalz der Fall war. – Ich glaube, diese Anhörung ist nur sehr wenigen Mitgliedern dieses Hauses bekannt.

Lassen Sie uns anhand der Fakten streiten und argumentieren, wie wir das Sparkassengesetz zum Wohle der Bürger wirklich verbessern können. Verschonen Sie bis dahin die Öffentlichkeit und uns mit weiteren Akten dieses Positionsspiels. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Kollegin, vielen Dank. – Es werden jetzt zwei Kurzinterventionen folgen. Zunächst spricht Herr Lortz. Herr Lortz, bitte sehr.

Frank Lortz (CDU):

Sehr verehrte gnädige Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gedacht, dass mit der Kommunalwahl die Zeit der unsachlichen Debatten und der Verunsicherung der Sparkassenkunden im Lande beendet sein würde. Nachdem ich mir das heute aber anhören musste, mache ich mir große Sorgen.

Ich möchte Sie darüber unterrichten, dass es Mitte Januar 2006 einen Meinungsaustausch der Vorsitzenden der Verwaltungsräte der Sparkassen aus Hessen und Thüringen gegeben hat. Dort hat man die Bedeutung dieses Themas und insbesondere die Reputation unserer Sparkassen so hoch angesiedelt, dass man übereinkam, dass davon abgesehen werden soll, das Thema Sparkassen im Kommunalwahlkampf oder in anderen öffentlichen polemischen Diskussionen zu thematisieren. Das haben alle Vorsitzenden der Verwaltungsräte, die anwesend waren, unabhängig davon, ob es Rote, Schwarze oder andere waren, so abgenickt.

(Jürgen Walter (SPD): Alle sind gegen ein solches Gesetz!)

– Herr Kollege Walter, das stimmt nicht. Sie waren nicht dabei. Ich war dabei.

Nachdem die Vorsitzenden der Verwaltungsräte, die der SPD angehörten, nach Hause gefahren waren, haben sie ihre rote Kappe oder ihren roten Hut aufgesetzt und gegen die Landesregierung agitiert.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich kenne auch einen Landrat, der der CDU angehört, der das macht! Was ist mit Herrn Eichenlaub?)

Insbesondere haben sie mit ihrer Art und Weise der Darstellung in Interviews und Diskussionen dafür gesorgt, dass die Kunden der Sparkassen in einem hohen Maße verunsichert wurden.

Ich sage Ihnen eines – –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Lortz,

(Frank Lortz (CDU): Ja!)

nach übereinstimmender Auffassung des Präsidiums müssen Sie auf die Rede von Frau Hölldobler-Heumüller intervenieren.

(Frank Lortz (CDU): Das mache ich doch! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

– Bitte schön.

Frank Lortz (CDU):

Ich bin davon überzeugt, dass ich einen ganz bedeutenden Beitrag zu dem leiste, was unsere Kollegin hier gesagt hat.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen und auch der Kollegin der GRÜNEN, die gerade gesprochen hat, ganz deutlich:

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt im Land Hessen sehr viele Sparkassen, die in ihren Gremien entsprechend entschieden haben. Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller,

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

sie haben sich dafür entschieden, sich im Interesse der Sparkassen nicht an parteipolitisch gefärbten Diskussionen zu beteiligen. Sie haben das beschlossen, weil sie ihre Kunden nicht verunsichern wollten. Mein Wunsch bzw. meine Bitte ist es, die Kunden der Sparkassen nicht zu verunsichern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Ihre Kurzintervention muss jetzt zum Ende kommen.

Frank Lortz (CDU):

Gut. – Mein Wunsch und meine Bitte an Sie alle bestehen darin, dass Sie in Zukunft alles unterlassen, was die Kunden der Sparkassen verunsichert.

(Reinhard Kahl (SPD): Sagen Sie etwas zu Herrn Eichenlaub!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Walter, Sie erhalten jetzt das Wort zu einer Kurzintervention.

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD) und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Walter (SPD):

In der Tat würde es mich jetzt reizen, auf die Worte des Herrn Kollegen Lortz einzugehen. Aber das wäre unzulässig. Bei dieser Vizepräsidentin muss man sich sehr genau an die Regeln halten.

Frau Kollegin, ich muss sagen, Ihre Rede hat mich schon ein bisschen verwundert. Sie beschimpfen uns und Sie beschimpfen mich, weil wir beschreiben, welche Gefahren drohen, wenn Sparkassen veräußert werden können. Die gleichen Argumente führen Sie dann aber an, um zu beschreiben, welche Gefahren bestehen, wenn Sparkassen veräußert werden können.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf von der SPD: Das kommt davon, wenn man keine Ahnung hat!)

Ich weiß nicht, ob das der Horizont eines Empfängers oder eines Absenders war. Ich will aber noch auf eines hinweisen. Denn das Argument wird der Wirtschafts-

nister nachher anführen. Dabei geht es um das, was der gute Herr McCreevy, ein Kommissar der EU-Kommission, wohl mit Herrn Rhiel besprochen hat. Dabei geht es um die Begrenzung des Erwerberkreises bei der Veräußerung einer Sparkasse.

Ich glaube sehr wohl, dass die Begrenzung des Erwerberkreises zunächst einmal in Gesetzesform gegossen werden wird. Ich glaube sogar, dass die Hessische Landesregierung das ernst meint. Ich glaube auch, dass ein Kommissar der Europäischen Union zunächst einmal sagen kann: Von unserer Seite aus passiert da nichts.

(Gerhard Bökel (SPD): Aber dann!)

Wir erkennen aber, dass es ein hoffnungsvolles Schweigen aus den Führungsetagen der privaten Banken dazu gibt. Die Klage einer deutschen Bank oder einer anderen Bank aus Europa wird dazu führen, dass der Europäische Gerichtshof diese Frage prüfen wird. Jeder, der die Rechtsprechung auf der Ebene der Europäischen Union und die dort vorhandene Tendenz, größtmögliche Liberalisierung zu ermöglichen, kennt, hat allen Grund, zu befürchten, dass diese Beschränkung dann fällt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin, da gibt es einen Unterschied zu Ihrer Position. Sie fordern den Wirtschaftsminister auf, er solle endlich in die Puschen kommen und den Gesetzentwurf vorlegen. Wir sehen das anders. Ich hätte jetzt fast „Herr Ministerpräsident“ gesagt. Der Ministerpräsident sitzt aber auf der anderen Seite. Vielleicht war es aber gut, dass ich mich fast versprochen habe. Denn der eigentliche Autor sitzt nicht links, sondern rechts von mir.

Herr Wirtschaftsminister, legen Sie diesen Gesetzentwurf ganz weit unten in die Schublade, und holen Sie ihn nicht wieder heraus.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Hölldobler-Heumüller, Sie erhalten das Wort zur Erwidern. Bitte sehr.

(Gerhard Bökel (SPD): Fragen Sie doch einmal, warum die CDU das als Dringlichen Antrag der Fraktion eingebracht hat!)

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Walter, ich hatte es befürchtet. Ich hatte befürchtet, dass Sie das einfach nicht verstehen. Meine Rede war eigentlich lang genug, dass Sie Zeit gehabt hätten, darüber nachzudenken.

Ich habe es Ihnen gesagt: Mir liegt nach wie vor an einer inhaltlichen Diskussion zu diesem Thema. Dazu gehört auch, dass man über die Gefahren diskutiert. Sie versuchen, hier die Mitglieder des Plenums bei einem Thema zu trennen, bei dem das überhaupt nicht sein muss. Warum machen Sie das? Sie machen das aus wahltaktischen Gründen.

Sie haben keinen einzigen Verbesserungsvorschlag für dieses Gesetz genannt. Ich glaube durchaus, dass dieses Gesetz novellierungsbedürftig ist.

Sie sind der Auffassung, dass darüber einige Genossen noch ziemlich gut versorgt werden. Dabei wollen Sie es

belassen. Es soll so intransparent bleiben, wie es gegenwärtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Sie haben ein Thema in den Wahlkampf gezerrt, das 80 % der Mitglieder dieses Hauses nicht verstehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist nicht zu glauben!)

Ich würde dazu gerne auch die Mitglieder Ihrer Fraktion befragen. Dieses Thema ist unglaublich kompliziert. Sie haben das auf dem Niveau der „Bild“-Zeitung unter die Bürger gebracht.

(Reinhard Kahl (SPD): Soll ich Ihnen die Rede geben, die Herr Frömmrich dazu im Kreistag gehalten hat?)

Das ist wirklich unter aller Kanone und einer parlamentarischen Auseinandersetzung nicht würdig.

(Beifall der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Daran habe ich Kritik geübt. – Über die Inhalte unterhalte ich mich gerne mit Ihnen. Da werden wir uns des Öfteren Seite an Seite wieder finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das darf doch wohl nicht wahr sein! Das ist nicht zu glauben!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der FDP erhält Herr Kollege Michael Denzin das Wort.

Michael Denzin (FDP):

Danke schön. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Gerhard Bökel (SPD): Bei euch ist die Richtung klar!)

Herr Kollege Walter, ich stimme dem ersten Satz Ihrer Kurzintervention zu. Sie haben Recht, die Kollegin Heumüller-Heudobler – –

(Zurufe – Jürgen Walter (SPD): Michael, sag einfach Frau Kollegin! Ich mache das auch so!)

Frau Kollegin, Entschuldigung, ich werde Ihren Namen lernen. – Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller hat zunächst einmal so gesprochen, dass der Eindruck entstanden ist, als würde sie genauso wie wir dafür eintreten, dass Zäune eingerissen werden sollen. Diese Zäune schützen nicht nur, sondern sie hindern auch, sich auszubreiten. Es geht auch darum, Platz zu schaffen, damit man sich am Markt marktgerecht und wettbewerbsgerecht verhalten kann.

Allerdings hat sie dann Auflagen verkündet, die die GRÜNEN im Sparkassengesetz haben wollen. Diese Auflagen würden aber letztlich dazu führen, dass aus den Zäunen, die Sie als nicht erhaltenswert ansehen, Mauern würden. Frau Kollegin, wenn alle Ihre Forderungen umgesetzt würden, dann würde auch eine noch so gut geführte Sparkasse ihrem Auftrag nicht mehr gerecht werden können. Denn sie würde das wirtschaftlich nicht durchstehen können.

Alle Mitglieder dieses Hauses wollen, dass das Drei-Säulen-System erhalten bleibt. Warum diskutieren wir denn darüber, ob gewisse gesetzliche Einschränkungen aufgehoben bzw. gelockert werden sollen? Die Meinung der SPD hingegen ist, dass man alles so lassen sollte, wie es derzeit ist.

Wir diskutieren es deshalb, weil die Sparkassen nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung, nach den Auflagen und Kriterien von Basel II in ihrer Kreditvergabe nicht mehr so gestellt sind, wie sie das noch vor einigen Jahren waren, weil sie eine stärkere und breitere Eigenkapitalbasis brauchen, weil sie sich natürlich in den Rankings ganz andere Messlatten anlegen lassen müssen, als das früher der Fall war. In Hessen hat man das richtigerweise ein Stück in dem Verbundsystem aufgefangen. Das ist bundesweit schon modellhaft geworden. Wir können stolz darauf sein. Ich gratuliere auch dem Sparkassen- und Giroverband dazu.

Nur, das Verbundsystem reicht alleine nicht, um nicht nur in einer Entwicklung bestehen zu können, die in dem Sektor der Banken – Onlinebanking ist schon angesprochen worden – zu anderen Handelsformen und zu anderen Wettbewerbern führt, sondern auch in dem Druck und in der Ausrichtung z. B. von der Genossenschaftsseite her, die sich schon viel früher für den Wettbewerb aufgestellt hat, als die Sparkassen das hinter ihren Schutzzäunen gemacht haben, oder im internationalen Wettbewerb bestehen zu müssen, den wir natürlich nicht draußen halten können und vielleicht auch nicht draußen halten sollen.

Wie kommen jetzt die Sparkassen mit eingeschränkter Geschäftsfähigkeit – so deutlich muss man das ausdrücken – in dieser Entwicklung zurecht? Gerade wer möchte, dass dieses System im Grundsatz erhalten bleibt, muss schauen, wo wir von der Gesetzgeberseite her Schranken gesetzt haben, die heute nicht mehr zu halten sind. Wir von der FDP sprechen in diesem Zusammenhang die Frage der Kapitalbildung an. Da sind wir nicht alle unterschiedlicher Meinung. Wir sind nur unterschiedlicher Meinung, ob dies optional sein soll oder ob man sagen muss, sie müssen Stammkapital bilden.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wir kommen deshalb dahin, Herr Kollege Boddenberg, weil es das Wichtigste ist, die Eigentümerfrage zu klären und zu definieren. Im Moment sind die Kommunen Träger der Sparkassen. Diese Trägerschaft beinhaltet aber keine konkreten Gesellschafteranteile. Sie haben keinen Eigentumscharakter in dem Sinne. Bei jeder Disponibilität, wenn ich sie herstellen möchte, muss ich zunächst einmal klarstellen, dass Eigentum und Eigentumscharakter gebildet sind. Ich war auch erst der Meinung, wir machen es einfach, wir machen es optional im Gesetz. Dann können die einen so und die anderen so entscheiden. – Das geht aber nicht auf.

Das Beispiel mit der Bilanzierung in den Wirtschaftsplänen der kommunalen Träger ist zwar nur ein formales Beispiel, aber es zeigt die Notwendigkeit, die Eigentümerfrage zu klären, überdeutlich. In einigen Jahren werden wir überall die kaufmännische Buchführung in den öffentlichen Haushalten haben. Wie wollen sie denn ihre Sparkasse oder ihre Sparkassenanteile bilanzieren? Das können sie doch überhaupt nicht.

(Clemens Reif (CDU): Ja!)

Das ist nur ein formales Beispiel. Das Wichtigere ist das Wirtschaftliche, das Betriebswirtschaftliche, die Disponi-

bilität auch des Eigentums. Jetzt sagen wir: nicht unbegrenzt, sondern in den Schranken der „Sparkassenfamilie“, also aller, die in diesem Sparkassenverbund dazugehören. Dabei bleiben wir auch. Das ist eine unabdingbare Forderung von uns.

Jetzt kommen die Zweifel. Hält das denn in Brüssel stand? Da haben wir einschlägige Aussagen, die der Minister vorgetragen hat. Ich gehe davon aus, dass sie belastbar sind.

Dann kommt die Frage von Herrn Walter, was passiert, wenn geklagt wird. Herr Walter, vordergründig würden dann eher Kommunen klagen, nicht die freien Banken.

(Jürgen Walter (SPD): Ja, klar!)

Sie können sich allenfalls diskriminiert fühlen und aus diesem Grund klagen, wie auch immer. Wer klagen will, Herr Walter, kann das heute schon auf der Grundlage des rheinland-pfälzischen Gesetzes.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Roland von Hunnius (FDP) – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Da haben wir in Hessen nur den einen Unterschied – zumindest in unserem Entwurf, den Regierungsentwurf kennen wir noch nicht –: Wir verankern noch zusätzlich, dass das Kopfinstitut, nämlich die Helaba, das genauso aus der Sparkassenfamilie heraus kaufen kann, wie sie das bei der 1822 gemacht hat. Das bräuchte die Helaba aber überhaupt nicht, wie wir alle wissen, weil sie das ohnehin über die 1822 machen kann, und zwar auch im Wege der Fusion so, wie es heute schon läuft.

Frau Kollegin Heudobler-Heumüller,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hölldobler-Heumüller!)

jetzt komme ich noch einmal zu dem, was Sie eben fragend oder auch kritisch angesprochen haben. Heute gehen schon die Fusionen. Das haben wir gerade erlebt, Wetterau/Vogelsberg. Einige haben wir in den letzten Jahren erlebt, andere werden noch kommen. Das ist aber doch schon genau der wirtschaftliche Druck, der sich in Fusionen vollzieht, die irgendwo im Schattenbereich zwischen privater Bankbetätigung – –

(Ministerpräsident Roland Koch reicht dem Redner einen Zettel mit dem Namen der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller.)

– Danke schön, Herr Ministerpräsident. Ich werde es mir jetzt wirklich einprägen, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller.

(Heiterkeit und Beifall – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Es ist doch genau der Druck, der auf die Institute wirkt, die unterschiedlich aufgestellt sind. Es gibt Institute, die überhaupt nicht um Fusionen spekulieren müssen. Sie brauchen keine Angst davor zu haben. Sie brauchen kein Stammkapital, um Anteile zu kaufen oder zu verkaufen. Sie halten sich. Aber die Welt ist nicht überall gleich. Es gibt Institute, über die offen diskutiert wird. Ich möchte diese Diskussion hier nicht forcieren. Da müssen wir doch Wege finden. Diese Fusionen im Schattenbereich zwischen öffentlicher Treuhänderschaft bzw. kommunaler Treuhänderschaft auf der einen Seite und privater Bankbetätigung an der Front in zunehmendem Wettbewerb auf der anderen Seite werden auf Dauer so allein nicht lösbar sein.

Herr Walter hat diese Frage auch schon angesprochen. Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister, ich hätte gerne natürlich auch einmal eine Antwort darauf, wo Ihre Motivation außer den von uns gemeinsam gesehenen Notwendigkeiten aus der Entwicklung heraus liegt bzw. ob Sie über diese Notwendigkeiten hinaus noch eine andere Motivation haben; ich nenne jetzt konkret das Rhein-Main-Gebiet. Das wäre natürlich interessant.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Da sage ich, wir wollen einen gesetzlichen Rahmen so schaffen, dass sich innerhalb des Sparkassensektors Entwicklungen ergeben und vorangetrieben werden können, ohne dass die Politik diese steuert. Darauf kommt es an. Wenn das von der Politik nicht gesteuert und nicht per Gesetz eingeschränkt oder gelenkt stattfindet, Herr Walter, dann wird in diesem Prozess auch nicht die Gefahr auftreten, die Sie vorhin hier angesprochen haben, dass nämlich dann die Großen die Kleinen oder – Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller hat es angesprochen –

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

die Starken die Schwachen schlucken, sondern dann wird sich ein ganz anderer Prozess von Kooperationen oder auch von Verschmelzungen, Fusionen, Erweiterungen usw. ergeben.

In der Presseerklärung können Sie es lesen; wir werden es Ihnen im Gesetz auch noch einmal ausdrücklich vortragen. Unter folgenden Eckpunkten wollen wir die völlige Entscheidungsfreiheit innerhalb der Trägerschaft und der Sparkassenfamilie herstellen:

erstens im Rahmen des so genannten Drei-Säulen-Konzepts,

zweitens mit der Bildung von Stammkapital,

drittens die Pflicht einer Mindestrücklage von jeweils einem Drittel des Jahresüberschusses,

viertens die Möglichkeit der Ausschüttung darüber hinausgehender Gewinne,

fünftens die Möglichkeit, Stammkapital innerhalb der Sparkassenfamilie an Gemeinden usw., an alle Teilglieder dieser Familie, bis hin zur Helaba, zu übertragen, und

sechstens die Übertragung der Regelungsbefugnisse, die das Land jetzt hat, bis hin zur Festlegung von Höchstgrenzen, Vorstandsbezügen, Verwaltungsratsentschädigungen und anderen Dingen, auf den Sparkassen- und Giroverband und

siebtens das, was eigentlich banküblich normal sein sollte, nämlich die Einrichtung von Bilanzausschüssen, als zwingende Vorschrift.

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite ergeben sich mehr Freiheiten für die Sparkassen. Wenn ich aber mehr Freiheiten gebe, übertrage ich auch mehr Verantwortung. Da dieser Verband in sich eine besondere Konstruktion mit einer insgesamt eigenen Verantwortung ist, muss auch in einem Gesetz die Pflicht zur Mitarbeit in dem Verband normiert werden. Das wollen wir auch. Es kann nicht sein, dass der Verband auf der einen Seite als Auffangbecken dort dient, wo es wirtschaftlich nicht ausreicht, auf der anderen Seite dann aber durch Eigeninteressen ausgehöhlt wird, die irgendwo formuliert werden.

Wenn dieser Verband als Klammer so abgesichert bleibt, wie wir das in unserem Gesetzentwurf, der demnächst

vorgelegt wird, vorgesehen haben, dann tragen die Befürchtungen, die hier geäußert worden sind, nicht.

Herr Minister, ich würde mich auch freuen, wenn Ihr seit über einem Jahr angekündigter Entwurf

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwei Jahre!)

– seit zwei Jahren angekündigt, danke schön – bald vorgelegt würde. Herr Reif, Sie haben das Wortspiel mit dem Garanten von Herrn Walter aufgenommen, der Garant für überkommene Strukturen war oder ist. Sie haben dann gesagt, die Sparkassen seien Garant für Arbeitsplätze. Sie seien Garant für kleine und mittlere Unternehmen. Sie seien Garant für das Wohlergehen einer Region, und was weiß ich noch alles. Wir dürfen nur nicht eines vergessen: Die Sparkassen sind auch Banken. Sie sollten bei allen Garantien, die wir von ihnen verlangen, auch wirtschaften können. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Reif, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Denzin, ich bin Ihnen sehr dankbar für die außergewöhnliche Sachlichkeit, mit der Sie zu diesem Thema hier gesprochen haben.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin Ihnen auch dankbar dafür, dass Sie diesen Streit in einem Teil Ihrer Rede noch einmal in den Vordergrund gerückt haben. Ich muss Ihnen Recht geben: Ich war auch etwas erstaunt darüber, dass der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen durch seinen Präsidenten

(Andrea Ypsilanti (SPD): Warum intervenieren Sie, wenn Sie ihm Recht geben? Was ist das für eine Intervention, Frau Präsidentin?)

justament vor den Kommunalwahlen meinte, er müsste ein gewisses Maß an höchster Nervosität in die Mitarbeiterschaft, zu den möglichen Kunden, den bestehenden Kunden und auch den Vorständen bringen. Ich glaube, er war damit nicht gut beraten. Ich meine, wenn ihn überhaupt jemand beraten hat,

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist doch keine Intervention!)

Herr Kollege Walter, dann waren das keine Freunde des hessischen Sparkassenwesens. Das können keine Freunde gewesen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Sie müssen zu Ihrer Intervention kommen.

(Clemens Reif (CDU): Das tue ich!)

– Nein, das war bisher keine. Das ist die Verlängerung der Redezeit. Wir müssen das hier streng handhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Clemens Reif (CDU):

Frau Kollegin, ich spreche zu dem Redebeitrag von Herrn Denzin. Das habe ich in den ersten beiden Worten gesagt. Ich muss Ihnen leider widersprechen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das dürfen Sie gar nicht!
– Jürgen Walter (SPD): Der Präsidentin darf nicht widersprochen werden!)

– Die Frau Präsidentin hat nicht mitbekommen, dass ich den Kollegen Denzin angesprochen habe.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Reif, Entschuldigung. Ich mache viel Spaß mit. Das wissen Sie. Die Ansprache eines Abgeordneten, um die Rede zu verlängern, ist keine Kurzintervention. Sie müssen jetzt bitte zur Sache kommen und dürfen nicht Herrn Walter ansprechen, sondern müssen sich auf den Redebeitrag des Kollegen Denzin beziehen.

Clemens Reif (CDU):

Das habe ich getan, Frau Kollegin. Ich tue es weiter,

(Jürgen Walter (SPD): Jetzt benimm dich da vorne!)

indem ich den Kollegen Denzin anspreche, indem ich frage: Wovor haben eigentlich die Sparkassen Angst, wenn unter Umständen auch die Helaba eine Sparkasse übernehmen kann? Herr Kollege Denzin, die Helaba gehört zu 85 % den hessischen Sparkassen. Das heißt, die hessischen Sparkassen, Herr Kollege Denzin – Frau Präsidentin, Sie sehen, dass ich ihn anspreche –,

(Heiterkeit)

können in diesem Fall durchaus sagen: „Wir wollen das nicht“. Wer hat es also eigentlich in der Hand? Die Helaba gehört zu 85 % den hessischen Sparkassen. Wenn eine Sparkasse in Not gerät – wir haben das beispielsweise bei der Fraspa gesehen, dann bestimmen die Helaba und die hessischen Sparkassen gemeinsam, ob diese übernahmewürdig ist oder nicht.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende.

Clemens Reif (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass damit ein Teil der Irritationen durchaus ausgeräumt ist, wenn wir dies in aller Sachlichkeit und Übersicht in der weiteren Diskussion miteinander besprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Staatsminister Rhiel, Sie haben für die Landesregierung das Wort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit der Reform der Sparkassenlandschaft und damit mit dem Sparkassengesetz. Dies ist ein weiterer Meilenstein der Hessischen Landesregierung zur Modernisierung dieses Landes.

(Norbert Schmitt (SPD): Leuchtturm! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welches denn? Wir haben doch keines! Wo ist denn der Entwurf? – Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, wo isser denn?)

Das, was wir heute diskutieren, ist in dem Regierungsprogramm der Landesregierung festgeschrieben. Es ist also nicht erst seit zwei Jahren oder einem Jahr oder seit letztem November bekannt, sondern seit gut drei Jahren.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum brauchen Sie so lange? – Andrea Ypsilanti (SPD): Der ist wie die versteckten Ostereier!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zielsetzung dieses Programms ist klar. Die Hessische Landesregierung will die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes dauerhaft sichern. Dazu gehört es, dass das dreigliedrige Bankensystem in Hessen besonders gut funktioniert, und unter dem Aspekt der öffentlichen Banken vor allem, dass die Sparkassen für die Zukunft leistungsfähig sind, um ihren Auftrag zu erfüllen, der insbesondere darin besteht, die mittelständische Wirtschaft mit Krediten auszustatten, damit die mittelständische Wirtschaft in den verschiedenen Regionen des Landes Hessen, in den Wirtschaftsregionen, ihren Auftrag erfüllen kann.

Damit dies möglich ist, brauchen die Sparkassen, die Kommunen als die Träger der Sparkassen, ein größeres Spielfeld. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bisher war es möglich, dass die Sparkassen zusammenarbeiten konnten, sie sich aber letztendlich für das Alles oder das Nichts entscheiden mussten. Das heißt, sie konnten entweder fusionieren oder einen Zweckverband bilden. Darüber hinaus gab und gibt es keine Option. Insbesondere gibt es keine Optionen, wie sie in der Wirtschaft gang und gäbe sind, dass man sich mit einer gegenseitigen Kapitalbeteiligung stützt, zusammenarbeitet und damit Voraussetzungen schafft, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten.

Es ist in dieser Aussprache schon deutlich geworden, dass die Herausforderungen für die Sparkassen ebenso wie für die anderen Banken zugenommen haben, und zwar insbesondere deshalb, weil sich die Art und Weise des Bankgeschäftes durch die technologische Entwicklung – Onlinebanking oder Direktbanken als Stichworte reichen hierfür aus – verändert hat. Wir sehen, dass sich in der Vergangenheit neben den Sparkassen auch andere Institute in der Mittelstandsfinanzierung engagiert haben. Wir erleben das in der Zusammenarbeit mit unserer Förderbank, wo die Genossenschaftsbanken sehr stark mit den jungen Unternehmen, mit den Gründerunternehmen zusammenarbeiten und Kredite vermitteln.

Das zeigt, dass sich die Sparkassen sehr wohl stärken müssen, auch bei der Form der organisatorischen Zusammenarbeit. Das eine haben die Sparkassen getan. Sie haben sich gegenseitig Unterstützung im Verbundmodell zuge-

sagt, sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite des jeweiligen Geschäftes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das ist ein Grund, das Sparkassengesetz zu novellieren. Denn das Sparkassengesetz wird nicht nur wegen der Bildung und Übertragbarkeit von Stammkapital zu ändern sein, sondern aufgrund der Entwicklungen, die innerhalb der Sparkassenfamilie in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben. Im Übrigen gehören dazu auch andere, kleine Veränderungen, über die wir mit dem Sparkassenverband im Gespräch sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird immer wieder gefragt: Warum diskutieren wir dieses Thema heute und in der Vergangenheit, und insbesondere vor der Kommunalwahl? – Auch dazu gehört eine Aussage an dieser Stelle. Wir als Landesregierung haben in einem sehr frühen Stadium, einem Stadium, in dem normalerweise noch keine Beteiligung der Betroffenen vorgenommen wird, den Vorstand des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen eingeladen und haben unter Führung des Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei den Verband vertraulich über die Ziele der Veränderung des Gesetzes informiert. Wir hatten Vertraulichkeit vereinbart. Die hat aber nicht lange gehalten, denn wenige Tage später war im „Platow-Brief“ zu lesen, was dort besprochen worden sei.

Aufgrund der verschiedenen Presseanfragen und zur Beruhigung und Klärung der Sache musste ich damals an die Öffentlichkeit gehen. Im Rahmen der eben genannten Pressekonferenz in Frankfurt habe ich die Ziele der Hessischen Landesregierung mittels des Sparkassengesetzes vorgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ziele von damals gelten auch heute. Sie sind identisch mit dem, was im Regierungsprogramm festgelegt ist: dass wir nämlich im Interesse der Stärkung der Sparkassen in ihren jeweiligen Wirtschaftsregionen das Spielfeld erweitern wollen, also Handlungsoptionen schaffen wollen.

Es ist immer wieder gefragt worden: Wozu? Worin liegt der Zweck? – Ich will hierzu eine eindeutige Aussage machen. Das ist nicht monokausal zu erklären, sondern es gibt verschiedene Anlässe, Möglichkeiten, in denen sich die Option der Bildung und Übertragung von Stammkapital für die Stärkung der Sparkassen sehr wohl lohnen kann. Das gilt sowohl für den Ballungsraum Rhein-Main, auf den vorwiegend abgehoben wird, als auch für die ländlichen Regionen.

Die Sparkassenlandschaft im Rhein-Main-Gebiet ist, wie die Experten sagen, von einer Gemengelage gekennzeichnet. Das heißt, das eigentliche Ziel der Sparkassen, das Regionalprinzip – das heißt, dass in einer Region, in einem Kreis, oder wie das Gebiet auch immer definiert ist, nur eine Sparkasse Anbieter, handelnder Akteur ist –, ist im Rhein-Main-Gebiet, nicht zuletzt aufgrund der Existenz der Naspa, längst überall durchbrochen. Hier gibt es Optionsnotwendigkeiten. Wir wollen Optionsmöglichkeiten schaffen, sodass es unterhalb der Ebene der Fusion durch Kooperationen zu Neuordnungen kommen kann, wenn dies die Träger der Sparkassen wollen.

Diese Notwendigkeiten gibt es genauso im ländlichen Bereich. Eben ist das Beispiel der Fusion der Wetterauer Sparkasse mit der Sparkasse Vogelsberg genannt worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was hier sicherlich nicht in optimaler Weise geschehen konnte, weil unser Modell noch nicht verfügbar ist, ist die Tatsache – die eigentlich jedes Unternehmen bei Kooperationen

oder Fusionen berücksichtigt –, dass möglichst am Point of Sale, also an der Beziehung zwischen dem Unternehmen und dem Kunden, keine Veränderung Platz greift. Leider ist das bei dieser neuen Sparkasse im eben genannten Fall notwendig. Diese Sparkasse heißt in Zukunft nicht mehr, wie sie bisher geheißen hat, sondern sie hat einen neuen Namen. Sie heißt Oberhessische Sparkasse. Darüber sind übrigens manche Marburger verwirrt, aber das nur am Rande. Jeder Kunde bekommt eine neue Bankleitzahl mit einer anderen Kombination der jeweiligen Kontonummer. Allein das kann nicht im Interesse von Kundenorientierung sein. Das zu diesem technischen Punkt. Bei einer Beteiligung bei Aufrechterhaltung der bisherigen Identität der Sparkasse, die trotzdem eine Zusammenarbeit ermöglicht hätte, wäre dies nicht notwendig gewesen.

Meine Damen und Herren, im Hinblick darauf, wie kleine, mittlere oder größere Sparkassen zusammenarbeiten, sind verschiedene Optionen denkbar. Ich will diesbezüglich eine Anleihe aus Rheinland-Pfalz nehmen. Herr Reif hat gesagt, dort hätten sieben Bildungen von Stammkapital stattgefunden, und in der Vergangenheit habe es zwei konkrete Übertragungsfälle gegeben. Die Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz sagen, am Anfang seien sie gegenüber diesem Gesetz auch kritisch gewesen, aber es berge Möglichkeiten in sich, die sie bisher nicht erkannt hätten. So hat z. B. eine kleinere Sparkasse, die bei einer Fusion auch wegen ihrer Bedeutung für die Region untergegangen wäre, gesagt: Wir verkaufen unsere Anteile, aber wir nehmen diesen Erlös nicht, um Haushaltslöcher zu stopfen. – Stattdessen hat der bisherige Träger eine Stiftung gebildet, sodass aus dem Stiftungsvermögen jährlich die Erträge generiert werden können, um gemeinnützige Aufgaben zu finanzieren.

Ich nehme ein anderes Beispiel. Bei zwei ähnlich großen Sparkassen hat der Träger Stammkapital im Sinne der Zusammenarbeit, der Profilierung des Kreditgeschäftes und dessen, was wir heute manchmal als Kreditfabrik bezeichnen, übertragen. Er hat insgesamt 40 % übertragen, bleibt also mit 60 % Anteil Eigentümer dieser größeren Sparkasse. Er hat diese 40 % jedoch nicht entnommen – Stichwort: Auszehrung von Kapital in der Sparkassenfamilie –, sondern hat diese 40 % als stille Reserve in die Sparkasse, die Eigentümerin gewesen ist, eingelegt. Er bekommt damit regelmäßig und an erster Stelle eine Ausschüttung, und das Kapital ist ebenfalls erhalten geblieben.

Meine Damen und Herren, an diesen beiden Beispielen wollte ich deutlich machen, welche vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten es gibt. Diese Beispiele mögen ausreichen – es gibt noch viele andere –, um zu begründen, weshalb diese Option sinnvoll ist. Es ist lediglich eine Option, die wir ganz im Sinne der kommunalen Entscheidungsautonomie bilden wollen.

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich auch langsam zu meinen Brüsseler Gesprächen. In der Europäischen Kommission ist deutlich geworden, dass die deutschen Sparkassen nach dem 19. Juli des vergangenen Jahres – Sie erinnern sich an den Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast – in Bezug auf ihre Rechtspersönlichkeit sehr wohl eine besondere Rolle spielen. Herr Denzin hat es bereits gesagt. Derzeit ist es nicht mehr als eine treuhänderische Aufgabe, die die Sparkassen bzw. die Kommunen wahrnehmen. Wir wissen aber auch, dass sich mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast die bisherige Verpflichtung der Sparkassen zum öffentlichen Auftrag in dem Maße gegen null entwickelt, wie die Kredite auslaufen.

Meine Damen und Herren, dennoch haben die Kommunen eine Form der Haftung, die vielen derzeit nicht klar ist. Es ist sehr wichtig, diese Übergangszeit zu gestalten. Die Europäische Union fragt uns deshalb: Wie wollt ihr denn die Sparkassen führen? – In der Realität gibt es darauf drei Antworten.

Die eine Antwort ist: In Frankreich und anderen europäischen Ländern sind die Sparkassen beispielsweise in eine Form der Genossenschaften umgewandelt worden, mit der Konsequenz, dass nicht mehr die Kommunen, sondern die Kunden das Verfügungsrecht über die Sparkassen haben. Über diese Antwort können wir sprechen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können aber auch über eine Lösung sprechen, die derzeit im Saarland diskutiert wird und die es auch in anderen europäischen Ländern gibt: die Sparkassen in eine Stiftung umzuwandeln. Auch darüber können wir sprechen.

Meine Damen und Herren, wir kommen aber zu der Überzeugung, dass eine klare eigentumsmäßige Regelung, bei der die Kommune Eigentümerin ist und sich damit auch der Verantwortung für ihr Eigentum und für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stellen muss, die beste Lösung ist. Deswegen bieten wir den Kommunen an, auch im Interesse ihrer Verantwortung für die regionale Wirtschaftspolitik und im Sinne von Wirtschaftsförderungspotenzial, sich zu den Eigentümern ihrer Sparkassen zu machen und damit gleichzeitig ein Mehr an Verantwortung zu übernehmen. Zudem besitzen sie damit die Möglichkeit, Kooperationen einzugehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

So weit, so gut.

(Reinhard Kahl (SPD): So weit, so schlecht!)

Wir wollen, dass das öffentlich-rechtliche System erhalten bleibt. Deswegen soll auch künftig durch das Sparkassengesetz rechtlich ausgeschlossen bleiben, dass die Sparkassen privatisiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mich hier nicht an der polemischen Debatte – zumal der vor der Kommunalwahl – beteiligen. Wenn die SPD aber plakatiert hat: „Wir sind dagegen, dass Sparkassen privatisiert oder verkauft werden“,

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, das ist unsere Meinung!
– Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

dann hat sie ganz bewusst darauf gesetzt, die Menschen mit einer Täuschung zu beunruhigen.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die SPD meint, sie müsste hier den Finger heben, wo es nicht notwendig ist,

(Zuruf von der SPD: „Unsere Sparkassen“ haben Sie gesagt!)

und wenn sie es ehrlich meinte, dann sollte sie diesen Finger in Richtung Berlin heben und sagen: Genossen in Berlin, lasst die Privatisierung der Sparkassen. – Hier haben Sie am falschen Platze falsch geschrien.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wenn Sie das ernsthaft behaupten, haben Sie keine Ahnung!)

Ich habe Ihnen im Rahmen der Zeit, die mir zur Verfügung steht, ausreichend beschrieben, worin die Sinnstiftung dieser Reform liegt. Ich habe am vergangenen Donnerstag mit dem Generaldirektor in Brüssel ein Gespräch geführt, und ich kann Ihnen sagen, dass die EU-Kommission mit dieser Regelung – im Gegensatz zu Ihren Befürchtungen – einverstanden ist. Sie hat sogar noch eines draufgesetzt. Herr McCreevy, der Kommissar für den Binnenmarkt, hat mir, nachdem ich ihm die Zielsetzung noch einmal geschildert habe, gesagt, dass er sehr wohl daran interessiert sei, dass auf diesem Wege ein weiterer Schritt zur Konsolidierung und zur Stärkung der Sparkassenlandschaft vorgenommen wird, und dass er deshalb unseren Weg unterstütze. Denn für ihn hätten die Konsolidierung und die Stärkung der Sparkassen höchste Priorität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist wichtig zu wissen. Der Kommissar hat nämlich deutlich gemacht, dass die Bildung und Übertragung von Stammkapital innerhalb der Sparkassenfamilie auch in Zukunft durch das EU-Recht gerechtfertigt und gedeckt seien. Er hat deutlich gemacht, dass es unter europarechtlichen Gesichtspunkten keine Bedenken gebe, sich beim Erwerb von Sparkassen auf öffentlich-rechtliche Erwerber zu beschränken. Er hat in diesem Zusammenhang – das dürften Sie, wenn Sie sich kundig gemacht haben, wissen – auf Art. 295 des EG-Vertrages verwiesen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, über eine Privatisierung zu entscheiden.

Sie wissen alle, dass die Mitgliedstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland autonom sind und dass in Deutschland dieses Drei-Säulen-Prinzip besteht. Wir wollen mit dieser Novelle daran festhalten, und zwar in Ausführung des Grundsatzes des Hessischen Sparkassengesetzes, dass die Übertragung von Stammkapital ausschließlich innerhalb der hessischen Sparkassenfamilie vorgenommen werden soll.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass die Landesregierung zu ihrer Ankündigung steht, dafür zu sorgen, dass die Gesetze europafest sind. Dieses Gesetz wird, nachdem sich nun die künstliche Aufregung gelegt hat, ein weiterer Schritt sein, die hessische Wirtschaft mittels der Sparkassen und ihrer Leistungsfähigkeit weiter zu stärken, ihre Ausgangsposition durch die Kreditausstattung der Sparkassen zu forcieren und die künftig notwendigen Wachstumsschritte vollziehen zu können.

Wir können bilanzieren: Die Aufregung, die Sie künstlich veranlasst haben, hat lediglich zur Beunruhigung beigetragen. Mancher Sparkassenvorstand, der sich dieser Versuchung nicht entsagen konnte, bedauert bereits heute, dass er einen Beitrag dazu geleistet hat, seine Kunden zu verunsichern. Das kann nicht seine Aufgabe sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was das Gesetzgebungsverfahren betrifft, werden wir wie geplant vorgehen. Ich hatte in der Pressekonferenz angekündigt, dass wir die spezifische Frage des Europarechts noch vor dem Referentenentwurf klären wollen. Diese Frage ist inzwischen geklärt worden. Ich denke, dass wir nun mit dieser Sicherheit die Ausformulierung des Gesetzentwurfs vornehmen werden. Wir werden darüber, sicherlich auch in einer Anhörung der entsprechenden Fachleute, diskutieren. Ich weiß aber bereits heute, dass wir bei der Entwicklung und letztlich der Verabschiedung dieses Gesetzes sehr eng mit allen Betroffenen zusammenarbeiten werden, so auch mit dem Sparkassen- und Giroverband, wenngleich er auch in

der Vorkommunalwahlzeit nicht immer das eingehalten hat, was wir vorher verabredet hatten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Das Wort hat Frau Kollegin Margaretha Hölldobler-Heumüller, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Rhiel, ich habe eine einzige Frage, die Sie mit Ihrer ausführlichen Rede leider überhaupt nicht beantwortet haben. Sie haben sich beschwert, dass über Spekulationen gesprochen wird. Herr Minister Rhiel, ich frage Sie: Wann kommt der Gesetzentwurf zur Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes? – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Clemens Reif (CDU): In Bälde!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Herr Minister, Sie wollen? Bitte sehr.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Wir haben, wie ich gesagt habe, dieses Thema in unserem Regierungsprogramm. Alle Punkte werden abgearbeitet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist drei Jahre alt!)

– Lassen Sie mich doch einmal den Satz zu Ende führen. – Wir haben in der letzten Woche, am letzten Donnerstag einen wichtigen Punkt geklärt, der in der Ausformulierung des Entwurfs eine wichtige Rolle spielt und eingefügt werden kann. Ich denke, dass wir Sie vor der Sommerpause mit diesem Gesetz befassen werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Landesregierung? – Gegenruf des Ministers Dr. Alois Rhiel: Ich habe es gesagt!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es wird vorgeschlagen, dass wir den Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/4870, und den Dringlichen Antrag der CDU, Drucks. 16/5440,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und den Antrag der GRÜNEN!)

und den Dringlichen Antrag der GRÜNEN, Drucks. 16/5450, dem Wirtschaftsausschuss überweisen. – Das ist einvernehmlich so beschlossen.

Dann rufe ich **Punkt 8** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Förderung der deutschen Sprache – Drucks. 16/4654 –

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 16:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend deutsche Sprache als Trägerin von Kultur und Kommunikation – Drucks. 16/5130 –

gemeinsam mit **Punkt 33:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Bedeutung und Förderung der deutschen Sprache – Drucks. 16/5321 –

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Es beginnt der Kollege Lenz, CDU-Fraktion.

(Clemens Reif (CDU): Und zwar in deutscher Sprache, bitte!)

Aloys Lenz (CDU):

Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! 1927 veröffentlichte Hugo von Hofmannsthal sein bedeutendes Werk „Wert und Ehre deutscher Sprache“. Heute in einem Kurzbeitrag unseren Antrag zur „Förderung der deutschen Sprache“ erschöpfend zu begründen ist sicher kaum lösbar. Deshalb möchte ich schwerpunktmäßig einige Forderungen unseres Antrags aufgreifen, der im Übrigen bereits zum fünften Mal auf der Tagesordnung der Plenarsitzung steht. Inzwischen ist er fünf Monate alt, gut abgelagert und ausgereift und damit sicher so gut, dass ihm alle Fraktionen ihre Zustimmung geben können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durch Liegenlassen wird nichts besser!)

Das Thema ist sogar für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so wichtig und bedeutsam, dass sie es selbst mit einem eigenen Antrag

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der übrigens viel besser ist als Ihrer!)

und mit einer für sie ungewöhnlich pathetischen Formulierung aufgreift: die „deutsche Sprache als Trägerin von Kultur und Kommunikation“. Die Absätze 1 und 3 dieses Antrags sind so gut, dass sie von uns hätten stammen können. Es ist insbesondere auf – ich zitiere – „den sinnvollen und verständlichen Gebrauch der deutschen Sprache durch öffentliche Einrichtungen und ihre Vertreterinnen und Vertreter“ zu achten.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, mit Ihren wertkonservativen Forderungen rennen Sie bei uns offene Türen ein. Sie sind zum Teil fast eine Blaupause unseres Antrags. So erkenne ich: Wir sind uns einig, die Verständigung in deutscher Sprache muss auch in Zukunft Grundlage unserer Arbeit sein.

Dass dabei gerade Parlament und Regierung eine besondere Aufgabe, gewissermaßen eine Vorbildfunktion zu erfüllen haben, betrachten wir als Selbstverständlichkeit. Sie muss unser gemeinsames Anliegen bleiben. Die selbstkritische Anmerkung, die hierzu im vorliegenden FDP-Antrag formuliert ist, betrachte ich durchaus als berechtigt.

Der bornierte Gebrauch überflüssiger Anglizismen trägt langfristig zur Verarmung der deutschen Sprache bei. Werbe- und Geschäftssprache überschütten uns schon im Überdruß mit zum Teil dümmlichen englischsprachigen Ausdrücken,

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

die alle durch ein passendes deutsches Wort zu ersetzen sind: Kick-off-Meeting, Give-away, Hand-out, Location, Get-together usw. usf.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich möchte an dieser Stelle an uns alle hier im hohen Hause appellieren, mit gutem Beispiel voranzugehen und überflüssige Anglizismen zu vermeiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo! Da muss die ganze Regierung zurücktreten!)

Es wird oftmals der Eindruck erweckt, aufgemotzte englische Ausdrücke und neue Ideen gehörten zusammen und bedingten einander. Modern und schick ist heute scheinbar nur der, der seine Sprache mit angloamerikanischen Floskeln durchsetzt.

(Gerhard Bökel (SPD): Herr Metz, haben Sie das gehört?)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie werfen in Ihrem Antrag der Landesregierung vor, ihre Sprache mit Anglizismen zu überfrachten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Sicher mag es einige verunglückte Einzelbeispiele in regierungsamtlichen Veröffentlichungen geben. Aber Ihr übertriebener Vorwurf an die Landesregierung geht völlig an der Realität vorbei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist nicht übertrieben, Herr Kollege! Er ist eher untertrieben!)

Dagegen trifft dieser Vorwurf durchaus auf Fraktionen dieses Hauses zu. Wir alle kennen noch den wunderschönen Spruch: „It's öde to be blöde“, eine Formulierung, die ich persönlich für saublöd halte.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

An der Wirklichkeit vorbei geht auch Ihre Feststellung, es gelte in Hessen, Versäumnisse beim Erlernen der deutschen Sprache zu beseitigen. Wahr ist das Gegenteil; denn der gegenwärtigen und der vorigen CDU-Landesregierung ist es gelungen, schwerwiegende Versäumnisse der rot-grünen Vorgängerregierung zu beseitigen.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Während die rot-grüne Landesregierung in den Jahren 1998 und 1999 jeweils 1,46 Millionen € aufgewendet hat, waren es im Jahr 2005 unter der Regierung Koch ganze 5 Millionen € für Integrationsmaßnahmen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Kauderwelsch?)

Das ist mehr als das Dreifache. Allein für die Sprachförderung im Kindergartenalter hat die Landesregierung 3,28 Millionen € zur Verfügung gestellt. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen und aufhören, von Versäumnissen zu sprechen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Lenz! Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Gerade in den von den GRÜNEN in ihrem Antrag genannten Bereichen der frühen Vermittlung der deutschen Sprache und der Schaffung eines ausgeprägten Sprachverständnisses in Kindergarten und Schule ist Hessen im bundesweiten Vergleich hervorragend aufgestellt. Mit seinem Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren ist Hessen gemeinsam mit Bayern Vorreiter bei der kindlichen Spracherziehung und ermöglicht einen behutsamen Erwerb von Sprachkompetenzen aus einem Guss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen ist das erste Bundesland, in dem eine Einschulung nur dann erfolgt, wenn ausreichende Deutschkenntnisse durch einen Sprachtest nachgewiesen werden können. Gleichzeitig hat die CDU-geführte Landesregierung für die Schüler mit Sprachschwierigkeiten in einem großzügigen Rahmen Vorlauf- und später Begleit- und Intensivkurse eingerichtet. In den ersten drei Jahren haben 1.700 Kinder einen solchen Kurs absolviert, bei einer Erfolgs- und Akzeptanzquote von etwa 95 %.

In unserem Antrag heißt es zu Recht – ich zitiere –:

Auch für unsere Kinder ist das Beherrschen der deutschen Sprache der Schlüssel zum späteren beruflichen Erfolg und damit Voraussetzung für eine gesicherte persönliche Zukunft.

Auch bei der sprachlichen Frühförderung, insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund, ist Hessen einsame Spitze. Nicht umsonst wurde es von der KMK mit der Federführung im Bereich der frühzeitigen Migrantenförderung aller 16 Bundesländer betraut. Dies sind nur einige Beispiele aus dem Engagement der Landesregierung für die deutsche Sprache, die eindeutig zeigen, wie überflüssig und absurd der Vorwurf der GRÜNEN ist, es hätte in diesem Bereich Versäumnisse gegeben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Kollege!)

Aber zurück zu den Anglizismen. Wir erleben derzeit einen zunehmenden Anstieg des Gebrauchs überflüssiger englischsprachiger Ausdrücke, eine Flut von oberflächlichen Formulierungen vor allem in der Werbesprache, einen Mischmasch zwischen Pseudoenglisch und rudimentärem Deutsch.

(Beifall bei der CDU)

Einige Agenturen glauben anscheinend, damit einen allgemeinen Trend aufgreifen zu müssen, der letztlich aber zu einem unterentwickelten Sprachgebrauch, zu kommunikativer Verengung und zu Fantasielosigkeit, aber auch zu Unverständnis führt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie die Broschüre zum „E-Government“?)

Ich greife ein Beispiel heraus. In einem aktuellen Folder einer Agentur zu einer politischen Veranstaltung – früher hieß das schlicht Falblatt – übertrumpft sich in einem einzigen Absatz eine Palette wohlklingender, aber nichts sagender Reizwörter: Lifestyle, innovative Tools, Produkt-Features, Content-Management, Performance. – Ich frage mich, ob dieses Kauderwelsch notwendig ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort lautet Nein!)

– Herzlichen Dank.

(Heiterkeit)

Ich betone ausdrücklich: Es geht uns nicht um einen Sturmangriff gegen Fremdwortgebrauch, der die persönliche Ausdrucksweise durchaus bereichern kann. Auch technische Begriffe wie beispielsweise in der Computersprache müssen international verständlich sein. Deshalb basieren sie sinnvollerweise auf englischen Ausdrücken. Wenn der Bahnhof in Frankfurt-Niederrad, wie vor kurzer Zeit erfolgt, von „Sportfeld“ in „Stadion“ rückbenannt wird, dann ist das vollkommen in Ordnung. Niemand will den von den Nazis betriebenen ideologischen Sprachpurismus wieder aufleben lassen.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber dort, wo muttersprachliche Wörter einen Sachverhalt mit einem zutreffenden Ausdruck präzise und umfassend beschreiben, ist es nicht notwendig,

(Gerhard Bökel (SPD): Waldstadion! – Gegenruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das heißt doch jetzt „Commerzbank Arena“!)

ständig von Eyecatchern, von Highlights oder Events, von Afterwork-Meetings zu schwärmen oder zu einem Get-together einzuladen.

(Beifall bei der CDU)

In dem Bahnhof einer Kleinstadt im Main-Kinzig-Kreis wurde kürzlich vom Bürgermeister stolz die Eröffnung eines Service-Stores präsentiert. Neben dem Info-Point, der Lounge und dem Hotline-Ticket

(Gerhard Bökel (SPD): Das war bestimmt ein Sozialdemokrat!)

– das war ein CDU-Mann – ist das eine Steigerung der Amerikanisierung der früheren Bundesbahn. So gesehen ist es sicher eine Frage der Zeit, wann sich die Deutsche Bahn AG in „German Railway Ej Dschi“ umbenennt.

Aufgabe von Politik ist es, Bürger in einer verständlichen Sprache anzusprechen und zugleich Missstände im Sprachgebrauch von Behörden unseres Landes abzubauen. Der Hessische Jugendring hat im letzten Jahr Landtagsabgeordnete zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen: „Come in Contact – Jugend meets Politik“.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ein Quatsch!)

Auf einen entsprechenden ironischen Antwortbrief eines Landtagsabgeordneten zur Vergewaltigung der deutschen Sprache

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wer war das? – Gegenruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Lenz hieß der!)

hat der Jugendring seine Einladung in diesem Jahr erfreulicherweise verändert. Sie heißt jetzt: „Jugendverbände machen aktiv“ – Sie sehen, es gibt auch Erfolge in solchen Bemühungen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Die Frage einer Kundin in der Frankfurter Fressgass, warum der Kaffee aus dem afrikanischen Togo so einzigartig

sei, konnte erst nach kurzer Verwunderung aufgeklärt werden. Sie meinte „Kaffee to go“, zu Deutsch schlicht und einfach: Kaffee zum Mitnehmen. Aber englisch klingt es halt irgendwie anspruchsvoller.

(Heiterkeit)

Hier könnte die Hessen-Agentur eine neue Aufgabe übernehmen, nachdem die amerikanischen Sponsoren den Konsum von Ebbelwoi bei der Fußballweltmeisterschaft verhindert haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Lenz, wir müssen mit einer deutschen Bemerkung zum Abschluss kommen.

Aloys Lenz (CDU):

Durch eine geschickte Marktstrategie könnte sie dem hessischen Nationalgetränk neuen Auftrieb geben: im Sommer „Ebbelwoi cool und gespritzt – to go“, im Winter „Ebbelwoi hot – to go“. Dies wäre sicher eine sinnvolle Maßnahme.

Haben Sie mich ermahnt, Herr Präsident?

(Heiterkeit)

Vizepräsident Frank Lortz:

Lieber Kollege Aloys Lenz, die Zeit läuft ab.

Aloys Lenz (CDU):

Gestatten Sie mir noch einen Satz, Herr Präsident. – Goethe hat das Phänomen des schludrigen Gebrauchs der eigenen Muttersprache schon vor über 200 Jahren mit dem wunderschönen Satz kritisiert: „Die Seele eines Volkes drückt sich in seiner Muttersprache aus.“

Jetzt komme ich zum Schlusssatz, Herr Präsident. Wenn diese sprachliche Fehlentwicklung derart weitergeht, dann könnte es passieren, dass im Dezember 2006 die Einladung zur Einweihungsfeier des neuen Hessischen Landtags folgende Unterschrift trägt: „Norbi Chartman, President; Frank Lortz, Vice President, Froghome, Countryday, Hessia“.

(Große Heiterkeit)

Ich würde einer solchen Invitation nicht folgen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenz. – Das Wort hat der Kollege Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Lenz hat es uns gezeigt: Die Debatte, die wir gerade führen, hat entgegen dem Titel des CDU-Antrags wenig mit der Förderung der deutschen Sprache, aber viel mit einem zwar nur schwelenden,

aber doch sehr tief greifenden Konflikt zwischen der Regierung und der Regierungsfraktion zu tun.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Selbst in der stets folgsamen CDU-Fraktion ist man offensichtlich nicht sehr begeistert darüber, wie das regierungsamtliche Wiesbaden formuliert. Ob es die vermeintliche Modernität der Sprachverbiegung mit reichlich fremdsprachlichen Verballhornungen ist, die den wahrhaft konservativen Aloys Lenz zum Schaudern bringt, oder die wahre Liebe zur deutschen Sprache, verbunden mit dem heftigen Schmerz über ihre Verunstaltung, das mag dahinstehen. Jedenfalls ist der Versuch der CDU-Fraktion, mittels eines Antrags eine Lanze für die deutsche Sprache zu brechen, zwar sehr löblich, aber leider, Herr Kollege Lenz, nur bedingt gelungen.

Worum geht es in unserer Diskussion? Es geht um ziemlich massive Kritik, zumindest an der Art und Weise, wie die Regierung ihre Sprechblasen in die Welt setzt.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Na, na, na!)

Herr Kollege Klein, es geht leider nicht um Kritik an den meist fehlenden Inhalten der Regierungspropaganda. Deswegen schauen wir uns das Ganze etwas genauer an.

Das Kauderwelsch begann bereits mit der Regierungserklärung von Roland Koch vor bald drei Jahren. Da mussten neue Begriffe her, um nicht vorhandenen Schwung zu signalisieren. Es wurde ein CIO installiert, ein Chief Information Officer. Warum ist eigentlich Dirk Metz nicht der CIO? Weil er nicht informiert, sondern vernebelt. Deshalb ist er der CCO, der Chief Communication Officer.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Koch selbst müsste eigentlich der CEO sein, der Chief Executive Officer. Mit dieser Bezeichnung würde er auf einer Stufe stehen und auf gleicher Augenhöhe verhandeln können mit den Ackermännern und Schrempps dieser Welt.

Es gibt aber noch die Staatsminister in der Staatskanzlei, Herr Kollege Klein. Da hatten wir den CTO, den Chief Travelling Officer. Das kann nur Jochen Riebel gewesen sein, der jetzt vorzeitig in den Ruhestand gehen musste.

(Große Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Er wurde durch einen weiteren Experten für Propaganda ersetzt, den gelernten Werbekaufmann Volker Hoff, der nicht so viel reisen, aber sicher noch mehr Sprechblasen produzieren wird. Er wird folglich der CBO, der Chief Bubble Officer.

(Große Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Staatskanzlei außerdem den CBTO – die müssen sich ja unterscheiden. Früher wurde er CdS, also Chef der Staatskanzlei, genannt. Das war zwar keine schöne, aber eine immerhin deutsche Abkürzung. Der neue Titel trifft natürlich ungleich besser zu: CBTO – Chief Bermuda Triangle Officer.

(Große Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist der, der nicht nur ewig auf Berichten und Antworten sitzt, sondern überdies noch gerne mit seiner Zeitung spricht.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie lachen, aber das ist überhaupt nicht satirisch gemeint, sondern ein ernst zu nehmender Vorschlag. Lesen Sie doch bitte einmal in Drucks. 16/4570 nach, unterschrieben von Frau Staatsministerin Lautenschläger. Ich zitiere:

...haben in immer stärkerem Maße Werbebotschaften Erfolg, die vor Anglizismen oder gar „Denglisch“ nicht zurückschrecken.

Hier steht übrigens „Denglisch“ und nicht „denglish“. Sie sollten aber nicht zurückschrecken, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Die Beispiele, die ich jetzt bringe, sind überhaupt nicht alt.

Vor einem halben Jahr wurde der „Datenraum eingescannt“ und eine „technische Due Diligence“ erarbeitet – siehe Drucks. 16/4603. Dann erfahren wir zur allgemeinen Verzückung: „Die mit der mySAP-ERP-Lizenz erworbene NetWeaver-Technologie und das SAP-Portal stellen entsprechende Schnittstellen zur Verfügung.“ Das finden Sie in der Haushaltsausschussvorlage 16/65.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Damit sind wir doch wirklich um eine Erkenntnis reicher. Gut ist auch zu wissen: „Damit pilotiert das Sozialministerium gemeinsam mit dem Finanzministerium die Nutzung eines SAP-BusinessWorkflow im Modul HR zur Arbeitsunterstützung“. Immerhin wird es unterstützt.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir das verstanden haben, dann können wir uns unbesorgt dem „Capital Asset Pricing System“ zuwenden, selbstverständlich dargebracht in einem „Letter of Intent“, der zugleich den „Change of Control“ beschreibt.

(Große Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Alles kumuliert in der Balanced Scorecard, BSC. Ob wir sie verstehen, hängt wahrscheinlich von unserer akademischen Vorbildung ab.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Dabei ist es vielleicht hilfreich, Herr Kollege Klein, wenn Sie den „Staatsanzeiger“ lesen, denn dort finden Sie z. B. die Verlängerung der Prüfungsordnung im Studiengang „Molecular and Cellular Biology“. Da wird das nämlich bekannt gegeben.

(Heiterkeit – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Frau Kollegin Beer, ganz besonders begeistert finde ich folgende Einladung – das ist praktisch das „Cross Border Leasing“, in dem Fall der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung: Man lädt zu einem „Gender Jour-Fixe“ ein. Warum soll es denn nur Englisch sein? Französisch ist doch auch ganz fein.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wenn sich die CDU-Fraktion, wie es der Kollege Lenz darstellen wollte, gegen all diesen

Sprachmüll wirklich wehren wollte, dann hätte sie sicherlich die warmherzige Unterstützung der GRÜNEN. Davon sind Sie aber leider weit weg, Herr Kollege Lenz, sonst würden Sie sich an Ihrem Parteifreund, Herrn Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, einst Staatsminister für Wissenschaft und Kunst in Sachsen, orientieren, der folgenden, durchaus bemerkenswerten Brief schrieb. Ich zitiere:

Sehr geehrter Herr X, für Ihre Einladung zur Präsentation auf der CeBIT danke ich Ihnen. In der Tat scheint es sich dabei, wie Sie schreiben, um einen „zeitgemäßen Auftritt“ zu handeln. Jedenfalls entnehme ich das der Tatsache, dass Sie diesen unter das Motto stellen „E-Business: Future Ready“. Als Anglist wäre ich aufrichtig daran interessiert, zu erfahren, was das nach Ihrer Meinung wohl bedeuten soll.

(Große Heiterkeit)

Mir scheint das eher Englisch nach dem Modell „equal goes it loose“ zu sein.

(Große Heiterkeit)

Vielleicht sollten Sie es besser doch mit Deutsch versuchen. Was mich anbetrifft, so stehe ich grundsätzlich für Veranstaltungen mit Werbemätzchen wie „E-Marketplace“, „E-Commerce“ und „E-Learning“ nicht zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, auf der CeBIT dieses Jahres hat die Hessische Landesregierung eine Broschüre mit der Überschrift „E-Government“ herausgebracht. Da lesen wir im Innern solche schönen Dinge wie E-Beihilfe und E-Einbürgerung.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was noch fehlt – der Herr Innenminister ist leider nicht da, sagen Sie es ihm –: Demnächst kommen E-Test und E-Eid.

(Große Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In Hessen rastet seit Roland Kochs Amtsantritt sein Sprachrohr Dirk Metz nicht, damit aus Hessen das Blubberland Nummer eins wird. Da könnte man sich einfach kopfschüttelnd abwenden. So leicht ist es aber leider nicht. So sind die Aussagen des CDU-Antrags ziemlich wirr und blubbern am Ziel vorbei. Allen Ernstes sollte man die Zahl der Menschen, die Deutsch als Erst- oder Zweitsprache sprechen, selbst wenn man ihre Zahl sehr großzügig nach oben aufrundet, nicht als Argument für die Bedeutung der deutschen Sprache verwenden. Selbst die großzügigste Hochrechnung kommt nämlich nur auf rund 2 % der Weltbevölkerung. Quantitativ betrachtet ist das wahrlich kein Spitzenwert.

Das ist aber gar nicht schlimm, weil sich die Bedeutung der deutschen Sprache nicht aus einer Zahl heraus definiert, sondern aus ihrem Wert als einer der bedeutenden Trägerinnen der europäischen Kultur. Dazu – der Kollege Lenz hat es ja auch gemerkt – findet sich im CDU-Antrag leider kein einziges Wort. Das könnte daran liegen, dass das unaufhörliche metzische Geblubber Sie schon vergessen gemacht hat, dass Sprache und Kultur zueinander gehören.

Zu den Kuriositäten des Antrags der CDU gehören einige weitere Aussagen. Ich habe jetzt nicht die Zeit, alle zu zitieren. Ich nehme eine Aussage heraus. Da steht: „die

deutsche Sprache ist im Ausland zu fördern". – Das ist zwar richtig, aber für ein Bundesland ein klein wenig schwierig umzusetzen, weil das nicht in unsere Kompetenz fällt.

Es wurde aber bereits gesagt: Der Antrag ist schon ein bisschen älter. Er trägt noch die Unterschrift von Franz Josef Jung. Vielleicht kann dieser in seiner neuen Funktion das eine oder andere für die Pflege der deutschen Sprache im Ausland tun.

(Zurufe von der CDU)

Was die CDU unter dem „besonderen Schutz der deutschen Mundarten und der deutschen Schrift“ versteht, bleibt zumindest mir ebenfalls etwas rätselhaft. Sprache in Wort und Schrift gehört nicht ins Museum, sondern lebt mit den Menschen, die sie sprechen, seien es nun Handwerker oder Intellektuelle. Durch regen Gebrauch im Alltag ebenso wie in der Literatur entwickelt sich Sprache fort. Das alles geschieht am besten, wenn die Politik sich heraushält.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, empfehlen wir die Formulierung im Antrag der GRÜNEN. Sie drückt nicht nur das, was wir meinen, sondern sicherlich auch das, was die CDU-Fraktion gemeint haben müsste, besser aus und ist alles in allem Ihrem schwarzen Text kulturell eindeutig überlegen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, lieber Kollege Kaufmann. – Das Wort hat die Frau Kollegin Ruth Wagner, FDP-Fraktion.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werbe für unseren Antrag, der versucht, die positiven Aussagen beider Anträge von CDU und GRÜNEN zu verbinden.

Aber zunächst möchte ich eine kurze Replik auf das Sprachgebaren der Hessischen Landesregierung während einer einzigen Januarwoche werfen. In diesen Tagen trafen sich hessische Landtagsabgeordnete beim Chief Information Officer, CIO, natürlich auf Anregung des CDO, nämlich Chief Disinformation Officer – damit ist Herr Metz gemeint – im hessischen Finanzministerium zu einem Meeting, um sich über die Balanced Scorecard bei der Produktbildung des Haushalts und dem Verfahren von Sale and lease back briefen zu lassen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ist das ist in dieser Woche gewesen?)

– Nein, im Januar.

Ich könnte da noch mehr erzählen. Wenn ich mir drei Monate vornehmen würde, würde die Redezeit dafür nicht ausreichen.

Im Innenausschuss wurde zeitgleich über die IMSI-Catcher und im Rechtsausschuss über die Stalking-Initiative des Justizministeriums je ein Hearing abgehalten.

Im Sozialministerium trafen sich Experten, um ein Paper zur Reform von Hartz IV, vor allem die Jobcenter, die Jobmanager und die Ein-Euro-Jobber, zu diskutieren. Eine

andere Gruppe präsentierte ein Memo über den Verlauf des letzten Girls' Day, den einige als „geil“, andere als „supergeil“ und die meisten als „superaffengeil“ bezeichneten.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt aber Deutsch!)

Solche Benchmarks mit ähnlich differenzierten Bewertungen gab es auch bei der Abwasserbewertung im Umweltministerium, während im Landwirtschaftsbereich gerade Cross-Compliances zur Erhaltung von Umweltstandards erwogen wurden und die Taskforce gegen die Vogelgrippe installiert wurde.

Im Wirtschaftsministerium wurde in dieser Woche der Verteiler für die User der Hessen-Nanotech-News aktualisiert.

(Heiterkeit)

Das Sportministerium beschäftigte sich intensiv mit der Schirmherrschaft der Staatssekretärin bei der Veranstaltung Rock gegen Raser und der dem Minister vorbehaltenen Public-Viewer-Veranstaltungen während der Fußballweltmeisterschaft, bei denen in Innenstädten nur alkoholfreies Bier zugelassen werden soll, was zu weiteren erheblichen Kontrollnotwendigkeiten durch die hessische Police führen könnte.

Der Wirtschaftsminister, die Kultusministerin und der Wissenschaftsminister – und damit bekenne ich mich schuldig, weil das schon zu meiner Zeit so hieß – trafen sich derweil beim Tekno now und im Get-together auf der CeBIT, weil sie den hessischen Leuchttürmen entfliehen wollten – für die sie leider noch nicht den englischen Ausdruck „Lightfire“ durchgesetzt haben. Meine Damen und Herren, dieser wahrhaftig deutsche Begriff für besonders interessante, superaffengeile seltene und teure hessische Projekte und Besonderheiten ist dem Hessischen Ministerpräsidenten vorbehalten. Da er entweder hessisch oder ein nicht immer makelloser Hochdeutsch spricht, aber ein umso perfekteres Amerikanisch, sei ihm diese modische Anleihe aus Ost- und Nordfriesland verziehen, auch wenn die Hessen von vielen Freunden umzingelt sind – wie Herr Beltz immer gesagt hat –, aber ohne Zugang zum Meer und demgemäß gar keine „Lightfires“ brauchen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Landesregierung braucht das Nebelhorn, um sich zurechtzufinden!)

Meine Damen und Herren, das ist die Bilanz einer einzigen Januarwoche. Ich könnte Ihnen aus dem März – vor allem aus dem Kultusministerium – eine lange Liste solcher Bezeichnungen nennen. Ich sage Ihnen aber, wir sind da nicht besser. Meine Partei hat in Baden-Württemberg zu einer Stuttgarter Veranstaltung wie folgt eingeladen: Wir laden ein zu einem Meeting in die Konditorei „Old Liberal Candidate“. – Ich glaube, wir sind verrückt.

Meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Sprachmüll ohne Ende.

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Dieser Sprachmüll besteht aus Denglisch – einem schlechten Umgangsendenglisch – und vor allen Dingen auch aus einer undifferenzierten Werbesprache. Lieber Herr Kauf-

mann, dabei können wir nicht einfach sagen, wir halten uns heraus. Wir sind auch Vorbilder. Wenn das auch regierungsamtliches Deutsch sein soll, dann müssen wir alle etwas daran ändern.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Damit meine ich nicht nur die Regierung, sondern auch den Hessischen Landtag. Ich meine die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, die sich mit solchen „Sprachvorbildern“ besonders hervortut. Meine Damen und Herren, ich meine damit auch die Verwaltungen und die Beamtenschaft dieses Landes, die uns sozusagen als Ausweis von Kompetenz vorschreiben wollen, wie wir zu sprechen und zu schreiben hätten.

Eigentlich – und das ist das hessische „eigentlich“ – müssten wir nur einer Vorschrift folgen, die die Landesregierung in unterschiedlichen Fassungen in den letzten Jahren den Schülern und Jugendlichen in Hessen auferlegt hat. Aus dem Bildungsplan Deutsch für den Lehrplan des gymnasialen Bildungsgangs – und der kann in anderer Weise für alle Schulformen genauso gelten – heißt es: „Das Fach Deutsch ist der bevorzugte, aber nicht ausschließliche Ort für die sprachliche Aneignung der überlieferten Kultur und die Reflexion der eigenen Lebenswelt. Sein wesentliches Ziel ist die Erweiterung der Kompetenzfähigkeit, nämlich das Vermögen, Sprache in Wort und Schrift als Mittel der Darstellung und Mitteilung, als Medium und Gegenstand der Erkenntnis zu gebrauchen.“

Meine Damen und Herren, wir sollten uns alle an das halten, was wir unseren Schülern auferlegen, und zwar als Abgeordnete, als Minister, als Beamte und als Vorbilder in einer Erwachsenenwelt.

(Beifall bei der FDP)

Es genügt, wenn wir uns daran halten. Die deutsche Sprache hat in der Tat eine reiche, differenzierte Ausdrucksmöglichkeit. Wir müssen der Verhunzung unserer Sprache durch die Werbesprache, durch reißerische Medienvereinfachungen entgegenwirken: „Wir sind Papst!“, „Wir sind Kanzlerin!“, „Wir sind ...“ Das gilt auch für die Einfügung von Anglizismen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Wir sind Deutschland!“)

– Natürlich: „Wir sind Deutschland!“, auch dieser Quatsch: „Wir haben fertig!“, und ich kann Ihnen noch eine ganze Menge weiterer Dinge erzählen.

Meine Damen und Herren, für mich – ich war einmal Deutschlehrerin und habe das sehr gern gemacht; ich liebe die deutsche Literatur – ist, wie Jean Paul formuliert hat, die deutsche Sprache die Orgel unter den Sprachen. Sie war für die Emigranten und die vertriebenen Dichter der vergangenen Jahrhunderte – wie Heinrich Heine, Georg Büchner, Thomas Mann und Bert Brecht und wie es uns auch der beeindruckende Reich-Ranicki mehrfach gesagt hat – Heimat. Das war das, was deutsche Literaten in die Emigration mitnehmen konnten. Sprache war etwas, was sie auch in der Fremde hat Heimat erfahren lassen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, unsere Sprache ist in dieser Entwicklung erst im Umbruch der Zeiten durch die Bibelübersetzung Martin Luthers entstanden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir vorher so genannte Dialekte

hatten – die aber Regionalsprachen waren und die an den Stamm als die politische Einheit gebunden waren. Das waren Bajuwarisch, Alemannisch, Fränkisch, Sächsisch – und das Slawische kam dann noch dazu. Das waren Regionalsprachen.

Martin Luther hat die böhmische Kanzleisprache – eine Regierungssprache – für die Bibelübersetzung benutzt, und mit dieser Bibelübersetzung hat er erst eine Einheit der deutschen Sprache für uns alle gefunden. Damit hat er eine politische und kulturelle Teilung in Stämme endlich überwunden.

Mit der Literatursprache des 18. Jahrhunderts – der Klassik, Romantik und des Aufbruchs im 19. Jahrhundert – haben wir diese Sprache zu einer literarischen Blüte entwickelt, um die uns die Welt beneidet, genauso wie um die Musik, die darstellende und die bildende Kunst.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine Damen und Herren, wir haben die Pflicht, diese Sprache als ein traditionelles Erbe nicht zu verhunzen und nicht aufzugeben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wir müssen das wirklich pflegen. Deshalb sage ich Ihnen: Auch die Volksvertretung des Landes Hessen ist kein Get-together einer Spaßgesellschaft, in der ein Sprachgulasch einfach nur so lässig benutzt werden kann. Sprache ist auch verräterisch. Sie zeigt unsere Verfasstheit, unsere Werte, unsere Grundsätze, unsere Sicherheit oder Unsicherheit. Wer sich seiner Kultur, seiner Identität und Sprache nicht mehr sicher ist, der zeigt in Wahrheit, dass er auch sich selbst in seiner Kultur schon zu einem Teil aufgegeben hat.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Ich halte das für eine äußerst gewichtige Haltung. Natürlich gibt es, wie im Mittelalter, die Notwendigkeit – damals aber war es die gebildete Schicht, nicht die Masse des Volkes –, eine Lingua franca sozusagen als eine Verkehrssprache zu sprechen; heute ist das das Englische.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Aber wir müssen beides beherrschen: unsere eigene Muttersprache mit ihrer reichen Vielfalt und die Verkehrssprache für eine globale internationale Verständigung, die aber selbst weiß, woher sie kommt.

Meine Damen und Herren, wer nicht mehr weiß, woher er kommt, der wird am Ende auch die internationale Verkehrssprache nicht beherrschen, sondern dieses Denglisch, dieses Sprachgemisch, das im Grunde nichts mehr von Kultur zeigt.

Lassen Sie uns deshalb beides fördern: die eigene Sprache – auch den eigenen Dialekt – und die englische Verkehrssprache. Wer Französisch und Latein kann, der ist zu beneiden, weil er dann noch weitere Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wagner. – Das Wort hat der Kollege Holzapfel, SPD-Fraktion.

(Gerhard Bökel (SPD): Wer ist eigentlich bei der Landesregierung zuständig?)

Hartmut Holzapfel (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem Lande herrscht derzeit eine eigentümliche Arbeitsteilung: Der Kollege Lenz rettet die deutsche Sprache, aber wir haben durch die Beiträge der Kollegen von den GRÜNEN und der FDP hinreichend viele Beispiele dafür erhalten, in welcher Weise gerade diese deutsche Sprache durch Erklärungen der von der CDU-Fraktion getragenen Regierung vermüllt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, was der Hintergrund dieser Arbeitsteilung ist. Aber dem würde ich gerne einmal nachgehen. Leicht kann ich Ihre Fragen ergänzen: Weshalb haben wir eigentlich in der Landesvertretung von Hessen in Berlin neuerdings „Brentano Lectures“? Zuerst war ich noch entsetzter als hinterher.

Ich habe nämlich zuerst gedacht, es ginge um den Dichter Brentano aus der deutschen Romantik. Es geht aber um den deutschen Außenminister, doch das macht es eigentlich nicht besser.

(Heiterkeit)

„Brentano Lectures“ heißt das plötzlich.

Da haben wir einen Bericht der Landesregierung über dieses wunderbare Geschäft mit diesem E usw. usf. Der wird von vornherein überschrieben: „E-Government at its best“. Da wird schon gar nicht mehr erwartet, dass das irgendjemand in Deutsch überhaupt noch verstehen kann, sondern da wird ganz offensichtlich – das scheint mir der Hintergrund zu sein – in einer Art Imponiergehabe ein Sprachgestus vorgetragen, der dazu führen soll, dass die Leute nicht die einfache Frage stellen, ob die noch alle „Cups in the Cupboard“ haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn diese Debatte einen Sinn hat, dann sollte sie Konsequenzen haben, und dann sollte sie ernsthaft das aufgreifen, was eine Autorin aus Wisconsin, die ich im vergangenen Herbst betreut habe und die unsere erste Stipendiatin in Hessen im Rahmen eines Literaturaus-tauschs war, mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen hat: die Dominanz des Englischen in der deutschen Öffentlichkeit, mit der sie nicht gerechnet hatte. Sie hat sich am meisten über die deutschen Ausdrücke amüsiert, die englisch sein wollten. Da gibt es beispielsweise das schöne Beispiel Handy. Kein Engländer würde verstehen, was das ist. Das heißt im Englischen Cell Phone oder Mobile Phone. Der Body ist ein Bekleidungsstück, das kein Mensch im Englischen kennt, sondern nur wir im Deutschen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder versteht das Wort!)

Diese Beispiele könnte man beliebig fortsetzen. Das hat etwas damit zu tun – in meiner Generation hieß es früher: Chief (oder schief?) ist Englisch, und Englisch ist modern –, dass das ganz offensichtlich in der Tat der Versuch ist, sich bedeutend zu geben. Das kann in die Hose gehen.

(Heiterkeit)

Sie wissen, dass die Firma Douglas früher einmal eine Werbecampagne gemacht hat, die hieß: „Come in and find out“. Hinterher hat sich herausgestellt, dass die meisten,

die das gelesen haben, gedacht haben, das heißt: Komm rein und sieh, wie du wieder rauskommst.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ähnlich erging es übrigens SAT.1. Die hatten einmal als Werbespot „Powered by Emotion“, und das hat die ältere Generation mit „Kraft durch Freude“ übersetzt

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

und die jüngere mit dem nicht minder geistreichen Ausdruck „von Gefühlen gepudert“. Deshalb, denke ich, sollte man einmal überlegen, ob die, die das machen, auch wissen, was sie anrichten.

Aber natürlich hat die Sache einen ernsthaften Kern. Wenn schon auf Herrn Jung als Hoffnungsträger verwiesen worden ist – dem will ich mich uneingeschränkt anschließen –, dann würde ich ihm schon wünschen, dass er etwas mehr Erfolg hat mit der Durchsetzung der einfachen Einsicht, dass es schön wäre, wenn die Deutschen, wenn sie international auftreten, freundlicherwise auch deutsch reden würden.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Man kann ja jedes halbe Jahr ein neues Beispiel finden. Ich bin – was Herr Riebel nicht konnte – auf einer Kulturkonferenz in Budapest gewesen. Ich sage das nur zur Ehrenrettung von Herrn Riebel, weil immer gesagt wird, er wäre ständig auf Reisen gewesen. Manchmal konnte er wirklich nicht.

(Heiterkeit)

Ich war also in Budapest. Das war eine EU-Konferenz, auf der so verfahren wurde, wie wir Deutschen es immer gefordert haben: Es wurde simultan übersetzt ins Deutsche, Englische, Französische und in die Landessprache, ins Ungarische. Bei der Eröffnungsveranstaltung sprachen ein Franzose, ein Engländer und ein Deutscher. Der Franzose sprach – man ahnt es schon – französisch, der Engländer sprach – man ahnt auch das – englisch, und Sie wissen ganz genau, was der Deutsche gesprochen hat: Selbstverständlich sprach der englisch, und zwar ein hundsbärmliches Englisch. Er hatte also noch nicht einmal den Grund, stolz zu sein, dass er etwas vorführen konnte. Er sprach einfach nur schlecht englisch. In der Arbeitsgruppe später hatten wir Glück. Da sprach jemand deutsch. Das war der Bürgermeister von Pécs.

(Heiterkeit und Beifall)

Den konnten wir aber Gott sei Dank dennoch verstehen, denn seine Rede wurde für uns alle ins Englische übersetzt.

(Heiterkeit)

Also fangen wir damit an, wo wir uns international darstellen.

Das kann lustig sein, aber nicht immer. Eine der schönsten Geschichten, die ich auf der Leipziger Buchmesse von einem Kollegen gehört habe, der ein Büchereiprogramm des Auswärtigen Amtes betreut, mit dem im Augenblick in Mittel- und Osteuropa viel für die Verbreitung deutscher Sprache und Literatur gemacht werden soll, ist die Geschichte von dem deutschen Botschafter in Korea. Der hat es fertig gebracht, einen Germanistenkongress in Seoul mit einer Rede in Englisch zu eröffnen, und hat dies damit begründet, dass der Präsident der Universität Seoul

nicht Deutsch könne, was vermutlich richtig ist. Jetzt muss das Auswärtige Amt eine Unmenge Geld ausgeben, um dorthin Bücher zu schicken, damit die glauben, dass in Deutschland wirklich noch Deutsch geredet wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich denke, dass wir es hier mit einer Verunsicherung zu tun haben, die tiefer geht. Diese hat selbst in der Rechtschreibreform eine Nebenlinie gehabt in der völlig unsinnigen Diskussion, ob man nun Spaghetti mit gh oder g schreiben müsste.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Dies war eine unsinnige Diskussion vor dem Hintergrund der völligen Selbstverständlichkeit, mit der andere Nationen Fremdwörter ihren Sprachen einverleiben. Kein Mensch in Litauen käme auf die Idee, Pizza anders zu schreiben als pica, weil es sonst falsch ausgesprochen würde. Jeder Amerikaner ist stolz darauf, wenn er einmal in Frankreich auf der Tschämps Ihlaisiss gewesen ist. Selbstverständlich hat unsere amerikanische Freundin aus Wisconsin immer von den Dackles geredet, womit sie Dackel meinte, und sie wusste, dass das deutsche Hunde sind. Deswegen war natürlich der Wissenschaftsminister mit den „Darmstadt-Dribbling-Dackles“ voll auf der Höhe des Zeitgeistes.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber das war auch einmal anders. Unsere Vorfahren haben selbstverständlich irgendwann beschlossen, Keks zu schreiben und nicht mehr Cakes. Selbstverständlich kommt Schal von „shawl“, und selbstverständlich wissen die, die jetzt streiken, nicht mehr im Geringsten, dass das aus dem Englischen kommt, nämlich von „strike“. Es wurde irgendwann einmal einfach eingedetscht, was wir uns heute offensichtlich nicht mehr zutrauen. Das hat, glaube ich, etwas mit dem Selbstbewusstsein zu tun, mit dem wir mit der eigenen Sprache umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich war vor kurzem mit vielen von Ihnen bei der Lufthansa und habe mir diese Menükarte mitgenommen, nicht wegen der Speisekarte – die war auch ganz gut: Rinderfilet im Heu gegart, mit Rotwein-Charlottensoße –,

(Heiterkeit)

sondern weil ich mir da aufgeschrieben habe, was uns an dem Abend nur so stichwortweise vorgeführt wurde. Die haben einen Vortrag gehalten, in dem nur die Rede war von Home Carriers, von Low-Cost-Airlines, von Airports, von First-Class-Terminals, von einem Lufthansa-Aviation-Center. Mein Punkt ist nicht der, dass ich nicht von dem Herrn erwarte, dass er dann, wenn er auf internationalen Konferenzen auftritt, auch Englisch sprechen kann. Das wäre schon ganz gut. Aber was ich von ihm erwarte, ist, dass er sich, wenn er sich unter Deutschen bewegt, der deutschen Sprache bedient. Denn keiner dieser Begriffe, die ich eben genannt habe, ließe sich nicht auch deutsch ausdrücken.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Natürlich gibt es da auch Fachausdrücke. Slots beispielsweise wird man schlecht übersetzen können. Aber was eine Airline ist, haben wir in Deutschland durchaus schon früher in Deutsch gewusst. Insofern kann man das auch deutsch ausdrücken.

Weshalb heißt das Ding in Hessen eigentlich „Hessisches Competence Center“, HCC?

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Haben Sie das die Kultusministerin auch schon gefragt?)

Weshalb heißt es denn in den Erklärungen der Landesregierung „Hessen Viewer“? Vor kurzem habe ich gehört, in diesem Land sei ein Data Warehouse eingerichtet worden. Das muss eine interessante Einrichtung sein, die wir uns alle einmal anschauen sollten.

Man muss dann wirklich einmal im Einzelnen überlegen: Weshalb geschieht das? Wer soll damit eigentlich beeinflusst werden? Mit welcher Art von Sprachgebrauch soll da Nebel geworfen werden? Dann, denke ich, ist man sehr schnell bei dem politischen Teil dieser Diskussion. Dann ist das nicht nur eine modische Diskussion, sondern dann wird das eine spannende Diskussion. Dann, Herr Kollege Lenz, finde ich, dass wir diese Diskussion auch im Ausschuss angemessen führen können.

Wenn wir so weit sind, dann werden Sie uns auch erklären können, was das hier ist. Das ist das Schulungsprogramm der hessischen Jungen Union. Das heißt „Black Academy“. Nun wundert mich das nicht. Das ist ja nicht so schön mit dem Schwarzen: schwarze Löcher, schwarze Tage.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwarze Kassen!)

Es heißt auch nicht Rot- oder Grüngeld. Da mag es einen Grund geben, dass sie das Schwarze vermeiden. Aber wer eine Black Academy hat, Herr Kollege Lenz, der steht selbst im Wald und sollte nicht so laut pfeifen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Holzapfel.

Auf der Tribüne begrüße ich unseren langjährigen Kollegen Dr. Aloys Zumbrägel. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der Ältestenrat des Landtags die Überweisung dieses Antrags an den Hauptausschuss beschlossen hat, gestatte ich mir, einige Ausführungen zu machen. Ich möchte damit beginnen, dass ich sage: Diejenigen, die mit dem Finger auf andere zeigen, müssen sich immer der Gefahr bewusst sein, dass einige Finger auf sie zurückzeigen.

(Gerhard Bökel (SPD): Ja!)

Wenn hier vom Kollegen Holzapfel gesagt wird, dass es zum Selbstbewusstsein auch der Deutschen gehöre, sich der eigenen Sprache zu bedienen, wäre es sehr schön gewesen, wenn der EU-Kommissar Verheugen bei einer Veranstaltung in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel seine Ansprache in Deutsch gehalten und nicht darauf bestanden hätte, in Englisch zu referieren und die Übersetzung simultan ins Französische vornehmen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Klar!)

Als weitere Beispiele nenne ich, dass der SPD-Bezirk Hessen-Süd am 10. März zu einer Fachtagung „Best Practice“ eingeladen hat, dass die Grünen Jugend zu einer Veranstaltung zu „Graffiti Artists“ und „Job-Killern“ eingeladen hat,

(Gerhard Bökel (SPD): Alles richtig!)

dass man selbstverständlich auch über die Fragestellung E-Beihilfe spricht und dass eine Einladung der SPD zu „Global Compact“, zu „Corporate Social Responsibility“ vorliegt.

Wenn wir mit einer solchen Diskussion anfangen, dann trifft sie nicht den Kern dessen, was mit diesem Antrag tatsächlich intendiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Denn es geht nicht darum, deutlich zu machen, dass wir mit Anglizismen, zum Teil auch mit überflüssigen Anglizismen arbeiten. Es geht nicht darum, dass wir alle wissen, dass wir uns als weltmännisch verstehen, wenn wir von einem Handy sprechen, weil wir meinen, es wäre ein englischer Ausdruck. Kein Mensch im englischsprachigen Raum weiß, was damit gemeint ist, weil es dort eben Mobile oder Cell Phone heißt, aber mit Sicherheit nicht Handy. Deshalb ist es nicht eine Fragestellung, dass wir uns darüber auseinander setzen müssen, was wir an Selbstbewusstsein für die deutsche Sprache empfinden und was wir mit deutscher Sprache tatsächlich bewirken wollen.

Auf der anderen Seite müssen wir Formen für Ansprechpartner finden, um erst einmal zu einem Zugang zu denen zu gelangen, denen wir verdeutlichen wollen, was es eigentlich mit der deutschen Sprache auf sich hat. Dann bin ich schnell bei einem Ansatz von Lessing, der einmal – das unterstreicht das, was der Grundsatz der Diskussion um diesen Antrag eigentlich ausmachen wollte – über eine, ich sage ganz bewusst: alte Dame, die ein sehr schlechtes Deutsch redete, sagte: Solange Sie mich nicht ansprach, sprach Sie mich an. Als Sie mich dann aber ansprach, sprach Sie mich nicht mehr an.

Im Antrag der CDU-Fraktion wird in der hier gebotenen Kürze besonders deutlich, dass es eine ideelle Grundlage unseres Politikverständnisses gibt, in dem ein Bekenntnis zur deutschen Sprache ein wesentlicher Bestandteil unserer nationalen Identität sein muss.

(Beifall bei der CDU)

Genau dieser Ansatz einer nationalen Identität fehlt beispielsweise in dem Antrag der GRÜNEN, der vorliegt, vollständig

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen fehlt die Kultur völlig, Herr Kollege!)

und ist nach meiner Auffassung im Antrag der FDP-Fraktion leider unzureichend formuliert.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach nee!)

Nationale Identität ist durch gemeinsame Geschichte, Kultur und nicht zuletzt durch die gemeinsame Muttersprache geprägt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist doch gar nicht wahr!)

Als demokratische Nation tragen wir alle die Verantwortung für diese Grundlagen unseres Zusammenlebens und damit auch für die Gestaltung der Zukunft. Wir Deutsche haben auf der Basis der europäischen Zivilisation im Laufe der Geschichte unsere nationale Identität und Kultur entwickelt, zu der auch unsere Gesellschaft gehört. Die ganzheitliche Förderung der deutschen Sprache steht im Zentrum des Antrages der CDU-Fraktion, der die Landesregierung auffordert, an dieser Stelle ihren klaren Kurs in diesem Politikfeld zu wahren und fortzuführen.

Das werden wir tun, indem wir die deutsche Sprache auch in ihren mundartlichen Erscheinungsformen im In- und Ausland fördern und schützen. Dieses positive Bekenntnis zur deutschen Sprache als Teil der Identität unseres Volkes hebt sich deutlich von einem eher chauvinistischen Ansatz ab, der die eigene Nation über andere stellt. Respekt, Toleranz und auch Empathie gegenüber anderen Völkern und Sprachen sind ebenfalls Bestandteil unseres nationalen Selbstverständnisses und unserer Politik für unser Land. Deshalb ist die Förderung der deutschen Sprache im Hinblick auf die europäischen Perspektiven von besonderer Bedeutung und auch Bestandteil der europäischen Kultur. Sie hat Gewicht, denn sie ist das Kommunikationsmittel der größten Sprachgemeinschaft der Europäischen Union.

Ein Bonner Sprachwissenschaftler hat erst unlängst darauf hingewiesen, dass Deutsch die Sprache ist, die im Zentrum Europas die größte Verbreitung hat und vielfache Verflechtungen mit ihren Nachbarstaaten aufweist. Sie ist damit bei offenen Grenzen wesentliches Mittel zur Herstellung von Sprachkontakten menschlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art. Deswegen ist der Förderung der deutschen Sprache auch ein europäischer Auftrag immanent, der sich bei uns in Hessen niederschlagen muss. Deshalb heißt es in dem CDU-Antrag,

Vizepräsident Frank Lortz:

Einen Moment, Herr Staatsminister. – Meine Damen und Herren, ich darf Sie um etwas Aufmerksamkeit bitten.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

dass das Erlernen der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration zugewanderter Menschen ist oder, um es mit Simon Dach zum Ausdruck zu bringen: „Die Red’ ist uns gegeben, damit wir nicht allein für uns nur sollen leben und fern von Leuten sein.“

Daher muss man über den Antrag der GRÜNEN hinausdenken, der inhaltlich überhaupt nicht begründet worden ist, der sich lediglich auf eine gesellschaftliche Mitwirkung der hier lebenden Menschen bezieht und damit keinerlei Differenzierung des diffus verwendeten Gesellschaftsbegriffs beinhaltet. Deshalb können wir als Landesregierung einem solchen Antrag nur distanziert gegenüberstehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem der CDU auch!)

Man kann nicht von der Hand weisen, dass das Beherrschen der deutschen Sprache der maßgebliche Schlüssel für alle in Deutschland lebenden Menschen bezüglich ihrer jeweiligen persönlichen Zukunft besonders unter beruflichen Gesichtspunkten ist. Dies betrifft ganz besonders unsere Mitmenschen mit Migrationshintergrund. Deshalb – das will ich an dieser Stelle nicht ausführlich

darstellen – hat die Landesregierung im Rahmen ihrer erfolgreichen und weithin anerkannten Politik der Integration auch auf die frühzeitige und konsequente Förderung der deutschen Sprache Wert gelegt und diese damit in den Mittelpunkt ihres Handelns gerückt. Ich erinnere hierbei an Vorlaufkurse, an das Erlernen von Deutsch, an die Sprachtests, aber auch die Funktion von Sprache zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die an dieser Stelle ihre Probleme haben.

Dies ist auch im Konzert der Bundesländer anerkannt worden, denn als Folge unserer Politik hat die Kultusministerkonferenz schon im Herbst 2005 das Land Hessen mit der Federführung im Bereich der Migrantenförderung in allen 16 Ländern betraut, was die deutschlandweit vorbildliche Arbeit unseres Landes deutlich macht und nachhaltig zum Ausdruck bringt. In diesem Sinne sage ich, dass die Maßnahmen, mit denen die Hessische Landesregierung die Förderung der deutschen Sprache in den Fokus der Bildungs-, aber auch der Integrationspolitik gelegt hat, das Ziel haben,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

dass alle Menschen in Hessen auf der Basis einer gemeinsamen Sprache, besonders jedoch in Bildungseinrichtungen des Landes, miteinander kommunizieren müssen. Ziel ist dabei auch, um es mit John Locke zu sagen: „Viele Trugschlüsse und Irrtümer ... gehen auf Kosten der Wörter und ihrer unsicheren oder missverstandenen Bedeutung.“

In diesem Sinne erhält die Beherrschung der deutschen Sprache für alle in Deutschland lebenden Menschen eine Frieden stiftende und erhaltende Funktion in unserer Gesellschaft. Dies hat auch zur Folge, dass langfristig gesehen der Pflege und verständlichen Anwendung der deutschen Sprache ein höherer Stellenwert in der Öffentlichkeit zukommt. Die allgemeine Stärkung der deutschen Sprache und des Sprachbewusstseins als das zentrale Kommunikationsmittel in Deutschland trägt damit schließlich auch zur gesellschaftlichen Integration und dem friedvollen und friedlichen Zusammenleben in unserem Land bei.

Aus den genannten Gründen unterstützt die Hessische Landesregierung den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion. Die Hessische Landesregierung wird ihre Politik der Förderung der deutschen Sprache konsequent weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Das Wort hat Frau Kollegin Wagner, FDP-Fraktion.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Herr Grüttner, ich finde, dass Ihre Entgegnungen der Diskussion nicht angemessen waren.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nehme für meine Fraktion – in diesem Fall auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – in Anspruch, dass wir beide zu Beginn unserer jeweiligen Anträge eine klare Einordnung der Bedeutung der deutschen Sprache und ihrer Kultur als ein gesellschaftliches Kommunikationsmittel genannt haben. Sie können nicht sagen, dass Ihr An-

trag in dieser ersten Einleitung etwa besser ist. Ich halte das nicht für wirklich zielführend.

Wir haben uns klar dafür ausgesprochen, dass die deutsche Sprache in ihrer literarischen Ausprägung als ein kostbares Gut anzusehen und zu pflegen ist. Wir haben auch im Rahmen der europäischen Einigung darauf hingewiesen, dass die deutsche Sprache von großer Bedeutung ist.

Herr Grüttner, ich sehe nicht ein, dass Sie angesichts der Tatsachen, die jetzt alle Fraktionen – auch Herr Lenz – über schlechten Sprachgebrauch vorgetragen haben, den wir wöchentlich aus den Presseerklärungen einzelner Ressorts dieser Landesregierung hören, sagen: Es ist alles in Ordnung. – Wir haben in unseren Antrag ganz bewusst Punkt 2 des GRÜNEN-Antrages übernommen, indem wir gesagt haben: „Parlament und Regierung sind in besonderer Weise gehalten, die deutsche Sprache in Rede und Schriftform in vorbildlicher Weise anzuwenden“.

Ich kann Ihnen nur sagen: wieder eine Presseankündigung, jede Woche, am schlimmsten das Kultusministerium. Liebe Frau Wolff, am 09.03. kündigten Sie in einem Grußwort eine Veranstaltung des Hessischen Kultusministeriums an. Das kann man überhaupt nicht vorlesen, weil es kaum zu lesen ist. Da steht in Englisch: „Get“. Dann gibt es in Großbuchstaben „KONEK“ und dann „Ted“. Das heißt „Kompetenz in Netzwerken aktivieren“. Dann steht darunter: Round-Table-Gespräch, Podiumsdiskussion LUSD, LUSD ist eine Abkürzung und heißt zu Deutsch: Lehrer- und Schülerdatenbank.

Meine Damen und Herren, Sie predigen hier wirklich Wasser, und Sie saufen Wein. So geht das nicht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe ganz ausdrücklich gesagt: Wir sitzen alle im Glashaus. Wer das will, muss sich an die eigene Nase fassen. Herr Corts weiß, was ich vorhin bewusst genannt habe. Wir hatten eine Zusammenkunft von Beamten aus dem Wirtschafts-, dem Wissenschafts- und dem Kultusministerium, die mir eine Stunde lang eingeredet haben, dass junge Schüler nicht in der Lage seien zu verstehen, wenn die Überschrift „Werbemaßnahmen“ als Interesse für naturwissenschaftlichen Unterricht heißt. Nein, das musste „Tekno now“ heißen. Kein Mensch versteht das.

Meine Damen und Herren, das Schlimme ist, dass wir nicht mehr die Traute und den Mut haben, uns gegen die angebliche Kompetenz von Mitarbeitern zu wehren. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Grüttner und vor allem auch Herr Metz: Wenn dieser Widerspruch so ist, dann sollten wir überlegen, was der Deutsche Bundestag seit 1966 als Institution eingeführt hat. – Der Deutsche Bundestag hat einen Redaktionsstab der Gesellschaft für deutsche Sprache eingerichtet, der alle Gesetzes- und Verordnungsentwürfe auf Verständlichkeit und sprachliche Richtigkeit überprüft.

Übrigens ein Hinweis, den Prof. Kirchhof in den letzten Wochen immer wieder zur Steuergesetzgebung gegeben hat: Es ist undemokratisch, wenn am Ende der Bürger die Gesetze, die wir erlassen, noch nicht einmal versteht. – Deshalb sage ich: Das ist nicht nur eine Sprachübung, das ist nicht nur eine Frage der Kulturübung, sondern das ist eine Frage der Sprachfähigkeit von Regierung und Volksvertretung gegenüber der Bürgerschaft, die Transparenz und Demokratie wünscht.

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wagner. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Grüttner, am Anfang hatten Sie Recht, als Sie gesagt haben, dass jeder hier, wenn er nur lange genug sucht, auch in seinem eigenen Bereich ein Beispiel vorweisen kann. Das ist so. Das haben außer den Mitgliedern der Landesregierung eigentlich alle zugegeben.

Ich kann mich erinnern, dass die Grüne Jugend Hessen zur vorletzten Kommunalwahl ein Plakat entworfen hat, auf dem „Mach ein Kreuz – easy voting“ stand. Schon damals habe ich mich fürchterlich darüber aufgeregt.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Glauben Sie es mir, oder glauben Sie es mir nicht. – Am Beginn dieser Legislaturperiode hat der Hessische Landtag den seit fast 60 Jahren so heißen „Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung“ in „Unterausschuss für Finanzcontrolling“ umbenannt. Als der parlamentarische Geschäftsführer meiner Fraktion zu mir kam und gesagt hat, das sei ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, die Ausschüsse würden in dieser Legislaturperiode mit neuen Namen versehen, habe ich geantwortet: Das unterschreibe ich nicht. Warum kann der Ausschuss nicht weiter „Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung“ heißen?

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr gut!)

– Frau Wagner, ich war der Einzige. Der parlamentarische Geschäftsführer ist dann zu der Mehrheitsfraktion zurückgegangen und hat gesagt: Der Fraktionsvorsitzende will das nicht unterschreiben, der Ausschuss soll weiterhin „Unterausschuss Staatshaushaltsrechnung“ heißen.

Dann kam die Rückmeldung von Frank Gotthardt, das müsse so sein, weil „Finanzcontrolling“ ein feststehender Begriff sei. Ich habe inzwischen einmal nachgeschaut. Das ist zwar ein feststehender Begriff, aber der Ausschuss, der jetzt so heißt, macht alles Mögliche, nur nicht das. Aber das ist ein anderes Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine nur, wenn wir hier eine ernsthafte Debatte führen wollen – natürlich kann man sie auch auf eine lustige Art und Weise führen, weil das, was mit der deutschen Sprache in den letzten Jahren in bestimmten Bereichen passiert ist, absurd ist –, sollten wir uns bemühen, selbstkritisch zu sein: in unseren eigenen Parteien, bei den Publikationen unserer eigenen Fraktionen. Aber, Herr Minister Grüttner, wir sollten auch dem kritisch gegenüberstehen, was die Landesregierung täglich an Öffentlichkeitsarbeit leistet.

Ich stelle fest, dass sich unser eigener Sprachgebrauch zunehmend verändert. Als ich in den Landtag gekommen bin, haben alle ganz selbstverständlich von den „IT-Mitteln“ im Haushalt gesprochen. Die gab es seit Anfang der Siebzigerjahre, und die hießen damals „Mittel für Informationstechnologie“. Inzwischen stelle ich aber fest, dass in den kursorischen Lesungen zunehmend von den „Ei-Ti-Mitteln“ gesprochen wird. Ich frage mich, was inzwischen eigentlich passiert ist.

Ein anderes Beispiel: Mit unseren Gesundheitspolitikern streite ich mich über eine bestimmte Frage. Als die Diskussionen über die Veränderungen im Gesundheitswesen – bei den Krankenhäusern – anfangen, wurde immer gesagt: Wir wollen das System auf Fallpauschalen umstellen. – Das hat jeder verstanden. Irgendwann ist irgendetwas passiert, und alle sprachen nur noch von „DRGs“. Ich habe gefragt: Was ist denn das? Dann wurde mir gesagt: Na, das sind Fallpauschalen. – Sagt das doch gleich, habe ich geantwortet.

Die Selbstkritik, die ich in meiner Fraktion auch praktiziere –

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was diese Selbstkritik betrifft: Ich hätte es gern, dass wir einen solchen Antrag zum Anlass nehmen, in unseren jeweiligen Verantwortungsbereichen selbstkritisch zu sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt. Mit der Sprachförderung von Migranten hat das Ganze natürlich auch etwas zu tun. Aber das ist nicht die Hauptsache. Herr Staatsminister, ich sage das einmal so: Wenn die Deutschen, also diejenigen, deren Muttersprache Deutsch ist, kein richtiges Deutsch sprechen, wie soll man es dann von denen verlangen, die Deutsch als Zweitsprache lernen? Insofern müssen wir bei denen anfangen, deren Muttersprache Deutsch ist.

Wir haben in unserem Antrag ausdrücklich geschrieben, dass die deutsche Sprache „eine der bedeutenden Trägerinnen europäischer Kultur auch für die Zukunft“ sei. Mit der nationalen Identität ist das aber, mit Verlaub, nur schwer in Einklang zu bringen. Deshalb warne ich davor, in dem Zusammenhang auf die nationale Identität zu sprechen zu kommen. Die CDU-Fraktion hat in ihrem Antrag richtigerweise geschrieben, dass Deutsch die alleinige oder regionale Amtssprache in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien, Luxemburg, Italien und Liechtenstein sei. Deswegen ist das nicht nur eine deutsche Debatte, sondern auch eine Debatte über die deutsche Sprache.

Ich würde mir wirklich wünschen, dass wir uns selbstkritisch mit dem auseinander setzen können – und auch die Größe haben, uns mit dem auseinander zu setzen –, was von der Landesregierung in den letzten Jahren zunehmend an Öffentlichkeitsarbeit kommt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Wenn uns das im Ausschuss gelingt, dann hat diese Debatte für das Parlament und für die deutsche Sprache etwas gebracht. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag Drucks. 16/4654, den Antrag Drucks. 16/5130 und den Dringlichen Antrag der FDP-Fraktion, Drucks. 16/5321, an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zu überweisen. Gibt es Bedenken dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann wird das so gemacht.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bodenschutzgesetz für Hessen überfällig – Drucks. 16/4693 –

in Verbindung damit **Tagesordnungspunkt 12:**

Antrag der Abg. Hoffmann, Becker, Bender, Grumbach, Hofmann, Pfaff (SPD) und Fraktion betreffend Bodenschutz in Hessen – Hessische Landesregierung bricht Wahlversprechen – Drucks. 16/4873 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Das ist etwas zügig. Das Wort hat Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die spricht sowieso immer schnell! Das war eine gefährliche Aufforderung!)

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorhergehende Debatte hatte wirklich einen starken Unterhaltungswert. Aber wie es so ist: „Now we come to the soil protection.“ Kommen wir also zum hessischen Bodenschutz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit über sieben Jahren gibt es in Hessen kein eigenständiges Bodenschutzgesetz, obwohl das Bodenschutzgesetz des Bundes bereits im März 1999 in Kraft getreten ist. Wir kritisieren, dass die Hessische Landesregierung viel Zeit verstreichen ließ und in diesem Bereich nichts getan hat, außer dass sie jeweils zum Internationalen Tag des Bodens vollmundig klingende Presseerklärungen herausgegeben hat. Ich möchte aus diesen Presseerklärungen zitieren, weil ich denke, dass man daran die „Ernsthaftigkeit“ erkennt, wie mit diesem Problem umgegangen wird.

Der Internationale Tag des Bodens fand am 5. Dezember 2003 zum ersten Mal statt. Herr Dietzel sagte damals:

„Bodenschutz ist Daseinsvorsorge für heutige und zukünftige Generationen“, betonte der hessische Umweltminister Wilhelm Dietzel anlässlich des 1. Internationalen Tags des Bodens.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig! Dem stimmen wir sogar zu!)

Hessen habe sich daher das Ziel gesetzt, mit der Erarbeitung eines Landesbodenschutzgesetzes den vorsorgenden Bodenschutz aktiv voranzutreiben, sagte Dietzel.

Das war im Jahr 2003. Am 5. Dezember 2004 wurde der Internationale Tag des Bodens zum zweiten Mal begangen. Auch damals hat Minister Wilhelm Dietzel eine Presseerklärung mit der Überschrift „Boden den nachfolgenden Generationen uneingeschränkt hinterlassen“ herausgegeben:

Boden ist in Jahrtausenden entstanden und praktisch nicht vermehrbar. Es ist unsere Verpflichtung, diese Ressource auch den nachfolgenden Generationen uneingeschränkt zu hinterlassen.

Das war im Jahr 2004. Dann kommen wir zum Jahr 2005. Am 05.12.2005 wurde der 3. Internationale Tag des Bodens begangen.

Umweltminister Wilhelm Dietzel: „Der Weltbodentag am 5. Dezember macht die endliche Ressource Boden bewusst.“

Weiter heißt es:

Die Hessische Landesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, den Bodenschutz aktiv voranzutreiben und beschlossen, ein Landesbodenschutzgesetz zu erarbeiten ... Der Boden wird – anders als Luft und Wasser – bisher kaum als endliches, schützenswertes Gut wahrgenommen.

Der zweite Teil des Satzes stimmt: Offensichtlich nehmen Sie es nicht wahr. Außer dass Sie die Presseerklärungen, die ich Ihnen eben genannt habe, veröffentlicht haben, haben Sie nichts getan.

In Hessen findet kein vorsorgender Bodenschutz statt. Wir haben zwar einen nachsorgenden Bodenschutz – der wurde von Rot-Grün mit initiiert, da geht es um die Altlastensanierung –, aber wir haben in Hessen überhaupt keinen vorsorgenden Bodenschutz.

Die Landesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm für die Jahre 2003 bis 2008 festgeschrieben:

Altlastensanierung und vorsorgenden Bodenschutz voranbringen ... Ein Ausführungsgesetz zum Bundesbodenschutzgesetz soll erarbeitet werden.

Es soll ein Altlastensanierungsfonds unter Beteiligung der Wirtschaft gebildet werden. – All das sind nur Sprechblasen und Erklärungen, aber es ist nichts dahinter. Wir haben bis heute keinen Altlastensanierungsfonds mit der Wirtschaft. Im Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat Herr Minister Dietzel zugegeben, das sei mit der Wirtschaft auch nicht zu machen. Also eine bloße Absichtserklärung, aber es ist nichts dahinter. Es ist kein hessisches Bodenschutzgesetz in Sicht.

Wir bemängeln, dass Sie in diesem Zeitraum wirklich nichts getan haben. Es fehlen ein inhaltliches Zielkonzept für einen Bodenschutzplan sowie ein eigenes Profil, z. B. in der Abgleichung mit den Schnittstellen zum Immissionsschutz, zum Naturschutz oder zu der Altlastensanierung.

Sie erkennen beim Bodenschutz im Prinzip nur die Altlastensanierung an. Dort machen Sie etwas. Sie führen die Politik von Rot-Grün fort. Aber Sie haben in diesem Bereich noch mehr Aufgaben zu erledigen. Ich sage Ihnen: Es nützt uns nichts, wenn Sie nur am Internationalen Tag des Bodens aus der Versenkung auftauchen und Ihre Sprechblase von sich geben, ohne den Parlamentariern am Ende einen Gesetzentwurf für ein Gesetz zum Schutz des Bodens vorzulegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist das Ihre Aufgabe. Sie sind der dafür zuständige Minister. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie dieses Problem endlich ernst nehmen und etwas in dieser Richtung machen.

Wir wissen, dass die Böden natürliche Funktionen haben. Wir brauchen gesunde Böden. Sie wissen auch, dass gerade Skandale, wie z. B. Dioxin in Hühnereiern, auch auf Bodenverunreinigungen zurückzuführen waren.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, insbesondere Sie, Herr Minister Dietzel: Handeln Sie endlich, und legen Sie uns ein vernünftiges hessisches Bodenschutzgesetz vor. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der CDU hat Frau Kollegin Apel das Wort. Bitte sehr. – Frau Apel fragt, ob die SPD erst Ihren Antrag begründen möchte. – Sie sprechen nachher. Frau Apel, dann haben Sie das Wort.

Elisabeth Apel (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Hammann, ich muss schon sagen: Das, was Sie sich hier eben geleistet haben, war schon heftig. Sie werfen der Landesregierung und speziell Herrn Minister Dietzel vor, sie würden keinen vorsorgenden Bodenschutz betreiben.

(Christel Hoffmann (SPD): Genau so ist das!)

Sie wissen, dass das schlicht und ergreifend gelogen ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

Sie wissen, dass das schlicht und ergreifend gelogen ist.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie bitte?)

Ich möchte auf einige wenige Aspekte zu sprechen kommen. Die Landesregierung hat Ende vergangenen Jahres eine Kompensationsverordnung in Kraft gesetzt. Mit ihr werden zum ersten Mal in Hessen vorlaufende Naturschutzmaßnahmen gefördert.

(Christel Hoffmann (SPD): Ach du lieber Gott!)

Das hat es während Ihrer Regierungsverantwortung nicht gegeben.

(Gerhard Bökel (SPD): Von Plottnitz war schuld!)

Die Landesregierung hat im Jahr 2004 eine neue Dachrichtlinie für die Dorferneuerung in Kraft gesetzt. Mit dieser Dachrichtlinie wird den Gemeinden, die an dem Programm der Dorferneuerung teilnehmen, das Ausweisen neuer Baugebiete im Außenbereich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Das hat es während Ihrer Regierungszeit nicht gegeben. Während Ihrer Regierungszeit wurde auf der einen Seite das Programm zur Dorferneuerung durchgeführt, während auf der anderen Seite im Außenbereich fröhlich neue Baugebiete ausgewiesen wurden.

(Zuruf: Das war bis vor zwei Jahren auch noch so!)

Wir haben als erstes Bundesland überhaupt in unserem Hessischen Wassergesetz die Möglichkeit zum Abschluss von Kompensationsvereinbarungen geschaffen. Demzufolge können sich die Wasserversorger jetzt mit denjenigen, die die Flächen bewirtschaften, auf Boden schonende und Grundwasser schonende Maßnahmen einigen. Diese Maßnahmen werden dann entsprechend vergütet.

Sie werfen der Landesregierung vor, keinen vorsorgenden Bodenschutz zu betreiben. Ich wollte Ihnen an drei Beispielen verdeutlichen, dass wir all das sehr konsequent abgearbeitet haben, was aufgelaufen war, weil Sie in der Zeit, in der Sie die Regierungsantwortung hatten, nicht gehandelt haben.

Nicht das Erzählte reicht, sondern nur das Erreichte zählt.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja eben!)

Wir sollten uns einmal anschauen, was diese Landesregierung während ihrer Regierungsverantwortung erreicht hat. Dazu kann ich nur sagen: Die Ausgaben für die Altlastensanierung betragen in den Jahren von 1998 bis 2004 über 260 Millionen €. Für das Jahr 2005 wurden noch einmal zusätzlich 32 Millionen € bereitgestellt. Mit dem, was wir heute für die Altlastensanierung bereitstellen, nehmen wir unter allen westdeutschen Bundesländern eine Spitzenstellung ein. Das ist also anders, als es zu Ihrer Regierungszeit war.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Ich werde nicht müde, Folgendes zu betonen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht nur darum geht, darzulegen, was wir quantitativ für den Bodenschutz machen. Vielmehr wurde auch die Qualität unserer Bemühungen um den Bodenschutz international anerkannt. Ich erwähnte es bereits gestern. Gegen die weltweite Konkurrenz hat das Land Hessen den Phoenix Award erlangt. Diese Auszeichnung wurde erstmals an eine Institution außerhalb Nordamerikas verliehen.

Die Roten und die GRÜNEN fordern die Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Bodenschutz. Den werden wir auch noch vorlegen.

(Christel Hoffmann (SPD): Da sind wir gespannt!)

Die Roten und die GRÜNEN fordern also die Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Bodenschutz. Dazu muss ich sagen, dass wir hinsichtlich des Bodenschutzes längst weiter sind gegenüber dem, was man mit einem Gesetz erreichen kann. Wir betreiben nämlich seit Jahren Bodenschutz. Dieses Bodenschutzgesetz wird all das enthalten, was, seitdem diese Landesregierung Verantwortung trägt, seit Jahren schon längst umgesetzt wird. Wir werden den Entwurf eines Bodenschutzgesetzes vorlegen. Es wird all das, was schon seit Jahren hier läuft, nur noch in eine Form gießen. Es wird sich nichts ändern. Wir betreiben vorsorgenden Bodenschutz. Wir betreiben auch nachhaltigen Bodenschutz.

In aller Ehrlichkeit will ich auch sagen, dass wir auch die Anstrengungen, die Sie während Ihrer Regierungsverantwortung hinsichtlich des nachsorgenden Bodenschutzes begonnen haben, allerdings mit noch größerem Engagement, fortführen.

Ich bin wie meine Kollegen der CDU-Fraktion der festen Überzeugung, dass wir uns auf einem guten Weg befinden, der vorbildlich ist. Wir werden den Entwurf für ein Bodenschutzgesetz in angemessener Zeit vorlegen.

(Christel Hoffmann (SPD): Sie werden das nach dem Jahr 2010 tun!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Elisabeth Apel (CDU):

Ja. – Wir lassen uns nicht beirren. Wir haben schon viel in der Praxis mit Erfolg umgesetzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner ist Herr Kollege Heidel. Er spricht für die Fraktion der FDP.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Heinrich Heidel (FDP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich kurz fassen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Die beiden vorgelegten Anträge der SPD und der GRÜNEN haben in einigen Punkten Nostalgisches. Da soll einiges aus den früheren rot-grünen Zeiten wieder auferstehen. Bei anderen Punkten ist es Sache des Wählers, zu bewerten, ob die Wahlversprechen der CDU auch eingehalten werden. Das macht der Wähler. Das brauchen nicht wir, die Mitglieder dieses Hauses, zu machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn das für eine Rede?)

Der dritte Punkt, den ich zu diesen beiden Anträgen ansprechen will, ist Folgender: Trotz all dieser Diskussionen sollten wir nicht vergessen, dass auch die Europäische Union beabsichtigt, eine Richtlinie zum Bodenschutz zu veröffentlichen. Das ist schon seit längerem angekündigt. Nach den letzten Auskünften, die wir dazu erhalten haben, ist das aber noch nicht auf den Weg gebracht worden.

Lassen Sie mich ein paar Punkte aufgreifen, die aus Sicht der FDP wichtig sind. Wenn man die Anträge liest, entsteht der Eindruck, Altlastensanierung würde nicht mehr stattfinden. Dazu muss man ehrlicherweise feststellen: Die Sanierung von Altlasten – –

(Zuruf)

– Sie haben etwas anderes gesagt, aber in dem Antrag steht das so.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Altlastensanierung findet in großem Umfang statt. Ich denke, das können wir festhalten. Das ist auch gut so. Sie findet statt.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Natürlich ist auch die FDP über das Nachfolgende verwundert. Sie ist unzufrieden mit dem, was aus dem Altlastensanierungsfonds geworden ist. Wir hatten natürlich gedacht, dass man sich an die freiwilligen Vereinbarungen hält, die im Rahmen der Umweltallianz geschlossen wurden.

(Christel Hoffmann (SPD): Pech gehabt!)

Wir hatten natürlich gedacht, dass das auch umgesetzt wird. Denn unserer Auffassung nach ist es immer besser, Vereinbarungen zu treffen oder Verträge abzuschließen, als zu Zwangsmaßnahmen zu greifen. Wir müssen aber feststellen, dass sich die hessische Wirtschaft zumindest zurzeit nicht entsprechend einbringt. Da gibt es für die Landesregierung eine Aufgabe. Dem muss sie nachgehen. In diesem Fall sollte sie vielleicht auch mit politischem Druck einmal der Frage nachgehen, inwieweit die Wirtschaft heute noch zu ihren damals getroffenen Aussagen steht. Denn der Gedanke, dass es zu Kooperationen kommen soll, war ein wesentlicher Bestandteil davon, wie wir die Umweltpolitik ab dem Jahr 1999 aufgebaut haben. Ich

denke, da muss es zu einem beiderseitigen Nehmen und Geben kommen. Das müssen wir einfordern.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wir haben die Grundwasserabgabe seinerzeit abgeschafft, weil sie in der Tat eine Belastung der hessischen Unternehmen war. Sie wird zusammen mit der FDP nicht mehr eingeführt werden. Denn wir haben schon die Hoffnung, dass die Wirtschaft noch zu den damals abgeschlossenen Vereinbarungen steht.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Ich denke, wir werden das im Ausschuss noch eingehend beraten. Ich will trotzdem noch eine Bemerkung für die FDP-Fraktion machen.

Wir hoffen, dass uns die Regierung mit ausreichendem Zeitvorlauf den Entwurf eines hessischen Bodenschutzgesetzes vorlegt. Wir erwarten, dass wir ausreichend Zeit für die parlamentarische Beratung haben. Denn zu dem Themenkomplex, den Frau Kollegin Apel angesprochen hat – ich meine den im Zusammenhang mit der Kompensationsverordnung usw. –, ließe sich noch vieles sagen, was aber angesichts der zur Verfügung stehenden Redezeit jetzt nicht geht.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, nach derzeitigem Stand wird die FDP-Fraktion Ihre beiden Anträge nicht mittragen können. Derzeit würden wir sie ablehnen. Wir sehen aber der intensiven Beratung im Ausschuss positiv entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die SPD-Fraktion erhält Frau Kollegin Hoffmann das Wort. – Frau Hoffmann, bitte sehr.

Christel Hoffmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Apel, Ihre Argumentationsnot muss schon sehr groß gewesen sein. Denn ansonsten hätten Sie uns nicht mit so starken Sprüchen etwas zum Thema Bodenschutz erzählt.

Ich möchte zunächst einmal auf etwas hinweisen: Die grundwasserschutzorientierte Beratung wurde in Hessen von Gerhard Bökel in seiner Funktion als Landwirtschaftsminister eingeführt. Das ist durchaus nichts Neues.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Das musste einmal gesagt werden!)

Ich möchte Ihnen jetzt aus einem Dokument zitieren. Ich sage auch gleich, wo das herkommt.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, noch einige Minuten aufmerksam zu sein.

Christel Hoffmann (SPD):

Da heißt es:

Ebenso sollen die natürlichen Bodenfunktionen, Lebensraum und Lebensgrundlage, Bestandteil des

Naturhaushalts, Abbau-, Ausgleichs- und Aufbau-
medium für stoffliche Einwirkungen, sowie die Ar-
chivfunktion des Bodens so weit wie möglich vor
Beeinträchtigungen geschützt werden.

Dieses Zitat stammt aus dem Aktionsprogramm Umwelt
der Hessischen Landesregierung. Darin werden die Ziel-
setzungen für den Umweltschutz bis zum Jahre 2010 be-
schrieben.

Frau Kollegin Beer, ich darf um etwas Ruhe in der ersten
Reihe bitten. Das stört mich sehr.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Entschuldigung, ich habe eben schon einmal darum gebe-
ten. Vielleicht können Sie sich etwas danach richten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir haben nur geflüstert!)

– Das war aber sehr laut.

Christel Hoffmann (SPD):

Ich bitte darum, dies nicht auf meine Redezeit anzurechnen.

Die Zwischenbilanz des Umweltressorts, die im November
vorgelegt wurde, zeigt ganz deutlich, dass sich die Hes-
sische Landesregierung eindeutig vom vorsorgenden Bo-
denschutz verabschiedet hat. Dort werden die Altlasten-
saniierungsmaßnahmen beschrieben, die unter Rot-Grün
schon begonnen hat. Sie haben dafür einmal einen eng-
lischsprachigen Preis erhalten. Diesen wollen wir Ihnen
gern gönnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte dann noch auf eine Konfusion, nein auf eine
Verwirrung hinweisen. Wir wollen doch Deutsch reden
und keine lateinischen Worte verwenden.

(Jürgen Walter (SPD): Ohne Latein wäre die deut-
sche Sprache gar nichts! – Lothar Quanz (SPD):
Die Debatte wirkt schon!)

– Die Debatte wirkt schon. – Im September 2005 hatte der
Minister dem Umweltausschuss in Beantwortung eines
ganz netten Dringlichen Berichtsantrags mitgeteilt, dass
die Landesregierung noch überlegt und noch nicht ab-
schließend über den vorsorgenden Bodenschutz ent-
schieden hat.

Herr Minister, vorher schon hatten Sie ein Gesetz unter-
schrieben, nämlich den Gesetzentwurf der Landesregie-
rung für ein Gesetz zur Verlängerung befristeter Rechts-
vorschriften und zur Änderung des Gesetzes über Volks-
abstimmungen vom 05.07.2005. Darin haben Sie die Be-
fristung des Bodenschutzgesetzes vom Dezember 2005
auf den Dezember 2010 verlängert. Liebe Frau Kollegin
Apel, das geht auch in Ihre Richtung. Dann möchte ich
doch einmal fragen, wann Sie denn das Bodenschutzge-
setz, das Sie vorhin groß angekündigt haben, nun eigent-
lich vorlegen wollen.

Es kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu. Herr Minister,
im Umweltausschuss haben Sie im Dezember 2005 ein-
räumen müssen, dass sich die hessische Wirtschaft nicht
mehr an dem Altlastensanierungsfonds beteiligen
möchte. Diese Zusage ist 1999 die Grundlage für die Ab-
schaffung der Grundwasserabgabe in Hessen gewesen.
Außerdem war diese Zusage ein wesentlicher Punkt, der

mit der Gründung der Umweltallianz vereinbart wurde.
Meine Damen und Herren, damit zeigt sich sehr deutlich,
was die Umweltallianz ist. Es ist ein nettes Papier, bunt
bebildert, hübsch beschrieben. Aber vom Bodenschutz
haben Sie Abstand genommen. Auch Ihre Umweltallianz
ist nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben ist.

Gestern hat Herr Kollege Grumbach eine neue Einheit
definiert, nämlich die Einheit „1 Dietzel“. Das ist das,
wenn der Umweltminister mit einem Jahr Verspätung ein-
nen Gesetzentwurf vorlegt, der EU-Vorgaben 1 : 1 in lan-
desrechtliche Vorschriften umsetzt. Heute haben wir ein
bisschen mehr. Heute sprechen wir über „minus 5 Diet-
zel“. Wir können nämlich feststellen, dass bei Ihnen große
Verwirrung bezüglich des Bodenschutzes herrscht. Außer-
dem habe ich nachgewiesen, dass die Umweltallianz mit
dem gescheiterten Altlastensanierungsfonds beerdigt ist.
– Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Landesregierung hat Staatsminister Dietzel das
Wort.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum
und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Her-
ren! Hessen hat im Bodenschutz große Erfolge nachzu-
weisen. Ich werde versuchen, dies in dieser Rede einmal
darzustellen.

Wenn wir uns über Bodenschutz unterhalten, haben wir
zwei Blöcke. Das sind die Vorsorge und die Nachsorge.

Lassen Sie mich mit der Altlastensanierung beginnen, die
eine Erfolgsbilanz für die Hessische Landesregierung ist.

(Beifall der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) und
Elisabeth Apel (CDU))

Meine Damen und Herren, zu Stadallendorf. Wir haben
in dieser Stadt wirklich Boden gutgemacht. Dort stand die
größte TNT-Fabrik des Zweiten Weltkrieges. Wenn ich
diese Altlastensanierung dort betrachte, vor allen Dingen
mit der Gefahr für 40 % des gesamten oberhessischen
Trinkwassers, die unter dieser Altlast liegen, und dann
sehe, dass wir insgesamt 136 Millionen € dort eingesetzt
und die Trihalde saniert haben, woran sich der Bund mit
20 % beteiligt hat, dann haben wir dort wirklich Boden
gutgemacht.

Oder Hessisch-Lichtenau, wo wir eine weitere TNT-Fa-
brik hatten und 1999 mit Altlastensanierung begonnen
und jetzt 60 % saniert haben. Wir konnten im vergange-
nen Jahr Bergfest feiern. Ich glaube, dass man auch hier
sagen kann, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dort
wird die Sanierung 2008 beendet sein.

Wir haben die Sanierung der Farbenfabrik Vossen in Bad
Homburg Ende 2002 abgeschlossen. Wir haben dort
35.000 t bis zu einer Tiefe von 4 m abgetragen. Vor allen
Dingen schützen wir dort im Augenblick das Grundwas-
ser, was wahrscheinlich noch zwischen fünf und zehn Jah-
ren dauern wird.

Zu nennen ist auch das Pionierparkgelände Mühlheim am
Main. Die Sanierung dauerte zweieinhalb Jahre. 2004 ge-
wannen wir – weil ich das andere Wort nicht mehr ge-

brauchen kann – den Altlasten-Oscar in den Vereinigten Staaten.

Meine Damen und Herren, Lampertheim-Neuschloss wurde 2003 begonnen. Wir gehen davon aus, dass wir die Altlast, auf der 125 Wohnhäuser stehen, bis zum Jahr 2010 saniert haben.

Daneben laufen noch 26 Grundwassersanierungen. 120 Millionen € wurden an Gaswerkstandorten ausgegeben, um diese Dinge zu sanieren und vor allem auch in Zukunft für Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu haben. Bis zum Jahr 2010 wollen wir mit den großen Altlasten fertig sein.

Meine Damen und Herren, es gibt den Wermutstropfen, dass die Beteiligung der Wirtschaft nicht zustande gekommen ist. Das enttäuscht uns als Landesregierung auch tief,

(Zuruf der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

vor allem weil wir die Vorleistungen dadurch gebracht haben, dass wir die Grundwasserabgabe eliminiert haben.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir in Hessen insgesamt, was die gesetzlichen Dinge angeht, in den letzten zehn bis 15 Jahren Erfolge hatten. Ich darf daran erinnern, dass wir ein Abfallgesetz haben, das 1989 unter dem damaligen Umweltminister Weimar erstellt wurde, das von Ihnen in der rot-grünen Koalition 1994 fortgeschrieben wurde und das Pate für das Bundesbodenschutzgesetz 1999 gestanden hat. Es hatte in vielen Bereichen Anregungen aus Hessen. Deswegen ist es unredlich, so zu tun, als ob im Bereich des Bodenschutzes, auch des vorbeugenden Bodenschutzes, nichts getan worden wäre.

Es gibt gesetzliche Regelungen, die eingesetzt werden, einmal das Bundesbodenschutzgesetz, die Bundesbodenschutzverordnung, das Hessische Altlastengesetz. Ich sage auch hier, wir haben eine hervorragende Verwaltung bei uns in Hessen, die mit den Dingen entsprechend umgehen kann.

Ich sage Ihnen auch, die Legislaturperiode ist noch nicht vorbei. In den nächsten zwei Jahren werden wir Wort halten und dieses Gesetz auch durchziehen.

(Christel Hoffmann (SPD): Ihr habt es bis 2010 verlängert!)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns mit diesem Gesetz beschäftigen, was wir dann machen werden, unterhalten wir uns sicher über den vorbeugenden Bodenschutz. Wir werden in dem Zusammenhang klare Rechtsgrundlagen schaffen.

Den Bodeninformationen kommt eine zentrale Bedeutung dazu: nämlich bei Umweltverträglichkeitsprüfungen, der Berücksichtigung bei Bauleitplanungen, Flächennutzungsplänen sowie für landwirtschaftliche Nutzung. Bei aller Kritik aber, die geübt wird, verkennt man, dass in vielen fachrechtlichen Regelungen Bodenbelange angesprochen werden: Abfallwirtschaft, Verwertung von Bioabfällen, Klärschlamm, Bergrecht, Naturschutz, Baurecht, weil bei der Bauplanung die Auswirkungen auf den Boden zu berücksichtigen sind, oder Bodenschutzklauseln im Baugesetzbuch, wonach mit dem Boden sparsam und boden-

schonend umgegangen werden soll. Es wird eine Verringerung des Anspruchs des Bodens oder eine Wiedernutzbarmachung der Flächen geregelt. Vor allen Dingen sollen Nachverdichtungen und Bodenversiegelungen auf ein dringend notwendiges Maß beschränkt werden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es ist schon viel getan worden. Die Altlastensanierung ist bei uns in Hessen eine Erfolgsgeschichte. Es gibt viele Regelungen, die den vorbeugenden Bodenschutz betreffen. Das Landesbodenschutzgesetz kann diese ergänzen. Wir werden das tun, was sinnvoll und notwendig ist. Wir werden das, was wir versprochen haben, auch in dieser Legislaturperiode noch durchziehen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, meine Damen und Herren. – Zu den beiden Tagesordnungspunkten liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bodenschutzgesetz für Hessen überfällig, Drucks. 16/4693, sowie der Antrag der SPD betreffend Bodenschutz in Hessen – Hessische Landesregierung bricht Wahlversprechen, Drucks. 16/4873, sollen an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen werden. – Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch.

Meine Damen und Herren, einvernehmlich rufe ich nun noch **Tagesordnungspunkt 70** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/5378 –

Wer den Beschlussempfehlungen folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen des ganzen Hauses. Ich bedanke mich.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Morgen beginnen wir zunächst mit dem Besuch des Bürgermeisters der Stadt Bad Wildungen anlässlich der Eröffnung der Landesgartenschau am 15. April 2006. Danach kommen die Aktuellen Stunden. Ich wünsche Ihnen einen schönen gemütlichen Abend.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, noch den Durchschnitt der vorläufigen Endergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen zu nennen: Die Wahlbeteiligung lag leider nur bei 45,8 %. Die CDU hat landesweit 38,5 % erreicht,

(Beifall bei der CDU)

dies sind plus 0,4 %. Die SPD erreichte 34,7 %, das sind minus 3,8 %. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichte 9,2 %, das sind plus 0,1 %. Die FDP erreichte 5,8 %, das entspricht plus 0,6 %. Die Republikaner erreichten 1,5 %, das entspricht minus 1 %. Die Linke erreichte 3,3 %. Wie Sie wissen, gibt es kein Vergleichsergebnis. Bei den Freien Wählern haben wir nur ein neues Ergebnis, die Vergleichszahl fehlt. Sie erreichten 5,2 %.

Ich entlasse Sie nunmehr in einen vergnüglichen Abend.

(Schluss: 18.11 Uhr)